

Stenographisches Protokoll

140. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 17. Dezember 1982

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1983

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußsprache des Präsidenten Benya (S. 14419)

Personalien

Krankmeldungen (S. 14321)

Geschäftsbehandlung

Ablehnung des in der 133. Sitzung (S. 13443) eingebrachten Entschließungsantrages der Abgeordneten Dr. Steger und Genossen betreffend Abschaffung der Lohnsummensteuer (S. 14419)

Ablehnung des in der 133. Sitzung (S. 13507) eingebrachten Entschließungsantrages der Abgeordneten Bergmann und Genossen betreffend die Verwendung österreichischer Produkte beim Bau des Konferenzpalastes (S. 14419)

Annahme der dem Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII angeschlossenen Entschließung (138. Sitzung, S. 14176) betreffend Fortführung der bisherigen Bemühungen um eine volle Integration der Agrar- in die allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik (E 102) (S. 14419)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 14321)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1220 und Zu 1220 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1983 samt Anlagen (1321 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Tirnthal (S. 14321)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Woschitz (S. 14322)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Generalberichterstatter: Remplbauer (S. 14322)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 14323),
Mühlbacher (S. 14328),
Dr. Stix (S. 14338),
Sandmeier (S. 14347),
Dr. Heindl (S. 14351),
Dkfm. Bauer (S. 14357),
Bundesminister Dr. Salcher (S. 14360),
Dr. Taus (S. 14363),
Dr. Schmidt (S. 14369),
Ing. Dittrich (S. 14374),
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 14377),
Dr. Veselsky (S. 14381),
Dr. Jörg Haider (S. 14385),
Landgraf (S. 14389),
Egg (S. 14393),
Kern (S. 14396),
Dr. Steidl (S. 14401),
Köck (S. 14404),
Westreicher (S. 14407),
Bundesminister Dr. Staribacher (S. 14410) und
Graf (S. 14412)

Generalberichterstatter Remplbauer (Schlußwort) (S. 14417)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Steger und Genossen betreffend Abschaffung der Lohnsummensteuer (133. Sitzung, S. 13443) — Ablehnung (S. 14419)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Bergmann und Genossen betreffend die Verwendung österreichischer Produkte beim Bau des Konferenzpalastes (133. Sitzung, S. 13507) — Ablehnung (S. 14419)

Ausschußentschließung in 1321 d. B., Beratungsgruppe VIII, betreffend Fortführung der bisherigen Bemühungen um eine volle

984

14320

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Integration der Agrar- in die allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik (138. Sitzung, S. 14176) — Annahme E 102 (S. 14419)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 14418)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1983 (S. 14419)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Nebenbeschäftigungen (Konsulentenverträge) von Bediensteten des Bundesministeriums für Landesverteidigung (2320/J)

Dr. Schranz und Genossen an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen für das Bundesland Wien im Jahre 1982 (2321/J)

Dr. Schranz und Genossen an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für die ältere Generation (2322/J)

Dr. Wiesinger, Dr. Schwimmer und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Weiterbau des neuen Allgemeinen Krankenhauses in Wien (2323/J)

Dr. Höchtel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend das Postamt Purkersdorf (2324/J)

Dr. Wiesinger, Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend begleitende Kontrolle beim Neubau des AKH (2325/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (2157/AB zu 2167/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ettmayer und Genossen (2158/AB zu 2187/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Josef Schlager und Frodl.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 2157/AB und 2158/AB eingelangt sind.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 232/A der Abgeordneten Dr. Fischer, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend Abänderung des Bezugesetzes zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1220 und Zu 1220 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1983 samt Anlagen (1321 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt.

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Präsident: Ich nehme die am 16. Dezember vertagten Budgetberatungen wieder auf.

Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1983 samt Anlagen.

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie und

Beratungsgruppe XI: Finanzen sowie

Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über diese Teile des Bundesfinanzgesetzes 1983 zusammengefaßt.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe IX ist der Herr Abgeordnete Tirnthal. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Tirnthal:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1983 in seiner Sitzung am 18. November 1982 in Verhandlung gezogen.

Ausgaben in der Gesamthöhe von 2 324 279 000 S sind vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 275 500 000 S.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 2 048 779 000 S, das sind um 143 393 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 1 531 761 000 S vor geschätzt und damit um 196 281 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1982.

Bei der Abstimmung am 26. November 1982 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1983 (1220 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

14322

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Tirnthal

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Woschitz. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Woschitz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1983 in seiner Sitzung am 26. November 1982 in Verhandlung gezogen.

Die Gruppe Finanzen umfaßt 12 Kapitel. Im Grundbudget 1983 sind für diese Gruppe Ausgaben in Höhe von rund 148,4 Milliarden Schilling oder über 37 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und Einnahmen in Höhe von rund 238,3 Milliarden Schilling oder fast drei Viertel der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes vorgesehen.

Kapitel 50: „Finanzverwaltung“: Im Bundesvoranschlag 1983 sind Ausgaben in Höhe von 8 994 Millionen Schilling gegenüber 8 357 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1982 und Einnahmen in Höhe von 2 212 Millionen Schilling gegenüber 2 436 Millionen Schilling im Jahre 1982 vorgesehen.

Kapitel 51: „Kassenverwaltung“: Bei diesem Kapitel sind Ausgaben in Höhe von 7 745 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 2 212 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 52: „Öffentliche Abgaben“: Die Bruttoeinnahmen an Öffentlichen Abgaben für das Jahr 1983 werden mit 296,0 Milliarden Schilling geschätzt, von welchen dem Bund 181,9 Milliarden Schilling verbleiben.

Kapitel 53: „Finanzausgleich“: Für das Jahr 1983 sind Ausgaben in Höhe von 2 671 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 851 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 54: „Bundesvermögen“: Die Ausgaben für das Jahr 1983 sind in Höhe von 9 371 Millionen Schilling und die Einnahmen in Höhe von 8 709 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 55: „Pensionen (Hoheitsverwaltung)“: Der Bundesvoranschlag 1983 sieht Ausgaben in Höhe von 25 445 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 2 458 Millionen Schilling vor.

Kapitel 56: „Familienlastenausgleich“: 1983 sind Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 35 094 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 57: „Staatsvertrag“: Hier sind für 1983 Ausgaben in Höhe von 110 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 40 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 59: „Finanzschuld“: Die Ausgaben des Bundes für die Finanzschuld sind für 1983 in Höhe von 55 840 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 74: „Glücksspiele (Monopol)“: Den Betriebsausgaben in Höhe von rund 2 158 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen in Höhe von rund 2 365 Millionen Schilling gegenüber.

Kapitel 75: „Branntwein (Monopol)“: Im Bundesvoranschlag 1983 sind Betriebsausgaben in Höhe von 432 Millionen Schilling und -einnahmen in Höhe von 1 017 Millionen Schilling veranschlagt. Der Monopolertrag wird daher 585 Millionen Schilling betragen.

Kapitel 76: „Hauptmünzamt“: Bei diesem Kapitel sind 1983 Betriebsausgaben in Höhe von rund 314 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen in Höhe von rund 429 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung von Abänderungsanträgen des Abgeordneten Pfeifer mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Den Kapiteln 50 bis 57, den Kapiteln 74 bis 76 samt dem zum Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1983 (1220 der Beilagen) mit dem dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich bitte nunmehr den Herrn Generalberichterstatter, Abgeordneten Remplbauer, um seinen Bericht.

Generalberichterstatter **Remplbauer:** Herr

Remplbauer

Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1983, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Stellenplan gemeinsam mit der Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages in der Ausschußsitzung am 26. November 1982 in Verhandlung genommen.

Das Bundesfinanzgesetz sowie die mit dem Text des Bundesfinanzgesetzes verhandelten Systemisierungspläne wie auch der Stellenplan wurden unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen. Ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Dkfm. DDr. König zum Stellenplan fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1983 in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung sowie dessen Anlagen mit Ausnahme der Anlagen I und II, die bereits Gegenstand der Anträge des Ausschusses in den Spezialberichten waren, und zwar

Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der Abänderungen zu den Beratungsgruppen II, III, VIII, XI, XIII und XV,

Anlage II a — summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Anlage III — Stellenplan,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ferner darf ich noch folgende Berichtigungen betreffend den Text des Bundesfinanzgesetzes beziehungsweise den Bundesvoranschlag 1983 vorbringen:

1. Im Artikel VIII a Absatz 2 dritte Zeile ist nach dem Ausdruck „§ 64 Abs.“ einzusetzen „11“.

2. Im Bundesvoranschlag 1983 sind im Kapitel 15 folgende Ansatzbezeichnungen zu verwenden:

1/15537 „Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG — § 64 (11)“

2/15534 „Überweisung vom Reservefonds nach dem AIVG — § 64 (12)“.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Sallinger.

9.11

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute, am letzten Tag der Budgetdebatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1983, stehen die Kapitel Handel und Finanzen zur Diskussion. Für diese beiden Budgetkapitel gilt das gleiche wie für das ganze Budget für das nächste Jahr: Sie beruhen auf unrealistischen Annahmen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie lassen keine Beurteilung der tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen zu.

Im nächsten Jahr, meine Damen und Herren, werden die budgetpolitischen Probleme jedenfalls größer werden und größer sein, als dem Voranschlag jetzt zu entnehmen ist. Schon die Tatsache, daß dem Bundesvoranschlag für 1983 eine Arbeitslosenrate von 3,3 Prozent zugrundeliegt, während das Wirtschaftsforschungsinstitut schon mit 4,2 Prozent rechnet, hat eigentlich jetzt die Unhaltbarkeit dieser Annahme bestätigt.

Die OECD rechnet jetzt schon mit einer Arbeitslosigkeit von 4,7 Prozent. Für den Bundeshaushalt bedeutet das — weil das Wirtschaftsforschungsinstitut schon festgestellt hat, daß es erhebliche Mehrausgaben gibt —, daß bei dieser Entwicklung die Einnahmen auch stark zurückgehen werden.

Besonders bedauerlich ist es, meine Damen und Herren, daß das Budget keine Ansätze für eine Änderung der sozialistischen Wirtschaftspolitik vorsieht, obwohl dies gerade in der jetzigen Zeit eine Notwendigkeit wäre. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Anteil für die Ausgaben für Investitionen und für Wirtschaftsförderung geht deutlich zurück. Im Kapitel Handel sind die

14324

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Ing. Sallinger

Ansätze für Förderungsmaßnahmen der kleinen und mittleren Betriebe real rückläufig. Herr Minister Staribacher! Ich glaube, gerade bei dieser Position haben Sie sich nicht durchgesetzt. Sie stellen zwar immer die BÜRGES als einen großen Erfolg dar, aber ich darf Sie bitten, nicht zu vergessen, daß zum Handelsressort auch die Wirtschaftsförderung gehört.

Die Wirtschaftsförderung ist meiner Meinung nach zu gering dotiert. Leider wurde im Budget 1983 auch nichts unternommen, durch Einsparungen eine Umschichtung zu produktiven Investitionsausgaben vorzunehmen. Im Gegenteil: Die Umschichtung geht nach wie vor in die falsche Richtung, nämlich zu Lasten der Wirtschaftsförderung und zu Lasten der Investitionen.

Es sind zwar gewisse Ausgaben für eine kurzfristige Beschäftigungssicherung vorgesehen. Das möchte ich auch ohne weiteres sagen. Es wird aber viel zuwenig getan, um der Wirtschaft eine längerfristige Arbeitsplatzsicherung zu ermöglichen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, vor der wir schon längst gewarnt haben, zeigt eigentlich und gibt uns recht, daß wir die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Regierung berechtigt derart kritisiert haben. Besonders besorgniserregend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im November dieses Jahres waren bereits 127 000 Österreicher ohne Beschäftigung, und in der Wirtschaftsentwicklung zeigt sich auch keine Besserung. Vom Ausland her sind ebenfalls keine Impulse zu erwarten. Die Exporte, die bisher immer noch sehr gut gewesen sind und zum Wirtschaftsergebnis positiv beigetragen haben, gehen ebenfalls zurück. Darauf werde ich bei meinen Ausführungen noch zurückkommen.

Selbst im Fremdenverkehr, der bis zuletzt gute Resultate gebracht hat, wird man künftig mit Rückschlägen rechnen müssen. Der Rückgang bei den Gesamtübernachtungen im Reiseverkehr betrug in der Sommersaison — das ist von Mai bis September — minus 4,5 Prozent. Diese Abnahme geht ausschließlich auf den Rückgang des Ausländerfremdenverkehrs zurück, wo wir mit 5,2 Prozent rechnen mußten. Die Übernachtungen der Gäste aus der Bundesrepublik sanken in diesem Zeitraum um 7,5 Prozent und aus den Niederlanden um 10,2 Prozent.

Meine Damen und Herren, das ist gerade im Fremdenverkehr eine Schwierigkeit, die wir beachten müssen!

In der Vorwoche — auf das möchte ich auch noch zurückkommen — hat man dem Fernsehen eine Meldung entnehmen können, wo die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgefordert worden ist, ihre Urlaube im eigenen Land zu verbringen. Das müssen wir besonders beachten, weil es für den Fremdenverkehr schwerwiegende Folgen haben könnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber feststellen, daß unsere Fremdenverkehrswirtschaft wirklich Hervorragendes geleistet hat, sowohl preismäßig als auch qualitätsmäßig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man Schwierigkeiten oder Fehler aufzeigt, wenn man sie kritisiert, ist das umso notwendiger, weil man versucht, etwas besser zu machen. Die Investitionen sind ebenfalls rückläufig und die Insolvenzen nehmen zu. Sie haben in der Vorwoche und vor 14 Tagen in den Zeitungen gelesen, wie stark diese Schwierigkeiten gerade bei den kleineren und mittleren Betrieben sind. Für mich ist es, meine Damen und Herren, wirklich ein Alarmzeichen, daß die Zahl der Unternehmer, die in Konkurs oder in Ausgleich gegangen sind, um 14,5 Prozent in diesem Jahr zugenommen hat.

Besonders bedenklich ist es aber, daß bei diesen angeführten Betrieben 90 Prozent kleine und mittlere Betriebe dabei waren, die unter 20 Mitarbeiter gehabt haben. Unsere Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage. Jetzt trifft es auch diese kleinen und mittleren Betriebe, die sich ja bisher als besonders krisenfest erwiesen haben und die immer den Großteil der Arbeitskräfte aufgenommen haben, die nie den Rechenstift zur Hand genommen und damit gerechnet haben, sondern die ihre Partner und ihre Mitarbeiter, ob sie nun Arbeiter oder Angestellte waren, solange gehalten haben, so lange es möglich war. Das ist ja auch eine der Ursachen, daß wir so wenig Arbeitslose in unserem Land hatten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sollte nicht nur dem Handelsminister, sondern auch dem Finanzminister zu denken geben. Im September haben nämlich die Außenstände bei der Mehrwertsteuer, die durch Insolvenzen entstanden sind, zirka 2 Milliarden Schilling betragen. Wenn jetzt viele Kleinbetriebe zugrunde gehen, werden nicht nur die Arbeitsplätze verloren, sondern der Finanzminister verliert hohe Summen an Einnahmen, die er gerade in der jetzigen Zeit besonders brauchen würde und auf die er nicht verzichten kann.

Ing. Sallinger

Immer mehr Unternehmer leiden an Auftragsmangel, kämpfen mit finanziellen Schwierigkeiten und müssen sich auch mit sinkenden Erträgen abfinden. Das heißt, daß sie keine Gewinne mehr machen, und das, obwohl sie mehr arbeiten als früher. Gerade die Inhaber der kleinen und mittleren Betriebe stehen in der Woche oft 60 Stunden und mehr Stunden in ihren Betrieben und in ihren Geschäften. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man sich wirklich bemüht, wenn man die größten Anstrengungen unternimmt und dann doch sieht, daß man keinen Erfolg haben kann, dann ist das irgendwie bedrückend. Obwohl diese Schwierigkeiten da sind, arbeiten unsere Unternehmer — auch mit ihren Mitarbeitern — mehr, und die Unternehmer halten ihre Arbeitnehmer. Wenn die Arbeitgeber es nicht mehr können, dann verlieren sie auch selbst den Mut und verlieren die Hoffnung. Die Belastung mit Steuern, mit Abgaben, mit Sozialkosten ist nämlich in den letzten Jahren so groß geworden, daß diese Schwierigkeiten auftreten.

Herr Minister Staribacher! Sie haben sich immer sehr für die BÜRGES eingesetzt und sie immer in den Mittelpunkt Ihrer Reden gestellt. Jetzt sind aber die Unternehmer oder ein Teil dieser Unternehmer gar nicht mehr in der Lage, Kredite aufzunehmen, auch wenn sie begünstigt sind.

Wenn ein Unternehmer keine Hoffnung mehr hat, Gewinne zu machen, dann kann er auch nicht mehr investieren. Da nützt auch die Möglichkeit nichts mehr, geförderte Kredite zu bekommen. Schon heute ist abzusehen, daß die Belastungen noch weiter steigen. Der Finanzminister hat ganz ehrlich gesagt, daß er nicht ausschließen kann, daß nach der Wahl die Abgaben und die Steuern noch erhöht werden.

Meine Damen und Herren! Im Jänner 1983 tritt — das ist heute schon sicher — die nächste Etappe für die Arbeiterabfertigung in Kraft. Dadurch steigt die Belastung der Wirtschaft immer höher. Wir müssen mit zirka 700 Millionen Schilling rechnen, das heißt, daß im kommenden Jahr zirka 2,8 Milliarden Schilling aufgebracht werden müssen. Das Arbeiterabfertigungsgesetz wurde 1979 genauso übereilt beschlossen wie in der vorigen Woche die Urlaubsverlängerung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich weiß nicht, welche Überlegungen man hat. Die Sozialisten beschließen einfach in

Etappen schwere Belastungen für die Zukunft und denken sich, irgendwie wird es doch gehen.

Die Arbeiterabfertigung hat schon gezeigt, daß es nicht geht und daß viele Betriebe die Belastungen nicht mehr aushalten und zusperren müssen. Das hätte eigentlich für die Regierung und auch für den Handelsminister und den Finanzminister eine deutliche Warnung sein müssen. Viele, die damals auf diese Arbeiterabfertigung gedrängt haben, sehen jetzt selbst ein, daß dieses Gesetz von der Wirtschaft noch nicht verkraftet worden ist. Und wieder sind es die Kleinen, die besonders zum Handkuß kommen und die besonders diese Schwierigkeiten verkraften müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun wurde in der vorigen Woche in einem Alleingang der Sozialisten gegen Bedenken unsererseits und auch gegen Bedenken einiger Sozialisten die Urlaubsverlängerung mit 1. Jänner 1984 beschlossen. Das bedeutet für die Wirtschaft eine spürbare Mehrbelastung. Dieser Urlaubsbeschluß bereitet auch so manchem Ihrer sozialistischen Funktionäre oder Regierungsmitglieder Sorgen. Präsident Czetel hat sogar zum Ausdruck gebracht — und von Vizekanzler Sinowatz war ähnliches zu hören —, daß man später vielleicht doch noch darüber reden müßte.

Wie aber aus der Wortmeldung von Minister Dallinger zu entnehmen ist, meine Damen und Herren, hat er zum Ausdruck gebracht, daß man auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit überfallsartig beschließen wird. Ich darf dazu sagen, Herr Minister Dallinger: So wird es sicher nicht gehen, wenn man mit uns darüber reden will! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Damit würde nämlich gerade für diese Betriebe ein noch gar nicht zu übersehender Schaden angerichtet werden.

Diese Aussage stammt vom 10. Dezember, und am 14. Dezember hat Herr Minister Dallinger in der „Tiroler Tageszeitung“ wieder eine ähnliche Aussage gemacht hinsichtlich einer Verschärfung des Arbeitsverfassungsgesetzes und den Ausdruck gebraucht: Wenn die Sozialpartner sich nicht einigen könnten, würde man eben mit der Mehrheit der Sozialisten dieses Gesetz beschließen. — Er hat vergessen, daß in der Zwischenzeit auch noch die Wahl ist.

Um das zu vermeiden, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, daß man im nächsten Jahr so wie in früheren Zeiten bei der Sozialpartnerschaft unter der gleichen

14326

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Ing. Sallinger

Berechtigung und unter der gleichen Verpflichtung, das heißt gleichberechtigt, über solche schwierige Belastungen reden müßte. Wenn jemand die Sozialpartnerschaft in dieser Form zerschlägt, dann sind es sicher nicht wir! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eines aber möchte ich heute noch deutlich sagen — das wurde das letztemal im Parlament, sagen wir, übersehen —: Wenn die Sozialpartner verhandeln, so tun sie das auf ihrer Ebene, für ihre Probleme, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ohne daß das Parlament irgendwie präjudiziert wird. Das Parlament hat für die endgültigen Beschlüsse selbstverständlich das letzte Wort.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit habe ich schon in der Vorwoche im Parlament ausdrücklich erklärt, daß eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit vollem oder mit teilweisem Lohnausgleich für die Wirtschaft aus Kostengründen nicht tragbar ist. Über andere Lösungen, die bereits in Rede sind, müssen wir aber vorher eine ernsthafte Diskussion führen, Berechnungen zugrunde legen und dann reden.

Die dauernde Belastungspolitik der Regierung aber vermindert die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, und es hat sich gezeigt, daß die Wirtschaft, daß verschiedene Betriebe wirklich finanziell ausgezehrt sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das gilt für die Privatwirtschaft genauso wie für die verstaatlichte Industrie. Als Vertreter der Wirtschaft trete ich auch dafür ein, daß die großen Probleme der verstaatlichten Industrie, die ja sichtbar sind, von uns nicht übergangen werden, und daß wir zu Lösungen kommen müssen.

Ich kann aber der Tatsache nicht unkritisch gegenüberstehen, daß die verstaatlichte Industrie immer wieder große Summen von Steuergeldern zur Verfügung gestellt bekommt, daß aber noch nicht feststeht, ob dadurch eine Verbesserung der betrieblichen Situation möglich ist.

Kein Mensch — das möchte ich sehr deutlich sagen — will die Betriebe der verstaatlichten Industrie in Konkurs treiben, sondern wir wollen nur, daß den Klein- und Mittelbetrieben im selben Maße geholfen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler hat in der Vorwoche gesagt, daß man den Klein- und Mittelbetrieben — von 1970 bis 1981 — 70 Milliarden Schilling aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt hat. Dazu möchte ich feststellen:

70 Milliarden Schilling betrug die gesamte Förderungssumme in diesem Zeitraum. Davon gehen aber allein an die verstaatlichten Betriebe 20 Milliarden Schilling, an Großbetriebe 2,7 Milliarden Schilling, an Klein- und Mittelbetriebe 6,7 Milliarden Schilling und an die Landwirtschaft 12 Milliarden Schilling ab. Das sind Zahlen, die man dazu nennen muß.

Wir haben nichts dagegen, wenn die verstaatlichte Industrie zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit Subventionen bekommt. Wir wollen nur, daß auch die kleinen Betriebe eine Hilfe bekommen, um auch ihre Probleme lösen zu können. Man muß deshalb auch die richtigen Zahlen dazu nennen.

Wir haben daher ein Maßnahmenpaket zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft vorgeschlagen. Damit sollten unter anderem die zu geringen Ansätze im Kapitel Handel ergänzt werden. Die Investitionskraft sollte gestärkt und die Forschung auch zusätzlich gefördert werden. Weiters sollte — und das ist ein von uns lang schon vorgebrachter Wunsch — die Kreditsteuer wegfallen.

Um diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, hätte sich der Handelsminister nach Kräften bemühen müssen, wenn er wirklich erreichen will, daß diese kleinen und mittleren Betriebe die gleichen Chancen haben sollen wie die Großbetriebe. Leider hat die Regierungspartei diese Maßnahmen, die nur recht und billig sind, in der letzten Zeit abgelehnt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die österreichischen Unternehmer, meine Damen und Herren, haben sich aber nicht entmutigen lassen, haben sich diese weltweite Konjunkturschwäche vor Augen geführt und begegnen ihr damit, daß sie noch mehr Anstrengungen machen. Dieser Mut und diese Entschlossenheit der Betriebe sollte aber auch von der Wirtschaftspolitik unterstützt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Unternehmer müssen nämlich sehen, daß ihre Maßnahmen, die sie setzen, und daß ihre Mühe, die sie sich geben, auch eine Anerkennung finden. Die heutige Politik der Regierung aber verunsichert diese Betriebe. Ein gutes wirtschaftspolitisches Klima der Unternehmer ist sehr notwendig, und es wäre wichtig, daß man sich deshalb genau mit diesen Schwierigkeiten befaßt. Wie sollen die Unternehmer unter Opfern versuchen, ihre Mitarbeiter zu halten, wenn ihre Existenz selbst in Frage steht? Man darf aber den Unternehmern nicht nur Belastungen auferle-

Ing. Sallinger

gen, jedoch scheint dies so in der letzten Zeit zu geschehen.

Die Bundesregierung verbreitet mit ihren Maßnahmen einen Pessimismus in der Wirtschaft, und wir brauchen einen Optimismus; einen Optimismus für die Wirtschaft selbst, der sich auch auf unsere Bevölkerung positiv auswirkt. Den Optimismus, den die Wirtschaft braucht, um Krisen zu überwinden, um Probleme zu bewältigen, vermisste ich — das möchte ich deutlich sagen — in den letzten Jahren. Die Unternehmer müssen daran glauben können, daß es in Zukunft auch wieder Erfolge gibt. Sie wollen eine Chance haben, daß sich ihre Arbeit und ihr Einsatz lohnen.

Meine Damen und Herren! In der Politik ist es einer der größten Fehler, Hoffnungen zu zerstören und das wirtschaftliche Klima zu verschlechtern.

Auch auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaft ist das Klima schlechter geworden, und das betrifft im besonderen unsere Exporte. Unser Exportwachstum ist deutlich zurückgegangen. Während die Exporte im vierten Quartal vorigen Jahres noch um 14,6 Prozent gestiegen sind, betrug die Exportzusatzrate im dritten Quartal 1982 nur mehr 2,1 Prozent. Die Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland waren im September dieses Jahres zum ersten Mal auch rückläufig. Die vorhandenen Aufträge lassen für die nächste Zeit keine Besserung erwarten, und die Auftragseingänge im September dieses Jahres waren um 6,5 Prozent geringer als in dem Zeitraum des Vorjahres.

Besonders bedauerlich ist es aber, daß immer mehr Staaten zur Einfuhrbeschränkung Zuflucht nehmen. Das hat die jüngste GATT-Konferenz deutlich gezeigt, bei der vor allem über die Zunahme von administrativen Handelshemmnissen Klage geführt wurde. Viele Staaten, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun haben, neigen dazu, die ausländische Konkurrenz durch alle möglichen Vorschriften zu benachteiligen.

Ein kleines Land wie Österreich, das stark vom Export abhängig ist, ist natürlich auf einen möglichst liberalen Welthandel angewiesen. Österreich wäre falsch beraten — das möchte ich sehr deutlich sagen —, auch bei uns Importbeschränkungen einzuführen. Unser Außenhandel kann sich nur dann gut entwickeln, wenn das Prinzip des Freihandels auch international erhalten bleibt. Ohne liberalen Warenverkehr gibt es keinen funktionierenden Wettbewerb und keinen wirtschaft-

lichen Fortschritt in der Welt und noch weniger in einem kleinen Land. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! In der Bundeskammer sind wir ständig bemüht und darauf bedacht, Exportbemühungen unserer Firmen zu unterstützen. Unsere Außenhandelsstellen sind immer bereit, neue Exportmärkte zu finden. Wir sind auch sehr flexibel. Wir gehen in alle Länder der Welt, wo es eine Möglichkeit gibt, wir gehen in alle Kontinente. In jüngster Zeit hat sich die Bundeskammer besonders bemüht und Anstrengungen unternommen, den Export nach den USA nach bester Möglichkeit zu verstärken. Wir haben in Houston eine neue Außenhandelsstelle eröffnet, sodaß wir in Amerika mit vier Außenhandelsstellen präsent sind: New York, Chicago, Los Angeles und nun auch Houston. Es sind diese vier Stützpunkte, die alles daransetzen, unseren Betrieben Möglichkeiten zu geben, uns auch über die wirtschaftliche Lage zu unterrichten.

Mit einer Großveranstaltung in Kalifornien, in Los Angeles, haben wir wirklich Erfolge für die Wirtschaft erzielt, und wir haben auch in ganz Amerika Beachtung gefunden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unsere Exportbemühungen gelten aber allen Weltmärkten, ob es der Osten, der Westen, der Süden oder der Norden ist. Wir sind überall präsent und werden überall für unsere Wirtschaft und für unser Land etwas tun.

Hohes Haus! Es ist höchste Zeit, daß die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Belebung der Wirtschaft wirklich Vorrang vor allen anderen Zielen haben. Wir wollen aber nicht nur kritisieren. Wir haben auch Vorschläge gemacht, die der Wirtschaft helfen könnten, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Vorschläge, die wir zur Bewältigung dieser Krise gemacht haben, zielen darauf ab, die wirtschaftliche Leistungskraft und den Wettbewerb unserer Betriebe zu stärken. Dazu ist es notwendig, daß die Eigenkapitalbildung erleichtert wird. Die Belastungen müssen gestoppt werden. Das verlangen wir ja schon jahrelang. Die Forschung und die Innovation müßten wesentlich gestärkt werden. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Unternehmer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Deshalb sollen auch Betriebsgründungen gefördert werden. Die kleinen und mittleren Betriebe müssen gleiche Wettbewerbschancen haben wie die Großbetriebe. Die Lei-

14328

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Ing. Sallinger

stungsanreize sollen gerade für die private Initiative gefördert werden, und der Staatshaushalt müßte dementsprechend auch in Ordnung gebracht werden. Sichere Arbeitsplätze sind die Existenzgrundlage für alle Menschen in unserem Land, sie sind Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Unsere Sorge aber — das möchte ich auch sagen — gilt vor allem auch der Jugend; und zwar deshalb der Jugend, weil sie ja auch unsere Zukunft ist. Die jungen Menschen müssen hervorragend ausgebildet werden, weil die Arbeitsplatzsicherung wesentlich von der Qualifikation der Arbeitskräfte abhängt. Dazu muß man es aber — das ginge ja sonst nicht — auch den Betrieben ermöglichen, diese Ausbildungsstätten in geeigneter Form und auch in geeigneter Zahl zur Verfügung zu stellen. Die Handelskammerorganisation hat sich in den letzten Jahren besonders bemüht, auf dem gewerblichen Sektor diese jungen Menschen unterzubringen. Das ist auch gelungen. Dafür muß man dieser Organisation auch danken. Es ist aber selbstverständlich, daß eine Hilfestellung auch für den anderen Teil der Jugend, ob er nun studiert oder sonstwo tätig ist, gegeben werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Waren kaufen, ob im Inland oder im Ausland, dann werden Sie das „A“ sehen, das „A“ für Austria. Wir sagen ja zu diesem „A“! Dieses Bekenntnis zur Qualität österreichischer Produkte ist von der Bevölkerung sehr stark aufgegriffen worden und wird auch wirklich verwendet. Unser „Ja zu A“! soll aber nicht nur für die Qualität der Leistungen in der Wirtschaft gelten. Wir wollen auch mehr Qualität in der Politik unseres Landes.

Der Bundesvoranschlag für 1983 zeigt, daß die Regierung noch immer nicht gewillt ist, eine wirtschaftsgerechte Politik zu machen. Immer noch steigen die Ausgaben mehr als die Einnahmen, und immer noch hat die Belastungspolitik kein Ende. Ein solches Budget kann deshalb nicht dazu beitragen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu lösen und die Arbeitsplätze, die uns genauso am Herzen liegen wie den Arbeitnehmern, zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Deshalb lehnt die Österreichische Volkspartei die Kapitel Finanzen und Handel des Bundesvoranschlages 1983 ab. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 9.39

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Mühlbacher.

9.39

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute, am letzten Tag der Debatte über den Bundeshaushaltsvoranschlag für das Jahr 1983, stehen mit den Budgetkapiteln Handel und Finanzen jene Gruppen zur Diskussion, die es erforderlich machen, sich nochmals mit der Wirtschaftslage und der voraussichtlichen Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr auseinanderzusetzen.

Wir sollten dies, meine Damen und Herren, möglichst sachlich tun. Wir sollten dies mit Verantwortungsbewußtsein tun und jede parteipolitische Polemik dabei aus dem Spiel lassen. Die Beurteilung der Wirtschaftslage und ihrer möglichen Entwicklung ist ohnehin schwierig genug. Von der richtigen Beurteilung hängen aber der wirtschaftspolitische Kurs und nicht zuletzt auch die Vollziehbarkeit des Budgets 1983 ab.

Die Konjunkturentwicklung im kommenden Jahr wird nicht zuletzt den Ausschlag dafür geben, ob die in dieser Budgetgruppe vom Finanzminister eingepplanten und zu erwartenden Einnahmen des Bundes auch tatsächlich eintreten.

Tatsache ist — und das blieb auch in der bisherigen Debatte unwiderlegt —, daß Budgetansätze unter Berücksichtigung aller zum Zeitpunkt der Budgeterstellung zur Verfügung stehenden Unterlagen und Fakten festgelegt wurden, und zwar in einer absolut realistischen Höhe.

Den Vorwurf der Opposition, es handle sich um ein Scheinbudget, möchte ich zum Schluß der Budgetdebatte nochmals mit aller Entschiedenheit zurückweisen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Er würde nämlich unterstellen, daß der Finanzminister das Budget bewußt falsch erstellt hätte. Das ist ganz sicher nicht der Fall. *(Abg. Steinbauer: Dann ist er unfähig!)*

Meine Damen und Herren! Entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr wird die internationale Entwicklung sein. Wie sich die Weltkonjunktur in den nächsten Monaten entwickeln wird, darüber sind sich allerdings selbst die Experten nicht einig. Wie bekannt ist, mußten die internationalen Prognosen sowohl für das Jahr 1982 als auch für das Jahr 1983 herunterrevidiert werden.

Nach den letzten verfügbaren Daten wird die Wirtschaft im heurigen Jahr in den westli-

Mühlbacher

chen Industrieländern insgesamt um ein halbes Prozent schrumpfen.

Die nun schon seit 1980 dauernde Rezession der Weltwirtschaft wird sich noch bis weit in das kommende Jahr hinein ungünstig auswirken. Viele Experten rechnen damit, daß die weltweite Konjunkturschwäche auch im nächsten Jahr anhalten wird. Manche Wirtschaftswissenschaftler sehen für das kommende Jahr jedoch nicht ganz so düster. Sie sehen nach dem schwierigen Jahre 1982 nun vor der Jahreswende doch einige Lichtblicke.

Als positive Signale werden insbesondere gewertet, daß die Inflationsraten allgemein sinken und daß der Zinstrend seit einiger Zeit nach unten weist. Die in dieser Woche erfolgte abermalige Senkung des Diskontsatzes in den USA ist ein solches Signal. Die sinkenden Zinsen — so wird gerechnet — begünstigen vor allem eine Belebung der Bautätigkeit und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern.

Wenn es auch für 1983 eine leichte Konjunkturaufhellung geben könnte, so scheint es jedenfalls festzustehen, daß Wachstumsraten wie in vergangenen Jahren in nächster Zeit nicht mehr erreicht werden. Sowohl die Wirtschaftspolitik als auch die Unternehmer werden sich auf ein geringeres Wachstumstempo einstellen müssen. Die Wirtschaftspolitik muß auf diese grundlegende Veränderung neue Antworten finden.

Die Sozialistische Partei und die sozialistische Bundesregierung haben mit ihrem wirtschaftspolitischen Kurs schon in den letzten Jahren erfolgreich versucht, die richtige Antwort zu geben. Dieser Kurs hat weit über unsere Landesgrenzen hinaus als der österreichische Weg der Wirtschaftspolitik Beachtung und Anerkennung gefunden.

Natürlich konnte sich auch Österreich der durch die Energiekrise ausgelösten Wachstumsverlangsamung der gesamten Weltwirtschaft nicht entziehen. Vergleicht man aber die Entwicklung in Österreich, so muß man anerkennen, daß wir die Probleme besser gemeistert haben als die meisten anderen Länder. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte dies an einigen wichtigen Wirtschaftskennzahlen nachweisen:

Österreich hat in den letzten Jahren an Wettbewerbskraft gewonnen. Dr. Kramer, der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, hat erst dieser Tage darauf

hingewiesen, daß die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte von der Kosten- seite her heute um 8 bis 9 Prozent besser ist als vor fünf Jahren. Im Vergleich mit 1980 liegen wir um 4 Prozent günstiger.

Die Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird davon unabhängig auch von einer erst vor kurzem veröffentlichten schweizer Studie bestätigt. Unser Land ist in der Rangliste der Länder mit einer leistungsfähigen und konkurrenzfähigen Wirtschaft in den letzten Jahren einige Plätze weiter nach vorne gerückt.

Nach vorne gerückt ist Österreich auch, was die Kaufkraft der Durchschnittseinkommen der Bevölkerung betrifft. Dies zeigt eine Untersuchung der OECD in Paris über die Entwicklung der realen Kaufkraft in den einzelnen Ländern und Wirtschaftsräumen.

Im Jahr 1955 lag die Kaufkraft der österreichischen Bevölkerung noch um 20 Prozent unter dem Niveau der Europäischen Gemeinschaft. Im Jahr 1977 haben wir mit der EG gleichgezogen. Die Regierung Kreisky hatte damit eines ihrer erklärten wirtschaftspolitischen Ziele, nämlich Österreichs Wirtschaft europareif zu machen, auch in diesem Bereich erreicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute haben wir, was die Kaufkraft betrifft, die Europäische Gemeinschaft bereits um 3 Prozent überholt. Und wir liegen nicht nur bei der Kaufkraft voran: Das gleiche gilt auch für das Wirtschaftswachstum. Während die europäischen Industriestaaten nach den letzten Prognosen heuer bestenfalls mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,5 Prozent rechnen können, so wird unsere Wirtschaft mit einer realen Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 1 Prozent immerhin um das Doppelte expandieren. Für 1983 rechnen die Experten für Österreich mit einer Steigerung von 1,5 Prozent. Ein Wert, der wieder deutlich über dem Europa-Durchschnitt liegt.

Günstiger als alle anderen europäischen Länder, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland, liegen wir auch, was die Preisstabilität betrifft. Mit einer Teuerungsrate von 4,6 Prozent erreichten wir im Oktober den niedrigsten Wert seit 1979 und gleichzeitig die niedrigste Inflationsrate aller europäischen Industriestaaten. Das November-Ergebnis ist mit 4,7 Prozent ähnlich günstig. Im Jahresdurchschnitt werden wir mit 5,5 Prozent fast um die Hälfte unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten liegen.

Mühlbacher

Diese erfolgreiche Stabilitätspolitik ist eng mit einer ebenso erfolgreichen Währungspolitik verbunden. Der Schilling zählt heute zu den stabilsten und härtesten Währungen.

Die Liste der positiven Wirtschaftsdaten wäre nicht vollständig ohne unsere Exporterfolge: Mit einer nominellen Steigerung der Exporte um 8 Prozent bei einem gleichzeitigen Rückgang der Importe wird heuer unsere Leistungsbilanz — seit Jahren eine unserer größten wirtschaftspolitischen Sorgen — ausgeglichen sein.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß es dank der besonderen Förderung der Bundesregierung auch immer mehr kleineren und mittleren Gewerbebetrieben gelingt, beachtliche Exporterfolge zu erzielen. So stiegen im ersten Halbjahr die Gewerbeexporte mit einem Zuwachs von 10 Prozent überdurchschnittlich.

Und schließlich, meine Damen und Herren, zu dem Hauptanliegen der Sozialistischen Partei und dieser Bundesregierung, der Beschäftigungspolitik und der Erhaltung der Arbeitsplätze:

In einer Zeit, in der wir mit größter Sorge zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Arbeitslosigkeit weltweit weiter ansteigen wird und nach den Prognosen der Experten im Jahre 1983 33,5 Millionen Menschen in den westlichen Industriestaaten ohne Arbeit sein werden, ist es in Österreich gelungen, ein Beschäftigungsniveau zu erhalten, um das uns alle anderen Länder beneiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In dieser schwierigen Zeit ist es uns durch die Ausschöpfung aller der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, und dazu gehört auch das Budget, gelungen, vor allem das Gespenst der Jugendarbeitslosigkeit, die wohl bitterste und gesellschaftspolitisch gefährlichste Form der Arbeitslosigkeit, von unserem Land fernzuhalten.

Obwohl die Arbeitslosenrate 1982 mit 3,7 Prozent und auch 1983 mit vorausgesagten 4,5 Prozent weit unter den Arbeitslosenzahlen der anderen Industriestaaten liegt, werden wir weiter alle unsere Bemühungen auf die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus konzentrieren.

Die im Vergleich günstige Beschäftigungssituation ist auch für die Wirtschaft, für die vielen kleinen und mittleren Betriebe im Handel, im Handwerk und im Gewerbe und im

weiten Bereich der Dienstleistungsbetriebe und für den Fremdenverkehr von entscheidender Bedeutung. Denn was heißt es, wenn die Bevölkerung Arbeit und Einkommen hat? — Es heißt, daß auch die Kaufkraft erhalten bleibt. Das bedeutet für die Wirtschaft gute Umsätze und Aufträge.

Die positiven Wirtschaftsdaten, diese im internationalen Vergleich günstige Position unseres Landes dürfen jedoch nicht Anlaß zu Selbstgefälligkeit und zu blinder Euphorie sein. Sie geben aber noch viel weniger Anlaß zu Panikstimmung und Schwarzmalerei. Pessimismus, Ratlosigkeit und Zweifel an der Zukunft waren noch nie gute Ratgeber. In einer solchen Situation ist es gefährlich, die Wirtschaft aus reinen parteitaktischen Überlegungen durch bewußte Schwarzmalerei zu verunsichern. Was die Wirtschaft braucht, meine Damen und Herren, ist Realitätssinn, Selbstvertrauen und ein Klima, das Zuversicht und Zukunftshoffnung fördert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die vergleichsweise positive Position unserer Wirtschaft ist das Ergebnis der Leistung und des Fleißes der österreichischen Bevölkerung, egal, wo der einzelne in der Wirtschaft steht, ob er Facharbeiter ist, ob er Angestellter ist, ob er in einer Fabrik arbeitet oder in einem der vielen Klein- und Mittelbetriebe, ob er als Beamter oder als selbständiger Wirtschaftstreiber, als Landwirt oder als freiberuflich Schaffender tätig ist, jeder hat an seinem Platz dazu beigetragen.

Die positive Situation ist aber auch das Ergebnis der verantwortungsbewußten Haltung der Wirtschafts- und Sozialpartner. Dieser verantwortungsbewußten Haltung haben wir es zu verdanken, daß es bei den Tarifverhandlungen und Lohnabschlüssen in diesem Jahr zu einem Ergebnis gekommen ist, das der schwierigen wirtschaftlichen Situation Rechnung trägt. Dieser verantwortungsbewußten Haltung haben wir es zu verdanken, daß uns Arbeitskonflikte, wie wir sie aus dem Ausland kennen, erspart geblieben sind und daß der soziale Friede in unserem Lande gewahrt ist.

Der bewährten Einrichtung der Wirtschafts- und Sozialpartner wird in der nächsten Zeit die Aufgabe zufallen, auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine an die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Realität angepaßte Lösung zu finden. Alle Seiten sollten an dieses Problem sachlich und möglichst emotionsfrei herangehen.

Mühlbacher

Meine Damen und Herren! Die positiven Kennzahlen unserer Wirtschaft sind aber nicht zuletzt den erfolgreichen Bemühungen der Wirtschaftspolitik dieser Regierung zu verdanken, einer Regierung, deren wirtschaftspolitisches Hauptziel seit ihrem Amtsantritt die Erhaltung und Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze und die Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur ist. Hand in Hand damit geht die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft unserer Betriebe.

Ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung und Fortführung dieses erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurses der sozialistischen Regierung ist natürlich das Budget. Daher wurde auch bei dieser Budgeterstellung versucht, die Arbeitsplatzsicherung und die Strukturanpassung der österreichischen Wirtschaft fortzusetzen und verstärkt zu fördern. Damit sollen die Voraussetzungen zu einem neuerlichen Wirtschaftsaufschwung geschaffen werden.

Ein Beispiel für diese Wirtschaftspolitik sind die beiden Beschäftigungs-sonderprogramme der Bundesregierung. Sie bringen kräftige Impulse für die gesamte Wirtschaft und schaffen bis zum Jahre 1985 zusätzlich 35 000 neue Dauerarbeitsplätze. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Finanzierung dieser Beschäftigungs-sonderprogramme durch den Staat schlägt sich natürlich auch im Budget nieder. Die Oppositionsparteien nehmen diese Kreditaufnahme zum Anlaß, um in der politischen Diskussion der Regierung Schuldenmacherei vorzuwerfen und von einem Horrodefizit zu sprechen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur eine kurze Bemerkung machen:

Egal, wie man die österreichische Staatsverschuldung mißt und mit anderen Ländern vergleicht — ob pro Kopf der Bevölkerung oder gemessen am Bruttoinlandsprodukt —, man kann feststellen, daß die österreichische Verschuldung niedriger ist als in den meisten anderen Industrieländern.

Außerdem kommt noch dazu, daß man dann — wenn man bereit ist, über die Kreditaufnahme des Staates seriös zu diskutieren — gleichzeitig die Frage stellen muß, für welchen Zweck das ausgeborgte Geld verwendet wird. Das ist meines Erachtens entscheidend!

Um dieses entscheidende Kriterium deutlicher und allgemein verständlicher zu machen

und um hervorzuheben, worum es wirklich geht, möchte ich einen Vergleich anstellen, einen Vergleich des Staatshaushaltes mit einem Privathaushalt und mit einem Betrieb.

Ich stelle diese Parallele her, obwohl ich weiß, daß Volkswirtschaftler und Finanztheoretiker dies aus ihrer Sicht für nicht zulässig halten. Aber es geht mir nicht um abstrakte modelltheoretische Überlegungen, sondern allein darum, den unberechtigten Vorwurf der Schuldenmacherei, den die Opposition in der Öffentlichkeit und in ihrer politischen Propaganda immer wieder erhebt, zu widerlegen.

Die Staatsschuld, meine Damen und Herren, liegt mit 298 Milliarden Schilling beträchtlich unter den Budgeteinnahmen eines Jahres. Diese sind im Budget für das Jahr 1983 mit 325 Milliarden Schilling ausgewiesen.

Wenn nun ein Privathaushalt für wichtige, lebensnotwendige und dauerhafte Anschaffungen — also nicht für teure Urlaubsreisen oder für den Kauf von Luxusgegenständen, sondern zum Beispiel für den Kauf oder die Errichtung einer Wohnung — ein langfristiges Darlehen aufnimmt, so wird dies jedermann für gerechtfertigt halten, und zwar auch dann, wenn die Kredithöhe das Jahreseinkommen der Familie übersteigt.

Das gleiche gilt für langfristige Investitionen in der Wirtschaft. Niemand wird ernsthaft auf die Idee kommen zu behaupten, daß ein Unternehmen, das für ein großes Investitionsvorhaben Fremdmittel aufnimmt, deswegen „leichtsinnig“ handelt oder „konkursreif“ ist. Auch hier ist der Verwendungszweck der Maßstab für die Beurteilung der Kreditaufnahme.

Legt man genau diesen Maßstab auch für die Beurteilung der Kreditaufnahme durch den Bund an, so zeigt sich, wie haltlos das Propagandaschlagwort der ÖVP von einer angeblichen „Schuldenwirtschaft“ der Regierung ist. Denn die mit diesem Geld durchgeführten langfristigen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes und zur Modernisierung unserer Wirtschaft kommen nicht nur dieser Generation, sondern auch den nächsten Generationen zugute. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Würde der Herr ÖVP-Parteiboss Mock, um bei dem Vergleich zu bleiben, auch einem Familienvater, der für seine Familie unter persönlichem Verzicht und Entbehrungen eine Wohnung kauft oder der hart arbeitet

14332

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Mühlbacher

und trotz größter Sparsamkeit Kredite aufnimmt, um sich ein eigenes Einfamilienhaus zu bauen, würde Herr Dr. Mock einem solchen Staatsbürger allen Ernstes vorwerfen, daß er die Zukunft seiner Kinder in das Pfandhaus trägt?

Würde Herr Dr. Mock dem Inhaber eines Familienbetriebes, der investiert und dazu nicht nur Eigenmittel verwendet, vorwerfen, daß er die Zukunft seines Nachfolgers in das Pfandhaus trägt?

Würde er dies tun, wenn feststeht, daß diese Investitionen die Voraussetzung dafür sind, daß der Betrieb konkurrenzfähig bleibt und daß die künftige Existenz des Unternehmens davon abhängt?

Wenn er dies nicht tut, verehrte Damen und Herren, dann wäre er gut beraten, wenn er eine solche ungerechtfertigte Kritik auch dann unterlassen würde, wenn es um unseren Staatshaushalt geht. *(Abg. Dr. Zittmayr: Herr Abgeordneter Mühlbacher! Wenn Sie ein Drittel Ihres Nettoeinkommens für Zinsen- und Schuldentilgungen einsetzen, bleibt Ihnen nichts mehr übrig! So geht es dem Staat auch!)*

Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich bitte Sie, hören Sie mir zu: Das trifft genauso den Privathaushalt. Deswegen ist das auch kein unseriöses Schuldenmachen. Es geht doch um die Vollbeschäftigung in unserem Staat und um das Wohlergehen unserer Wirtschaft! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber das einzige, was der Herr Dr. Mock sonst damit erreichen könnte, wäre eine Rufschädigung unseres Landes, das bis heute nach wie vor in der ganzen Welt als ein erstklassiger Kreditnehmer gilt.

Im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung möchte ich gleich auch ein zweites offensichtliches Lieblingsthema der Opposition für Polemik und Horrormeldungen ins rechte Licht rücken: Die Steuerquote.

Die Opposition verfährt dabei nach einem beliebten und hinlänglich bekannten Rezept: Im einzelnen wird überall mehr vom Staat gefordert. Mehr für den Wohnbau, mehr für die Umwelt, mehr für die Klein- und Mittelbetriebe, mehr für die Landwirtschaft. Alle diese Forderungen würden das Budget zusätzlich belasten. Die logische Konsequenz wären ein höheres Budgetdefizit oder höhere Steuern. Beides wird jedoch schon heute heftig kritisiert, beides als zu hoch bezeichnet.

Die im Vormonat vom Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegte Untersuchung über die Staatsquote in Österreich widerlegt jedoch die Behauptung von einer ständig steigenden Steuerbelastung. Die für die Beurteilung der Steuerleistung maßgebliche Größe, die sogenannte Abgabenquote, liegt mit 41,7 Prozent im internationalen Mittelfeld. Die Steigerung dieser Quote in den letzten Jahren ist nicht auf die Steuern, sondern zum Großteil auf die Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen.

Die Steuerquote im engeren Sinn, also nach Ausscheiden von Sozialversicherungsbeiträgen und den Beiträgen an Kammern und Fonds, beträgt 28,6 Prozent. Sie ist, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, seit dem Jahr 1965 praktisch unverändert geblieben.

Die Behauptung von der gigantisch gestiegenen Steuerbelastung gehört also ebenso wie die angebliche Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe durch diese Regierung in den Bereich der von der Propagandaabteilung der Parteizentralen erfundenen politischen Legenden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich möchte die Gelegenheit benützen, um einmal mehr den Stellenwert, den wir den Klein- und Mittelbetrieben in unserer Wirtschaft und in unserer Wirtschaftspolitik beimessen, mit aller Deutlichkeit darzustellen, eine Darstellung, die notwendig ist, weil immer offensichtlicher wird, daß die Österreichische Volkspartei die Frage der Klein- und Mittelbetriebe zu einem Hauptthema ihrer Wahlpropaganda gewählt hat.

Um eines gleich zu Beginn eindeutig klarzustellen: Für die Regierungspartei und für die Bundesregierung gibt es keine Konfliktsituation zwischen Großbetrieben und Kleinbetrieben, gibt es keinen Konflikt zwischen Handwerk, Handel und Fremdenverkehr auf der einen Seite und Industrieunternehmen auf der anderen Seite. Beide sind für eine gesunde und ausgewogene Wirtschaftsstruktur in einem modernen Industriestaat wie Österreich unentbehrlich.

Und es gibt für uns keine prinzipiell unterschiedliche Beurteilung und Behandlung von privaten Betrieben und Betrieben, deren Eigentümer die öffentliche Hand ist.

Für die Sozialistische Partei und die Bundesregierung gibt es bei ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen nur eine einzige österreichische Wirtschaft. Und zu dieser gehören alle Betriebe, egal welcher Größe,

Mühlbacher

egal in welchem Bundesland und wer der Eigentümer ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für alle diese Betriebe gilt der gleiche Grundsatz: Sie alle haben ein Anrecht darauf, daß die Wirtschaftspolitik für möglichst günstige Rahmenbedingungen sorgt. Sie alle haben das gleiche Anrecht auf Förderung und Unterstützung, wenn es erforderlich ist, ihre Existenz und damit die Arbeitsplätze in diesen Betrieben zu sichern. Das kommt in unserem Budget zum Ausdruck.

Wenn das, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, auch Ihre Grundhaltung ist, dann stimmen wir in diesem Bereich überein.

Das bedeutet für uns aber auch — und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —: Wir werden uns im Sinne dieses Grundsatzes von Ihnen nicht davon abhalten lassen zu helfen, wenn es um die Sicherung der Existenz und Tausender Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie geht! *(Beifall bei der SPÖ.)* Auch nicht durch die Unterstellung, daß die Regierung die Verstaatlichte einseitig bevorzugt. Eine Behauptung, die durch die Fakten eindeutig widerlegt wird.

Meine Damen und Herren! Nach allem, was wir in letzter Zeit erlebt haben, leidet die Österreichische Volkspartei offensichtlich in einem zunehmenden Maße unter einem gestörten Verhältnis zur Wirtschaft. Es ist schon bemerkenswert, was sich da in den letzten Tagen abspielte. Selbst von der Industriellenvereinigung — einer Organisation, die mit Sicherheit nicht in dem Verdacht steht, eine Vorfeldorganisation der SPÖ zu sein — mußte sie sich in der Öffentlichkeit schärfste Kritik wegen ihrer neuen wirtschaftsfeindlichen Wahlslogans gefallen lassen, wo sie in einem dieser Slogans den Baustoff Beton in einem Atemzug mit Gift nennt.

Ein Beweis mehr, daß die Österreichische Volkspartei längst nicht mehr das ist, was sie besonders gegenüber den Wirtschaftstreibenden noch immer vorzuspielen versucht, nämlich die Partei der Wirtschaft und der Wirtschaftstreibenden zu sein.

Genau das ist es auch, was gerade die kleineren Gewerbe- und Handelstreibenden immer deutlicher erkennen!

Daran ändern auch die zahlreichen Pläne, Programme, Operationskalender und Erklärungen für die Klein- und Mittelbetriebe nichts, die in letzter Zeit in immer kürzeren

Abständen von der ÖVP vorgelegt wurden. Stets wurden sie schon nach kurzer Zeit durch einen neuen Plan ersetzt. Oder sie verschwanden in den Schubladen und wurden vergessen.

Auch wenn Sie lautstark das Gegenteil behaupten, Tatsache ist: Daß viele der berechtigten Anliegen und Wünsche der kleineren Wirtschaftstreibenden erfüllt wurden, ist eindeutig auf Maßnahmen und Initiativen dieser Bundesregierung zurückzuführen. Daß Sie sich in vielen Fällen in einer Art „Anhängeverfahren“ rasch angeschlossen haben, um es dann in der Öffentlichkeit als Ihre Forderung und Ihren Erfolg zu verkaufen, ist eine gern geübte Praxis.

Dies ist an Hand der Fakten leicht nachzuweisen. Ein kurzer Rückblick auf das, was in der Zeit der Regierung Kreisky seit 1970 für Klein- und Mittelbetriebe getan wurde, genügt um festzustellen, daß viele wichtige Forderungen der kleineren und mittleren Betriebe erfüllt wurden, die eine frühere ÖVP-Regierung längst hätte erfüllen können, wenn sie nur gewollt hätte. Lassen Sie mich nur einige Beispiele aufzählen:

Erst diese Bundesregierung hat mit der neuen Gewerbeordnung ein besonders für die kleineren Betriebe wichtiges, modernes und zeitgemäßes Gewerberecht geschaffen. Die früheren ÖVP-Regierungen haben darüber jahrelang verhandelt und sind immer wieder gescheitert.

Erst diese Bundesregierung hat im Bereich der Steuergesetzgebung langjährige berechtigte Forderungen der kleineren Familienbetriebe erfüllt: Das Dienstverhältnis des mittätigen Ehegatten wurde steuerlich anerkannt. Die ungerechte Haushaltsbesteuerung mit ihrer progressionsverschärfenden Wirkung wurde endlich abgeschafft. Beides hätten die früheren ÖVP-Finanzminister schon längst tun können, wenn sie es wirklich gewollt hätten.

Erst diese Bundesregierung hat im Selbständigen-Sozialrecht so wichtige Verbesserungen wie die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung für alle Selbständigen und ihre Familien oder die Gewerbe-Frühpension durchgeführt.

Nicht zu vergessen das erst heuer in Kraft getretene Gesetz, das auch selbständig erwerbstätigen Frauen im Falle einer Geburt den Anspruch auf Mutterschaftsgeld sichert.

Mühlbacher

Viele dieser heute nicht mehr wegzudenkenden Sozialleistungen mußten sogar gegen den Widerstand der ÖVP durchgesetzt werden.

Erst unter dieser Bundesregierung — auch daran muß erinnert werden — wurde zum Schutz der kleineren Handelsbetriebe ein eigenes Gesetz zur Sicherung der Nahversorgung und fairer Wettbewerbsbedingungen beschlossen.

Die Bedrohung der kleineren Geschäfte durch die Strukturveränderung in der Wirtschaft und durch neue Handelsformen — das zeigt doch die Statistik ganz deutlich — gab es schon, als noch die ÖVP die Regierung stellte und als es einen ÖVP-Handelsminister gab.

Erst unter dieser Bundesregierung kam es zu einem gesetzlichen Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis, die für die kleineren Handelsbetriebe und den Fachhandel ruinösen Lockvogelangebote gab es jedoch auch schon viel früher.

Und erst unter dieser Regierung wurde ein eigenes Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft beschlossen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Ihre Partei in der Zeit, in der sie dazu die Möglichkeit gehabt hätte, sehr wenig für die Klein- und Mittelbetriebe getan hat.

Doch auch später haben viele Ihrer Vorschläge gezeigt, daß sie in der Praxis den Großbetrieben wesentlich mehr Vorteile gebracht hätten als den kleinen Familienbetrieben.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an Ihren Vorschlag, daß den Betrieben die Verwaltungsarbeit für den Staat in der Form abgegolten werden sollte, daß 2 Prozent der Lohnsteuer einbehalten werden darf. Wir haben Ihnen damals vorgerechnet, daß ein kleiner Gewerbe- oder Handelstreibender, der seine Buchhaltung und seine Abrechnung tatsächlich in seiner Freizeit am Abend oder Wochenende machen muß, bei Ihrem Vorschlag dafür im Monat 100 S bekommen hätte. Ein Großbetrieb, der für diesen Zweck Computer einsetzt, hätte hingegen einen Vorteil gehabt, der in die Hunderttausende Schilling gegangen wäre.

In letzter Zeit, so entnehme ich den verschiedenen Aussagen der ÖVP, ist Ihre Haltung gegenüber den Großbetrieben — insbesondere wenn es sich um die verstaatlichte Industrie handelt — kritischer geworden.

Gestatten Sie mir auch zu diesem Thema eine Feststellung: Genauso wie die Bundesregierung — gerechtfertigt durch die besondere Situation — zahlreiche gezielte Maßnahmen getroffen hat, die nur den kleineren und mittleren Betrieben Vorteile gebracht haben, genauso ist die Bundesregierung aus ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus verpflichtet, auch für Industriebetriebe — egal ob in privatem oder öffentlichem Besitz — Maßnahmen zu treffen, wenn sie notwendig sind. Für den Bereich der verstaatlichten Industrie kommt dazu noch ihre Verantwortung als Eigentümerversreter hinzu.

Die Bundesregierung kann und darf in diesem Fall nicht mit zweierlei Maß messen: Mit dem gleichen Recht und moralischen Anspruch, mit dem die gewerbliche Wirtschaft die Hilfe und Unterstützung der öffentlichen Hand bei der Bewältigung von tiefgreifenden Strukturproblemen verlangt, mit dem gleichen Recht hat der Großbetrieb in der gleichen Situation — der noch dazu dem rauen Wind des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt ist — Anspruch auf Unterstützung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Niemand wird ernsthaft zu leugnen versuchen, daß wir uns mit einer nun schon langanhaltenden schweren Krise der Weltwirtschaft konfrontiert sehen.

Von den Auswirkungen dieser internationalen Wirtschaftskrise — auch das steht sicher außer Streit — werden die einzelnen Branchen und Betriebe unterschiedlich stark betroffen. Die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe arbeiten zum Teil in einem geschützten Sektor. Natürlich bekommen auch sie die Krise indirekt zu spüren. Doch ist es andererseits doch so, daß der Nahversorgungsbetrieb oder das Serviceunternehmen, das Heizungs- oder Installationsanlagen wartet, von der internationalen Krise weit weniger betroffen ist als alle jene Unternehmen, die einen Großteil ihrer Produkte exportieren.

Ein Gewerbebetrieb, der auf die Erfüllung individueller Kundenwünsche spezialisiert ist, wird natürlich von der schweren internationalen Stahlkrise weniger getroffen als die österreichische Eisen- und Stahlindustrie.

Deshalb möchte ich bei der zum Teil hefti-

Mühlbacher

gen Polemik, mit der gegen die Hilfe für die verstaatlichten Betriebe politisch agitiert wird, von hier aus mit allem Ernst warnen: Es mag vielleicht gelingen, mit solchen polemischen Angriffen und unsachlichen Argumenten bei einigen kleineren Unternehmern Neidgefühle zu wecken. Aber vergessen Sie bitte eines nicht — wenn Sie der Versuchung, auf eine solche Weise Popularitätshascherei zu betreiben, nicht widerstehen können —: Die Krise ist wie eine ansteckende Krankheit!

Gelingt es uns nicht, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise so weit es geht von uns fernzuhalten, gelingt es uns nicht, die schlimmsten Folgen der internationalen Stahlkrise von unseren eigenen Eisen- und Stahlbetrieben abzuwenden, und gelingt es uns nicht, die schwierigen Zeiten zu überstehen und neue zukunftsorientierte Strukturen aufzubauen, dann ist eine Kettenreaktion unabwendbar. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Dann werden unweigerlich auch die Klein- und Mittelbetriebe in den Strudel mit hineingerissen. Dann gerät auch die gewerbliche Wirtschaft in ernste Schwierigkeiten, und zwar nicht nur die Tausenden privaten Gewerbebetriebe, die heute als Zulieferfirmen von den verstaatlichten Betrieben Aufträge erhalten und diese verlieren würden, sondern ebenso die vielen Handelsbetriebe, Handwerker und Dienstleistungsfirmen aller Sparten, für die heute die Kaufkraft und die Konsumausgaben der in den verstaatlichten Betrieben Beschäftigten eine wesentliche Existenzgrundlage ist.

Dr. Taus hat erst vor einigen Tagen richtigerweise darauf hingewiesen, daß dann, wenn man einigen der verstaatlichten Betriebe in der derzeitigen Situation jede Hilfe versagen würde, Betriebsschließungen unvermeidbar wären, was zur wirtschaftlichen Verödung ganzer Regionen führen würde.

Welch wichtiger Faktor die verstaatlichten Betriebe für die österreichische Gesamtwirtschaft sind und welch gewaltige Impulse von diesen Großbetrieben für die privaten Klein- und Mittelbetriebe ausgehen, war erst in der Vorwoche in allen Tageszeitungen nachzulesen. Ich möchte nur die eindrucksvollen Zahlen in Erinnerung rufen, die von Bundeskanzler Dr. Kreisky beziehungsweise der ÖLAG genannt wurden.

Die Gesamtsumme der im Vorjahr von der verstaatlichten Industrie an österreichische Privatfirmen vergebenen Aufträge betrug 25,6 Milliarden Schilling. Von diesem Gesamt-

betrag hat die VOEST-Alpine Aufträge im Wert von 13 Milliarden Schilling an 5 000 Firmen vergeben; die Simmering-Graz-Pauker 1,3 Milliarden Schilling an 3 000 Firmen; die ÖMV 3,3 Milliarden Schilling an 2 000 Firmen; die Chemie Linz 2,5 Milliarden Schilling an 4 000 Firmen, die Elin 2,6 Milliarden Schilling an 5 000 Firmen und die Vereinigten Metallwerke 2,5 Milliarden Schilling an 3 500 Firmen.

Insgesamt haben 22 000 kleinere und auch sehr kleine Privatfirmen allein im Vorjahr Aufträge von der verstaatlichten Industrie erhalten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Noch eine letzte Zahl, die das existentielle Interesse der gewerblichen Wirtschaft an gesunden Industrieunternehmen unterstreicht: Allein in den acht VOEST-Betriebsstätten in den vier Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und Wien wurde im Vorjahr eine Lohn- und Gehaltssumme von mehr als 10 Milliarden Schilling ausgezahlt. Fachleute haben berechnet, daß allein durch die Verbrauchsausgaben der VOEST-Mitarbeiter im heimischen Handel und Gewerbe 10 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

In der Diskussion der letzten Wochen wird von der Opposition immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Großbetriebe mehr gefördert werden als die gewerbliche Wirtschaft. Diese Behauptung ist und bleibt falsch, auch wenn sie ständig wiederholt wird.

Es ist keine Frage, daß die konkreten Beträge sehr unterschiedlich sind, welche die einzelnen Betriebe erhalten. Natürlich macht — gemessen am Investitionsvolumen des einzelnen Betriebes — der Zuschuß oder die Förderung bei einem Großunternehmen in absoluten Zahlen eine eindrucksvollere Summe aus als bei einem Kleinbetrieb. Was jedoch die Gesamtsumme der Förderung oder das Verhältnis der Förderung in Relation zu den Investitionskosten betrifft, so gibt es keine Bevorzugung der Industrie.

Ich muß in diesem Zusammenhang nochmals die Industriellenvereinigung beziehungsweise ihren Präsidenten zitieren. Dieser hat — und das finde ich bemerkenswert und erfreulich — völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß weiter verstärkt in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden soll. Daß er als Beispiel dafür gerade in einer Zeit, in der die Österreichischen Bundesbahnen auf das heftigste angefeindet werden, eine zusätz-

14336

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Mühlbacher

liche 10-Milliarden-Investition für die Bahn vorgeschlagen hat, ist beachtenswert.

Angesichts der Polemik, die gegen die Bundesbahnen besonders wieder in letzter Zeit entfesselt wurde, könnte man sogar von einer mutigen Tat sprechen. Sie zeigt von einer realistischen Einstellung zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die wir leider bei vielen anderen vermissen.

Ich möchte auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft hinweisen und die Entwicklung seit dem Amtsantritt der Regierung Kreisky beleuchten. Die Zahlen der über die BÜRGES abgewickelten Förderungsaktionen zeigen deutlich, welches Gewicht die Bundesregierung der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe beimißt.

Im Jahr 1969 war der damaligen ÖVP-Regierung die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe durch die BÜRGES bescheidene 45 Millionen Schilling wert. Im Budget 1983 sind für alle BÜRGES-Aktionen fast 800 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist eine Steigerung auf das 18fache! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese gewaltige Steigerung findet auch ihren Niederschlag in dem geförderten Kreditvolumen. Jährlich werden derzeit rund 10 Milliarden Schilling an Investitionskrediten durch Zinsenzuschüsse, Prämien und Haftungsübernahmen gefördert.

Insgesamt wurden seit 1970 über 100 000 Förderungsanträge positiv erledigt. Das bedeutet im statistischen Durchschnitt, daß in der Zeit seit dem Amtsantritt der sozialistischen Bundesregierung praktisch jeder zweite Betrieb, jeder zweite Selbständige in den Genuß einer Förderung gekommen ist. Diese gewaltige Ausweitung der Förderung wurde sowohl durch den Ausbau der einzelnen Aktionen als auch durch die Schaffung neuer Förderungsaktionen erreicht.

Welche entscheidenden Verbesserungen bei den einzelnen Aktionen vorgenommen wurden beziehungsweise welche neuen Aktionen ins Leben gerufen wurden, darf ich kurz festhalten:

Neben dieser beachtlichen direkten Förderung der Klein- und Mittelbetriebe steht der gewerblichen Wirtschaft auch ein umfangreiches Instrumentarium der indirekten Wirtschaftsförderung zur Verfügung, das heuer noch um eine weitere wichtige Maßnahme erweitert wurde:

Zusätzlich zu der Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung, des Investitionsfreibetrages und der Investitionsrücklage wurde die Palette der steuerlichen Investitionsförderung um eine gewinnunabhängige, in jeder Hinsicht steuerfreie Investitionsprämie in der Höhe von 8 Prozent erweitert. Diese Investitionsprämie wurde im Rahmen des 1. Beschäftigungsprogrammes der Bundesregierung beschlossen und mit dem 2. Sonderbeschäftigungsprogramm erhöht und bis Ende 1985 verlängert.

In diesem 2. Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung ist nicht nur die Verbesserung der steuerfreien Investitionsprämie für die gewerbliche Wirtschaft von Bedeutung. Es bringt noch zwei weitere wichtige neue Förderungsaktionen:

Um leistungsbilanz- und strukturverbessernde Investitionen verstärkt zu fördern, wurde mit dem 2. Beschäftigungsprogrammsonderprogramm die erfolgreiche „TOP-Aktion“ auch auf den Bereich der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt. Bei dieser vom Freien Wirtschaftsverband angeregten und von der Bundesregierung verwirklichten Förderungsaktion sind wir uns wenigstens der Zustimmung des Generalsekretärs der Bundeswirtschaftskammer sicher.

Dieser hat erst vor wenigen Tagen in einem Pressegespräch erklärt, daß bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es gibt, innovatorische Unternehmen expandieren und keine Krise kennen. Und genau diese Betriebe werden mit den neuen Aktionen nun auch im Bereich der gewerblichen Wirtschaft gezielt und verstärkt gefördert.

Im Rahmen dieser „TOP-Kreditaktion für Klein- und Mittelbetriebe“ werden künftig Investitionen von strukturpolitischer Bedeutung — die nach Kriterien ähnlich wie bei der schon bestehenden bewährten TOP-Aktion beurteilt — besonders gefördert. Die Förderung erfolgt im Einzelfall bis zu einer Förderungsbasis von 2,5 Millionen Schilling.

Die zweite neue Förderungsaktion ist die „TOP-Unternehmensgründungsaktion“ für die gewerbliche Wirtschaft. Mit dieser neuen Aktion wird die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben unterstützt, die neue Produkte herstellen, die exportfähig sind oder die Produkte ersetzen, die bisher importiert werden mußten. Die Förderung reicht im Einzelfall bis zu förderbaren Gesamtkosten von 10 Millionen beziehungsweise 5 Millionen Schilling.

Mühlbacher

Beide neuen Aktionen bringen für die gewerbliche Wirtschaft ein Ausmaß an Förderung, wie es sie bisher noch nie gab. In beiden Fällen erfolgt die Unterstützung in Form von Prämien, Zinsenzuschüssen und Haftungskostenzuschüssen. Das absolut Neue daran ist, daß alle drei Formen der Förderung kombiniert und gemeinsam in Anspruch genommen werden können. Das bedeutet, daß die Höhe der Förderung im Einzelfall bis über 30 Prozent der gesamten förderbaren Investitionskosten ausmachen kann.

Die Durchführung dieser einzigartigen Förderungsaktion soll über die BÜRGES erfolgen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden mit der vor wenigen Tagen über meinen Antrag beschlossenen Novellierung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes geschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich habe auf diese TOP-Unternehmensgründungsaktion so ausführlich hingewiesen, weil sie ein wichtiges Anliegen der Wirtschafts- und Förderungspolitik dieser Regierung besonders deutlich zum Ausdruck bringt.

Mit dieser Aktion werden alle jene Staatsbürger angesprochen und ermutigt, von denen es meiner Überzeugung nach viele in unserem Land gibt: Staatsbürger, die Initiative entwickeln und Ideen verwirklichen wollen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wieviele Anträge sind denn erledigt worden?*) Lieber Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich muß Ihnen schon wieder sagen: Sie wissen nicht, wovon wir reden. Aktionsbeginn am 1. Dezember 1982. Das heißt: Wir sind dabei; die Richtlinien sind jetzt ausgearbeitet; ab nun beginnt diese TOP-Aktion für Klein- und Mittelbetriebe. Wir werden Ihnen sicherlich in einem Jahr eine Erfolgsmeldung bieten können. Ich habe schon einmal von diesem Platz aus gesagt: Wir würden uns freuen, wenn es sehr viele wären. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Es gibt mehrere TOP-Aktionen!*)

Es sind tüchtige und oft fachlich hochqualifizierte Menschen, die mit Zuversicht in die Zukunft sehen und die mit neuen Ideen und Elan neuen Schwung in die Wirtschaft bringen. Sie sollen jede mögliche Starthilfe erhalten. Wir wollen sie fördern und unterstützen. Die Mittel dafür werden von uns in diesem Budget bereitgestellt.

Sie werden ebenso wirksame Impulse und Aufträge für die Wirtschaft bringen wie die im Budget für 1983 vorgesehenen Ausgaben für öffentliche Investitionen und für die Wirt-

schaftsförderung. Die investiven Ausgaben in diesem Budget erreichen eine Höhe von 66,5 Milliarden Schilling, die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung insgesamt 13,1 Milliarden Schilling, davon die Arbeitsmarktförderung 2,2 Milliarden Schilling und das Konjunkturausgleich-Budget 6,2 Milliarden Schilling.

Das heißt: Die im Budget vorgesehenen Mittel, die in Form von Aufträgen im Zuge von Investitionen des Bundes und in Form von Investitionsförderung direkt in die Wirtschaft fließen, werden von 59,6 Milliarden Schilling auf 66,5 Milliarden Schilling steigen. Das bedeutet: Die beschäftigungs- und nachfragewirksamen Ausgaben werden überproportional erhöht. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1982 beträgt die Steigerung 11,6 Prozent.

Rechnet man noch die zusätzlichen Maßnahmen durch die Beschäftigungssonderprogramme dazu, gehört Österreich damit nachweislich zu jenen Ländern mit dem höchsten Anteil an investiven Ausgaben und dem höchsten Anteil an wirtschaftsfördernden Maßnahmen im Budget. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluß der Budgetdebatte nach 57 Stunden Beratung im Finanz- und Budgetausschuß und mehr als 60 Stunden Debatte hier im Plenum zusammenfassen:

Das Jahr 1983 wird für uns alle und für die Wirtschaft kein leichtes werden. Es wird neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen bringen.

Nicht Pessimismus, Schwarzmalerei oder Verzagtheit sind daher angebracht, sondern Zuversicht und eine gesunde Portion Selbstvertrauen. Nicht Verunsicherung, sondern Förderung von unternehmerischer Initiative und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik sind gefragt.

Wir glauben an die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir glauben an den Fleiß und die Tüchtigkeit der Österreicher.

Wir zweifeln nicht daran, daß wir bei einer Fortsetzung des erfolgreichen österreichischen politischen und wirtschaftspolitischen Kurses auch das schwierige Jahr 1983 erfolgreich meistern werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Mit dem vorgelegten Budget für 1983 und seinen konjunkturbelebenden Schwerpunkten wird eine wichtige Grundlage dafür

14338

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Mühlbacher

geschaffen. (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das war eine Zeitüberschreitung! — Abg. Mühlbacher: 40 Minuten reden darf ich nicht mehr? — Abg. Dr. Zittmayr: 50 Minuten! — Abg. Graf: Sehen Sie, wie lang einem 40 Minuten vorkommen können! — Heiterkeit.) 10.29

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stix.

10.30

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem sich die Kollegen gerade über die Länge einer Rede gefreut haben, werde ich mich bemühen, zu dieser Freude ebenfalls beizutragen.

Die Debatte über das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie läßt von unserer Sicht her ein, sich mit der gesamten Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen, das kann leider nicht eine Auseinandersetzung allein mit Bundesminister Dr. Staribacher sein, denn, obwohl er Handels-, Gewerbe-, Industrie- und Energieminister ist, fehlen ihm jene Kompetenzen, die ihn etwa im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern zu dem österreichischen Wirtschaftsminister machen könnten.

So wichtige Kompetenzen das Handelsministerium auch besitzt, es wird weit mehr dominiert von den Kompetenzen, die sich im Laufe einer geschichtlichen Entwicklung heute beim Finanzminister angesammelt haben. In Wirklichkeit ist heute der Finanzminister in Österreich mehr Wirtschaftsminister als Handelsminister, was wir bedauern. Wir halten das für eine nicht günstige Entwicklung, denn es ist schon klar, daß die wirtschaftspolitischen Überlegungen eines Finanzministers fraglos — das liegt in der Natur der Sache — immer beeinträchtigt sein werden durch die für ihn notwendigerweise im Vordergrund stehenden fiskalischen Überlegungen.

Es bleibt also ein wichtiges Anliegen der Freiheitlichen Partei, jene Entwicklung herbeizuführen, die in Österreich aus dem Handelsministerium ein richtiges Wirtschaftsministerium macht.

Wenn ich als Beispiel die Förderungspolitik hernehme, so sieht man da gleich aus den Zahlenrelationen, was ich meine, wenn ich behaupte, daß die Einstufung des Handelsministeriums relativ gering ist. Die Gesamtför-

derungen des Bundes erreichen derzeit eine Höhe von 12,5 Milliarden Schilling. Wenn man jenen Teil der allgemeinen Förderungsmaßnahmen herausnimmt, die durch das Handelsministerium verwaltet werden, so verbleiben nur mehr 1,6 Milliarden Schilling.

Selbst wenn ich, weil es die Sache rechtfertigt, die Förderung des Außenhandels mithinzunehme, die Exportförderung, gleich, wie sie technisch abgewickelt wird, und sie auch der Sache nach dem Handelsressort zurechne, sind das zusammen noch einmal 3 Milliarden Schilling, in etwa ein Drittel der Wirtschaftsförderung, die über das Handelsministerium direkt oder indirekt abgewickelt wird. Alles andere geht nicht über das Handelsministerium, und das zeigt die an sich zu schwache Positionierung des Handelsministeriums in der gesamten österreichischen Wirtschaftspolitik. Eine Kritik, die sich nicht gegen Staribacher richtet, sondern die sich zum einen Teil an unsere Verfassung richtet, aber auch zum anderen Teil an die österreichische Wirtschaftswirklichkeit.

Bleiben wir gleich beim Kapitel Wirtschaftsförderung. Mit ein Grund, warum wir Freiheitlichen das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie ablehnen, ist der Rückgang in der direkten Wirtschaftsförderung. Noch einmal die Globalzahlen: Wir haben zwar derzeit eine Bundeswirtschaftsförderung von 12,5 Milliarden, aber das ist weniger als im Jahr 1981, in dem diese Förderung 13,1 Milliarden ausmachte; ein Jahr, in dem wir noch nicht so tief in der Wirtschaftskrise steckten wie gegenwärtig. Das heißt, daß nicht antizyklisch vorgegangen wird. Jetzt, wo die Wirtschaftskrise um sich greift, dürften die Wirtschaftsförderungen nicht zurückgehen, sondern sie müßten steigen. Daß dies nicht der Fall ist, ist einer der härtesten Kritikpunkte gegen diese Bundesregierung. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Auch im Ressort des Handelsministers, die allgemeinen Förderungsmaßnahmen betreffend, ist ein erheblicher Teil der Förderungen rückläufig oder stagnierend. Er hebt sich keineswegs ab von dem hier allgemein zu zeichnenden Bild der Wirtschaftsförderungen, daß sie keineswegs der Wirtschaftslage entsprechend ansteigen, sondern insgesamt rückläufig sind.

Die ganz große Krankheit in der Wirtschaft ist aber etwas anderes, und das steht mit dem Kapitel Förderungen in einem Zusammenhang, denn wir brauchen in Wahrheit diese ganzen Förderungen nicht oder zumindest

Dr. Stix

nicht in diesem Umfang, wenn es in der Wirtschaft genug Eigenkapital gäbe. Tatsächlich haben wir eine völlig gegenläufige Entwicklung. Wir wissen, daß sich im Durchschnitt der österreichischen Unternehmungen die Eigenkapitalausstattung von einem Wert von etwas über 50 Prozent bis 60 Prozent noch vor 15 bis 20 Jahren reduziert hat und daß heute der Durchschnitt der Eigenkapitalausstattung bei den österreichischen Betrieben in etwa bei 20 Prozent liegt, was viel zu wenig ist.

Man muß also diagnostizieren, daß die Kapitalauszehrung die größte Krankheit ist, von der unsere Wirtschaft befallen ist. Bisher deutet überhaupt nichts darauf hin, daß man eine entscheidende Therapie, eine entscheidende Heilbehandlung für diese Krankheit entwickelt, man kuriert lediglich an den Symptomen herum. Im Gegenteil: Diese gefährliche Kapitalauszehrung geht jetzt mit voranschreitender Krise schubweise stark weiter.

Das ist wieder ein Kapitel, wo man sieht, daß man Wirtschaftspolitik allein nicht mit dem Herrn Handelsminister diskutieren kann, sondern daß man dazu den Herrn Finanzminister braucht, denn wir werden sicherlich diese Krankheit der Kapitalauszehrung in der Wirtschaft ohne eine Reform unseres Besteuerungssystems nicht bekämpfen können. Alles, was wir außerhalb einer solchen grundlegenden Reform machen, ist und bleibt ein Herumdoktern an den Symptomen.

Nehmen wir ein Beispiel für dieses Herumdoktern: die Schaffung der Beteiligungsfonds, die Sache mit den Genußscheinen. Wir Freiheitlichen haben daran mitgewirkt, haben aber von Anfang an gesagt: Das ist ein Weg, von dem man sich erstens nicht zuviel erwarten kann und bei dem zweitens die Gefahr besteht, daß er in eine ganz falsche Richtung läuft.

Die ersten Beteiligungsfonds, die geschaffen wurden, zeigen, daß unsere Sorgen berechtigt sind, daß die Entwicklung falsch läuft. Denn nicht jene Betriebe, für die das gedacht war, haben das mit hohen steuerlichen Vorteilen geförderte Risikokapital bekommen, sondern die sogenannten ersten Adressen, sogar Firmen, Unternehmungen, beispielsweise in den ersten vier Fonds die Elektrizitätswirtschaft etwa, die selber ein eigenes Förderungsgesetz haben, obendrein seit Jahren und Jahrzehnten den Zugang zum Kapitalmarkt nicht nur haben, sondern die-

sen auch praktizieren. Genau für diese war dieses Beteiligungsfondsgesetz, das Risikokapital für die mittelständige Wirtschaft schaffen sollte, nicht gedacht.

Hier liegt ein Mißbrauch vor, und wir Freiheitlichen warnen davor, unter der falschen Etikettierung „Mittelstandspolitik“ den Weg übertriebener Förderungen solcher fortzusetzen, die diese Förderungen gar nicht brauchen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wir werden die Kapitalauszehrung in der Wirtschaft — das sagte ich schon — nicht ohne grundlegende Steueränderungen bekämpfen können. Wir Freiheitlichen haben dazu unsere Vorschläge auf den Tisch gelegt; der wichtigste ist eine komplette Änderung der sogenannten Ertragsbesteuerung der Betriebe.

Man wird sich endlich dazu durchringen müssen, zu erkennen, daß Gewinne, die erzielt, aber nicht entnommen werden, sondern in den Betrieben stehenbleiben für Investitionen, für die Sicherung von Arbeitsplätzen, für das Anlegen von Reserven, um Konjunkturtäler durchzutauchen, aus der progressiven Besteuerung herausgenommen werden müssen. Was ein Unternehmer, ein Gesellschafter oder Anteilsinhaber entnimmt, das soll selbstverständlich der Einkommensteuer unterworfen werden. Aber das, was an Erträgen in den Betrieben bleibt, darf nur mehr proportional besteuert werden. Nur so wird es in Zukunft möglich sein, wiederum zum Aufbau von Kapital und von Substanz — im weitesten Sinne des Wortes — in den Betrieben zu kommen.

Wenn es uns gelingt, eine solche große Weichenstellung herbeizuführen, dann können wir auch die Debatte um die Förderung ganz anders gestalten, denn dann bedarf es nicht einer Förderungsphilosophie, wie sie sich heute ausbreitet, daß jedes und alles gefördert werden muß, weil ohne dem nichts mehr geht, sondern dann bleibt die Förderung ein Instrument unter vielen für gezielte Aktivitäten. Die jetzige Entwicklung jedenfalls wird für die Zukunft keinen dauerhaften Erfolg bewirken können.

In diesem Zusammenhang eine Randbemerkung zur Rolle der Banken. Die Banken sind heute formal die großen Kreditgeber der Wirtschaft, sie sind formal in den Betrieben die größten Gläubiger. Aber die tatsächliche Entwicklung zeigt, daß nolens volens die Banken in die Rolle eines Quasi-Gesellschafters hineinrutschen. Bei den Insolvenzen sieht

14340

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Stix

man das ganz deutlich. Es müssen Kredite weitergegeben werden, um zu sanieren, es können fragwürdig gewordene Kredite gar nicht aus den Unternehmen herausgenommen werden, weil sonst würde man diese erst recht in eine Insolvenz hineintreiben, die ansonsten vielleicht vermieden werden kann.

Kurz und gut: Obwohl formal Kreditgeber und Gläubiger, sind die Banken durch die Zurückdrängung des Eigenkapitals und durch den Vormarsch der Fremdfinanzierung in die Rolle von Quasi-Mitgesellschaftern an den Unternehmungen hineingeraten. Aber unser ganzes Kreditwesen, unsere ganze gesetzliche Grundlage für diesen Bereich hat dieser Wirtschaftswirklichkeit, die im Zuge einer jahrzehntelangen Entwicklung eingetreten ist, noch nicht Rechnung getragen. Wir werden uns mit diesem Problem sicherlich auseinandersetzen müssen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf aufmerksam machen, daß wir wahrscheinlich nicht mehr viel Zeit verlieren dürfen, um auch hier der geänderten Situation durch geeignete legislative Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Bei den Förderungsmitteln, die stagnieren, ist auch die Förderung des Fremdenverkehrs zu erwähnen. Auch die Fremdenverkehrsförderung, bei der jahrelang — das muß ich dem Herrn Handelsminister zugestehen — Gutes geleistet wurde, stagniert. Auch hier die bedauerliche Feststellung, daß dieses Stagnieren genau zu einem Zeitpunkt eintritt, zu dem eigentlich ein Anwachsen gegeben sein müßte, denn so wie sich die Wirtschaftskrise nach und nach über alle Branchen ausbreitet, hat sie nunmehr auch die bisher scheinbar krisenlose Branche des Tourismus, die Branche unserer österreichischen Gästewirtschaft erreicht. Einem Aufsatz von Smeral über konjunkturelle Auswirkungen auf den österreichischen Reiseverkehr entnehme ich folgende Aussagen: „Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft wurde 1982 voll von der weltweiten Rezession getroffen. Nachdem sich bereits in der Wintersaison 1981/82 das Wachstum der Nächtigungen stark abgeschwächt hatte, sanken die Gesamtnächtigungen in der abgelaufenen Sommersaison deutlich unter das Vorjahrsniveau.“

Überall in der Presse liest man Meldungen über Rückgänge, liest man Meldungen über eine sich abzeichnende Abschwächung auch der kommenden Wintersaison. Die Sorge wird laut, ob nicht dieser, bisher die österreichische Wirtschaft und Konjunktur weitgehend

stabilisierende Wirtschaftszweig unserer Gästewirtschaft, auch in Probleme gerät.

Ich fürchte, wir müssen uns darauf einstellen, daß diese Probleme tatsächlich kommen. Auch hier taucht die Frage auf: Mit welchen Gegenstrategien soll man operieren? Sicherlich gehört nicht zur Gegenstrategie, daß man die Förderungen stagnieren läßt oder gar kürzt. Aber eine wichtige Maßnahme einer solchen Gegenstrategie wäre es, die viel zu gering dotierte Förderung der Werbung für den Fremdenverkehr im Ausland anzuheben. Die wichtigste Marketingmaßnahme überhaupt, wahrscheinlich die wichtigste Investition überhaupt wären zusätzliche Millionen für die Werbung für unseren Fremdenverkehr im Ausland, um den negativen Tendenzen, die auch dort propagandistisch betrieben werden — siehe Deutschland: „Urlaub zu Hause“ —, gegenzusteuern, diese zu konterkarieren.

Angesichts des Ernstes dieser Entwicklung wiederhole ich unsere freiheitliche Forderung, zur rechtzeitigen Absicherung unseres österreichischen Fremdenverkehrs die Mittel für die Auslandswerbung um mindestens 100 Millionen Schilling zu erhöhen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Ofner: Das hätte dir der Herr Minister aus der Tasche geben wollen! — Heiterkeit.)*

Immer noch trägt der Fremdenverkehr, unsere Gästewirtschaft, zum Ausbalancieren unserer Handelsbilanz bei. Aber auch hier ist die Entwicklung düster. 1975 trug der Nettoeingang aus dem Ausländerfremdenverkehr prozentuell zur Deckung unseres Einfuhrüberschusses mit 96 Prozent bei. Seitdem sinken diese Zahlen ständig; 1981 war dieser Deckungsbeitrag nur mehr 60 Prozent. Es ist also gerade für Österreich von ganz besonderer Bedeutung, daß wir rechtzeitig durch eine richtige Strategie eine Abnahme des Tourismus verhindern.

Weil ich gerade beim Außenhandel bin, auch zu diesem einige Bemerkungen. Erfreulicherweise hat sich im ersten Halbjahr 1982 unser Export gut entwickelt. Im Zusammenhang mit dem Umstand, daß die allgemeine Wirtschaftsrezession die Importe nicht oder weniger ansteigen hat lassen, hat sich dadurch eine ganz erfreuliche Austarierung unserer Handelsbilanz ergeben. Das ist auch durchaus positiv zu erwähnen, die Beteiligten freuen sich darüber und wissen zum Teil nicht, warum es zu dieser günstigen Entwicklung gekommen ist.

Sei dem, wie immer, Tatsache ist, daß seit

Dr. Stix

dem Sommer dieses Jahres diese günstige Entwicklung bei unseren Exporten zum Stillstand gekommen ist, daß die Zuwachsraten stagnieren und daß die Freude des ersten Halbjahres im zweiten Halbjahr nicht mehr in gleichem Ausmaße Platz greifen kann. Wir müssen also wirklich alle Anstrengungen unternehmen, um den österreichischen Export hochzuhalten. In diesem Zusammenhang kann man nicht umhin, einen Blick auf die düstere Szenerie der internationalen Finanzsituation zu werfen.

Wir vernehmen viele Stimmen, viele Hinweise, daß das weltwirtschaftliche Finanzierungssystem an einem Punkt angelangt ist, wo es derart angespannt erscheint, daß wenige falsche Schritte oder der Zusammenfall einiger unglücklicher zufälliger Ereignisse zu einem Zusammenbrechen dieses Weltfinanzierungssystems, einem Kartenhaushalt gleich, führen können. Es wäre eine wahre Katastrophe, würde das eintreten, und daher sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um durch ein äußerst behutsames Vorgehen jene Sanierung einzuleiten, die notwendig ist, um die Zahlungsunfähigkeit wichtiger Welthandelsländer hintanzuhalten.

Auch der Osten macht uns in diesem Zusammenhang besondere Sorgen. Nachdem wir an der Schnittstelle zwischen Ost und West liegen, muß sich Österreich diesen Problemen mit ganz besonderer Sorge zuwenden. Insgesamt hat sich der Osthandel für Österreich ja negativ entwickelt. Wir exportieren in den Raum der RGW-Staaten oder COMECON-Staaten — der fast üblichere Ausdruck — laufend weniger. War die Entwicklung unserer Ausfuhr 1980 noch positiv, ist sie seit 1981 negativ, und unsere Exporte sind in diesem Jahr bis jetzt um 14 Prozent zurückgegangen. Es ist aber gar keine Frage, daß Österreich den Osthandel braucht und daß wir uns wirklich überlegen müssen, welche Schritte gemacht werden können, um den teilweise zahlungsunfähig gewordenen Osten nicht fortschreitend als Markt zu verlieren.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Energiepolitik zu erwähnen. Ich möchte als Energiepolitiker, der mit zwei Seelen in seiner Brust spricht, eine harte Wahrheit nicht verschweigen: Sosehr uns eine Abhängigkeit beispielsweise von Erdgasimporten oder Kohleimporten energiewirtschaftlich und energiepolitisch aus dem Osten Sorge bereiten mag, so sehr müssen wir es heute handelspolitisch begrüßen, daß wir die Möglichkeit überhaupt haben, Erdgas, Kohle und andere Energieträger aus dem Ostblock

zu beziehen. Ich meine, daß wir diese Fragen nicht nur energiewirtschaftlich, energiepolitisch betrachten dürfen, sondern daß wir sie einbeziehen müssen in die gesamtheitliche Betrachtung unserer Handelspolitik und daß wir den Westen insgesamt dafür gewinnen müssen, bei allen Maßnahmen, die die Finanzierungsfähigkeit der Ostmärkte, die den Handelsaustausch zwischen Ost und West betreffen, auf behutsame Weise vorzugehen, vor allem keine abrupten Aktionen zu setzen. Wir Österreicher könnten sonst das erste Opfer einer solchen Entwicklung werden.

Daß wir heute eigentlich ständig unser Finanzierungssystem für den Export, unsere Exportförderung ausgebaut haben, ist begrüßenswert. Das wurde von uns Freiheitlichen ständig mitvollzogen, und wir anerkennen auch die auf diesem Gebiet vollbrachte Leistung.

Österreich ist ein Land, das zu einem vollen Drittel mit seinem Bruttosozialprodukt von der weltwirtschaftlichen Verflechtung abhängt. Wir sind also ein Land, dessen Wohlergehen auf Gedeih und Verderb von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängt, und das nicht nur in diesem allgemeinen Sinn, sondern auch in einem ganz besonderen Sinn: Österreich ist darauf angewiesen, daß der Welthandel liberal bleibt, daß es nicht zum Aufbau neuer autarker Bereiche, neuer abgeschotteter Gebiete kommt, daß es weltweit nicht zu einem Wiederaufleben des Protektionismus kommt.

Mit großer Bestürzung haben wir die Vorgänge verfolgt, die sich auf der jüngsten GATT-Konferenz abgespielt haben. Und mit weiterer Sorge beobachten wir, wie entgegen offiziellen Beteuerungen vieler Regierungen an einem neuen Protektionismus da und dort in der Welt gebastelt wird.

Wir appellieren an die österreichische Bundesregierung, sich zum Sprecher jener Kräfte in der Weltwirtschaft zu machen, die gegen diesen Protektionismus ankämpfen, weil das Aufleben eines solchen Protektionismus ein kleines, dem Welthandel ausgeliefertes Land wie Österreich zu allererst und besonders hart treffen würde. Wir müssen uns in Österreich zu Fürsprechern für einen liberalen Welthandel und gegen ein Wiederaufleben jedes Protektionismus machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das braucht nun nicht zu bedeuten, daß wir uns nicht zur österreichischen Ware, zur österreichischen Qualität, zur österreichi-

14342

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Stix

schen Dienstleistung bekennen. Förderung der eigenen Leistung, Werbung für die eigene Qualität sind uns eine Selbstverständlichkeit, und wir Freiheitlichen bekennen uns stolz dazu. Aber wir wollen, daß diese Qualität sich eben auch dem Wettbewerb stellt.

Was wir nicht akzeptieren können, ist das da und dort entstehende schikanöse Aufbauen von Handelsschranken aller Art und von Handelsverboten verschiedenster Art. Gerade als neutraler Staat haben wir die Aufgabe, einen besonderen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines freien Welthandels und eines freien Wettbewerbes in der Welt zu leisten.

Der Außenhandel hängt sehr stark mit der Kaufkraftentwicklung zusammen, und zur Kaufkraftentwicklung möchte ich im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftskrise einige grundlegende Bemerkungen aus freiheitlicher Sicht machen.

Sie alle kennen den großen Streit zwischen den zwei nationalökonomischen Schulen der angebotsorientierten Politik und der nachfrageorientierten Politik. Wir glauben, daß weder das eine noch das andere allein als Heilslehre betrachtet werden darf. Von keinem allein wird die Genesung der Wirtschaft ausgehen. Aber wir meinen, daß man gerade in der gegenwärtigen Phase der Wirtschaftskrise ein besonderes Augenmerk auch auf die Nachfragepolitik legen müßte.

Die Konsumausgaben — und darauf weisen sämtliche Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes der jüngsten Zeit hin — stützen nach wie vor die Konjunktur, auch und gerade in Österreich. Ich entnehme etwa dem CA-Quarterly, Heft zum Herbst 1982, folgende Feststellung:

Der private Konsum hat sich angesichts der wirtschaftlichen Lage relativ gut behauptet. Der schwache Preisauftrieb und die steuerlichen Entlastungen der Masseneinkommen ab Jahresbeginn haben die Realeinkommen der privaten Haushalte gestärkt. Dies hat sich in der Ausweitung des privaten Konsums im ersten Halbjahr 1982 um real 1,7 Prozent im Jahresvergleich niedergeschlagen.

Ein Bericht von vielen. In der gleichen Zeit haben sich die Investitionen rückläufig entwickelt. Aber man muß die Relation sehen. Wir investieren brutto in Österreich in etwa 250 Milliarden Schilling jährlich. Aber die Konsumausgaben in Österreich liegen über 600 Milliarden Schilling jährlich. 1 Prozent mehr Konsumausgaben würde für die Wirt-

schaft einen Auftragstoß von rund 6 Milliarden Schilling bedeuten. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche hitzige Diskussionen die 3,5 Milliarden Schilling für die Verstaatlichte hier ausgelöst haben, dann sieht man, daß ein einprozentiger Konsumstoß mit 6 Milliarden Schilling Auswirkung sehr wohl eine erhebliche Bedeutung hat.

Unter diesem Gesichtspunkt sollten wir in Österreich die nachfragebelebenden, nachfrageheckenden Maßnahmen der Reihe nach durchforsten. Unter diesem Gesichtspunkt sollten wir nicht immer vom notwendigen, vom angeblich notwendigen Sparen reden, sondern vielmehr mit Sorge betrachten, daß die Geldkapitalbildung noch nie so hoch war wie seit Jahren.

In den zurückliegenden Jahren schon immer sehr hoch mit 11 Prozent Zuwächsen war die Ersparniszunahme, der Geldkapitalzuwachs lag in diesem Jahr bei 12 Prozent. Das ist nichts Erfreuliches, sondern das ist eine Entwicklung, die zur Ausbreitung der Krise beiträgt. Es wäre eine wichtige Aufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik, einen Teil dieses Zuwachses der Geldkapitalbildung zu Kaufkraft zu machen, zur Nachfrage werden zu lassen und auf die Märkte zu lenken. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wir Freiheitlichen haben dazu schon eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Ich will sie alle nicht heute und hier wiederholen.

Aber in diesem Zusammenhang, Herr Handelsminister, ein Vorschlag, der sehr wohl Ihr Ressort betrifft, der vielleicht nur gering aussieht, aber in Wahrheit doch viel bewirken könnte, weil wir ja gerade gesehen haben am Zahlenbeispiel, daß sogar ½ Prozent, 1 Prozent oder 1,5 Prozent ungeheuer viel bewirken können für eine Wirtschaftserholung. Ich rede von den Ladenschlußzeiten.

Seit dem Jahr 1975 liegt hier im Haus ein freiheitlicher Vorschlag, ein freiheitlicher Initiativantrag für die Gestaltung flexibler Ladenschlußzeiten mit dem Ziel, konsumentenfreundlichere Öffnungszeiten herbeizuführen. Die vielen Gründe, die dafür sprechen, möchte ich jetzt alle gar nicht noch einmal aufzählen.

Aber ein Grund, den wir vom Anfang an genannt haben, Herr Handelsminister, hat Gewicht gewonnen, nämlich der Grund, daß eine solche flexible Gestaltung der Öffnungs-

Dr. Stix

zeiten die Chance böte, Spontankäufe zu initiieren, was dazu führen könnte, daß der Konsument, der heute kurz nach Dienstschluß von Geschäft zu Geschäft hetzt und beim dritten Geschäft schon vor geschlossenen Rolläden steht, dann doch, anstatt 12 Prozent aufs Sparkonto wieder zu legen, das eine oder andere Prozent in den Konsum fließen lassen würde. Das würde unsere Wirtschaft beleben, das würde Arbeitsplätze sichern.

Daher fordern wir Freiheitlichen Sie auf, Herr Handelsminister, einmal von der klein-karierten Vorstellung starrer Ladenschlußzeiten, wie sie die Sozialpartnerdiskussion beherrschten, wegzugehen und zu erkennen, daß in der flexibleren Gestaltung der Ladenschlußzeiten heute ein ganz wesentliches Element einer Wirtschaftsbelebung läge. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher fordern wir Freiheitlichen, daß die Ladenschlußdebatte, die in Österreich eingeschlafen ist, im Vorzeichen der Krise jetzt und mit der Absicht, einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten, wieder belebt wird.

Natürlich gibt es hier Querverbindungen zu Arbeitszeitfragen. Aber gerade bei der Arbeitszeitfrage sehe ich auch eine gewisse Chance, denn in der ganzen Diskussion, so verworren sie bisher auch gelaufen sein mag, hat sich doch eines herausgestellt: daß es einen breiten Strom, einen breiten Willensstrom in Richtung flexiblere Arbeitszeiten gibt. Wenn man sich dazu durchringt, anzuerkennen, daß Anpassungsvorgänge in der Wirtschaft generell nur durch mehr Flexibilität und nicht durch mehr Starrheit bewältigt werden können, dann sollte man in diese Diskussion um flexiblere Arbeitszeitgestaltung eben auch die Diskussion um flexiblere Ladenschlußzeiten miteinbeziehen.

Es geht uns dabei sehr wohl auch um einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze. Und daß wir eine arbeitsplatzsichernde Politik brauchen, ist ja gar keine Frage. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen spricht eine dramatische Sprache. Ich will nicht wiederholen, was in diesem Haus seit Tagen und Wochen wiederholt gesagt wurde: Die Arbeitslosenzahlen steigen. Aber wir dürfen nicht wie ein Kaninchen gebannt auf die Schlange nur auf dieses Steigen der Arbeitslosenrate starren, sondern wir müssen begreifen, daß es sich hier nur um ein Symptom handelt. Wir müssen an die Wurzeln des Problems gehen.

Ganz sicherlich geht nicht Herr Minister Dallinger an die Wurzel, wenn er angesichts

leerer Kassen in der Arbeitslosenversicherung, wo er selber dafür gesorgt hat, daß diese Kassen leer werden, denn in der Konjunktur hätten sie ja gefüllt werden können, mit keinem besseren Vorschlag aufzuwarten weiß, als auch die Selbständigen und Freiberufler zur Kasse zu bitten und sie mit einem Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu belasten.

Wir Freiheitlichen halten eine Belastung der Freiberufler und Selbständigen mit einem Arbeitslosenversicherungsbeitrag, also mit einem Beitrag, dem keine Gegenleistung gegenübersteht, weil diese ja nicht berechtigt sind, im Falle der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, für eine flagrante Ungerechtigkeit und lehnen sie ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kenne genügend junge Rechtsanwälte oder auch junge Ärzte, die gerade eine Praxis eröffnet haben, die keineswegs mit hohem Einkommen gesegnet sind, sondern die Jahre brauchen, um zu einem entsprechenden Einkommen zu gelangen, bis sie es dann eines Tages geschafft haben, den Durchbruch zu erreichen und genügend Aufträge zu bekommen. Für diese gibt es keine Arbeitslosenunterstützung, gibt es keine Unterstützung dafür, daß sie jahrelang, oft sogar unter Verlust, unter Aufzehrung von Ersparnissen sich die freie berufliche selbständige Existenz aufbauen, um dann eines Tages ein Einkommen zu erzielen, das ja dann ein Leistungseinkommen ist. Sie bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Aber jetzt will Dallinger sie zur Kasse bitten, um damit zu kaschieren, daß er selbst es in der Hochkonjunktur versäumt hat, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge für den Zeitpunkt bereitzuhalten, wo sie durch eine ungünstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage benötigt werden. Wir Freiheitlichen werden uns jedenfalls gegen diese flagrante Ungerechtigkeit wehren.

Ich muß nun einen großen Sprung machen, weil zum Ressort des Handelsministers auch die Energiepolitik gehört und man eine Budgetrede nicht abrunden kann, ohne nicht wenigstens einige markante Aussagen zur Energiepolitik zu machen.

Ich stelle eine interessante Phase der Entwicklung fest. Durch die Weltwirtschaftskrise, aber auch dadurch, daß die OPEC-Länder den Bogen der Ölpreishinaufschraubung überspannt haben, ist so etwas wie eine Ölschwemme weltweit eingetreten. Die Ölpreise bröckeln seit einiger Zeit ab, und Fachleute meinen, daß diese Entwicklung sich noch fortsetzen wird. Das heißt, es ist

Dr. Stix

eine allgemeine Preisberuhigung eingetreten, sogar eine gewisse Tendenz zur Preissenkung auf dem Ölsektor. Nachdem ja sehr viele Preise, auch für Erdgas etwa, an das Öl gekoppelt sind, ist derzeit eine allgemeine Beruhigung auf dem Sektor der Energiepreisentwicklung festzustellen.

Das ist auf der einen Seite erfreulich, weil es unsere Kostensituation erleichtert, auf der anderen Seite verbindet sich damit aber eine Gefahr, vor der gewarnt werden muß. Wir haben zur Abwehr der Ölkrise Strategien entwickelt, die teils auf Energieeinsparung hinauslaufen, teils auf die Ersetzung herkömmlicher Energieträger durch andere Energieträger, durch sogenannte Alternativenenergien. All diese Strategien, die im Anfangstadium ihrer Entwicklung hohe Investitionen erfordern, mit Kosten verbunden sind, auch mit Kosten für Rückschläge in einem Lernprozeß, der ja nicht von heute auf morgen erfolgen kann, sondern der Jahre, in der Technik vielleicht sogar Jahrzehnte benötigt, all diese wichtigen Entwicklungen weg vom Öl brauchen den Hintergrund der hohen Energiepreise für Öl. Und indem sich dort die Lage vorübergehend beruhigt, sind alle diese alternativen Energiestrategien gefährdet.

Auch von der Psychologie her ist das der Fall, weil viele — vor allem auch die Bevölkerung — meinen: Na ja, das Ärgste ist hinter uns, das haben wir überstanden, wir haben uns an die neuen hohen Ölpreise entwickelt, offenbar bleibt es jetzt dabei, wir können mit unseren Anstrengungen zur Abkehr von Öl nachlassen.

Das ist eine ganz gefährliche Situation, denn die gründliche Analyse der Gesamtsituation zeigt, daß diese momentane Beruhigung der Ölpreise und der Ölversorgung nur vorübergehend ist. Wenn sie zwei, drei, vier Jahre dauern mag, sie ist nur eine vorübergehende Entwicklung, à la longue geht das Öl zu Ende, à la longue geht das Erdgas zu Ende, à la longue brauchen wir die Kohle als Übergangsphase, auch wenn jetzt der Aufbau einer neuen Infrastruktur für Kohle sehr viel Geld kostet, und à la longue brauchen wir die ganze breite Palette der Alternativenenergien.

Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Energiepolitik in dieser Phase einer allgemeinen Beruhigung, nicht das Fernziel aus den Augen zu verlieren, sondern entschlossen und unermüdlich alle Anstrengungen in Richtung alternative Energiepolitik fortzusetzen.

Die Entkoppelung zwischen Energiebedarf

und Wirtschaftswachstum ist uns gelungen. Lang war es ein Streitgegenstand, ob so etwas überhaupt möglich sei. Dieser Streit ist beendet, es gibt nur noch eine viel schwächere Diskussion darüber, mit welchem Teil Energiesparmaßnahmen und anderes zu dieser Entkoppelung beigetragen haben und mit welchem anderen Teil die Wirtschaftsentwicklung. Aber die Tatsache, daß Entkoppelung möglich ist, daß sie erreicht wurde, wird eigentlich nicht mehr bestritten. Eine schöne Bestätigung von Aussagen, die wir Freiheitlichen schon vor zehn Jahren getroffen haben.

Auch das Energiesparen muß weitergehen, wobei das Energiesparen von uns immer verstanden wurde als die Optimierung des Einsatzes von Energieträgern verschiedenster Art. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die jüngst beschlossene Fernwärmeförderung.

Ich sagte schon anlässlich der Beschlußfassung zum Fernwärmeförderungsgesetz, daß wir uns nicht mehr viel Zeit lassen sollten, nun auch das eigentliche Fernwärmegesetz zustande zu bringen.

Ich stehe aber nicht an, bei diesem Beispiel der Fernwärmepolitik in Österreich zuzugestehen, daß es im Handelsausschuß und in dem dazugehörigen Unterausschuß, der sich mit Energiefragen beschäftigt hat, immer wieder zu sehr konstruktiven Arbeiten gekommen ist, wozu sicherlich die Vertreter aller Parteien beigetragen haben, aber auch der Herr Bundeshandelsminister persönlich beigetragen hat.

Schnell noch einige Worte zu den wichtigen Kraftwerksfragen in Österreich. Bleiben wir zunächst bei der Wasserkraft. Es hat hier einige böse Pannen in letzter Zeit gegeben. Die Schäden an dem Maltadamm sind viel ärger, als man geglaubt hat, auch wenn sie jetzt beherrscht werden. Ich hoffe, die Techniker sagen die volle, die ganze Wahrheit, wenn sie erklären, daß diese Schäden auch weiterhin beherrschbar sind. Wir hatten aber auch den Schaden an dem großen Staudamm im Kaunertal.

Beide Schäden, die zur vorübergehenden Stilllegung großer Kraftwerke führten, haben auf der anderen Seite veranschaulicht, daß die Elektrizitätsversorgung in Österreich keineswegs so angespannt ist, wie man das immer dargetan hat, und zwar vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung der Atomenergie, zu der ich dann auch noch etwas sagen werde.

Dr. Stix

Aber die österreichischen Kraftwerksbauer mögen vorsichtig sein. Sie haben unfreiwillig etwas bewirkt, worüber niemand in diesem Land glücklich sein kann, und zwar bewirkt mit diesen Schäden, die an den Staudämmen eingetreten sind. Die Sicherheitsphilosophie ist ins Rutschen geraten, und man hört auch schon heute landauf landab das Argument: Wie wollen denn jene Leute die Garantie für die Sicherheit von Kernkraftwerken übernehmen, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, große Staudämme pannenfrei zu bauen und pannenfrei zu betreiben? Das ist natürlich eine sehr oberflächliche Argumentation. Das eine ist mit dem anderen kaum zu vergleichen. Ich schließe mich dieser Argumentation auch nicht an. Aber ich mahne zur Vorsicht. Diese Argumentation ist im Schwange, und sie wird die Sicherheitsdebatte zum Thema Kraftwerk im weitesten Sinne des Wortes in Österreich belasten.

Weil wir gerade bei der Wasserkraft sind, möchte ich einige deutliche Aussagen zum beabsichtigten Kraftwerksbau im Dorfertal in Osttirol machen. Wir haben jüngst die zwei Varianten der E-Wirtschaft auf den Tisch bekommen. Wenn man die Zeitungen durchliest, sieht man ganz genau, welche Wirkung eingetreten ist. Ich zitiere etwa die „Salzburger Nachrichten“, wo es heißt: „Hohe Tauern: Entsetzen über Horrorvariante. E-Wirtschaft: Bei Verzicht auf Umbalfälle Verbauung von 47 statt 17 Bächen notwendig.“

Ich möchte auch hier wieder die E-Wirtschaft warnen. Wenn sie glaubt, mit solchen Horrorvarianten einen ernsthaften Beitrag zur Diskussion um den Bau oder Nichtbau eines Kraftwerkes zu leisten, dann irrt sie sich. Dann verspielt sie weiter jene Glaubwürdigkeit, von der sie in der Öffentlichkeit schon sehr viel verspielt hat.

Vor allem möge die E-Wirtschaft nicht meinen, daß man mit einem Streit um Bäche von der Tatsache ablenken kann, daß es bei dem geplanten Bau des Dorfertal-Kraftwerkes in Osttirol auch um etwas anderes geht, nämlich um die Tatsache, daß in Zukunft bei weitem nicht mehr jene zusätzlichen Mengen an Spitzenstrom benötigt werden, mit denen man noch vor wenigen Jahren kalkuliert hat. Das ist eine Tatsache, die von keinem Fachmann bestritten wird. Aber der Öffentlichkeit gegenüber will die E-Wirtschaft nicht zugeben, daß sie sich in ihren Bedarfsschätzungen verkalculiert hat. Sie will nicht zugeben, daß dieses Kraftwerk Dorfertal auf Jahre hinaus überhaupt nicht gebraucht wird, sondern sie möchte den Schwarzen Peter hierfür gerne

und möglichst unauffällig den Umweltschützern, den Naturparkbefürwortern in die Schuhe schieben. Dafür muß der Umbalfall erhalten. Bei diesem Täuschungsmanöver machen wir Freiheitlichen aber nicht mit! *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Noch ein zweites Täuschungsmanöver ist im Zusammenhang mit Osttirol im Gange: Man könne angeblich mit dem Bau des so arbeitsplatzschaffenden Kraftwerkes in Osttirol nicht beginnen, weil der Streit über den Umbalfall nicht entschieden sei. Das ist auch nur die halbe Wahrheit. Wäre der Streit über den Umbalfall entschieden, könnte man trotzdem nicht mit dem Bau beginnen, denn bis heute gibt es keinen genehmigten Bauplan für die Staumauer, für die Sperre im Dorfertal. Das hat eine freiheitliche Anfrage, die vor wenigen Tagen vom Landwirtschaftsminister beantwortet wurde, hier in diesem Haus zutage geführt.

Es gibt große geologische Schwierigkeiten bei dem in Aussicht genommenen Standort für die Sperre in der Dabaklamm. Es sind weitere geologische Untersuchungen notwendig. Die bisherige Planung mußte zurückgenommen werden, und die Studiengesellschaft Osttirol hat die Staubeckenkommission beim Landwirtschaftsministerium in Kenntnis gesetzt, daß sie eine neue Planung vorlegen wird. Das heißt, es gibt bis heute überhaupt keinen genehmigten Plan für den Bau der Staumauer beim Dorfertal-Kraftwerk.

Angesichts dieser Tatsachen, angesichts dieser harten Fakten ist es unredlich, die Diskussion so zu führen, als ob die Naturschützer und die Nationalparkverfechter mit ihrem Eintreten für den Umbalfall an der Verzögerung des Kraftwerkbaus schuld seien. Das ist nicht der Fall. Die Wahrheit lautet anders, und wir Freiheitlichen werden diese Wahrheit in die Öffentlichkeit hinaustragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu einem letzten Kraftwerksproblem, zu Dürnrohr, einem kalorischen Kraftwerk. Wir Freiheitlichen stehen dazu, daß wir den Bau von Kohlekraftwerken befürworten, wenn alle dabei notwendigen Umweltschutzmaßnahmen gleichzeitig ergriffen werden. Wir Freiheitlichen stehen zu der Dreiparteienentscheidung hinsichtlich einer österreichischen Kohlepolitik, die hier im Nationalrat angenommen wurde. Die Politik, benötigte Wärmekraftwerke auf Kohlebasis aufzubauen, um vom Erdöl und vom Erdgas wegzukommen, ist richtig, sie muß fortgesetzt werden. Daher wird von uns Freiheitlichen Dürnrohr

14346

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Stix

prinzipiell nicht in Frage gestellt. Es ist aber eine ganz andere Frage, wie die Umweltnotwendigkeiten wahrgenommen werden.

Wir Freiheitlichen verlangen, daß beim Bau dieses Kohlekraftwerkes Dürnrohr genau wie beim Bau aller weiteren Kohlekraftwerke dafür gesorgt wird, daß es zu einer optimalen Rauchgasreinigung und zu einer maximalen Entschwefelung der Rauchgase kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Diskussion um den Stand der Technik ist mit durchaus geläufig. Dazu sind auch Argumente geliefert worden, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Insofern ist es verständlich, daß die Erbauer von Dürnrohr an eine stufenweise Rauchgaserfassung denken. Das ist im Prinzip nicht falsch. Aber wir Freiheitlichen meinen, daß es möglich sein müßte, den Zeitraum zusammenzupressen, in dem diese Stufenskala durchlaufen wird, bis es zur höchsten Stufe kommt, nämlich zur hundertprozentigen Erfassung der Rauchgase auch für die Entschwefelung.

Daher appelliere ich namens der freiheitlichen Fraktion an Sie, Herr Bundesminister Dr. Staribacher, alles, was in Ihrer Macht steht, dafür einzusetzen, daß es in Dürnrohr sehr rasch und sehr bald zu dieser hundertprozentigen Erfassung der Rauchgase für die Entschwefelung kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine letzte Bemerkung zur Energiepolitik umfaßt einige Feststellungen zur Atomdiskussion. Wir haben ja einen Unterausschuß laufen, der sich mit dem zweiten Volksbegehren beschäftigt. Der Unterausschuß ist mit seiner Arbeit noch nicht zu Ende. Er wird sicherlich gerade den Abschluß der Legislaturperiode erleben. Es ist daher nicht sehr gut möglich, im offenen Haus schon voll von der Arbeit des Unterausschusses zu berichten. Aber aus freiheitlicher Sicht muß ich doch in aller Nüchternheit und in aller Trockenheit feststellen, daß wir aus meiner Sicht bisher keinerlei zusätzliche Erkenntnisse in diesem Unterausschuß gewonnen haben, daß sich an der Gesamtsituation der Kernenergienutzung nichts geändert hat.

Zwei Reisen, die von Mitgliedern des Unterausschusses gemacht wurden, haben zwei unterschiedliche Eindrücke vermeldet:

Frankreich betreibt eine offensive Politik in Richtung Nutzung der Kernenergie; eine Strategie, die atemberaubend und angsterregend zugleich ist. Und man muß wohl sagen, daß keine Nation in der Welt mit so hohem Risi-

koeinsatz in Richtung Atomenergie spielt wie Frankreich. Man wird ja eines Tages sehen, wie dieses Experiment ausgeht. Für uns sehe ich jedenfalls keine Notwendigkeit, es in Österreich nachzuvollziehen.

Ganz ein anderer Eindruck aus den USA, aus jenem Land, wo derzeit die meisten Kernkraftwerke in Betrieb sind. Dort eine ganz große Ernüchterung, eine wachsende Gegnerschaft und das Eingeständnis, daß Erwartungen, die man in die Kernenergienutzung gesetzt hat, nicht eingetroffen sind. Dort der immer noch nicht entschiedene Streit um die Endlagerung, der weitgehend bereits akkordierte Verzicht auf Wiederaufbereitung, die äußerst negative Einschätzung der Entwicklung der schnellen Brüter, jener Atomtechnologie, ohne die eine Fortsetzung der gegenwärtigen Leichtwasserreaktortechnik überhaupt nicht denkbar ist wegen des Uranmangels, und die nüchterne Feststellung, die Kernenergie rentiert sich auch nicht.

Seit fünf Jahren wurde in den USA kein einziges neues Kraftwerk bestellt. Ein Teil der Bestellungen wurde rückgängig gemacht. Mike McCap, der Staff Director of the House Sub Committee for Energy Conservation Power im US-Kongreß, hat beispielsweise festgestellt, daß die Kernkraftwerke unökonomischer wären als Kohlekraftwerke, da in den USA der von den konventionellen Atomkraftwerken produzierte Strom drei- bis viermal teurer sei als jener aus Kohlekraftwerken.

Also eine sehr, sehr große Ernüchterung, die uns in unserer skeptischen Einschätzung der breiten wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie beim gegenwärtigen Stand der Technik bestärkt und die dazu führt, daß es für uns Freiheitliche nicht den geringsten Anlaß dazu gibt, unsere Position in dieser Frage zu ändern. Und diese Position heißt: Keine breite wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie beim gegenwärtigen Stand der Technik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Die Energiepolitik ist zwangsläufig durch die Ereignisse in der Welt stark in den Vordergrund der Ministeraktivitäten von Herrn Dr. Staribacher getreten. Er mußte dafür sehr viel Zeit und Kraft aufwenden, und es ist ihm so gegangen, wie es manchen Vätern hie und da geht, nämlich daß man dem am wenigsten geliebten Kind schließlich die meiste Arbeit und Sorge angedeihen lassen muß.

Dr. Stix

Denn die Liebe des Ministers gehört zweifellos dem Bereich der Handels-, Gewerbe- und Konsumentenpolitik. Sie ist in diesem Dreieck angesiedelt, und Herr Dr. Staribacher hat diese Blumenwiese besonders gepflegt und versucht, sie durch die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Großwetterlagen, Großwetterfronten durchzubringen. Dabei ist ihm einiges gelungen: einiges gut, manches weniger gut.

Die Frau Staatssekretär Albrecht hegt die Hoffnung, daß sie mit ihrem Wunschgesetz, und zwar der Produkthaftpflicht, noch in dieser Legislaturperiode durchkommt. Ob das gelingen wird, ist völlig offen. Wir Freiheitlichen werden daran sicherlich konstruktiv mitarbeiten und wie immer unseren Beitrag dazu leisten.

Aber: Es ist gar nicht abzusehen, ob die Termine, die noch bis zum Ende dieser Legislaturperiode offenstehen, dem Handelsausschuß reichen werden; einem Handelsausschuß, der von den darin tätigen Vertretern aller Parteien und auch von Seiten des Ministeriums als ein Beispiel für harte sachliche Arbeit und faires Ringen um Konsense bezeichnet wird.

Man kann also nicht sagen, Frau Staatssekretär, ob wir die Produkthaftpflicht noch durchbringen werden. Aber es gibt einen Trost: Die Dinge bleiben in Fluß. So ist es ja im ganzen Leben. Unsere persönlichen Zäsuren sind nur kleine Marken an den weiten Ufern am Rande des Stromes der Zeit.

Ich habe heute zu meiner Überraschung eine Diskussion vermißt, die wir sonst beinahe genau zur selben Stunde, beinahe zur selben Zeit jedes Jahr abwickeln, und zwar den Streit um die Marktwirtschaft. Da gab es die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft. Da ist Staribacher aufgestanden und hat gesagt, er wolle die sozialdemokratische Marktwirtschaft. (*Abg. Dr. Mock: Nie gesagt, was das ist!*) Und wir Freiheitlichen treten für die liberale Marktwirtschaft ein.

Schön wäre es, wenn man das Fehlen dieser Diskussion heute dahin gehend auslegen dürfte, daß sich alle Kräfte in diesem Parlament einig darin sind, daß wir für Österreich die Marktwirtschaft erhalten müssen. Und es mag jeder seinen Beitrag dazu liefern. Wir Freiheitlichen werden zur Erhaltung der Marktwirtschaft in Österreich unsere liberalen Ideen beisteuern. (*Beifall bei der FPÖ.*) 11.27

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sandmeier das Wort.

11.27

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau 16 Jahren, nämlich am 14. Dezember 1966, bin ich zum ersten Mal an diesem Rednerpult gestanden, nachdem ich am 30. März 1966 — das war der Beginn der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates — die Angelobung geleistet hatte.

Für die nächste Gesetzgebungsperiode, also bei der Nationalratswahl im April des kommenden Jahres, werde ich nicht mehr kandidieren. Nach menschlichem Ermessen ist dies heute wohl mein letztes Auftreten als Debatredenredner vor Ihnen allen. Sie werden verstehen, daß man bei einem solchen Anlaß nicht einfach Detailausführungen in der Spezialdebatte zum Bundesfinanzgesetz 1983 vorbringt, sondern auch Rückschau hält und sich Gedanken macht, wie dies eben bei einem Abschied üblich ist. Ich hoffe, daß dies auch der den Vorsitz führende Präsident tolerieren wird.

Ich möchte meine Ausführungen in vier Gedanken fassen. Ein erster Gedanke: Als ich vor 16 Jahren als Abgeordneter der damaligen Regierungspartei zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 sprach, sah dieses in der ordentlichen Gebarung einen Überschuß von rund 4,5 Millionen Schilling und eine außerordentliche Gebarung von rund 3,6 Milliarden Schilling vor. Der Gesamtgebarungsabgang betrug somit keine 3,6 Milliarden Schilling.

Heute spreche ich zu einem Bundesfinanzgesetz, dessen Gesamtgebarungsabgang mit fast 74 Milliarden Schilling präliminiert ist, wobei die Fachleute der Meinung sind, daß dieser Voranschlag viel zu optimistisch erstellt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Welche Welten zwischen der damaligen Budgetpolitik und der heutigen liegen, beweist auch ein Vergleich der Finanzschulden:

Im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1967 waren Auslandsschulden von nicht ganz 4 Milliarden Schilling und Inlandsschulden von nicht ganz 30 Milliarden Schilling ausgewiesen.

In der gleichen Übersicht für das Jahr 1983 sind Fremdwährungsschulden von fast 112 Milliarden Schilling und Schulden in inländi-

Sandmeier

scher Währung von über 230 Milliarden Schilling ausgewiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man 16 Jahre die Budgetdebatten in diesem Hohen Haus mitgemacht hat, dann kennt man die Argumente. Sie von der Regierungspartei werden sagen, daß Staatsschulden besser sind als Arbeitslose, und die Gegenseite wird Ihnen vorhalten, daß der Zeitpunkt näher rückt, in dem die gesamte Neuverschuldung nur noch dazu dient, fällige Schulden und Zinsen zu bezahlen, sodaß für die soviel gepriesene Sicherung der Arbeitsplätze in Wirklichkeit gar nichts übrigbleibt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was uns aber alle, Regierungsmehrheit und oppositionelle Minderheit, bewegen müßte, ist doch die Frage, ob man in einer parlamentarischen Demokratie die immer wieder beschworene antizyklische Budgetpolitik verwirklichen kann.

Seit Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Regierungspartei, die alleinige Verantwortung tragen, haben Sie sich immer auf Keynes berufen und gesagt, in einer Phase des Konjunkturabschwunges müsse die öffentliche Hand auch auf Kosten eines Budgetdefizits Nachfrage erzeugen, um die Wirtschaft anzukurbeln. So weit, so gut. Folgerichtig müßte aber dieselbe öffentliche Hand in der Phase des Konjunkturaufschwunges einen Budgetüberschuß oder mindestens ein ausgeglichenes Budget erzielen. Denn das Schuldenmachen kann ja nicht endlos weitergehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Obwohl am Beginn Ihrer Regierungstätigkeit der Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl in aller Öffentlichkeit sagte, daß Sie vom Verteilungssozialismus wegkommen müßten, haben Sie sich weder an Kienzl noch an den genannten englischen Wirtschaftsfachmann gehalten. Im Gegenteil. Sie haben das Rezept von Keynes auf eine Krankheit angewendet, für die es gar nicht bestimmt war. Das Deficit spending, also das Hinnehmen eines größeren Budgetdefizits, hat nämlich nur dann einen Sinn, wenn dadurch ein Konjunkturtief überwunden und ein neuer Konjunkturaufschwung herbeigeführt werden kann.

Längstens seit dem zweiten Ölschock müssen wir aber alle zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht nur Konjunkturwellen erleben, sondern einen gewaltigen Umbruch der gesamten Wirtschaft, weil offenbar in vielen ihrer Zweige der Aufholbedarf der Nachkriegszeit

gedeckt ist. Für einen solchen Fall war das Rezept der höheren Staatsverschuldung nicht bestimmt.

Es kann auch gar nichts nützen, einfach nur Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Es ist doch eine Binsenweisheit, daß Wirtschaften in erster Linie darin besteht, Güter zu erzeugen, für die ein Bedarf vorhanden ist. Bei Betrieben also, die etwas herstellen, was nicht oder nicht kostendeckend abzusetzen ist, können Sie selbst mit größtem Kapitalaufwand diese Arbeitsplätze auf die Dauer nicht halten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das einzusehen ist für verantwortungsvolle Politiker, gleich welcher Parteirichtung, ohne Zweifel mit einer gewissen Bitterkeit verbunden. Meist versucht man das mit dem Decknamen der Umstrukturierung unserer Wirtschaft etwas nebulos auszudrücken. Die harte Wahrheit aber ist, daß diese Umstrukturierung, also die Umstellung von Produkten, nach denen keine oder nicht genügend Nachfrage besteht, auf solche mit besserem Absatz und Gewinnchancen, leider offensichtlich kaum ohne vorübergehende Arbeitslosigkeiten vor sich gehen kann.

Wir erleben es ja in letzter Zeit immer wieder, daß selbst hochsubventionierte Betriebe ihre Pforten schließen müssen. Was aber dann verlorengeht, sind nicht nur die Arbeitsplätze dieser Betriebe, dieser Unternehmungen, sondern auch die öffentlichen Mittel, die in diesem Falle vergebens aufgewendet wurden, um bestimmte Arbeitsplätze zu halten, und die man besser dazu verwendet hätte, neue Arbeitsplätze zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu kommt noch, daß alle staatlichen Hilfsmaßnahmen von verantwortungsbewußten Unternehmern und Managern nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Gewinnerwartungen entsprechend sind. Diese Gewinnchancen aber kann der Staat nicht schaffen. Er kann sie höchstens durch eine ungeschickte Politik immer größer werdender Belastungen der Unternehmungen verschlechtern.

In diesem Zusammenhang gehört eben auch die Urlaubsfrage, gehört das Problem, in welchem Ausmaß den Betrieben durch eine unübersichtliche Steuergesetzgebung ein unproduktiver Verwaltungsaufwand verursacht wird, und so weiter.

Eine weitere bittere Wahrheit ist schließlich, daß wir den hohen Zuwachsraten der

Sandmeier

Wirtschaft in den guten Nachkriegsjahren endgültig Adieu sagen und uns damit bescheiden müssen, daß wir durch Jahre hindurch bloß den Standard halten oder nur ganz geringfügige Realzuwächse erzielen werden.

Wenn die Regierung sich nicht getraut, das offen auszusprechen, dann frage ich mich: Wer denn sonst sollte dem Volk diese Situation nüchtern vor Augen führen?

Und was wahrscheinlich noch mehr ins Gewicht fällt: Wie sollen sich die Menschen darauf einstellen, daß allzu viele Einrichtungen und Wohltaten unseres Staates darauf aufgebaut wurden, daß es durchschnittlich etwa einen 3prozentigen jährlichen Realzuwachs unseres Nationalproduktes geben werde, sodaß früher oder später Korrekturen unerlässlich erscheinen? Wobei uns allen klar sein muß: Je später, desto schlechter. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein zweiter Gedanke. So sieht es wohl unbestreitbar in Wirklichkeit aus. Und ich wiederhole die bange Frage, wie sich eine parlamentarische Demokratie auf derartige Realitäten einstellen soll. Oder anders gesagt: Wie bekommt man vom Volk beziehungsweise wenigstens von der Mehrheit des Volkes die Zustimmung zu jenen unpopulären Maßnahmen, die in dieser Zeit eines gewaltigen Wirtschaftsumbruches getroffen werden müssen?

Wer sich vorbehaltlos zur parlamentarischen Demokratie bekennt, muß davon ausgehen, daß die Mehrheit der politisch berechtigten Bevölkerung genügend einsichtig ist, auch die Notwendigkeit unpopulärer Maßnahmen zu akzeptieren. Dazu gehört natürlich auch, daß man dem Volk ungeschminkt die Wahrheit sagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber das, meine Damen und Herren von der Mehrheit dieses Hauses, will die Regierung mit allen Mitteln verhindern. Warum sonst, frage ich mich, soll einem der Ihnen, dem ehemaligen Vizekanzler und jetzigen Generaldirektor der größten Bank Österreichs, ein Maulkorb umgehängt werden. *(Hört! — Hört! — Rufe bei der ÖVP.)*

Im Grunde genommen geht es aber um viel mehr als um den Fall Androsch. Ihr Klubobmann, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, wußte genau, warum er in einer kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz zum Fall Androsch nicht ausführlich Stellung nehmen wollte. Wahrscheinlich besorgt um seine weitere Karriere, erschien es dem Klubobmann offensichtlich unzweckmäßig, inner-

halb der Partei „Partei“ zu ergreifen. Es blieb lediglich bei der Feststellung, daß er sich weigere, diesen SPÖ-internen Konflikt zum beherrschenden Thema unserer Innenpolitik vor der Wahl zu machen.

Tatsächlich ist das wichtige Thema auch nicht der Familienzwist, sondern die Frage der Glaubwürdigkeit der Politik im allgemeinen und der jetzigen Regierung im besonderen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Antwort hierauf hat der Herr Bundeskanzler in einem „Kurier“-Interview vom 27. November dieses Jahres selbst gegeben. Darin sagte er wörtlich: „Aber — entschuldigen Sie, wenn einer sagt: Wir haben 100 000 arbeitslose Bauarbeiter, und wir haben derzeit sehr viel weniger, bitte was soll das? Selbst wenn es der Fall wäre, daß wir so viele haben, wem ist damit gedient, die Leute so nervös zu machen?“ Also die Leute nicht „nervös machen“, denn „wem ist damit gedient“, wenn er die Wahrheit erfährt? Hier, glaube ich, schließt sich die berechtigte Frage an: Ist dies das Rezept, mit dem eine Sozialistische Partei die Schwierigkeiten der Wirtschaft und des Staatsbudgets bewältigen will? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein dritter Gedanke. Wenn man 17 Jahre diesem Hohen Haus angehört und in dieser Zeit auch die legistische Tätigkeit der sozialistischen Regierung miterlebt hat, dann fragt man sich, wieviel sozialistisches Gedankengut in dieser Zeit verwirklicht wurde.

Gestatten Sie, daß ich dazu eine persönliche Bemerkung mache:

Persönlich hat mir ein Beschluß von Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, als Christ und als Mensch großes Unbehagen bereitet, nämlich daß Sie mit der Fristenlösung dem Leben in den ersten drei Monaten den gesetzlichen Schutz versagt haben. Mehr möchte ich darüber nicht sagen.

Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik hat sich in der Praxis offensichtlich an einem Konzept des Kampfes „aller gegen alle“ orientiert, statt einem sozialen Zueinanderstehen das Wort zu reden.

Mit Ihrer Schuldenpolitik, durch die kommende Generationen überbelastet werden, säen Sie Zwietracht zwischen Alt und Jung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit Ihrer Neigung, aus dem Budget vor allem verstaatlichte oder zumindest Großbe-

14350

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Sandmeier

triebe zu unterstützen, die Kleinen aber ihrem Schicksal zu überlassen, schaffen Sie Ungleichheit von Unternehmern und Arbeitnehmern.

Ich gestehe der Regierungspartei gerne ohneweiters zu, daß dies nicht ausgesprochen böser Wille ist, aber sie wird mit den Problemen einfach nicht fertig. Einer der ihren, sehr geehrte Damen und Herren, nämlich der Herr Kollege Dr. Gmoser, hat jüngst in einem Interview die Krise aller sozialdemokratischen Parteien in der freien Welt mit folgenden Worten charakterisiert: „Wachstumsfetischismus und Konsumgesellschaft sind zu wenig! Verteilungssozialismus ist nicht ausreichend und Gefälligkeitsdemokratie nicht machbar!“

In dem letzten Satz schwingt mit, daß es um mehr geht als um den „demokratischen Sozialismus“. „Gefälligkeitsdemokratie“ bedeutet doch wohl auch in diesem Zusammenhang, daß die sozialistische Mehrheit mit der Demokratie an sich falsch verfährt. Was war zum Beispiel das dauernde Gerede vom „Privilegienabbau“ anderes als das Schüren eines Neides gegen Politiker? Und warum hieß es bei Änderungen des Bezügegesetzes immer wieder: „Die Abgeordneten haben sich wieder einmal etwas zugeschanzt“, wo doch dieses Bezugesetz bekanntlich auch für die Regierungsmitglieder, auch für den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes und andere gilt?

Sie, geehrte Damen und Herren der Sozialistischen Partei, müßten doch selber bemerken, daß hier letztlich auch eine Tendenz gefördert wird, die aus historischen Gründen in Österreich ohnedies latent vorhanden ist: In unserem Lande genießt man Ansehen, wenn man Regierungsmitglied ist oder Präsident einer Interessenvertretung oder sonst einen hohen Rang bekleidet, der „Macht“ verleiht. Diejenigen, die das Volk gegenüber den Machthabern vertreten sollen, also wir Parlamentarier, werden bewußt hintangestellt. Das müßten eigentlich auch diejenigen Damen und Herren auf den Bänken der Regierungspartei fühlen, die nicht zu den Mächtigen in diesem Lande zählen, sondern zu den echten „Volksvertretern“. (Beifall bei der ÖVP.)

Sicher sind wir zum Teil mitschuldig an diesem Mißstand: Während der 17 Jahre meiner Tätigkeit in diesem Hohen Haus hat mein Fraktionskollege Glaser, der inzwischen auch ausgeschieden ist, einige Male durchgesetzt, daß die Gruppe I, Oberste Organe, des Bundesvoranschlages und damit insbesondere der

Haushaltsplan des Parlaments getrennt verhandelt wird. Bei dem zweifellos berechtigten Bemühen um eine „Straffung der Budgetdebatte“ ist dieser Fortschritt wieder verlorengegangen, und die Gruppen Oberste Organe und Bundeskanzleramt werden unter einem verhandelt

Damit aber wird der Beginn der jährlichen Budgetberatung in einer Art Generaldebatte zu einer Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik, in der die Belange des Parlaments selbst fast keine Rolle spielen. Auch heuer war dies wieder der Fall. Es gab kaum einen Redner, der sich mit den Problemen des Parlaments auseinandersetzte. Es sieht fast so aus, als hätten Parlamentarier zum Parlamentarismus nichts zu sagen, als gehe es nur um Regierungspolitik sowie um deren Befürwortung oder Ablehnung. Das aber ist, glaube ich, eine bedenkliche Verkürzung der Demokratie (*Zustimmung bei der ÖVP*), denn zu einer wahren Volksherrschaft gehören ebenso die Anhänger einer momentanen Regierungsmehrheit wie auch deren Kritiker, also die Opposition!

Die Gleichsetzung und der illegitime Anspruch einer Mehrheit, auch schon das Ganze des Volkes zu repräsentieren, sind mit der Struktur einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung unvereinbar.

Ein vierter Gedanke. Mag sein, daß die Mehrheitspartei oder wenigstens die Regierung glaubt, mit ihrer Politik vor allem der Opposition das Leben schwer zu machen. Aber im Grunde genommen ist das Problem zu ernst, als daß man es auf die bloße Meinungsverschiedenheit zwischen Regierungsmehrheit auf der einen und Oppositionsparteien auf der anderen Seite reduzieren dürfte. Die Sozialisten dieses Landes sind ja seinerzeit unter dem Schlagwort angetreten, sie seien „die bessere Partei für die schlechteren Zeiten“. In Wirklichkeit scheint es aber so zu sein, daß sie am allerwenigsten mit schlechten Zeiten fertig werden und sich nur über jene lustig machen können, die — wie in den USA oder in Großbritannien — von Vorgängerregierungen ein fürchterliches Erbe übernehmen mußten. (Beifall bei der ÖVP)

Was Sie weltweit verunsichert, ist die „Trendwende“, die sich nach dem zweiten Ölschock in vielen Staaten und Völkern bemerkbar zu machen beginnt. Aber, meine Damen und Herren, auf die Dauer werden die guten alten Werte wie Fleiß, Redlichkeit und Sparsamkeit nicht aus dem Zusammenleben der Menschen und auch nicht aus der Wirt-

Sandmeier

schaftspolitik dieses Staates eliminiert werden können.

Dazu zähle ich auch die klassischen Prinzipien der christlichen Soziallehre wie „Subsidiarität“ und Solidarität“. Weil Sie von der Regierungspartei glauben, Selbstvorsorge und Nächstenhilfe durch staatliche Institutionen ersetzen zu können, steuern Sie unaufhaltsam dem Fiasko des Wohlfahrtsstaates zu. Weil Sie versuchen, durch ständige Staatsingriffe alles und jedes zu reglementieren, schaffen Sie Mammutbürokratien sowie Staatsverdrossenheit und fördern nicht die Solidarität der Bürger, sondern die egoistische Neigung, daß sich jeder möglichst viel aus dem gemeinsamen Topf herausholt und möglichst geschickt um seinen Beitrag für das Gemeinwohl herumdrückt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Partei, die Österreichische Volkspartei, fordert in der Wahlauseinandersetzung eine „neue Politik“. Ich möchte als Abgeordneter, der Abschied nimmt, ergänzen: Auch eine neue Gesinnung tut not! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man wie ich vor 16 Jahren als Sprecher der Regierungspartei in der Budgetdebatte erstmals das Wort ergriff und nun als Oppositionsredner zum letzten Mal hier steht, dann sieht man die Dinge einerseits ruhiger, andererseits aber auch tiefer als im Getümmel des Alltags. Wenn ich auch sicher lieber als Redner einer Regierungspartei hier zum letzten Mal gestanden wäre, so werden Sie mir hoffentlich nicht verargen, wenn mich Genugtuung bei der Erkenntnis erfüllt, daß sich auch in Österreich eine Wiederkehr der zeitlosen Werte anbahnt, für die ich im Rahmen meiner Partei und meiner Klubzugehörigkeit all die Jahre eingetreten bin.

Die Regierungsmehrheit mag dies als Neokonservatismus abzutun versuchen. In Wirklichkeit aber ist es so, daß nach einer Zwischenphase des Irrtums, der in historischen Maßstäben nur eine kurze Zeitspanne darstellt, nunmehr die ehernen Notwendigkeiten zeigen, daß die Mittel begrenzt sind und daher Sparsamkeit aktuell bleibt *(Beifall bei der ÖVP)*, daß erfolgreich Wirtschaften Leistung und Fleiß erfordert, wofür die Politik Anreize zu schaffen hat und nicht jene fördern darf, die unnötigerweise auf Kosten anderer leben wollen. Ich sage ausdrücklich „unnötigerweise“, weil letztlich das Gemeinwohl nur nach den Ordnungsprinzipien von Solidarität und Subsidiarität verwirklicht werden kann.

Nicht die Verstaatlichung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates muß daher das unverrückbare Ziel unserer Politik sein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das bedeutet zugleich, daß man den Staat nicht zum Spielball von Gruppeninteressen machen darf, sondern ihm seine Würde und Ordnungsmacht erhalten muß.

Daß Ihnen dies, meine Damen und Herren — und damit komme ich zum Schluß —, je nach Ihrer Überzeugung auch in Zukunft gelingen möge, wenn ich selbst daran nicht mehr mitwirken werde, ist mein aufrichtiger Wunsch an Sie alle in diesem Hohen Haus, denen auch mein Dank für die vergangenen Jahre gilt, sei es im Kreise meiner Gesinnungsfreunde oder in der — wie ich hoffe, doch stets fairen — Auseinandersetzung mit den Damen und Herren der anderen Fraktionen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie mir vor allem auch heute noch geschenkt haben. *(Allgemeiner Beifall.)* 11.53

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

11.53

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sandmeier, ich werde mich selbstverständlich bemühen, weil es ein Vergnügen ist, nach einer sachlich fundierten Rede auch sachlich zu bleiben. Ich werde Ihrem Appell hoffentlich gerecht werden.

Gestatten Sie daher, meine Damen und Herren, daß ich mit etwas beginne, wo wir Sozialisten keinen Grund haben, es zu scheuen, auch wenn es manchmal vielleicht etwas schärfer klingt. Es geht um die in letzter Zeit sehr stark von Ihnen, der ÖVP, geführte Diskussion über die Frage Klein- und Mittelbetriebe, Vernachlässigung beziehungsweise Bevorzugung der Großbetriebe.

Meine Damen und Herren! Es ist Tatsache, und ich glaube, darüber gibt es überhaupt keine Diskussion, daß gerade in den letzten zehn, zwölf Jahren unter Minister Staribacher im gewerblichen Bereich sehr viel geleistet wurde. Wir haben selbst vor einigen Jahren über das Jahrhundertgesetz der Gewerbeordnung mit allen Konsequenzen gesprochen. Wem sonst, meine Damen und Herren, als den Tausenden und Abertausenden Klein- und Mittelbetrieben ist diese Politik mit den zahlreichen Einrichtungen im Bereiche der

14352

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Heindl

Förderung der Klein- und Mittelbetriebe zugute gekommen!

Die für all diese Zwecke zur Verfügung gestellten Bundesmittel wurden seit 1976 immer wieder großzügig erhöht. Betrug ihr Anteil am Budget des Handelsministeriums im Jahr 1970, also vor Antritt unserer Regierung, noch zirka 32 Prozent, so stieg dieser Anteil, also der hauptsächlich für Klein- und Mittelbetriebe bestimmte, auf nahezu 44 Prozent.

Trotz dieser ständigen Ausweitung, trotz der Berücksichtigung dieser notwendigen politischen Maßnahmen haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in den letzten zwölf Jahren dieses Budget jedesmal abgelehnt. Was immer Sie zur Entwicklung dieser Politik seit 1970 bis heute gesagt haben und was immer Sie sagen mögen zum Budget 1983, es ist nun einmal eine Tatsache — und ich glaube, im Sinne des Kollegen Sandmeier zu reden, der gemeint hat, über Tatsachen sollten wir hier reden —, daß bei Regierungsantritt, also als die ÖVP übergeben hat, zum Beispiel die Budgetmittel in der BÜRGEs nicht vorhanden waren. Die Kassen waren damals leer.

Kollege Mock, Sie lachen. (*Abg. Dr. Mock: Ich lache nicht! Das ist sehr ernst, was Sie da an Propaganda bringen!*) Es ist ein Faktum. Das ist überhaupt keine Propaganda. Es ist eine Tatsache: Die BÜRGEs-Kassen waren leer, sie mußten erst flottgemacht werden, und sie wurden flottgemacht. Und erst durch diese Politik war es eben möglich, verschiedenste Einrichtungen effizienter zu gestalten, und wir werden uns ja auseinandersetzen können mit Tatsachen, mit Fakten, mit Ziffern, wie eben diese Politik in den letzten zwölf Jahren gegriffen hat.

Ich darf nur schlagwortartig erwähnen die Betriebsneugründungs-Aktion, die Komfortzimmer-Aktion, die Aktion „Jederzeit warme Küche“, die Sanitär- und Campingplatz-Aktion. All das, was im gesamten Bereich der Klein- und Mittelstruktur im Gewerbe- und Fremdenverkehrsbereich in den letzten zwölf Jahren geschehen ist, konnte erst durch eine entsprechende Dotierung und durch eine entsprechende Politik gemacht werden. (*Abg. Dr. Mock: Nur die Situation ist immer schwieriger geworden für die Klein- und Mittelbetriebe!*) Natürlich ist immer das Einvernehmen gesucht worden, weil gerade Staribacher es auf seine Fahnen geschrieben hat, und wie wir glauben richtigerweise, eine Konsenspolitik zu suchen. Denn nur dann, wenn die politi-

schen Rahmenbedingungen auch von den Adressaten akzeptiert werden, kann es zu einer erfolgreichen Politik kommen. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Zittmayr und Dr. Mock.*)

Herr Kollege Zittmayr! Zu dem Thema komme ich noch, lassen Sie mir ein bisserl Zeit. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Neben diesen Aktivitäten, meine Damen und Herren, die mit eine der Ursachen waren für die Ende der sechziger Jahre existente Hauptproblematik der österreichischen Wirtschaft, nämlich eine zu geringe Wachstumsdynamik — die war bis Ende der sechziger Jahre eindeutig gegeben —, samt der damit verbundenen Gefahr des Zurückbleibens hinter der Entwicklung gegenüber den westlichen Industriestaaten können wir heute sagen, daß wir diese Problematik für die Klein- und Mittelbetriebe und mit den Klein- und Mittelbetrieben bewältigt haben.

Dank unserer Wirtschaftspolitik gelang es eben, diesen Wachstumsrückstand, den wir noch in den sechziger Jahren gegenüber den Industriestaaten aufzuweisen hatten, aufzuholen und das Wohlstandsniveau der westlichen Industriestaaten in vielen Bereichen zu erreichen.

In der Periode 1960/70, also in dem Dezenium, dessen Wirtschaftspolitik sehr wesentlich von der Österreichischen Volkspartei bestimmt wurde, lag die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes unter jener der westlichen Industriestaaten. In der Periode, die wir bestimmt haben, also von 1970 bis 1980, lag die reale Wirtschaftswachstumsrate mit 3,7 Prozent, meine Damen und Herren, über dem Durchschnitt der OECD-Staaten in Europa, deutlich über den Wachstumsraten der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz.

Glauben Sie denn ernsthaft, meine Damen und Herren, daß Sie permanent mit Aussagen, es sei eine Politik gegen die Klein- und Mittelbetriebe gemacht worden, hier haltbar argumentieren können? Diese Tatsachen, diese Fakten sprechen gegen jedes Ihrer Argumente, die Sie nun seit mehr als zwölf Jahren immer wieder vorbringen.

Es ist ganz einfach so, daß das Ergebnis einer schlechten Wirtschaftspolitik nicht so aussehen kann, daß dieses Ergebnis einer Wirtschaftspolitik einen Kurswechsel verlangt. Ja wollen Sie denn ernsthaft, daß diese

Dr. Heindl

positive Entwicklung in den letzten zwölf Jahren anders werden soll, daß die permanent niedrige Inflationsrate in Österreich gegenüber anderen höher werden soll? Wollen Sie denn ernsthaft, daß die relativ niedrigen Arbeitslosenraten gegenüber den in anderen europäischen Staaten anders werden sollen?

Wir haben mit dieser Wirtschaftspolitik sogar den Konjunkturreinbruch des Jahres 1975 gemeistert; einen Konjunkturreinbruch, der ohne Zweifel eine Zäsur in der internationalen Wirtschaftsentwicklung brachte, mit geringem Wirtschaftswachstum, mit hohen Arbeitslosenraten, mit anhaltender Inflation, mit Überkapazitäten und Energieproblemen.

In dieser Dekade, in der anderswo Arbeitslosigkeit und Inflation zu schier unerträglichen politischen und auch menschlichen Belastungen geworden sind, gelang es in Österreich, durch eine eigenständige Wirtschaftspolitik, die von Ihnen ständig kritisiert worden ist, nicht nur die Arbeitslosenrate auf 1,7 zu halten — zum Vergleich: im OECD-Europa lag sie bei 3,8 Prozent —, sondern auch noch zusätzlich weit über 400 000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist kein Zufall, meine Damen und Herren, daß diese Wirtschaftspolitik weltweit entsprechendes Aufsehen erregt hat.

Wenn ich einleitend gesagt habe, daß mit diesem Budget auch die Voraussetzungen für die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik des Handelsministers in den letzten zwölf Jahren geschaffen werden, dann wollte ich damit zum Ausdruck bringen, daß den kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit geboten werden soll, sich leichter auf die geänderten und sich weiter rasch und ständig ändernden Verhältnisse einzustellen.

Unbestritten ist — darüber müßten wir uns einig sein, meine Damen und Herren —, daß wir zurzeit eine Krise erleben, die mit den bisherigen Krisen überhaupt nicht vergleichbar ist. Diese weltweite Wirtschaftskrise verschärft die Problematik der Strukturanpassung. Wenn Wirtschaftsforscher heute von einem „Strukturbruch“ sprechen, dann sollten wir dies zur Kenntnis nehmen.

Es ist müßig, heute die Frage zu stellen, ob dieser Strukturbruch zu verhindern gewesen wäre. Sicher ist, daß er nicht rückgängig zu machen ist, weil im wesentlichen drei Faktoren zusammengekommen sind:

Das Ende des Aufholprozesses in Europa

gegenüber der USA-Wirtschaft, eine einmalige Entwicklung durch 15 und 20 Jahre.

Dazu kamen der Bruch in der Rohstoff- und Energiepreissituation und von der internationalen Arbeitsteilung her eine Entwicklung, die ein völlig neues Verhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Das Zusammentreffen dieser Faktoren schuf eine Situation, die mehr noch als die Energieverknappung zu Änderungen der Verhaltensweisen von Konsumenten, Unternehmen und Wirtschaftspolitik geführt hat. Diesen geänderten Verhältnissen gilt es nun Rechnung zu tragen. Wir tun das sicher nicht, wenn wir die Dinge so darstellen, wie sie nicht sind — was leider Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, permanent tun —, sondern dadurch, daß wir die Dinge so zeigen und sie der Bevölkerung so darlegen, wie sie wirklich sind.

Es ist ganz einfach nicht wahr, daß in den letzten zwölf Jahren den Klein- und Mittelbetrieben in der Wirtschaftspolitik kein besonderer Stellenwert zugewiesen worden ist. Denn wem sonst als den Klein- und Mittelbetrieben sollten die vielen, vielen Mittel, die in diesem Jahrzehnt aufgebracht wurden, zugekommen sein? Kollege Mühlbacher hat in seiner Wortmeldung schon auf einzelne Daten hingewiesen.

Meine Damen und Herren! Es ergibt ein gigantisches Resultat, wenn man die Zahlen zusammenzählt. Im Zeitraum von 1970 bis zum 31. September 1982 wurden über 106 000 Ansuchen von Klein- und Mittelbetrieben gestellt und erledigt, 106 000 Wünsche wurden erfüllt.

Meine Damen und Herren! Damit wurden 64 Milliarden Schilling an Investitionen mobilisiert. Welch gigantische Zahl! Wollen Sie denn, Herr Präsident Dittrich, sagen, daß damit nichts geschehen ist? (*Abg. Ing. Dittrich: Warum ist das geschehen? Weil Sie die Betriebe entkapitalisiert haben!*) Herr Kollege Dittrich! Zu diesem Thema komme ich noch. Bleiben wir doch einmal bei diesen Fakten, die Sie permanent negieren wollen. Das sind Tatsachen, Herr Präsident! Die lassen sich nicht wegdiskutieren. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steinbauer: Wo haben Sie denn das Geld her?*)

Oder wollen Sie leugnen daß mit diesem Kapital zum Beispiel... (*Abg. Ing. Dittrich: Weggenommen Milliarden Schilling,*

Dr. Heindl

dann haben Sie Almosen gegeben!) Aber, Herr Kollege Dittrich, niemand nimmt jemandem etwas weg, sondern gegeben wurden sowohl Förderungsmittel wie auch Prämien. (Abg. Steinbauer: Woher haben Sie denn das Geld?) Das sind doch Dinge, die bereits vollzogen sind. Darüber kann man doch nicht mehr diskutieren. Das ist ja der Grund, warum ich sage: Reden wir über die Tatsachen, reden wir nicht immer über andere Dinge!

Warum wollen Sie es denn leugnen? Ich glaube, Sie sollten als Präsident der Wiener Handelskammer doch stolz sein, wenn es zum Beispiel gelungen ist, seit 1974 die Bettenkapazität im A-1- und A-Bereich von 73 000 auf 99 000 im Jahr 1979 und auf 105 000 im Jahr 1981 zu steigern. (Abg. Ing. Dittrich: Das Kapital der Firmen ist gesunken!)

Welch gigantische Initialzündung liegt allein in diesen Zahlen, Herr Präsident! Wir haben in der Touristik eine Struktur geschaffen, die heute beispielgebend ist. Ich weiß, Sie sagen: Das ist nicht der Erfolg der Regierung. — Ich sage Ihnen: Es war nur möglich, weil Rahmenbedingungen geschaffen worden sind, die von den Gewerbebetrieben, also von den Klein- und Mittelbetrieben, akzeptiert und in wirtschaftliche Realität umgesetzt worden sind.

Aber niemand hat jemanden gezwungen, einen Kredit in Anspruch zu nehmen. Die sind doch freiwillig gekommen. Oder wollen Sie sagen, daß jemand gerade in diesem Bereich gezwungen worden ist, Zinsenzuschüsse zu akzeptieren? Das ist doch nicht wahr, meine Damen und Herren! (Abg. Steinbauer: Woher haben Sie das Geld für die Zuschüsse? Aus den Steuererträgen!)

Ich könnte Ihnen jetzt eine halbe Stunde lang Daten aufzählen, die belegen, wie die Landschaft Österreichs entscheidend verändert wurde. Österreich ist eben in den letzten zehn, zwölf Jahren ein vorbildliches, mit einer Infrastruktur ausgestattetes Tourismusland geworden. Das ist von dieser Bundesregierung konzipiert worden. Dies läßt sich nicht leugnen.

Wir sollten doch stolz darauf sein, daß wir sagen können: Wir haben die längsten Langlaufloipen in Europa, wir haben Lifte, wir haben bei den Hallenbädern eine Vervier-, eine Verfünffachung. Ja ist das keine Politik für die Klein- und Mittelbetriebe gewesen? Für wen sonst, Herr Kollege Dittrich, als für diese Bereiche war diese Politik konzipiert?

Die Zahl der Nächtigungen ist bis zu 40, 50 Prozent gestiegen. Die Auslastungsquoten sind gestiegen: All das waren doch zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe.

Hätten wir es uns im Jahr 1970 träumen lassen, daß es möglich ist, innerhalb von zehn Jahren bis zu 44- und 45prozentige Steigerungen in der A-1- und A-Kategorie, bis zu 30prozentige Steigerungen in der B-Kategorie zu erreichen? Keine Voraussetzungen haben Sie damals gehabt!

Meine Damen und Herren! Die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen, ich möchte aber im Rahmen meiner Zeit bleiben und daher das Kapitel Klein- und Mittelbetriebe schon abschließen. Wir glauben nach einem mehr als zwölfjährigen Regieren sagen zu können, daß die Politik für Klein- und Mittelbetriebe in den letzten zwölf Jahren in Österreich erfolgreich wie nie zuvor gewesen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallinger hat zuvor in seiner Rede gemeint, die Belastungen seien so enorm, daß sie fast unerträglich geworden seien. Kollege Mühlbacher hat hier schon auf einige Daten hingewiesen. Ich sage Ihnen noch einmal: Jede Statistik hinsichtlich der Kosten je Arbeitsstunde in der Industrie, Löhne und Lohnnebenkosten 1980, zeigt Ihnen, daß wir im guten Mittelfeld liegen, daß die Entwicklung für uns sogar vorteilhaft war, gerade in den letzten drei Jahren. Das hat auch Mühlbacher bereits gesagt.

In der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit hat sich allein in den letzten drei, vier Jahren eine Verbesserung um mehrere Plätze ergeben. Im Export war die Entwicklung ebenfalls positiv, hatten wir doch eine reale Steigerung unserer Exporte um 116 Prozent und eine der Importe um nur 102 Prozent.

Meine Damen und Herren! Ich stehe gar nicht an zu sagen, daß diese Exporterfolge ohne Zweifel ein gemeinsamer Erfolg waren. Ich kann dem Präsidenten Sallinger nur gratulieren: Die Außenhandelsstellen und ihre Mitarbeiter sind eine hervorragende Organisation, die unsere Betriebe brauchen.

Aber erwähnen wird man doch dürfen, daß noch nie zuvor eine Regierung und ein Handelsminister so engagiert jedem einzelnen Betrieb, ob es nun ein Klein-, Mittel- oder Großbetrieb ist, zur Verfügung gestanden sind. Wie oft fährt dieser Mann wegen drei, vier Betrieben, wegen drei, vier Aufträgen

Dr. Heindl

nur deswegen in ein anderes Land, damit für den jeweiligen Betrieb die politische Voraussetzung zur Abschließung geschaffen wird! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sollten bei aller Kritik an der jetzigen Situation — ohne Zweifel ist sie nicht angenehm, meine Damen und Herren — auch sagen, daß uns Daten doch Positives zeigen.

Eine Marktanteilsberechnung der OECD aus letzter Zeit hat uns gezeigt, daß auch die Prognose für das Jahr 1982, in dem tatsächlich ein Bruch in der Exportentwicklung nicht nur in Österreich, sondern auch europaweit gegeben ist, erkennen läßt, daß Österreich schon 1981 einen Spitzenplatz bei der Entwicklung des Industriewarenexportes eingenommen hat und 1982 bei mittelfristiger Betrachtung das größte Wachstum aller Industriestaaten hat, es ist also auch größer als das Japans, meine Damen und Herren!

Seien wir doch stolz darauf, und sagen wir doch nicht immer, es sei schlecht! Wie wollen wir die Bereitschaft der Unternehmer, ob Klein-, Mittel- oder Großbetriebe, wirklich heben, wie wollen wir Mutlosigkeit und Hoffungslosigkeit bekämpfen, wenn wir nicht sagen: Jawohl, wir haben eine schwierige Situation, aber wir haben gute Voraussetzungen, durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik mit den Problemen so wie bisher fertig zu werden. Meine Damen und Herren! Das sollten wir bei solchen Gelegenheiten sagen!

Nun noch einige Worte zur Energiepolitik. Diese wird hier auch oft kritisiert, und doch muß man sagen, es gibt nichts Besseres. Immer wieder kann man nur sagen: Österreich kann sich keine andere Energiepolitik als eine der kleinen Schritte erlauben. Gerade diese Politik der kleinen und vielen Schritte war es, die eine Infrastruktur auch im Energiebereich schuf, die eben dazu geführt hat, daß das Ziel des letzten Jahrzehnts, nämlich die Importabhängigkeit von Erdöl abzubauen und den Einsatz von Energie sinnvoll voranzutreiben, erreicht wurde.

Die Entkoppelung, Herr Kollege Stix, ist gelungen. Seit 1980 haben wir die Zahlen auf dem Tisch, die zeigen, daß der Entkopplungsprozeß voranschreitet. Nur, glaube ich, sollten wir bei der Betrachtung dieser Zahlen vorsichtig sein, weil es seit 1970/80 eine Wirtschaftsentwicklung gibt, die nach unten geht, die unter Umständen diese Zahlen nicht so erscheinen läßt, wie sie vielleicht tatsächlich sind. Wir werden erst in einigen Jahren sehen, ob der tatsächliche Entkopplungspro-

zeß, den wir wünschen, dessen Politik wir konzipiert haben, auch entsprechend gelungen ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe eine Notiz von der IAEA aus den letzten Tagen. Gerade weil in letzter Zeit, in den letzten Monaten ein ständiger Rückgang des Ölverkaufs zu beobachten war, weil eine Erhöhung der Preise zu beobachten war, sollten wir die Mahnung der IAEA, daß bereits mittelfristig mit einer Verschärfung der Ölpreissituation und der Ölmengensituation zu rechnen ist, weiter berücksichtigen und unsere Politik entsprechend danach orientieren. Ich glaube, wir werden ja in den nächsten Tagen — am 19. Dezember ist die nächste OPEC-Sitzung — sehen, wie sich gerade auf dem Preissektor diese Politik weiterentwickeln wird.

Herr Kollege Stix, nur noch einige Worte zu Ihren Aussagen. Es tut mir leid, daß Sie schon heute die Diskussion über den Unterausschuß Zwentendorf eröffnet haben. Und es tut mir besonders leid, daß Sie die Dinge so darstellen, wie sie eigentlich nicht sind. Ich meine unsere Erfahrungen, die wir in Amerika gesammelt haben. Ich weiß nicht, wie Sie Ihr Klubkollege Probst informiert hat.

Sie haben, glaube ich aber, eine Notiz in Händen, die objektiv gehalten wurde und keine Interpretation zuläßt, und sie ist anders, als Sie sie darstellen. Tatsache ist, daß die Nuklearindustrie in den Vereinigten Staaten deprimierend ist. Der Präsident der amerikanischen Nuklearindustrie hat uns gesagt: Solange nicht eindeutig neue politische Konzepte auf dem Tisch sind, wird die amerikanische Nuklearindustrie sicherlich nicht initiativ werden. Aber ebenso ist es eine Tatsache, Herr Kollege Stix, daß die Amerikaner beziehungsweise die Vereinigten Staaten im nächsten Jahr 34 Kernkraftwerke neu eröffnen werden und daß innerhalb der nächsten drei Jahre weitere 40 eröffnet werden. Ich spreche wertneutral, ich beurteile jetzt überhaupt nicht, ob das eine richtige oder falsche Energiepolitik ist. Nur ist es eine Tatsache, daß nächstes Jahr 34 Kernkraftwerke in Betrieb gehen *(Abg Dr. Stix: Weil sie schon lange in Bau sind!)* und zusätzlich 46.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Die amerikanische Energiepolitik — auch das ist ein Faktum — geht in zwei Richtungen. Sie vernachlässigt trotz Milliarden-Dollar-Investitionen in den letzten fünf, sechs Jahren die Alternativenenergien, weil die amerikanischen Energiefachleute zur Auffassung gelangt sind, daß aus dem Alternativenenergiebereich

14356

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Heindl

kein entscheidender Beitrag zur Deckung des Energiewachstums geleistet werden kann. Es gibt eine zweifache Richtung: Kernenergie und Kohleenergie. Kernenergie deswegen — auch da sind sie anscheinend falsch informiert —, weil trotz gestiegener Kosten die Stromproduktion aus Kernenergieanlagen günstiger ist, erheblich günstiger ist als aus Kohle, wobei natürlich in den Vereinigten Staaten auch hinsichtlich der Sicherheit in den letzten Jahren erheblich mehr Anforderungen gestellt worden sind. Das zum Thema Kernenergie, Herr Kollege Stix.

Auch darüber gibt es eine Entscheidung. In den nächsten Monaten wird die von Carter eingestellte Wiederaufbereitungsanlage ihre Arbeiten fortsetzen. Die Reagan-Administration ist entschlossen, die Wiederaufbereitungsanlage zu öffnen. Ich werde Ihnen sagen, warum, denn auch das ist gesagt worden: Weil sie der Auffassung sind, daß die französische Energiepolitik, und speziell die französische Kernenergiepolitik, die einzig richtige ist.

Ich sage noch einmal: Das wurde uns mitgeteilt, ich sage nicht, daß das die richtige Politik ist. Aber Tatsache ist: Die Vereinigten Staaten setzen in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 50 Prozent auf Kernenergie und zu 50 Prozent auf Kohleproduktion. Das bitte sind Realitäten!

Was die Entsorgung anlangt, ist ebenso — und ich hatte erst vor drei Wochen Gelegenheit, das in einem neuerlichen Gespräch mit amerikanischen Senatoren zu verifizieren — damit zu rechnen, daß im April oder Mai kommenden Jahres die entsprechenden Entsorgungsgesetze in den Vereinigten Staaten beschlossen werden. Das ist eine Tatsache. Offen ist lediglich noch, ob im Rahmen dieser Entsorgung nur die Abfallprodukte aus friedlicher Kernenergienutzung zum Tragen kommen oder auch aus militärischer Nutzung. Das ist die einzig noch veritable, offene Frage. Alles andere ist geklärt.

Herr Kollege Stix! Alles andere, glaube ich, sollten wir im Unterausschuß zu Ende diskutieren. Interpretieren muß es jeder für sich, jede Fraktion für sich, aber das sind Fakten, die wir zusammentragen, das ist ja auch unsere Politik. Und erst dann, wenn wir alle Fakten zusammengetragen haben, wenn wir eine breite Entscheidungsgrundlage haben, hat der Unterausschuß meiner Auffassung nach wirklich die Berechtigung, eine Entscheidung zu treffen, ob eine neue Situation für Österreich gegeben ist oder nicht. Solange

wir diese Entscheidungsgrundlage nicht erarbeitet haben, sollten wir keine Aussagen, in welche Richtung unsere Politik hinsichtlich Kernenergie geht, machen.

Ein Wort noch zu Dürnrohr, Herr Kollege Stix. Es ist schon richtig — und deswegen wurde ja Dürnrohr gemacht —, daß wir die Kohlekraftwerke dort installieren müssen.

Dramatisch und ungut an der ganzen Diskussion um die Kraftwerke ist folgendes: Wir wissen, meine Damen und Herren — das hat die letzte Prognoseüberarbeitung des Wifo ergeben —, daß sicherlich das Wachstum der Energien in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren nicht mehr so sein wird, wie es noch vor zehn Jahren prognostiziert war, aber daß bei der Entwicklung ohne Zweifel der Zuwachs an Strom erheblich stärker sein wird als an anderen Energiearten; natürlich auch nicht mehr so stark, wie er noch vor zehn Jahren von den Elektrizitätsfachleuten prognostiziert worden war.

Nun müssen Sie — das wissen Sie, Kollege Stix, besser als jeder andere in Ihrer Fraktion — doch wissen, daß Entscheidungen über Kraftwerke jahrelang dauern. Gerade in der Sache Umbalfälle — Dorfertal weiß man das doch. Seien wir doch froh, daß wir jetzt die Diskussion darüber führen und nicht erst wenn das Kraftwerk bereits in Bau ist. Denn eines soll uns doch nicht mehr passieren: daß wir mit Kraftwerksbauten beginnen, ohne daß die Entscheidungen gefallen sind, was für den Umweltschutz wichtig ist und was nicht, was zuviel ist. Es ist doch richtig so, lieber den Baubeginn noch ein Jahr zu verschieben, so notwendig er schon wäre, als jetzt schon mit dem Bau zu beginnen und uns dann einer neuen Situation gegenüberstehen zu sehen.

Sie sagen nur eines: Die E-Wirtschaft sucht Schuldige. Wogegen ich bin, Herr Kollege Stix, ist, daß wir den Verantwortlichen in der E-Wirtschaft sagen, sie seien schuld und sie suchten Schuldige. Es ist der gesetzliche Auftrag, meine Damen und Herren, für die Verantwortlichen der Elektrizitätswirtschaft, genügend Strom zur Verfügung zu stellen. Ich möchte mir nicht anhören, was gerade hier gesagt werden würde, wenn nur einmal eine Arbeitsstunde in einem Betrieb ausfallen würde, weil zuwenig Strom da ist. Das, meine Damen und Herren, wird eine Energiepolitik dieser Regierung sicher nicht zulassen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Stix: Das war ein Mißverständnis von Ihnen!)*

Herr Kollege Stix, darf ich Ihnen sagen,

Dr. Heindl

was unsere Politik immer war: Wir wollen keine Schuldigen, sondern Lösungen suchen; Lösungen, die sowohl dem Umweltschutz auf der einen Seite als auch der E-Wirtschaft auf der anderen Seite den entsprechenden Stellenwert geben. Glauben Sie mir das!

Was mich an der Diskussion um Dürnrohr so stört bei aller Empfindlichkeit, bei aller Sensibilität: Wir sagen hier ständig, wir wollen Strukturverbesserung in der Industrie. Hier gibt es Industrien in Österreich, die Bahnbrechendes konzipiert haben, die nur entsprechend vorsichtig agieren nach dem, was in den letzten zehn, zwölf Jahren passiert ist. Es wird in der Öffentlichkeit immer so dargestellt, als bestehe kein Vertrauen gegenüber diesen Industrien.

Meine Damen und Herren! Seien wir stolz, daß wir Industrien wie Simmering-Graz-Pauker haben, die sich der Mühe unterziehen, völlig neue Entschwefelungs- und Entstaubungsanlagen zu bauen, und werfen wir nicht den Männern und Frauen, die dort tätig sind zum Wohle ihrer Betriebe, zum Wohle unseres Landes, Prügel vor die Beine!

Wir müssen auch eine Politik für Umweltschutz machen, und die wird gemacht. Ich habe mir gestern eine Zahl geben lassen, meine Damen und Herren. Wissen Sie, daß der Verbundbereich in den letzten drei Jahren allein für Umweltschutzmaßnahmen 4,5 Milliarden Schilling ausgegeben hat? Ja, meine Damen und Herren, das muß man erst verdienen, bevor man es ausgibt. Das muß man auch sagen. Hier wird eine Umweltschutzpolitik gemacht, die beachtenswert ist, die wir erwähnen sollten. Und wir sollten nicht immer so tun, als ob die Herren in der E-Wirtschaft auf die Umwelt vergäßen.

Seien wie froh, daß wir heute die Diskussion führen und nicht nachher! Aber wir sollten eines berücksichtigen: Hier geht es nicht um die Energiezukunft, hier geht es auch um die industrielle Zukunft unseres Landes. — Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)* 12.22

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

12.22

Abgeordneter Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine der derzeitigen Hauptaufgaben der Budget- und Steuerpolitik ist wohl ohne Zweifel und über Parteigrenzen hinweg unbe-

stritten die Konjunkturbelebung, um so die Arbeitsplätze sichern zu können.

Die freiheitliche Fraktion, die Freiheitliche Partei insgesamt meint, daß man dies sowohl über höhere Ausgaben der öffentlichen Hand im Sinne einer sogenannten antizyklischen nachfrageorientierten Budgetpolitik als auch über steuerliche Erleichterungen und gezielte Steueranreize, also im Sinne einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, zu bewerkstelligen sein müßte und muß.

Wenn man nun den Voranschlag des Jahres 1983 näher durchleuchtet, so sieht man und kommt man unweigerlich, so meine ich, zu dem Schluß, daß er vom Herrn Finanzminister unter dem Motto erstellt worden ist: Ich will, aber ich kann nicht mehr.

Mit dieser Feststellung, Herr Finanzminister, halte ich Ihnen aber ja auch gleich zugute, daß Sie zwar gerne die Konjunktur beleben möchten, es aber andererseits zumindest nicht in wünschenswertem Ausmaß können, weil Sie nicht nur kein Geld auf der hohen Kante haben, sondern Sie, beziehungsweise Ihr Vorgänger im Gegenteil, den Staat in den Jahren der SPÖ-Alleinregierung bis an den Rand des Verantwortbaren, wie wir Freiheitlichen meinen, bis in die nächste Generation hinein tief verschuldet haben, obwohl Sie gleichzeitig die Staatsquote, also die Summe von Steuern, Sozialabgaben und sonstigen Abgaben, von durchschnittlich 36 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf rund 42 Prozent hinaufgetrieben haben.

Sie können daher trotz Horrordefizit nicht wesentlich mehr als bisher für Investitionen bereitstellen, Sie können daher keine größeren steuerlichen Erleichterungen gewähren, und Sie können daher keine wirklich greifenden Steueranreize setzen und geben.

Damit aber nicht der Eindruck entsteht, Sie sagen es ja selber, da kann man ja offensichtlich wirklich nichts machen, oder damit nicht vielleicht gar Mitleid mit dem zwar willigen, aber nicht zu könnenden Finanzminister aufkommt, zwei Klarstellungen dazu.

Erstens hat sich die sozialistische Alleinregierung in diese Situation in, wie wir meinen, unverantwortungsloser Weise selbst hineinmanövriert, insofern selbst hineinmanövriert, indem man, wie bereits mehrfach von diesem Pult aus von mir festgestellt worden ist, auch in den guten Jahren Defizit auf Defizit gehäuft hat, das Defizit ständig erweitert und erhöht hat.

14358

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dkfm. Bauer

Zweite Feststellung und Klarstellung in dem Zusammenhang: Es gibt einen Weg aus diesem von Ihnen selbst gezogenen Teufelskreis, er ist allerdings steinig und mühsam und darum beschreitet man ihn offensichtlich nicht. Er heißt sparen. Er heißt sparen bei jenen Ausgaben, die die Konjunktur weniger kräftig beleben als andere, etwa Ausgaben für Investitionen. Man muß sparen in diesen Bereichen, um für den anderen, für den investiven Bereich mehr Geld zur Verfügung zu haben und um sich vielleicht auch großzügigere Steuererleichterungen und gezielte, wirklich greifende Steueranreize eher leisten zu können.

Ich will und kann jetzt nicht untersuchen, inwieweit sozialistische Alleinregierungen grundsätzlich nicht in der Lage sind, zwar notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen zu setzen, inwieweit sie so und mittelfristig betrachtet nur Schönwetterregierungen sind.

Wie gesagt, ich billige Ihnen ja zu, daß Sie wahrscheinlich sogar den richtigen Weg beschreiten möchten, dies aber aus den angeführten Gründen nicht tun zu können glauben. Wahrscheinlich trübt Ihnen auch der kommende Wahltermin diesen Blick für das Notwendige.

Nachdem es meistens schwerfällt, unangenehme Wahrheiten zugeben zu müssen, hat man sich in das vorliegende Scheinbudget geflüchtet.

Um diese Behauptung, die ja von Ihnen immer wieder aufs heftigste bestritten wird, untermauern zu können, braucht man nur den Voranschlag des Jahres 1983, über den wir hier und heute abschließend diskutieren, und das voraussichtliche Ergebnis des Jahres 1982 heranzuziehen und zu vergleichen. Daraus geht hervor, daß das Nettosteueraufkommen des Jahres 1982 aller Voraussicht nach, aber bereits mit einer großen Wahrscheinlichkeit, um 8 Milliarden geringer ausfallen wird, als es budgetiert war, daß die Bundesbetriebe um 2 Milliarden Schilling weniger Einnahmen erreichen werden als veranschlagt.

Wieso dann in der derzeitigen wirtschaftlichen, konjunkturellen Situation Sie, Herr Bundesminister, im Jahre 1983 mit um 9,6 Prozent höheren Einnahmen rechnen, bleibt wohl Ihr unerforschlicher Ratschluß, es sei denn, Sie haben hier bereits massive Steuererhöhungen für das kommende Jahr mit einkalkuliert.

Wir müssen nämlich zur Kenntnis nehmen,

daß der in den letzten Jahren zu beobachtende Zusammenhang zwischen der Entwicklung des nominellen Bruttoinlandsprodukts auf der einen Seite und den Steuereinnahmen auf der anderen Seite verlorengegangen ist. So ist beispielsweise im Jahre 1981 das Steueraufkommen mit 10,4 Prozent erheblich rascher als das Bruttoinlandsprodukt mit 5,9 Prozent gestiegen. Aber bereits im heurigen Jahr hat sich diese Entwicklung umgedreht, und es ist kein Zweifel, daß sich dies auch im kommenden Jahr so abspielen und fortsetzen wird. Im heurigen Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt um 8 Prozent wachsen, die Steuereinnahmen jedoch nur mehr um 4 Prozent.

Drei Faktoren sind meiner Meinung nach für diese Entwicklung, für die Umkehrung der bisherigen Entwicklung ausschlaggebend:

Erstens: Die ständig wachsenden Insolvenzen und das Zurückbleiben der Wohnbauleistung, die bisher ganz wesentlich das Mehrwertsteueraufkommen positiv beeinflusst hat. Vielleicht bleibt es nicht zuletzt deswegen hinter den Erwartungen zurück, weil Ihre Einstellung in diesem Bereich zum Eigentum — sagen wir es so — wenig freundlich, wenig anregend ist.

Der zweite Faktor ist ohne Zweifel der, daß Sie mit Ihrer Steuer- und Wirtschaftspolitik die österreichischen Unternehmungen wie eine Zitrone ausgepreßt haben, was sich eben nunmehr in den sinkenden Einnahmen an gewinnabhängigen Steuern widerzuspiegeln beginnt.

Das sind auf einen kurzen, auf einen sehr kurzen Nenner gebracht die Konsequenzen und Auswirkungen Ihrer jahrelangen falschen Wirtschafts- und Steuerpolitik, vor der wir Freiheitlichen nicht müde geworden sind Sie zu warnen und die wir ablehnen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Die Verschuldung und ihre immer beängstigender werdenden Konsequenzen aus der ständig jährlich wachsenden Zinsen- und Rückzahlungsbelastung werden in dem Voranschlag 1983 durch sogenannte Umschuldungen verschleiert. Man kann es auch weniger vornehm ausdrücken: Um Stundung der Ratenzahlungen hat der Herr Bundesminister ansuchen müssen.

Dritter Punkt unrealistischer Ansätze: Das sind die Ansätze für die Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung. Dies wird durch Zugrundelegung einer unrealistisch niedrigen

Dkfm. Bauer

Arbeitslosenrate von 3,1 Prozent zuwege gebracht. 3,1 Prozent, obwohl das Wirtschaftsforschungsinstitut 4,2 Prozent prognostiziert hatte.

Ich weiß — wir haben darüber schon im Finanz- und Budgetausschuß diskutiert —, daß darauf der Hinweis des Herrn Finanzministers kommt: Bei dieser Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes seien eben noch nicht die Auswirkungen des zweiten Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung berücksichtigt worden.

Sie wissen, Herr Bundesminister, was ich Ihnen immer wieder darauf gesagt habe: Glauben Sie mir — und das scheinen offensichtlich auch die Damen und Herren des Wirtschaftsforschungsinstitutes zu glauben —: Dieses Ihr zweites Beschäftigungsprogramm wird genausowenig oder genausoviel greifen wie Ihr erstes, nämlich kaum oder nicht.

Wie Sie weiter wissen, wird das Wirtschaftsforschungsinstitut in den nächsten Tagen seine neuen Zahlen veröffentlichen, bei denen ohne Zweifel dann dieses zweite Beschäftigungsprogramm berücksichtigt worden sein wird. Ich höre nun — ich muß allerdings sagen: ich höre es nur, aber aus durchaus glaubhafter Quelle —, daß diese revidierte Prognose nicht in der von Ihnen angenommenen Richtung, nämlich nach unten, revidiert werden wird, sondern nach oben, daß also nicht die von Ihnen prognostizierte und angenommene 3,1 Prozent Arbeitslosenrate bei dieser revidierten Prognose herauskommen wird oder wenigstens in dieser Richtung etwas herauskommen wird, sondern ganz im Gegenteil: Ich höre, daß diese revidierte Prognose 4,5 Prozent betragen wird.

Ein Hinweis darauf, daß auch Sie dies bereits gehört haben, scheint mir der Umstand zu sein, daß Sie das Konjunkturausgleichsbudget in den nächsten Tagen freizugeben beabsichtigen.

Ich habe immer gesagt, daß wir dieses Konjunkturausgleichsbudget eines Tages im Laufe des kommenden Jahres in Anspruch werden nehmen müssen, weil die konjunkturelle Situation eben nicht dazu angetan ist, um darauf verzichten zu können, und daß damit das wahre Defizit ja auch heute schon feststeht, nämlich daß es nicht bei 74 Milliarden Schilling, sondern bei rund 80 Milliarden Schilling zu liegen kommen wird.

Aber ich habe ehrlich gesagt nicht geglaubt,

daß die Budgetzahlen nicht einmal bis zum Ende dieser Budgetdebatte halten werden. Ich glaube, allein dieser Umstand zeigt einmal mehr die „Seriosität“ dieser Budgeterstellung überdeutlich und den „Weitblick“ dieser Bundesregierung und des Finanzministers in wirtschaftspolitischen Fragen.

Ich meine nur, daß sich durch die Freigabe dieses Konjunkturausgleichsbudgets leider an der Gesamtsituation nichts wesentlich ändern wird. Die Arbeitslosenrate wird durch die Freigabe dieser 6 Milliarden Schilling lediglich von den nunmehr wahrscheinlich prognostizierten 4,5 Prozent auf 4,4 oder 4,3 Prozent herabgedrückt werden können. Es ist also nur dieser berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Es kann nur dieser Tropfen auf den heißen Stein sein, weil Sie eben auf Grund der verfahrenen budgetären Situation nicht mehr tun, nicht mehr geben können, selbst wenn Sie es wollten.

Damit noch eine Anmerkung zu dieser Arbeitslosenrate: Ich bitte, Herr Finanzminister, sich vor Augen zu führen, inwieweit die von Ihnen zugrunde gelegte Arbeitslosenrate von 3,1 Prozent und die zu erwartende von über 4 Prozent — ich glaube, hierüber wird wahrscheinlich Einigkeit bestehen — das Budget zusätzlich belasten wird, zusätzlich zu den jetzt bereits freigegebenen 6 Milliarden Schilling: Wenn man sich vor Augen führt, daß ungefähr 0,1 Prozentpunkt Arbeitslosenrate das Budget mit 200 Millionen Schilling belastet, und wenn Sie die Differenz von Ihrer Prognose und die von der vom WIFO in den nächsten Tagen zu gebenden Prognose ziehen, dann kommen Sie auf einen Betrag zwischen 2 und 3 Milliarden Schilling, die zusätzlich noch in diesem Budget im kommenden Jahr unterzubringen sein werden.

Das wahre Defizit wird daher, wenn man alle die unrealistischen Ansätze auf der Ausgabenseite einerseits und auf der Einnahmenseite andererseits in Kalkül zieht, im kommenden Jahr in der Nähe von 90 Milliarden Schilling oder sogar darüber zu liegen kommen.

Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das erschreckende Ergebnis der falschen Steuer- und Wirtschaftspolitik der sozialistischen Alleinregierung in diesem Land und der sie stützenden Sozialistischen Partei Österreichs, einer Steuer- und Wirtschaftspolitik, zu der wir Freiheitlichen daher aus Überzeugung nein sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 12.38

14360

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

12.39

Bundesminister für Finanzen Dr. **Salcher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den bisherigen Diskussionsbeiträgen wurde eine Reihe von Fragen erörtert, die nicht alle in einer Antwort behandelt werden können. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich mich auf die Behandlung der Hauptanliegen der bisherigen Oppositionsredner beschränke, vorher aber eine allgemeine einleitende Bemerkung mache.

Wie überall in der Welt so ist auch in Österreich das Budget in seiner Abwicklung abhängig von der jeweiligen Konjunkturentwicklung. Jeder hier in diesem Hause weiß, wie kurzfristig sich Änderungen derzeit in der Weltwirtschaft ergeben und wie kurzfristig aus diesem Grunde auch die innenwirtschaftlichen Prognosen geändert werden müssen. Wenn etwa das Wachstum mit zwei Prozent, mit 1,5 Prozent real für 1983 angenommen wird und sich im Laufe der Zeit zeigt, daß das Wachstum geringer sein wird, so ist damit notwendigerweise eine Schwierigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbunden, die stärker ist, als ursprünglich angenommen, ist damit notwendigerweise eine Erscheinung verbunden, die den Finanzminister sicher nicht freut, nämlich weniger Steuereinnahmen.

Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, müssen wir auf der Ausgabenseite höhere Arbeitslosenunterstützungen geben, müssen wir den Aufwand im Sozialbereich erhöhen, weil die Pensionsversicherungsbeiträge zum Beispiel nicht das erwartete Ausmaß erreichen. Wenn eine solche Entwicklung also durch eine neue Prognose angezeigt wird, so muß man in der Budgetpolitik nach Möglichkeit darauf reagieren. Ich komme noch darauf zu sprechen.

Eine sinnvolle Reaktion ist es dann, das Konjunkturausgleichsbudget einzusetzen, die Ansätze so bald wie möglich freizugeben, denn dazu ist ja das Konjunkturausgleichsbudget vorgesehen, daß eine schlechtere Konjunkturentwicklung als ursprünglich angenommen über dieses Ausgleichsbudget, über diesen Ausgleichsmechanismus zum Teil bewältigt wird.

Aber bei all diesen Darstellungen, die von der Oppositionsseite her nur die negativen Erscheinungen bringen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß sicherlich auch eine

Reihe von positiven Entwicklungen in den künftigen Wirtschaftsprognosen aufscheinen werden. Man muß das sagen, um nicht ein verzerrtes Bild zu zeigen, um nicht zu schwarz zu malen.

Ich habe nachgelesen, was bei der Budgetdebatte im Vorjahr gesprochen wurde. Damals wurde noch intensiv darauf hingewiesen, wie schlecht die österreichische Leistungsbilanz sei, welche Katastrophe sich daraus für unser Land entwickeln könnte. Und heute habe ich vergeblich darauf gewartet, daß dieselben Redner, die im Vorjahr diese Schwarzmalerei betrieben haben, eine Äußerung von sich gaben etwa derart, wie es richtig ist, daß die Leistungsbilanz 1982, aus welchen Gründen immer, ausgeglichen sein wird, daß insbesondere die Exportanstrengungen der österreichischen Wirtschaft ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steidl.*)

Schauen Sie, Sie sehen das sehr, sehr monokausal. Der Herr Präsident Sallinger wird Ihnen sehr deutlich sagen, wie stark die österreichische Exportwirtschaft im Erfolg gewesen ist und daß das ein beträchtlicher Teil der Verbesserung der Leistungsbilanz ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein weiteres Positivum muß aufgezeigt werden, weil gemeinsame Anstrengungen der Oesterreichischen Nationalbank, des österreichischen Kreditapparates und der Bundesregierung Erfolge zeigen, nämlich im Bereich der Zinsen. Die nach unten weisenden Zinsen sind nun einmal ein Faktum und lassen auch hoffen, daß die Investitionsvoraussetzungen im nächsten Jahr besser sein werden als in einer Zeit der Hochzinsphase, etwa des Jahres 1982. Und damit diese Zinsentwicklung weiterhin nach unten weist, haben wir mit der Oesterreichischen Nationalbank Maßnahmen besprochen, haben wir mit dem Kreditapparat auf der Haben-Seite eine Absenkung der Eckzinsen besprochen, die sich aber niederschlagen muß auf der Soll-Seite, auch auf der Seite der Kreditzinsen.

Wir werden durch geeignete Maßnahmen der Nationalbank sicherstellen, daß die derzeit sehr niedrigen Taggeldsätze sich nicht in Richtung Ultimo wieder erhöhen werden.

Ich habe nicht gehört, daß diese Fakten, die für die Wirtschaftsentwicklung Österreichs so bedeutend sind, von einem Oppositionsredner erwähnt worden wären. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und etwas Drittes, was positiv ist: Die Inflationsrate zeigt deutlich nach unten. Wir haben

Bundesminister Dr. Salcher

bei der letzten Prognose für 1983 mit einer Inflationsrate von 4,7 Prozent gerechnet, und das ist — das sollte auch hier in diesem Hohen Haus betont werden — ein Spitzenwert, den kaum ein Land so positiv erreicht wie Österreich. Und die nächste Prognose wird wahrscheinlich eine noch niedrigere Inflationsrate ausweisen.

Das sind die Voraussetzungen. Auf der einen Seite positive Signale, auf der anderen Seite Entwicklungen in der Weltwirtschaft und auch in Österreich, die uns Sorgen machen. Sorgen deshalb, weil wir nicht sorglos an die Dinge herangehen, weil wir nicht schönfärben wollen, aber ich möchte ebenso deutlich sagen: Ein unkritischer Pessimismus, der aus diesen Reden hervorgekommen ist, die wir hier und heute gehört haben, ist für die österreichische Wirtschaft viel schädlicher als ein kritischer Optimismus: Ich möchte sagen: Ein kritischer Optimismus unter Einbeziehung aller Entwicklungen, die sich negativ erweisen können.

Das Budget 1983, das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Bauer sagen, ist nicht auf dem Budget 1982 aufgebaut, wie es im Dezember 1982 beschlossen wurde, sondern auf dem wahrscheinlichen Ergebnis 1982, das wir ... (Abg. Dr. Jörg Haider: „Daumologie“! Über den Daumen!)

Ja, ich weiß, wie Sie die Budgets machen würden, wenn Sie drankämen. Aber Sie sind sicher nicht im Verdacht, Ihren Daumen einsetzen zu müssen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Steger: Ich hätte gar nicht gedacht, daß Sie das für möglich halten!)

Und da komme ich auf eine Äußerung der Abgeordneten Sandmeier und Bauer, das Budgetdefizit sei so katastrophal, daß man nur mehr die Zinsen damit bezahlen könne und sonst nichts mehr. Ich muß noch etwas wiederholen, was offensichtlich überhört wurde: Der Voranschlag 1983 enthält allein für investive Ausgaben des Bundes 66,6 Milliarden Schilling, also ... (Abg. Dkfm. Bauer: Wieviel sind es mehr als 1982? Das ist interessant!) Das stimmt ja nicht! Das haben wir ja alles schon dargestellt! (Abg. Dkfm. Bauer: Das werden Sie doch wissen!) Das ist in den Budgetunterlagen sicher drinnen. Sie können das ja nachlesen. Es ist nominell mehr, Herr Abgeordneter, und es ist real mehr als 1982! (Beifall bei der SPÖ.)

Es sind also investive Ausgaben von 66,6 Milliarden Schilling enthalten, das ist gegenüber dem voraussichtlichen Erfolg 1982

um 8,5 Prozent mehr, gegenüber dem Bundesvoranschlag 1982 um 11,6 Prozent mehr, womit zahlenmäßig bewiesen ist: Es ist nominell und real mehr investiv eingesetzt als im Jahr 1982. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir das Konjunkturausgleichsbudget einsetzen sollten, dann wird sich dieser Betrag an investiven Ausgaben um weitere 6,2 Milliarden Schilling auf 72,8 Milliarden Schilling anheben. Und die beiden Schwesterparteien der Opposition — das habe ich ja schon in öffentlichen Erklärungen und hier im Haus deutlich gemacht — haben demgegenüber im Budget 1983 in der Bundesrepublik Deutschland das Baugeschehen nicht unbedeutend zurückzukommen. Das sind Fakten, an denen man ganz einfach nicht vorbeischaun kann.

Wir müssen diese investiven Ausgaben einsetzen trotz eines relativ hohen Budgetdefizits, um eine antizyklische Budgetpolitik, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu machen. Wir würden sehr gerne durch andere Gebietskörperschaften dabei unterstützt werden, aber leider sehen wir bei der einen oder anderen Gemeinde — die sicher auch wirtschaftliche Schwierigkeiten haben —, daß dort zyklisch gehandelt wird, daß dort die investiven Ausgaben zurückgenommen werden, und daß auf diese Weise die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung konterkariert wird.

Nun zur Arbeitslosenrate: Ich habe bei meiner Budgetrede dargestellt, warum ich dem Budget den sehr optimistischen Wert von 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit zugrunde gelegt habe. Ich möchte diese Gründe nicht noch einmal anführen. Jetzt geht international die Exporterwartung zurück. Der Welthandel wird nach den letzten Prognosen international um 1 Prozent real oder gar um 2 Prozent real zurückgehen. Das bleibt sicher nicht ohne Auswirkungen auf einen wichtigen Träger der österreichischen Konjunktur, nämlich auf die Exportwirtschaft. Wenn die Exportwirtschaft unter Umständen wegen dieser internationalen Entwicklung nicht die angenommenen Wachstumsraten nominell erreicht, sondern geringere, dann werden natürlich die Wachstumsraten der österreichischen Wirtschaft zurückzunehmen sein, und dann könnte sich eine pessimistische Entwicklung, eine pessimistische Schätzung der Arbeitslosenrate bewahrheiten.

Da fragen wir uns: Was haben wir zu tun? Wir haben einmal das Konjunkturausgleichsbudget so rasch wie möglich einzusetzen und zum anderen — das habe ich immer offen

14362

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Bundesminister Dr. Salcher

gesagt —, wenn sich die Entwicklung in die pessimistische Richtung bewegt, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu erhöhen, um auf der Einnahmenseite eine Verbesserung des Budgets zu erreichen, was sich sonst auf der Ausgabenseite allein als Negativum niederschlägt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Großartige Aussage! Keine Belastungen, hat es geheißt! Großartige Aussage, Herr Minister!)*

Ich habe deutlich gemacht, daß die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei Eintreffen negativer Entwicklungen anzuheben sind. Das habe ich ja immer gesagt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine Belastung!)* Selbstverständlich wächst das Geld nicht auf den Bäumen. Sie wissen das genausogut wie ich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, doch die brandneuen internationalen Vergleichsdaten über Arbeitslosenraten bringen, damit Sie nicht in eine Panik verfallen, damit Sie sehen, daß wir in Österreich vergleichsweise ausgezeichnete Werte haben. In der Bundesrepublik Deutschland — das sind die Novemberwerte — haben wir 8,4 Prozent Arbeitslosenrate, in Großbritannien 12,5 Prozent, in Kanada 12,7 Prozent, in den Niederlanden 13,5 Prozent, in Belgien 17 Prozent, in den Vereinigten Staaten von Amerika 10,8 Prozent.

Das sind alle hochentwickelte Industriestaaten, die aus der weltwirtschaftlichen Situation heraus mit ihren Arbeitslosenproblemen bei weitem schlechter fertig geworden sind als wir, wenngleich uns auch ein Arbeitsloser schon zuviel ist, wenngleich wir mit Zähnen und Klauen um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! In der Diskussion ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Abgaben 1982 nicht jenen Erfolg erreichen, wie präliminiert wurde. Jetzt möchte ich auf eine Besonderheit unseres Haushaltsrechtes eingehen. Wenn wir den Bundeshaushalt mit einer Unternehmerbilanz vergleichen, so müssen wir sagen: Der Bundeshaushalt ist nichts anderes als ein Kassabuch, in das die Einnahmen und Ausgaben eingetragen werden. In dieses Kassabuch werden die tatsächlichen Einnahmen auf der Abgabenseite eingetragen, und die tatsächlichen Einnahmen verringern sich um die Abgaben, die geschuldet werden. Das heißt, wenn Abgabenschulden steigen, verringern sich die tatsächlichen Abgabeneinnahmen. Bei einer Unternehmensbilanz würde das nichts ausmachen, denn dann würde man die nicht bezahlten

Abgaben als Forderung gegen Dritte ausweisen. Aber bei unserer Einnahmen- und Ausgabenrechnung in unserem Kassabuch schlägt sich das mit einer Einnahmenminderung zu Buche, obwohl die Forderung an sich besteht.

Am 30. November 1981 betrugen die gesamten fälligen Abgabenaußenstände 11 Milliarden Schilling, am 30. November 1982 13,5 Milliarden Schilling. Der Abgabenerfolg hat sich also allein wegen der Abgabenrückstände um 2,5 Milliarden Schilling verschlechtert. Würden wir eine normale Unternehmensbilanz machen, hätte sich das überhaupt nicht ausgewirkt, weil das, was nicht cash eingegangen ist, einfach als Forderung aufscheinen sollte.

Ich komme in diesem Zusammenhang zu einer Äußerung des Herrn Präsidenten Sallinger, der von einer Belastungspolitik der Bundesregierung spricht. Der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat ja bereits darauf hingewiesen, daß die Staatsquote, die Bundessteuerquote seit 1965 beinahe gleich hoch geblieben ist. Im Bereich der Sozialversicherung haben sich Steigerungen ergeben. Ich habe — offenbar wurde das nicht gehört hier im Haus — nachgewiesen, daß die Steuerquote des Bundes von 1981 auf 1982 zurückgegangen ist und daß sie auch 1983 geringer sein wird als 1981.

Ich möchte jetzt darstellen, welche steuerlichen Maßnahmen gesetzt wurden, denn das, was der Herr Abgeordnete Sallinger als Belastungspolitik der Bundesregierung bezeichnet, schlägt sich in den folgenden Fakten nieder. Ich möchte noch dazusagen, daß ich nur die wichtigsten steuerlichen Maßnahmen aufzähle und einige marginale Maßnahmen, die aber für manche Berufsgruppen von großer Bedeutung sind, auslasse.

Wir haben mit 1. Jänner 1982 eine Investitionsprämie von 6 Prozent eingeführt. Sie wurde auf 8 Prozent erhöht.

Wir haben das Beteiligungsfondsgesetz geschaffen mit massiven Steuerbegünstigungen für die Anschaffung von Genußscheinen sowie für die Aufbringung von Risikokapital.

Wir haben das Kapitalversicherungsförderungsgesetz mit einer besonderen Prämie für Lebensversicherungen eingeführt, um notwendige Beträge für die Stadterneuerung und für die Althausanierung zu bekommen.

Wir haben ab 1. Jänner 1982 die erste Etappe der Lohn- und Einkommensteuersenkung vollzogen, und ab 1. Jänner 1983 folgt die zweite Etappe. Beide Etappen zusammen

Bundesminister Dr. Salcher

ergeben Steuermindereinnahmen von 15 Milliarden Schilling in diesen beiden Jahren.

Wir haben die Spendenbegünstigung für Forschungszwecke im betrieblichen und privaten Bereich erweitert.

Wir haben das Bausparwesen beträchtlich verbessert.

Wir haben Erleichterungen bei der Gewerbesteuer geschaffen.

Wir haben den Alleinerhalterabsetzbetrag bei der Einkommen- und Lohnsteuer eingeführt.

Wir haben die Sonderausgaben für Versicherungen erhöht.

Wir haben für Mietfahrzeuge — im Fremdenverkehr von nicht unbeträchtlicher Bedeutung — den Mehrwertsteuersatz von 30 auf 18 Prozent reduziert.

Wir haben den § 20 a des Einkommensteuergesetzes aufgehoben, um die aliquotierte Berücksichtigung von Absetzbeträgen zu beseitigen.

Wir haben den gemeinnützigen Vereinen entgegen den Äußerungen hier im Hause beträchtliche Steuervergünstigungen gegeben.

All das ist geschehen. All das ist nachweisbar. Man muß sich aber trotzdem von Ihnen, Herr Präsident Sallinger, vorhalten lassen, daß das eine Belastungspolitik der Bundesregierung wäre. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Ich muß in dem Zusammenhang noch etwas sagen. Wenn man über wirtschaftspolitische Fragen diskutiert, sollte man beide Seiten sehen: die Sorgen und die positiven Erscheinungen. Man sollte sich vor Äußerungen hüten, die der Gesamtwirtschaft Österreichs und der Kreditfähigkeit Österreichs schaden. Zu diesen Äußerungen zähle ich etwa die Darlegung des Abgeordneten Bauer, der gemeint hat, der Finanzminister habe um Stundung ansuchen müssen. Wissen Sie, Herr Abgeordneter Bauer, welche Ungeheuerlichkeit Sie damit aussprechen? Sie sagen indirekt, die Republik Österreich könnte ihre Verpflichtungen nicht pünktlich und in voller Höhe erfüllen. Ich möchte hier feststellen: Es war nie der Fall, daß der Bundesminister für Finanzen um Stundung ansuchen mußte. Österreich hat ein Triple A-Rating bekom-

men, und das bekommt man nur, wenn man ein pünktlicher Zahler ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte hier doch die Bitte an Sie richten, die Worte, die man ausspricht, abzuwägen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Ansehen der österreichischen Wirtschaft und des österreichischen Finanzwesens. (*Abg. Dkfm. Bauer: Das ist aber grotesk! — Abg. Bergmann: Kuschplakate!*) Kritik soll man üben, aber man soll nicht Unrichtiges behaupten wie etwa, daß der Finanzminister um Stundung hätte ansuchen müssen (*Beifall bei der SPÖ — Abg. Dkfm. Bauer: Haben Sie um Stundung angesucht, ja oder nein?*)

Ich weiß nicht, ob Sie das Parlament wechseln mit einer Inquisition. (*Abg. Dkfm. Bauer: Was heißt hier Inquisition? Sie haben Fragen des Parlaments zu beantworten!*) Ich habe alles ausgedrückt, was auszudrücken war, und ich wollte zu den bisherigen Diskussionsbeiträgen noch etwas hinzufügen.

Man müßte auch bei einer Budgetdebatte allen Österreicherinnen und Österreichern dafür danken, was sie geleistet haben, mit welch großem Können und Einsatz sie am Werke waren. Denn nur so war es möglich, im vorgegebenen Rahmen der Wirtschaftspolitik die ausgezeichneten österreichischen Wirtschaftsdaten zu erreichen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Langanhaltender Beifall bei der SPÖ.*) 13.02

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

13.02

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zunächst zu den Äußerungen des Herrn Bundesministers für Finanzen Stellung nehmen.

Ich habe nicht die Absicht, jetzt eine große Abrechnung zu machen, sondern ich möchte nur einige Worte zu den Punkten sagen, die mir aufgefallen sind.

Das erste ist immer die grundsätzliche Feststellung vom unkritischen Pessimismus und vom kritischen Optimismus. Was wir heute brauchen, meine Damen und Herren, das ist ein vernünftiger Realismus in der Wirtschaft, sonst kommen wir über diese schwierige Situation nicht hinweg. Gehen wir nicht auf diese vernünftige realistische Linie, dann

14364

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Taus

wird uns noch viel Kummer und Unbill erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was wir von der Österreichischen Volkspartei wollen, ist überhaupt nichts anderes, als daß man realistisch und vernünftig im Rahmen unserer Möglichkeiten Finanzpolitik betreibt. Nun aber zu den Äußerungen des Herrn Finanzministers, die ich nicht unwidersprochen lassen will.

Herr Minister! Sie haben hier gesagt: Na ja, meine Einnahmenschätzungen sind deshalb nicht so gut, weil es hohe Abgabenrückstände gibt. In diesem Zusammenhang haben Sie das System der Kameralistik herangezogen und haben gesagt: Ich habe ja nur eine Einnahmen-Ausgabenrechnung. Wenn ich ein Unternehmer wäre, dann hätte ich per 30. November 1982 eine Forderung von 13,5 Milliarden Schilling zu Buch stehen.

Herr Minister, ich darf Ihnen sagen: Wenn Sie ein Unternehmer wären, hätten Sie sicher nicht mehr 13,5 Milliarden Schilling Forderungen, denn Sie hätten einen wesentlichen Teil wertberichtigen müssen, und zwar deswegen, weil bekanntlich ein vorsichtiger Kaufmann seine Forderungen realistisch einschätzen muß, sondern Sie hätten wahrscheinlich nur mehr 9, 8, 7, oder 6 — ich weiß es nicht, wieviel — Milliarden Schilling Forderungen stehen, und Ihr Einnahmen-Loch wäre wahrscheinlich noch größer. Daher bitte ich, bei solchen Vergleichen ein bißchen vorsichtig zu sein, weil sie irreführend sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich nehme an, daß das nicht mit Absicht geschehen ist, und ich wünsche im Interesse des „Staatssäckels“, daß alle 13,5 Milliarden einbringlich sind.

Denn: Wenn man diese 13,5 Milliarden noch im ganzen Umfang einbringen könnte, dann würde wahrscheinlich diese beängstigende Insolvenzwelle zumindest abflauen.

Aber mit der hohen Insolvenzwelle werden Ihre Steuerrückstände automatisch immer größer, und einen großen Teil davon werden Sie nicht mehr kriegen. Ob Sie nun kameralistisch oder doppisch argumentieren, das ist Wurscht. Eine Forderung ist eine Forderung, und wenn ich sie nicht mehr hereinkriege, dann muß ich sie abschreiben, muß sie wertberichtigen. Nun aber weiter zu ein paar Punkten, auf die ich eingehen möchte.

Sie können sich sicher erinnern, daß wir von der ÖVP am Tag Ihrer Budgetrede eher

ungewöhnlich eine dringliche Anfrage gestellt und Ihre Budgetansätze 1983 angezweifelt haben. Wir haben am ersten Tag der Budgetberatungen Ihr Budget ein Scheinbudget genannt und haben gesagt, dieses Budget sei falsch.

Jetzt attestiere ich Ihnen wieder: daß Sie es sicher gut gemeint haben und daß vor einer Wahl ein Finanzminister versucht ist, ein für die Augen der Öffentlichkeit halbwegs vernünftiges Budget hinzubiegen. Er kann glauben, das seiner Partei schuldig zu sein, und das haben auch Sie, Herr Finanzminister, getan. Ich kritisiere Sie deshalb nicht, weil das möglicherweise zu den Sitten oder Unsitten des demokratischen Prozesses gehört.

Aber wenn jetzt schon während der Budgetdebatte — dieses Budget ist ja noch nicht einmal beschlossen — beinahe ein jeder, auch in Ihren Reihen und Sie selber, sagt: Es ist wirklich nicht alles richtig, dann muß ich sagen: Das ist ein ordentlicher Einbruch. So etwas nennt man einen Einbruch der Argumentation, und das muß man als Oppositionspartei schon festhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das hat mit Optimismus nichts zu tun und auch mit Pessimismus nichts zu tun, sondern das sind bloße Fakten.

Sie haben noch vor kurzer Zeit in einem Interview mit dem Kurier vom 24. Oktober 1982 unter der Überschrift „Gespräch mit Finanzminister Salcher“ gesagt: „Man kann sicher annehmen, daß dieses Budget stimmt.“ Wir haben gesagt: Man kann sicher annehmen, daß das Budget nicht stimmt. Und jetzt stimmen Sie uns bei: Es stimme nicht. Denn alle Ihre eben gemachten Ausführungen liefen darauf hinaus, daß das Budget nicht stimmt.

Ich möchte jetzt im einzelnen nicht darauf eingehen, worum es hier geht. Im jüngsten Budgetbericht des Institutes für Wirtschaftsforschung ist ja auch sehr vorsichtig gesagt worden, daß im Personalbereich, im Sozialbereich, beinahe überall die Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht stimmen werden.

Ein Vorstandsmitglied der Tabakregie hat festgestellt, daß die Einnahmen aus der Tabaksteuer nicht stimmen werden. Ich könnte jetzt etliche weitere Äußerungen aufzählen, aber ich mag es nicht. Wir haben ja alle nichts davon. Letztlich zahlen alle Österreicher, letztlich zahlen wir alle das, was hier richtig oder falsch ist. Lassen Sie mich daher

Dr. Taus

eines grundsätzlich zur Budgetpolitik feststellen.

Natürlich muß man sich auf Prognosen berufen, und natürlich muß man einen Anhaltspunkt haben, wie man budgetiert.

Aber, Herr Bundesminister: Im Herbst, als das Budget hier eingebracht wurde, war es jedem, der mit dem Prognosegeschäft einigermaßen vertraut ist, klar, daß die Prognosen der Mitte des Jahres nach unten revidiert werden. Daher ging es nicht darum, daß man auf Grund der veröffentlichten Prognosen das Budget erstellt, sondern es ging darum, daß man sich an dem, was ohnehin schon ein jeder gewußt hat, nämlich daß wir wahrscheinlich im nächsten Jahr kaum ein Wachstum haben werden, bei der Budgeterstellung orientiert hätte.

Ich hätte es als viel vernünftiger, viel realistischer gefunden — und ich weiß, was ich jetzt sage —, wenn Sie in das Budget von vornherein hineingeschrieben hätten: Bitte schön, so beurteile ich, Salcher, und damit die Bundesregierung die Wirtschaftslage, und deswegen haben wir 85 Milliarden Budgetdefizit. Das wäre viel realistischer gewesen, viel vernünftiger gewesen, viel klarer gewesen als jetzt dieser Eiertanz, daß man sagt: Um Gottes Willen, die Konjunktur wird schlecht!, als ob wir das vorher nicht auch schon gewußt hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun auch einige Bemerkungen zu den Positiva: Ich leugne nicht, Herr Minister, daß Sie sich sehr bemühen und daß das Erbe, das Sie übernommen haben, nicht übertrieben lustig gewesen ist.

Wir haben vor vielen Jahren, zu einer Zeit, als uns das kein Mensch geglaubt hat, hier kritisiert, daß wir auch in Zeiten hohen Wirtschaftswachstums Budgetdefizite gehabt haben, die noch einen beträchtlichen Umfang hatten. So etwas bringt man natürlich in der Krise nicht mehr weg. Sie sind jetzt Finanzminister und müssen diese hohen Defizite nun politisch ausbaden. Okay, das ist Ihr Pech. Aber das gehört zur Politik dazu.

Natürlich haben wir in den ersten guten Jahren, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bis weit in die Mitte der siebziger Jahre lustig drauflosgelebt. Selbstverständlich zahlen wir das jetzt. Das ist immer so auf der Welt. Irgendwann kommt immer der Zeitpunkt, wo man zahlen muß. Und wir Österreicher sind jetzt an der Reihe, zu zahlen. Alle! Niemand wird aus der Reihe der Zahlenden

austreten, auch nicht die Masse der Bevölkerung. Wir von der ÖVP haben uns immer zur Vollbeschäftigungspolitik bekannt und werden es auch immer tun. Aber auch die Vollbeschäftigungspolitik hat ihren Preis. Und der Preis beginnt eben jetzt immer mehr und mehr gefordert zu werden. Nicht daß wir dagegen sind! Und ich sage hier ganz deutlich — ich weiß nicht, ob alle meiner Meinung sind, aber es ist meine höchstpersönliche Auffassung —: Ich bin für eine expansionistische Wirtschaftspolitik. Ich war das immer schon. Ich war das schon zu Zeiten, als es noch verpönt war, derlei Dinge zu sagen, was ja überall nachgelesen werden kann.

Daher schreckt mich die eine oder andere Budgetzahl, die hier genannt wird nicht, und auch Defizite schrecken mich nicht so sehr. Ich sage das auch sehr bewußt.

Aber was mich erschreckt, ist ein ganz anderes Problem. Was mich erschreckt, das ist, daß wir aus dem konventionellen Trott der Budgetpolitik nicht mehr herauskommen. Das heißt also, daß wir nichts anderes tun, als die Administration auszuweiten, daß wir nichts anderes tun, als konventionell — wenn wir schon etwas machen — in den geschützten Sektor hineinzuinvestieren, und daß uns auf der anderen Seite der Produktionsapparat immer mehr in Schwierigkeiten kommt. Wenn wir Glück haben, sind es nur die durchschnittlichen internationalen Schwierigkeiten, aber bei uns beginnen doch nicht nur solche Firmen wegzubrechen, meine Damen und Herren, die keine erstklassige Adressen gewesen sind, sondern es beginnen auch Firmen wegzubrechen, von denen vor zwei, drei Jahren auch in diesen Unternehmungen selbst kein Mensch daran gedacht hat, daß sie in Schwierigkeiten kommen, also erste Adressen.

Das ist kein Zufall. Das sind keine Esel, die dort sitzen, sondern das sind Leute, die einfach mit ein Opfer einer Wirtschaftspolitik gewesen sind, die leichtfertig in konventioneller Richtung agiert hat und nicht zur Kenntnis nehmen will, daß sich die Situation völlig geändert hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt lassen Sie mich ein paar Dinge sagen, von denen ich glaube, daß man etwas versuchen kann, denn ich habe ja nichts davon, wenn es überall schlecht geht. Wir leiden alle darunter, ob wir jetzt in der Opposition oder in der Regierung sitzen. Wir vertreten alle die österreichische Bevölkerung, und immerhin ist unsere Partei von 2 Millionen Menschen gewählt worden. Wir haben ja kein Interesse,

14366

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Taus

daß in diesem Land irgend etwas passiert. Daher halten wir uns auch manchmal dort mit Kritik zurück, wo man es bisweilen schwer hat, sich mit der Kritik zurückzuhalten.

Nun aber: Der erste Punkt. Ich sage noch einmal, ich bin nie jemand gewesen, der in einer Rezessionsphase gemeint hat, daß ich die Dinge nur mit einer restriktiven Politik in den Griff kriege. Ich halte es für nicht sinnvoll, in einer Krise Staatsausgaben einzuschränken, zu restringieren. Und wir sind in einer Krise. Es ist dumm, irgend etwas anderes zu sagen. Wir sind in einer Krise. Warum soll man das den Menschen nicht sagen? Wir sind drin, leider Gottes, niemand will es. Es will ja niemand, daß wir drinnen sind. Wir sind aber drinnen.

Es ist nicht sinnvoll. Nur, meine Damen und Herren, der erste Punkt ist — ich habe es bereits erwähnt —: Wir haben die Staatsausgaben expandiert zu einer Zeit, als es überhaupt nicht notwendig gewesen ist, sondern wo wir uns höhere Inflationsraten damit eingehandelt haben.

Aber jetzt kommt die nächste Frage. Da kommt das Gegenargument: Ja warum redet denn dann die Österreichische Volkspartei immer von Verschwendung? — Auch in einer expansiven Phase kann man verschwenden, sogar in einer restriktiven budgetpolitischen Phase kann man verschwenden.

Ich kann Ihnen sagen, wie man verschwendet. Indem man nämlich diese öffentlichen Ausgaben in Bereiche hineinsteckt, in denen unwirtschaftlich agiert wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte jetzt überhaupt keine Polemik hinsichtlich des AKH beginnen, Sie können ja die Herren von der VOEST, die heute dort sitzen, fragen, wie sie die Dinge beurteilen.

Ein AKH, in das Milliarden öffentlicher Ausgaben der Republik und der Gemeinde Wien und des Landes Wien hineinfließen, das ist eine Verschwendung, weil in diesem AKH so ziemlich alles, was bisher dort geschehen ist und was an die Öffentlichkeit ging, unwirtschaftlich gewesen ist und hohe Folgekosten hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das hat nichts mit Staatsausgaben und expansivem und restriktivem Kurs zu tun. Das hat einfach damit zu tun, daß man öffentliche Mittel wie überhaupt alle Mittel sorgfältig zu verwenden hat, ob Krise oder Hochkonjunktur.

Genau das gleiche könnte man mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für das Konferenzzentrum sagen.

Ich will das nur anschneiden, weil diese beiden Dinge in der öffentlichen Diskussion gewesen sind. Da erwirtschaftet man sich vielleicht kurzfristige minimale Beschäftigungseffekte, die ich gar nicht leugne, aber man wirtschaftet sich jahrzehntelange hohe Folgekosten ein, die alle Österreicher verdienen müssen, und dagegen sind wir. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nicht gegen hohe Staatsausgaben in der Krise.

Ich wäre totfroh, Herr Minister, wenn man ohne Zittern heute sagen könnte, wir Österreicher sind jetzt in der Lage, budgetpolitisch 10 oder 15 Milliarden Schilling draufzulegen für diese miesen ein, zwei, drei Jahre; ich weiß nicht, wie lange das dauern wird. Es wäre mir das allerliebste, wenn wir das sagen könnten, und ich täte mich sehr, sehr schwer mit jeder Art von Kritik, wenn diese Möglichkeit gegeben wäre. Aber die haben wir uns ja verbaut.

Sie selber haben vor noch gar nicht allzulanger Zeit, im Jänner dieses Jahres, in einem Interview gesagt — ich glaube sogar, in der „Sozialistischen Korrespondenz“; 19. Jänner 1982 —: Würde man jene Maßnahmen, die Österreich Mitte der siebziger Jahre geholfen haben, die Krise zu überwinden, wiederholen, würde das Budgetdefizit um 60 Milliarden ansteigen. Das sei natürlich unmöglich. Deshalb er — Salcher — auf die jetzt notwendige beträchtliche schöpferische Phantasie in der Wirtschafts- und Steuerpolitik hingewiesen habe.

Das heißt, im Jänner haben Sie noch gesagt, 60 Milliarden sind unmöglich, und jetzt sind wir sicherlich schon über 80 Milliarden Schilling Defizit.

Also das Wort „unmöglich“ ist ja ein Wort, das man selten verwenden soll, weil vieles eben möglich ist. Meine Damen und Herren! Natürlich kann man ein hohes Defizit machen, aber jeder muß wissen, daß die Retourkutsche kommt, wenn man vor allem dieses Defizit nicht richtig eingesetzt hat. Wehe ich gehe nicht in die richtige Richtung und versuche, unbeschadet der Nachfrageerhaltung und der Nachfragesteuerung zumindest im investiven Bereich eine gewisse Produktivität auch mit öffentlichen Ausgaben zu erreichen! Dann schlägt mich das voll nieder, auch wenn die Wirtschaft wieder hinausgeht.

Dr. Taus

Und auch wenn wir 5 oder 6 Prozent real wachsen würden, würden wir wahrscheinlich in Österreich bei einem hohen Budgetdefizit bleiben.

Nun der nächste Punkt, der angeschnitten wurde: Fremdenverkehr. Ich möchte dazu auch etwas sagen, weil so oft darüber geredet wird; ich habe das noch nie gemacht.

Gerade Sie, Herr Minister, stammen aus einem Fremdenverkehrsland und Sie wissen genau, was in den westlichen Bundesländern in den Alpengebieten passieren würde, wenn der Fremdenverkehr ausläßt. Das ist ja einfach der Ersatz für die Landwirtschaft gewesen, damit die Menschen dort auch ein halbwegs gutes Leben führen können.

Jetzt kommen wir auch zur Zinspolitik, von der Sie gesprochen haben.

Mir persönlich und jedem ist klar, daß wir die Zuwachsraten im Fremdenverkehr im bisherigen Ausmaß nicht halten können. Das hat nichts mit Untüchtigkeit zu tun, denn wenn es rundherum auch eine Krise gibt — und die gibt es ja —, dann kommen weniger Leute her, und sie geben weniger aus. Das ist ja natürlich.

Aber jetzt kommt die Problematik, und ich möchte Ihnen eine ganz kleine Rechnung aufmachen, eine, wie ich glaube, realistische Rechnung mit wenigen Zahlen.

Nehmen Sie einen kleineren Fremdenverkehrsbetrieb, von mir aus mit 40 Betten an. Der ganze Wert des Unternehmens ist ungefähr 10 Millionen Schilling. Bei diesen 10 Millionen Schilling Wert — das ist in den zwei Saisonbereichen so — kann man je nach Lage, Tüchtigkeit und auch manchen Glücksfaktoren vielleicht zwischen 5 und 8 Prozent auf das eingesetzte Kapital im Fremdenverkehr verdienen.

Auf einem solchen Objekt im Wert von 10 Millionen Schilling, das dort steht, liegen vielleicht 7 oder 8 Millionen Schilling Kredite. Die Leute sind ja alle schlecht finanziert. In Wahrheit war ihr Kapital nur ihrer Hände Arbeit und ein Stückel Grund, das sie gehabt haben. Was anderes haben sie ja nicht. Die arbeiten 16 Stunden in der Saison. Man muß wissen, was sich in den Saisonbetrieben im Fremdenverkehr abspielt. Und jetzt gehen wir einmal her und fragen: Was kann so einer verdienen, wieviel Umsatz kann er mit seinen 40 Betten bei sechs Monaten haben?

Wenn er tüchtig ist, kann er auf 4 Millionen Schilling kommen. So über den Daumen gepeilt.

Wenn er noch darüber hinaus sehr tüchtig ist, kann er, das Jahr über gesehen, auf einen Cash flow von vielleicht 20 Prozent kommen, wobei das in der Hotellerie in der Regel vor Abschreibungen und Kapitaldienst gerechnet wird. Also es bleiben ihm 800 000 S. Wenn der jetzt 8 Millionen Schilling Kredit hat, der bei uns viel zu kurzfristig zur Verfügung steht: 12, 13, 14 Jahre — das ist viel zu kurz für die Hotellerie; eine Hotelleriefinanzierung kann kaum unter 20 bis 25 Jahre gehen —, und wenn er heute 10 Prozent Zinsen zu zahlen hat, trotz aller Stützungen, sonst müßte er 13 oder 14 Prozent zahlen, wenn er die nicht hätte, dann kann der — von Abschreibungen rede ich gar nicht — den Kapitaldienst nicht mehr verdienen.

Meine Damen und Herren! Was ich damit sagen will, ist ja etwas anderes. Wenn hier keine Abhilfe geschaffen wird, werden in der nächsten Zeit in Österreich sehr billig Hotels zu kaufen sein. Von vielen Leuten rundherum. Die Leute, die sich zehn und fünfzehn Jahre oder weiß Gott wie lang dort geplagt haben, wirklich wie die Lastesel, die werden das um einen Pappenstiel aus der Hand geben müssen.

Herr Minister! Jetzt sage ich etwas — ich mache keinen Vorschlag, obwohl man das tun könnte —: Es wäre notwendig, sich in dieser wichtigen Frage einmal zusammenzusetzen und zu überlegen, was man tun kann, damit das nicht passiert. Da geht es ja um Hunderttausende Leute! Ob das jetzt ein Unternehmer oder ein Unselbständiger ist, das ist ja völlig Wurscht. Um Hunderttausende Menschen geht es. Da sind viele dran, und die sind echt dran.

Glauben Sie mir, ich weiß eine ganze Menge aus der Praxis, wie sich das im einzelnen abspielt und wie die Menschen kommen und bitten, was man dort und da für sie machen könnte, und man kann eigentlich nichts oder nur sehr wenig tun.

Es wäre ganz zweckmäßig, das zu machen. Jetzt könnte einer sagen: Warum? Mein Gott na, so ein geringer Kapitalumschlag im Fremdenverkehr ist ja uninteressant! Nein! Dort ist die höchste Nettodevisenproduktivität, die es in unserem Land gibt, weil die Leistungen, die verkauft werden, ja nicht importiert werden müssen. Nehmen wir an — das ist gar keine Kritik —, ein Eisen-Stahlunternehmen muß

14368

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Taus

zum Teil Eisenerz importieren, Kohle importieren, also hat es nur eine geringere Nettodevisenproduktivität, auch wenn das Produkt wieder exportiert worden wäre. Beim Fremdenverkehrsbetrieb ist alles aus dem Land. Alles, was er devisenproduktivitätsmäßig einnimmt, kommt aus dem Land.

Daher sind wir auf den Fremdenverkehr so sehr angewiesen, auch aus handelsbilanzlichen Gründen und aus Zahlungsbilanzlichen Gründen.

Nun aber die nächste Frage. Sie haben gesagt, die Leute sprechen so unkritisch immer nur über alles, was schlecht ist, und was gut ist, darüber wird nicht geredet.

Natürlich hat sich unsere Leistungsbilanz verbessert, das leugnet ja niemand. Wir sind alle sehr froh darüber, daß es so ist. Denn in die Reihe jener Länder eingereiht zu werden, die jedes Jahr 20, 30, 40, 50, 60, 70 Milliarden Leistungsbilanzdefizit haben, ist ja unangenehm.

Und zu Ihrem schönen Triple A, obwohl Sie auf den amerikanischen Markt sowieso wenig gehen: Ich möchte das Triple A gerne einmal sehen, wenn wir etliche Anleihen in den USA machen (*Bundesminister Dr. Salcher: Das ist ja in Amerika!*), wiewohl ich keinen Satz mehr dazu sagen möchte. Daher ist es notwendig, daß unsere Zahlungsbilanz ausgeglichen ist.

Aber dazu darf ich wieder etwas feststellen: Unsere Partei hat das Leistungsbilanzdefizit immer hart kritisiert. Aber allein die Tatsache, daß wir darauf so aufmerksam gemacht haben, war ja schon mit einer Ursache, daß wir jetzt wahrscheinlich schon ein bißchen besser dastehen, meine Herren. Dazu gibt es ja ein Parlament, daß man so etwas öffentlich macht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein vorletztes Wort vielleicht zur Zinspolitik. Ich sage das auch offen, manche meiner Freunde werden damit vielleicht gar nicht einverstanden sein. Wir sind in einer Krise, und die prime rate — in Österreich gibt es so etwas nicht, aber, sagen wir, die besten Zinssätze, die realistisch von den Unternehmern verdient werden können —, diese Zinsen liegen bei 7 oder 8 Prozent, nicht höher. Mehr ist nicht drinnen. Natürlich muß sich die Habenseite dann auch anpassen. Und jetzt sind wir beim Problem:

Wenn ich in der Industrie auf das eingesetzte Kapital vielleicht 7, 8, 9, 10 Prozent ver-

diene, im Fremdenverkehr 5, 6 Prozent, und ich ein Zinsniveau habe, das über 10 Prozent p. a. liegt, dann ist doch kein Mensch verrückt und tut irgend etwas. Das ist doch das Problem, vor dem wir stehen. Die Zinsen müssen herunter, und unser Problem ist, daß sie zu langsam heruntergehen. Wie groß soll denn die Krise noch werden, was soll denn noch passieren?

Sie sehen, daß auch wir in Österreich trotz aller Bemühungen, die ich Ihnen durchaus attestiere, die Beschäftigungsraten nicht mehr halten können. Das ist doch ein Alarmzeichen.

Wir haben sicherlich viel getan, und zwar mit Billigung aller. Ich will hier niemanden ausschließen, jedenfalls für meine Partei kann ich es sagen: auch mit Billigung unserer Partei. Da war Kritik bei uns nie da, wenn es um Vollbeschäftigungsmaßnahmen ging. Selbst wenn wir manchmal aus ordnungspolitischen Gründen eine Maßnahme anders gemacht hätten, haben wir leiser kritisiert, weil wir gesagt haben: Bitte, da geht es darum, daß die Leute Arbeit haben.

Ich halte die Arbeitslosigkeit genauso wie die Inflation für eine echte soziale Krankheit, und man muß helfen, sie zu vermeiden. Wir sind bereit, überall wegzuschauen, auch wenn es manchmal gegen unsere Prinzipien wäre, wenn es darum geht, daß man irgendwo Arbeitsplätze sichert. Wir haben Ihnen das bei der Verstaatlichten gezeigt und in vielen anderen Fragen auch, obwohl es für viele Kollegen nicht leicht war, dort mitzugehen. Aber sie haben es getan, denn wir wollen die Leute nicht auf die Straße hinausstellen. Das ist ja unmöglich. Was ist denn das für eine Situation, wenn wir 10 Prozent Arbeitslose haben!

Aber selbst wir, die wir uns so bemühen und so viel dafür opfern — auch für die Zukunft opfern wir viel —, selbst wir halten nicht mehr. Wie schnell oder wie langsam sollen die Zinsen sinken, was soll denn noch alles passieren? Das ist doch die Frage, um die es hier geht.

Ich will Ihnen auch hier keinen Vorwurf machen, das ist ein internationales Problem, das gebe ich durchaus zu. Nur soll man einmal bewußt machen, daß dieses viertel und achtel und ein halbes Prozenterl, das zurückrutscht, der Situation doch nicht mehr angemessen ist. Da muß es doch jetzt massive Signale geben, da muß der Rutsch auf einmal zwei Prozent sein, damit die Leute einmal begreifen, wie das aussieht.

Dr. Taus

Ich sage das, obwohl ich weiß, da wird es viele geben, die mir nun technische Dinge entgegenhalten.

Nun kommt die letzte Frage, auch im Bereich Wirtschaft: Mittlere, Kleine, Große. Jede Wirtschaft braucht Große, jede Wirtschaft braucht Mittlere, jede Wirtschaft braucht Kleine. Daher sind wir für die Großen, für die Mittleren und für die Kleinen, weil es anders nicht funktioniert.

Was wir aber sehr gerne hätten, ist, daß man akzeptiert, daß diese Kleinen in einem schweren Existenzkampf sind, daß ihnen niemand hilft und daß man daher zumindest mit generellen Maßnahmen versucht, sie einigermaßen am Leben zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich sage mein altes Anliegen: Gar nichts anderes, gar keine riesigen Geschenke oder ähnliches mehr, sondern einfach nur, die kleineren Unternehmungen sollen nicht schlechter behandelt werden als die großen Unternehmungen. Etwas anderes wollen wir überhaupt nicht haben.

Und damit zur Verstaatlichten. Wir wollen, daß versucht wird, diese Krise, die es dort gibt und die sicher noch eine Zeit, noch lang dauern wird, mit joint ventures, mit gemeinsamen Beteiligungen in Töchterbereichen, zu lösen. Das ist vielleicht ein vernünftiger Weg, eine Verflechtung Private und Verstaatlichte. Wir haben es schon begonnen, es hat sich gar nicht so schlecht ausgemacht in den vergangenen Jahrzehnten. Wir wollen also, daß man diese Politik fortsetzt. Darüber ist jeder bei uns immer wieder Gesprächsbereit.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Daß wir diesem Budget nicht zustimmen, hat sich ja mittlerweile herangesprochen.

Aber die Frage geht ja um etwas anderes. Warum kritisieren wir? Wir wollen nicht kritisieren aus bloßer Lust am Kritisieren oder weil wir in Opposition sind, sondern was uns fehlt trotz aller Bemühungen, ist die Linie, ist der Versuch, jetzt das zu tun, was man tun muß, um den Produktionsapparat am Leben zu erhalten, den Produktionsapparat nicht zu ruinieren.

Was wir sehen, wo unsere Problematik liegt und warum wir uns hier so kritisch verhalten, ist einfach unsere Überzeugung, daß man mit den gleichen Mitteln, wenn man sie anders einsetzt, mehr und Vernünftigeres tun könnte als einfach mit dem gleichen Trott der Bud-

getpolitik, wie wir ihn in den vergangenen Jahren gehabt haben.

Was wir wollen, ist, daß der fundamental geänderten Situation auch eine fundamental geänderte Ausgabenpolitik, soweit es die gesetzliche Situation zuläßt, folgt. Dann sind wir für expansionistische Politik und sind natürlich auch bereit, ein Defizit in Kauf zu nehmen. Aber nur dann, wenn wir wissen, daß es uns die Chance gibt, in Zukunft wieder einen neuen Aufschwung damit vorzubereiten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.26

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Erich Schmidt. Ich erteile ihm das Wort.

13.27

Abgeordneter Dr. Schmidt (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sosehr wir in einigen konkreten Verhandlungen über wirtschaftspolitische Fragen in den letzten Monaten und, fast kann man jetzt schon sagen, Jahren doch immer wieder zusammengesessen sind, Kollege Taus, sosehr muß ich auch heute wie das letztmal in meiner Rede bemängeln, wie wenig konkret die paar Dinge, die Sie genannt haben, die man versuchen sollte, in Wirklichkeit sind, um die Probleme, die sicherlich bestehen, die sicherlich zu lösen sind, die gelöst werden müssen, wenn man an die Spitze der Erfolge der Wirtschaftspolitik die Aufrechterhaltung der Beschäftigung stellt, um diese Probleme nur ansatzweise lösen zu können.

Ich möchte eingangs meiner Äußerungen ganz kurz ein, zwei grundsätzliche Dinge sagen, da das Kapitel Finanzen heute verhandelt wird und die Budgetdebatte mit dem heutigen Tag abgeschlossen werden soll.

Meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten einer internationalen Krise ist es notwendig, durch zusätzliche Kreditaufnahmen in den Finanzierungskreislauf der Wirtschaft Mittel zu führen, um damit zu bewirken, daß ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert wird. Kapazitäten müssen ausgelastet werden, um die Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Wachstumskräfte, für neue Beschäftigungs- und Investitionsmöglichkeiten zu schaffen.

Dieses Bundesbudget, das heute abschließend zur Debatte steht, trägt wesentlich dazu bei, weiterhin mitzuhelfen, Auswirkungen der internationalen Krise abzuwehren, Beschäftigung aufrechtzuerhalten und Wachstumsein-

Dr. Schmidt

brüche möglichst zu vermeiden. Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist das Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung, und dazu dienen die beiden Beschäftigungsprogramme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Milliardenprogramme für die verschiedensten Bereiche: für den Bausektor und für den Sektor der Stahlindustrie, für die Einsparung von Energie und für verstärkten Umweltschutz, für Klein- und Mittelbetriebe und für zusätzliche Betriebsansiedlung, für die Investitionsförderung wie auch für die Insolvenzhilfe.

Damit ist es gelungen, die Arbeitslosenrate wesentlich unter dem internationalen Schnitt zu halten; sie beträgt zirka ein Drittel des Satzes in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Dadurch ist es ja auch gelungen, die Auswirkungen der internationalen Krise wesentlich fernzuhalten.

Die internationale Krise dauert an. Deshalb werden über die Beschäftigungsprogramme hinaus, wie der Herr Bundesminister für Finanzen angekündigt hat, weitere budget- und wirtschaftspolitische Maßnahmen in unmittelbar nächster Zeit gesetzt werden. Das Konjunkturausgleichsbudget wird sehr rasch in Gang gebracht, zusätzliche Mittel, um die Maßnahmen im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds wirklich in Gang zu bringen, werden zur Verfügung gestellt werden, die Top-Aktion Investitionskredite besonders günstiger Art für Industrieinvestitionen wird ausgeweitet, und es werden zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich des Bundesheeres durch eine Verbesserung der Möglichkeiten für zeitverpflichtete Soldaten zur Verfügung gestellt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was dagegen haben wir an Maßnahmen bis jetzt zur Kenntnis bekommen seitens der großen Oppositionspartei? Obwohl ich weiß, Kollege Taus, daß Sie eigentlich viel konkretere Maßnahmen vorschlagen könnten (*Abg. Dr. Taus: So ist es! Haben wir schon getan!*), haben auch Sie sich heute in sehr allgemeinen Maßnahmen und in sehr allgemeinen Vorschlägen bewegt, wenn es überhaupt Vorschläge waren. (*Abg. Dr. Taus: 20 Minuten haben wir vereinbart! Das ist ein Vorwurf, Herr Kollege, das sollten Sie nicht tun! Sonst muß ich noch einmal hinausgehen!*) Sie wissen, Kollege Taus, was man in fünf Minuten nicht sagen kann, kann man wahrscheinlich auch in zwanzig Minuten nicht sagen. Ich bin

überzeugt davon, daß Sie imstande wären, in fünf Minuten das auch zu formulieren. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Taus: Jetzt reden Sie, bitte!*)

Kollege Taus, unsere Maßnahmen brauche ich der Öffentlichkeit ja hier nicht vorzustellen, die sind ja bekannt. Da gibt es das 1. Beschäftigungsprogramm, das 2. Beschäftigungsprogramm, es sind Hunderte Seiten mit detaillierten Angaben (*Abg. Dr. Jörg Haider: Aber funktionieren tun sie nicht!*) — auch Ihnen ist es bekannt, Kollege Zittmayr — über die Biospritkapitel und dergleichen mehr. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wir können ja unsere Programme nicht durchführen! Ihr seid ja an der Regierung!*)

Kollege Zittmayr! Wenn es darum geht zu sagen, einige Dinge werden vorgeschlagen, und wenn es darum geht, daß eine ernst zu nehmende wirtschaftspolitische Alternative dargestellt wird, dann kann man sich nicht nur in allgemeinen Formulierungen ergehen, sondern dann hat man sie, meine ich, auch zu konkretisieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wenig Sie imstande waren, es zu konkretisieren, zeigt ja der Operationskalender der ÖVP, der sogenannte Operationskalender der ÖVP — nicht deshalb, weil ich das „sogenannte“ hinzufüge, sondern weil Sie ihn ja wieder zurückgezogen haben nach der Klubklausur in Villach. Wie wenig Sie imstande sind, konkret Wirtschaftspolitik zu formulieren, eine andere Art, Ihre Art von Wirtschaftspolitik zu formulieren, hat sich ja gezeigt nach dieser Klubklausur in Villach.

Ich muß Ihnen leider sagen, alle die allgemeinen Vorschläge, die hier formuliert worden sind, alle die allgemeinen Formulierungen sind mit Sicherheit kein Katalog, um die großen Beschäftigungsprobleme, die bestehen auf Grund der schwierigen internationalen Situation, auf Grund der lang andauernden Krise mit zu erwartenden 33 Millionen Arbeitslosen in den westlichen Industrieländern, zu lösen. Alle diese Maßnahmen, die Sie vorschlagen, zeigen eines: Sie sind vage formuliert, man bleibt in allgemeinen Schlagworten verfangen, beim besten Willen ist daraus kein neuer wirtschaftspolitischer Kurs herauszulesen. Dort, wo es vielleicht einen neuen Kurs gibt, wo man einen neuen Kurs erkennen könnte, meine sehr geehrten Damen und Herren, läuft es auf eine klare Umverteilung zugunsten besser Verdienender, zu Lasten der Arbeitnehmer bei gleichzeitigem Abbau der Sozialleistungen hinaus.

Dr. Schmidt

Aber eines ist allen diesen Vorschlägen gemeinsam: Es ist mit Sicherheit keine brauchbare Strategie zur Erhaltung der Beschäftigung und zur Krisenbewältigung.

Zum zweiten: Heute hat Präsident Sallinger kritisiert, daß die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen Pessimismus verbreiten würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einführung der Investitionsprämie: War das nicht ein ganz wesentlicher Beitrag dazu, mit einem neuen Investitionsförderungssystem eine Verbesserung zu bringen? Die allgemein anerkannte positive Entwicklung auf Grund der Einführung der Kapitalbeteiligungsgesellschaften: War das nicht eine Maßnahme, um eine durchaus optimistische Stimmung zu verbreiten? Die mittelfristige Planung durch das 2. Beschäftigungsprogramm für den Bereich Post, für den Bereich Bahn, für den Straßenbau und für das Fernwärmefinanzierungsprogramm: Waren das und die Schaffung von Rahmenbedingungen nicht Maßnahmen, damit sich die Unternehmen tatsächlich auf die Entwicklung in den nächsten Jahren einstellen können? All das, was wir antizyklische Konjunkturpolitik nennen: Waren und sind das nicht Maßnahmen, die wesentlich die Bedingungen für die Unternehmen erkennbar und dadurch auch einbeziehbar machen in ihre Unternehmensüberlegungen und Unternehmensplanungen? Und auch die jüngsten Maßnahmen, die gestern bekanntgegeben worden sind, sind ebenso Maßnahmen, die nicht den Pessimismus, sondern einen kritischen Optimismus rechtfertigen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Wissen Sie, Kollege Zittmayr, was mir wirtschaftlich als schädigend oder problematisch — damit es nicht zu scharf formuliert in den Ohren ist — erscheint: Wenn man auf der einen Seite kritisiert, in einem Ausmaß, mit einer Publizität, wie wir sie nicht kannten, wenn hier ein Stück Stahl wo gefunden wird, was für uns international enorme Probleme mit sich bringt — Sie kennen die GATT-Vereinbarungen genauso, wie wir sie kennen *(Abg. Dr. Schwimmer: Das ist aber ein Geständnis!)*, wenn publiziert wird, wie die Verträge tatsächlich aussehen, Kollege Schwimmer, damit Sie, der Sie vielleicht die GATT-Vereinbarungen nicht kennen, vielleicht informiert werden von den Kollegen, die wirtschaftspolitisch tätig sind in Ihrer Partei —, aber auf der anderen Seite geförderte Kredite im Bereich der AI-Kredite dafür verwendet werden, in einem hohen Ausmaß und in Milliardenbeträgen dafür verwendet werden, um Importe zu tätigen, wie zum Bei-

spiel Landmaschinen oder Traktoren oder dergleichen mehr. Dort könnten Sie ja ein Zeichen setzen, wie Sie mit Steuergeldern geförderte Kredite möglichst zum Wohl der österreichischen Wirtschaft tatsächlich verwenden. Das halten Sie nicht für notwendig, hier helfen Sie nicht mit, weil Ihnen die Spannen lieber sind als die Arbeitsplätze bei Steyr. Und das ist halt das Problem, vor dem wir in Wirklichkeit stehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum dritten gibt es immer wieder den Vorwurf, die Programme seien ungenügend auf der einen Seite, man sei zwar für expansive Politik, aber das Volumen, das das 2. Beschäftigungsprogramm bietet, das Volumen, das das 1. Beschäftigungsprogramm in Gang gesetzt hat, die Maßnahmen, die zusätzlich getroffen worden sind, wären nicht genug, und auf der anderen Seite, sie würden ja sowieso nicht verwirklicht werden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in einer Fülle von Beispielen gezeigt, daß wir sie verwirklichen. Viele dieser gesetzlichen Grundlagen für das 2. Beschäftigungsprogramm sind ja einvernehmlich hier in diesem Hause verabschiedet worden oder zumindest mit der Zustimmung der großen Oppositionspartei. Das Fernwärmefinanzierungskonzept ist ja in wenigen Wochen auf dem Tisch dieses Hauses gelegen. Wir haben es in wenigen Tagen formuliert. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das war ja auch ein Vorschlag von der ÖVP!)* Kollege Zittmayr, was war denn da für ein Vorschlag der ÖVP dabei? *(Abg. Dr. Zittmayr: Fragen Sie den Abg. König!)* Wir können ja endlich einmal ein Abwärmekonzept in der Molkereiwirtschaft durchführen, das wäre vielleicht ein konkreter Beitrag, um auch in einem Industriebereich Energie zu sparen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so wie dieses eine Gesetz sind ja andere Gesetze innerhalb von wenigen Wochen durchgeführt worden.

Dieses 2. Beschäftigungsprogramm wird daher — das ist überhaupt keine Frage — sehr rasch eine Wirksamkeit haben, wobei wir natürlich alle wissen, daß es Maßnahmen gibt, die kurzfristig wirken, daß es Maßnahmen gibt, die mittelfristig wirken. Dadurch werden sicherlich da und dort aus verschiedensten Gründen Verzögerungseffekte auftreten, die nicht sehr angenehm sind, aber die man eben sehen muß. Wenn es so einfach wäre, daß man nur Programme zu erstellen hätte, und es funktioniert sowieso, dann wäre ja das alles leicht. Wir müssen vielmehr in jedem einzelnen Bereich sehen: Wie rasch

Dr. Schmidt

wirken jene Maßnahmen, die wir meinen, im Zuge der Überlegungen „qualitatives Wachstum in diesem Land“ in besonders starker Form entwickeln zu können — wenn sie nicht genügend rasch wirken, muß es eben zusätzliche Maßnahmen geben —, die ergänzend wirken und die diesen Erfolg bringen, den wir alle wollen, nämlich Beschäftigung zu sichern und die Auswirkungen der internationalen Krise abzuwehren.

Ich kann in diesem Zusammenhang nur noch einmal wiederholen: Was ist denn Ihre detaillierte Alternative? Wo gibt es denn Ihre detaillierten Programme? Wo gibt es Ihre detaillierten Konzepte, die als Beitrag zu einer aktiven Beschäftigungspolitik tatsächlich auch von der Öffentlichkeit und jenen, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen, akzeptiert werden können? *(Abg. Dr. Zittmayr: Wenn ihr euch nicht mehr herausseht, braucht ihr uns!)*

Der Operationskalender aus Villach, der dann wieder zurückgezogen worden ist, Kollege Zittmayr, ist es ja wahrlich nicht. *(Zischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Kollege Zittmayr! Sie müssen sich schon einigen auf die Argumentation. Zum einen werfen Sie uns vor, daß zu viele Vorschläge gemacht werden, die sich überschlagen, die Beschäftigungsprogramme, und zum anderen glauben Sie, daß wir von Ihnen Vorschläge brauchen.

Was wir brauchen, ist eine Konfrontation von Ideen. Das hat seinen Vorzug, Kollege Zittmayr, weil wir daraus und aus den Verhandlungen und aus den Gesprächen darüber vielleicht etwas lernen können. Es fehlt die Möglichkeit der Konfrontation. *(Abg. Dr. Zittmayr: Alles ist schlecht, was wir vorschlagen! Nur wenn es euch ins Konzept paßt, ist es gut!)*

Zum vierten gibt es immer wieder den Vorwurf der Belastungswelle und der Steuerbelastung.

Ich darf Ihnen heute eine Studie der OECD vielleicht ganz kurz in den Schlußfolgerungen darstellen über die Entwicklung der Steuerbelastung in den letzten Jahren. Hier hat Österreich eine Entwicklung zu verzeichnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sehr wesentlich und sehr klar ist und eine sehr deutliche Sprache spricht.

Sie werfen uns immer vor, die „Belastungswelle“, die ich unter Anführungszeichen set-

zen möchte, hätte die Konkurrenzverhältnisse verschlechtert und hätte große Schwierigkeiten für die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe und für die Industrie mit sich gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Studie der OECD, die Ihnen ja genauso zugänglich ist, wie sie uns zugänglich ist — von diesen Daten kann man mit Sicherheit doch nicht behaupten und der kann man auch nicht unterstellen, sie wäre Regierungspropaganda, denn sie wurde von völlig unabhängigen internationalen Organisationen zusammengestellt und berechnet —, zeigt, daß Österreich 1965 noch den sechsten Rang aufwies, das heißt, von 18 verglichenen Staaten hatten 11 Staaten eine niedrigere Steuerquote in Prozenten des Bruttoinlandsprodukts als Österreich. 1970 war es die achte Stelle, und 1980 ist es der elfte Rang. Das heißt, wir haben wesentlich geringere Steigerungsraten als die anderen Länder.

Wenn man sich die prozentuelle Veränderung der Steuerquote anschaut, so zeigt sich, daß in den zehn Jahren von 1960 bis 1970 die Steuerquote in Österreich um 15,2 Prozent stieg, und von 1970 bis 1980 war es nicht einmal die Hälfte, es waren 7 Prozent.

Und nur vier Länder, meine sehr geehrten Damen und Herren, weisen in dem Zeitraum 1970 bis 1980 eine geringere Zuwachsrate ihrer Steuerquote auf als Österreich.

Man muß halt wie auch hier die Entwicklung so sehen, wie sie ist, man muß sich die Daten tatsächlich ansehen, und man muß sich vor allem ansehen, was es an sonstigen großen Leistungen im internationalen Vergleich gibt. Und niemand kann doch glauben, daß wir selbständig imstande sind, unabhängig von der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung imstande sind, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Und da muß man auch den internationalen Vergleich der Entwicklung der Steuerquoten endlich einmal so betrachten, wie er tatsächlich ist.

Und zum fünften, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich abschließend noch einen mir sehr wesentlichen Punkt hier ganz kurz anschnitten.

Wir sind stolz darauf, daß es gelingt, über das Bundesbudget eine antizyklische Investitionspolitik zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist,

Dr. Schmidt

eine wesentliche Steigerung der Investitionen aus dem Bundesbudget besonders in den Krisenjahren 1981/82 durchzuführen.

Wir sind stolz darauf, daß auch das 2. Beschäftigungsprogramm in den wichtigen und bedeutenden Bereichen, im Bereich der Fernwärmefinanzierung, im Bereich des Kraftwerksbaus der Wasserkraftwerke, bei Post und Bahn wesentliche Akzente der antizyklischen Investitionspolitik zeigt. Die Einführung der Investitionsprämie ist genauso ein bedeutendes Beispiel dafür.

Massiver zusätzlicher budgetärer Aufwand wurde für die öffentliche Auftragsvergabe, für die Investitionsförderung im Rahmen der Zinsstützung, der Prämien und so weiter zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Aber wir haben immer gesagt, und wir haben immer gewußt, daß eine volle Wirksamkeit dieser Maßnahmen mit Sicherheit nur dann gegeben ist, wenn auch die Länder mitmachen, wenn auch alle Bundesländer übereinstimmen mit den Vorschlägen auch des Herrn Kollegen Taus, nämlich in schwierigen Zeiten eine expansive Politik zu machen.

Wir haben diese Diskussion ja vor wenigen Wochen und Monaten gehabt, wo mit sehr scharfen Worten seitens der ÖVP dem Kollegen Rautner geantwortet wurde, als er aufgezeigt hat, was seiner Meinung nach war und was er beweisen konnte, daß nicht alle Länder voll hier mitmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt gar nicht über Einzelmaßnahmen hier reden, aber mir liegt eine Untersuchung vor über die Steigerung der Investitionen des Bundes auf der einen Seite und der Bundesländer auf der anderen Seite.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist genau die Begründung, es begründet genau die Befürchtung, die wir gehabt haben, und es ist ein Beispiel dafür, daß offensichtlich nicht so, wie das immer behauptet wird, einvernehmlich und klar ist, man muß eben eine antizyklische Investitionspolitik in Zeiten der Krise betreiben, expansive Wachstumspolitik, wenn notwendig auch durch die öffentliche Hand unterstützt, wird eben überall gemacht, und das sei überhaupt eine Selbstverständlichkeit.

Ich darf Ihnen sagen, die Investitionen des Bundes sind von 1975 bis 1982 um 54 Prozent gestiegen. Wenn man die von der Bundesregierung 1982 getroffenen Maßnahmen zur

Konjunkturbelebung noch mit einbezieht, sind es 65 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dem gegenüber steht für die gleiche Zeit, nämlich 1975 bis 1982, eine Steigerung der Investitionen der Länder um 14,4 Prozent. 65 Prozent seitens des Bundes, 14,4 Prozent seitens der Länder, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Und betrachtet man nur die Entwicklung der Jahre 1981 und 1982, so wird der Bund eine Steigerung seiner Investitionstätigkeit von fast 25 Prozent haben, die Investitionstätigkeit der Länder wird 8 Prozent sein!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese enorme Differenz, diese geringe Bereitschaft, dieser große Mangel, aktive Beschäftigungspolitik, wo wir glauben, immer einer Meinung zu sein, und die Wahrheit ja doch ganz anders aussieht, massiv zu unterstützen, um die Arbeitslosigkeit in diesem Land bekämpfen zu können, um die Auswirkungen der internationalen Krise abwehren zu können, wird nicht voll unterstützt.

Wir haben zum Beispiel eine Verringerung des Investitionsvolumens aus den Budgets der Länder Steiermark und Salzburg im Jahre 1982 um 10 beziehungsweise 22 Prozent. Das ist antizyklische Investitionspolitik der öffentlichen Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hilft nicht, sondern das verhindert positive Effekte, sodaß eben durch vermehrte Kreditaufnahme zusätzliche Maßnahmen seitens des Bundes durchgeführt werden müssen, um das zu kompensieren, was die Länder in den letzten Jahren in nicht genügendem Ausmaß tun, um die Beschäftigung in diesem Lande zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, daß wir mit einer solchen Deutlichkeit erkennen müssen, daß hier nicht eine Politik der aktiven Beschäftigung in diesem Lande, in Österreich voll betrieben wird. Wir wissen, daß es unsere Verpflichtung ist, in einem bedeutenden Ausmaß all das zu ersetzen, daß wir es aber sicherlich nicht können. Der Verstärkereffekt wäre viel größer, würden auch einzelne Bundesländer, die das nicht tun, hier voll mitziehen.

Ich glaube, daß wir in diesem Haus eigentlich Übereinstimmung finden müßten, wenn wir es tatsächlich ernst meinen, Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden und die Probleme der internationalen Krise von Öster-

14374

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Schmidt

reich möglichst fern zu halten. Dazu dient dieses Budget, dazu dient auch das Finanzkapitel, das jetzt zur Debatte steht. *(Beifall bei der SPÖ.)* 13.51

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Dittrich. Ich erteile es ihm.

13.51

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen und Wochen ist hier in diesem Hohen Haus sehr viel über die wirtschaftliche Lage in Österreich gesprochen worden. Zudem wurde erst in der vergangenen Woche gegen die deutliche Warnung der Wirtschaft die etappenweise Einführung der Urlaubsverlängerung ab 1984 beschlossen.

Gestatten Sie mir jedoch in Anbetracht des Ernstes der Lage, aber dem heutigen letzten Plenartag entsprechend kurz, die Situation zu skizzieren.

Wir werden im kommenden Winter einen Arbeitslosigkeitsrekord erreichen, den sogar der Sozialminister schon eingestanden hat.

Seit zwei Jahren werden unsere Betriebe von einer riesigen Insolvenzswelle heimgesucht, weil das Eigenkapital unserer Unternehmungen immer mehr ausgezehrt wurde.

Die Belastungslawine in den vergangenen Jahren ist geradezu von Monat zu Monat drückender geworden, trotzdem hat die Staatsverschuldung ein gigantisches Ausmaß erreicht, ohne die Strukturen den heutigen Bedürfnissen angepaßt zu haben.

Nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung und nach 13 Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik müssen wir feststellen, daß wir mit Dirigismus und Bürokratismus überfüttert wurden.

Unsere Alternative, eine andere, eine bessere Wirtschaftspolitik, hat ganz andere Zielsetzungen, denn ihre Markierungen sind dieselben, die schon den beispiellosen Kurs von Julius Raab und Kamitz bewirkt haben *(Beifall bei der ÖVP)*, nämlich Freiheit statt Dirigismus, Leistung statt Nivellierung, Gewinn statt Subvention, Wettbewerb statt Bürokratismus und Lebensqualität statt Übersozialisierung. Diese Forderungen der Österreichischen Volkspartei sind zugleich auch ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

Was wir zudem brauchen, meine Damen

und Herren, ist eine Politik der Wahrheit und der Ehrlichkeit, die uns und unseren Mitarbeitern in den Betrieben wieder das Vertrauen zurückgibt, daß im Interesse der gesamten Wirtschaft vernünftige Entscheidungen in einem überschaubaren Zeitraum möglich sind.

Wir brauchen also ein Wirtschaftsklima, das allen Selbständigen und unselbständig Beschäftigten die Freude an der Arbeit zurückgibt. Wir brauchen ein Wirtschaftsklima, das die Leistung fördert, und wir brauchen ein politisches Klima, das das Miteinander und nicht das Gegeneinander bewirkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Schon seit Jahren warten Millionen Arbeitslose in den Industriestaaten auf die so oft angekündigte Konjunkturbelebung; sie warten weiter vergeblich, weil wir uns nämlich nicht in einer vorübergehenden Flaute befinden, sondern weil wir in einer tiefen Strukturkrise stecken.

Natürlich gilt dieses weltweite Phänomen auch für Österreich — darüber gibt es keine Debatte —, aber die sozialistische Bundesregierung hat 13 Jahre lang einen erheblichen Anteil an der eigenen österreichischen Fehlentwicklung. Die vielen Milliarden Schilling, die zum größten Schuldenberg in der österreichischen Geschichte aufgehäuft wurden, die vielen Milliarden geborgtes Geld sind falsch verwendet worden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es wurden Arbeitsplätze erhalten, die nicht konkurrenzfähig sind. Es wurden Projekte finanziert, die keine Zukunft haben, und damit sind veraltete Strukturen erhalten worden.

Unsere Wirtschaftspolitik zielt in eine andere Richtung. Es sollen neue Betriebe mit neuen Produkten und Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, es soll das Geld für eine andere, für eine bessere Wirtschaftspolitik verwendet werden, denn wir brauchen den Wiederaufbau des Gewinnes und des betrieblichen Eigenkapitals! *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir brauchen dies, weil wir dafür mehr Innovation und mehr Investition erzielen können.

Um dieses Ziel zu erreichen, verlangen wir analog der Bundesverfassung die Gleichheit aller Betriebe innerhalb der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Im Sinne dieser Gleichheit und im Interesse einer gesunden

Ing. Dittrich

Wirtschaft verlangen wir den Vorrang von Eigenkapital und Gewinn vor jeder Subvention. Wir verzichten gerne auf alle Förderungen, Subventionen, auf alle Geschenke, wenn ein Unternehmer, ein tüchtiger Selbständiger wieder die Möglichkeit hat, selbst die Investitionen zu verdienen, wenn er die Möglichkeit hat, längerfristig zu disponieren, und wenn er die Möglichkeit hat, frei darüber zu entscheiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In dieser so äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation hat es die Bundesregierung für richtig und notwendig empfunden, den Mindesturlaub ab 1984 in Etappen zu verlängern. Die Wirtschaft hat klipp und klar nachgewiesen, daß die Zeit einfach nicht reif ist für ein solches Vorhaben, weil damit die Substanz der Betriebe geschmälert wird und in Wahrheit viele Tausende Arbeitsplätze gefährdet werden.

Doch der Sozialminister war diesen Argumenten nicht zugänglich. Verhandlungen auf Sozialpartnerebene sind ergebnislos geblieben, und verschiedentlich vernünftige Äußerungen von Regierungsmitgliedern haben sich als Bluff erwiesen.

Es wurde also in der vergangenen Woche von der sozialistischen Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, demzufolge der Mehrurlaub ab 1984 in Etappen eingeführt werden soll, und dies ohne jede Rücksicht auf die Wirtschaft, ohne Beachtung der Analyse der weltweiten Konjunkturkrise und ohne sich vor allem um die vielen kleinen und mittleren Betriebe zu kümmern.

Und noch etwas ist durch diesen Beschluß überhaupt nicht beachtet worden, nämlich die Meinung der Österreicherinnen und Österreicher, denn zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung lehnen dieses Gesetz zum derzeitigen Zeitpunkt glatt ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die jüngsten Prognosen in- und ausländischer Wirtschaftsforschungsinstitute prophezeien für 1983 nur Negatives. Von einem Aufschwung, von einer spürbaren Verbesserung der Konjunktur kann also keine Rede sein. Es ist daher unverständlich, daß man in Kenntnis dieser Situation ein Gesetz beschlossen hat, das ab 1984 in Kraft treten soll, welches der Wirtschaft zusätzliche Belastungen bringen wird, über deren Ausmaß und Tragweite man sich offenbar den Kopf nicht zerbricht. Dieses Gesetz wird keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern wird die

bestehenden aufs schärfste gefährden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin persönlich über diese Entwicklung zutiefst enttäuscht, denn in vielen Einzelgesprächen mit Spitzenpolitikern konnte man zu der Überzeugung kommen, daß diese die wirtschaftliche Situation sehr wohl erkennen. Die Frage der Urlaubsverlängerung wurde doch viele Monate hindurch diskutiert. Sie wurde ein typischer Beweis dafür, wie man ein Thema in eine Sackgasse manövrieren kann, ohne zum Schluß noch einen Ausweg zu finden.

Die Verteidigungsrede des Präsidenten des Arbeiterkammertages Czettel hier im Haus war lange Strecken sachbezogen und vernünftig. Am Ende stand jedoch das zögernde „Ja“, aber auch die Feststellung, daß die Wirtschaft diese Urlaubsverlängerung und die damit verbundene Kostensteigerung verkraften könne. Und das, meine Herren, stimmt nicht! Denn die Wirtschaft kann kein Milligramm an zusätzlicher Belastung mehr verkraften, weil sie die alten Belastungen noch nicht verkraftet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das 2. Abgabenänderungsgesetz, über das wir hier so viel diskutiert haben, zieht erst jetzt voll und ganz, und die Arbeiterabfertigung kommt erst jetzt in die volle Phase der Belastung. Die Begründung des Herrn Bundeskanzlers, die Jahre 1981, 1982, 1983 waren schlecht beziehungsweise werden schlecht sein, folglich muß 1984 ein Aufschwung kommen, ist für mich sehr bedenklich, um dies vorweihnachtlich auszudrücken.

Meine Damen und Herren! Diese dauernden Belastungsankündigungen sind es, die das Klima so sehr belasten und verschlechtern. Sie haben uns in diesen 13 Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik fürwahr einen Rekord an Belastungen beschert. Die Situation bei den Großbanken sieht doch so aus, daß sie überliquid sind, weil die Investitionskredite nicht in Anspruch genommen werden. Ich erinnere mich drei, vier, fünf Jahre zurück: Um diese Zeit sind die Banker von Institut zu Institut gezogen, um noch Jahresultimogelder zu bekommen. Heute, meine Damen und Herren, schaut die Situation ganz anders aus.

Man braucht eben auch ein Klima des Vertrauens, und es gibt viele Komponenten, die ein Unternehmer zu berücksichtigen hat, um sich zu einer Investition zu entschließen. Eines der Hauptmotive ist, mittelfristig die wirtschaftliche Lage auch beurteilen zu kön-

Ing. Ditttrich

nen. Ich kann schon verstehen, daß eine Partei, die vor 13 Jahren angetreten ist, Österreich zu verändern, Österreich zu verbessern, etwa unter dem so bekannten Slogan: „Damit das Einkaufen wieder Freude macht!“, jetzt nach 13 Jahren Machtausübung nicht gerne hört, daß es nun höchste Zeit ist, den Kurs zu wechseln. Vielleicht, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist die Formulierung eine andere, eine bessere Wirtschaftspolitik für Sie erträglicher und verständlicher.

Ich habe vorhin von einer Politik der Wahrheit und der Ehrlichkeit gesprochen, und ich glaube, daß es richtig wäre, wenn Sie uns jetzt auch sagen würden, mit welchen zusätzlichen Belastungen die österreichische Bevölkerung für die Zeit nach den Wahlen zu rechnen hat.

Die Berichte über neue Belastungen werden immer enger und drückender. Ich darf daher an den Herrn Finanzminister fünf Fragen richten.

Erstens: Ist es richtig, daß man plant, die Mehrwertsteuer von 18 auf 20 Prozent zu erhöhen?

Zweitens: Ist es richtig, daß Sie die Sparbuchsteuer einführen wollen?

Drittens: Ist es richtig, daß Sie vorhaben, den 13. und 14. Monatsbezug ab einem Verdienst von 30 000 S monatlich der Besteuerung zu unterziehen?

Viertens: Ist es richtig, daß Sie an eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sowohl des Dienstgeber- als auch des Dienstnehmeranteiles von je 4 Prozent denken?

Und fünftens: Ist es richtig, daß Sie bereits an drastischen Beschneidungen der Abschreibemöglichkeiten arbeiten?

Es gehört einfach zur Wahrheit und Ehrlichkeit, Herr Minister, daß Sie auf diese Frage eine klare Antwort geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch ein kurzes Wort zur Lehrlingssituation und zur Situation der Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen. Wir haben in Wien durch vier Jahre zunächst erfolglos und heuer mit Erfolg versucht, eine eigene Lehrplatzförderung zu erreichen. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, berichten, daß wir dadurch die Situation bei den Lehrlingen wesentlich entspannen konnten und im Oktober 1982 besser dastehen als im Oktober 1981.

Wir werden ab 1984 in Wien sinkende Lehrlingszahlen haben. Ich bin davon überzeugt, daß wir auch in den kommenden Jahren, vor allem wiederum die vielen Klein- und Mittelbetriebe, in der Lage sein werden, die ordentliche Ausbildung der jungen Leute zu übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden jedoch in etwa vier bis fünf Jahren in eine andere Situation kommen, nämlich in die umgekehrte, daß wir Lehrlinge brauchen werden. Ich glaube, man sollte deshalb schon heute und bei jeder Gelegenheit an die Eltern appellieren, die Jugend vermehrt einer Lehrausbildung zuzuführen, zumal wir heuer erstmalig in Wien die Situation haben, daß wir kaum mehr Maturanten aus Realschulen, Realgymnasien, Absolventen von kaufmännischen Mittelschulen und technischen Mittelschulen unterbringen können. Mir sind Fälle bekannt, wo junge Leute bereits bei 50 bis 100 Unternehmungen waren und vorgesprochen haben, um eine entsprechende Stellung zu finden.

Ich glaube — davon bin ich persönlich überzeugt —, die Jugend hat ein moralisches Recht, von der Gesellschaft, von uns hier einen Arbeitsplatz zu erhalten. Wir werden deshalb bereits in den ersten Jännertagen mit den Absolventen von Handelsakademien aus dem Bereich des Fonds der Wiener Kaufmannschaft Gespräche führen. Ich hoffe, daß wir gemeinsam — mit Vorstellungen der jungen Leute und unseren Unternehmern — ein Modell in dieser Richtung erarbeiten können.

Jedenfalls kann die Vorlage eines Jugendeinstellungsgesetzes, wie diese Pläne so herumgeistern, keine Lösung bringen, und zwar deshalb nicht, weil ja die altersbedingten Abgänge dann nur durch diese Leute ersetzt würden und Leute zwischen 30 und 60 Jahren, die, aus welchen Gründen immer, ihren Arbeitsplatz verlieren, dann überhaupt keine Chance hätten, eine Stellung zu finden. Per Gesetz kann man nämlich Arbeitsplätze nicht vermehren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* So wie mit der Lehrlingsfrage werden wir uns daher auch mit diesem Problem in Zukunft beschäftigen und auseinandersetzen müssen.

Ich habe versucht, in aller Kürze die wirtschaftliche Situation zu skizzieren. Meine Damen und Herren! Ich war nie ein Schwarzmalerei, aber ich bin auch der Meinung, daß man die Wirtschaft nicht gesundbeten kann, ich bin daher Realist. Ich bin jedoch durch meinen Beruf als Unternehmer und durch meine Funktion in der Handelskammerorganisation sehr genau und sehr eingehend

Ing. Dittrich

über die Situation unserer Wirtschaft, unserer Betriebe, informiert. Ich sage Ihnen: Die Tal-fahrt geht weiter, wir haben die Talsohle noch nicht erreicht.

Meine Damen und Herren! Die Alarmzei-chen kommen nicht mehr in Monatsabstän-den, sondern sie kommen täglich und sind nicht mehr zu übersehen.

Wenn wir nicht alle gemeinsam die Zukunft verspielen wollen, so ist es höchste Zeit für eine andere, für eine bessere Wirtschaftspoli-tik. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.10

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Ich erteile ihm das Wort.

14.11

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt hat es hier für notwendig befunden, die Vorschläge, die die Österreichische Volkspartei seit Jahren auf verschiedensten Gebieten macht, herabzusetzen, diese als unbedeutende beziehungsweise nicht zielführende Alternativen zu bezeichnen.

Herr Abgeordneter Schmidt! Ich möchte Ihnen dazu sagen, daß seit Jahren die Öster-reichische Volkspartei mit Vorschlägen, Kon-zepten und Alternativen hier im Parlament und in den Gremien der Wirtschaftspartner in Erscheinung tritt und daß von unserer Seite das echte Bemühen besteht, gemeinsam vernünftige Wege zu finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist einfach kein taugliches Mittel, die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei einzuholen, in den Gremien der Wirtschafts-partner Verhandlungen zu führen, solche Vor-schläge, die Ihnen ins Konzept passen, aufzu-greifen, nach kurzer Zeit als Ihre eigenen Vor-schläge zu verkaufen und im übrigen alles, was von der ÖVP kommt, als „schlecht“ und „nichts bringend“ zu bezeichnen.

Wir weisen auch Ihre Behauptung zurück, daß die Bundesländer die Politik der Bundes-regierung in irgendeiner Weise torpedieren würden und nicht jene Investitionen tätigen, die erforderlich wären. Ich kann hier für das Bundesland Oberösterreich sprechen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Bundesland Ober-österreich ist bei der Vorfinanzierung von Autobahnstrecken, von Krankenhausbauten, von öffentlichen Schulbauten und sonstigen Maßnahmen in einer Weise vorgegangen, daß

die Finanzen Oberösterreichs nunmehr sehr angespannt sind. Das Bundesland Oberöster-reich hat sich auch am Sonderwohnbaupro-gramm der Bundesregierung beteiligt, wäh-rend sich andere Bundesländer — auch sozia-listische — nicht daran beteiligt haben. Das muß auch einmal ganz deutlich gesagt wer-den! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch kurz auf die Ausführungen des Kollegen Mühlbacher eingehen, der das Problem der Verschuldung angeschnitten und dazu ein praktisches Beispiel gebracht hat, daß jemand zum Beispiel ein Haus baut und einen entsprechend hohen Kredit aufnimmt, der höher ist als sein Jahreseinkommen.

Herr Abgeordneter Mühlbacher, dazu möchte ich sagen: Entscheidend ist ja nicht so sehr die Höhe des Kredites, den jemand auf-nimmt, sondern die Frage: Wie lange ist die Laufzeit dieses Kredites, und wie hoch ist die Verzinsung, und — daraus ableitend — wie hoch ist die jährliche Belastung an Tilgung und Zinsendienst? Das ist das Entscheidende! Wenn zum Beispiel ein Hausbauer soviel an jährlicher Belastung aufweist, daß er ein Drit-tel seines Nettoeinkommens für Schuldentil-gung und Zinsenzahlungen braucht, dann kann er sich einfach nichts mehr leisten. Er kann keine sonstigen Anschaffungen mehr tätigen, weil er eben durch diese Belastungen so sehr beansprucht ist.

Da war ja auch die Täuschung, die der Abgeordnete Mühlbacher hier vorgebracht hat: Zuerst hat er gesagt, die Staatsverschul-dung betrage gegenwärtig nur 297 Milliarden Schilling, obwohl wir wissen, daß sie bereits bei 340 Milliarden Schilling liegt.

Das zweite: Mühlbacher hat das verglichen mit den Bruttoeinnahmen des Finanzmini-sters in der Höhe von 325 Milliarden Schil-ling. In Wirklichkeit muß aber der Finanzmi-nister im Rahmen des Finanzausgleiches an die Bundesländer und an die Gemeinden Beträge bezahlen, sodaß ihm nur rund 180 Milliarden Schilling bleiben.

Von diesen 180 Milliarden Schilling braucht der Finanzminister im kommenden Jahr 56 Milliarden Schilling, also rund ein Drittel dieser Nettosteuer-einnahmen für Schuldentil-gung und Zinsendienst. Das ist die Realität. Es fehlen uns daher diese Beträge für eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik! *(Zustim-mung bei der ÖVP.)*

Eine Behauptung des Herrn Kollegen Mühlbacher war auch sehr interessant: Er hat

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

das Budget für das Jahr 1983 als „realistisch“ bezeichnet. Das ist an und für sich eine äußerst kühne Behauptung, da wir heute schon sehen, sechs Wochen nach der Ersten Lesung des Budgets, daß sich die Dinge überschlagen, daß sich die Situation wesentlich verändert hat. Der Herr Finanzminister mußte gestern in einer Pressekonferenz bereits zugeben, daß alles ganz anders werden wird, daß wir das Konjunkturausgleichsbudget wahrscheinlich sofort einsetzen müssen, daß wahrscheinlich damit die Schuldenbelastung wesentlich steigt, daß sich damit die Neuverschuldung von 48 Milliarden Schilling auf mindestens 56 Milliarden Schilling erhöhen wird und so weiter. Das sind alles Dinge, die in der Zwischenzeit eingetreten sind.

Herr Finanzminister! Wir haben Ihnen ja bereits bei der Ersten Lesung und im Rahmen der Budgetberatungen all die Unzulänglichkeiten dieses Budgets aufgezeigt. Wir haben den Eindruck, daß Sie ganz einfach ein Budget bloß für die Optik zusammengezimmert haben, um in der Öffentlichkeit mit einem nicht zu großen Defizit vor der Wahl in Erscheinung zu treten. Sie haben daher alles getan, das mit dazu beigetragen hat, bei einem Budgetdefizit von rund 74 Milliarden Schilling bleiben zu können.

Herr Minister! Es gibt einige Fragen an Sie, die sich neuerlich aufdrängen. Es wurde bereits festgestellt, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut bereits vor der Budgeterstellung das Wirtschaftswachstum nicht mit 7 Prozent, so wie Sie es angenommen haben, prognostiziert hat, sondern mit 6,5 Prozent, neuerdings sogar mit 5,5 bzw. 6 Prozent. Das heißt, Sie haben die Tatsache, daß das Wirtschaftswachstum für 1983 niedriger sein wird, einfach ignoriert, nicht zur Kenntnis genommen. Sie haben dadurch natürlich erreicht, daß Sie die Steuereinnahmen mit 4 bis 5 Milliarden Schilling höher ansetzen konnten und damit das Budgetdefizit — scheinbar — kleiner gehalten haben.

Herr Minister! Wie können Sie Ihre Schätzung, daß aus dem Steueramnestiegesetz 7 Milliarden Schilling brutto beziehungsweise 4 Milliarden Schilling netto eingehen werden, überhaupt begründen? Nach Aussagen von Fachleuten ist vielleicht ein Betrag von einer halben Milliarde oder höchstens einer Milliarde Schilling zu erwarten. Womit können Sie es begründen, so hohe Beträge als Einnahmen angesetzt zu haben?

Eine weitere Frage, Herr Minister: Warum

haben Sie die Einnahmen aus der Einkommen- und aus der Lohnsteuer 1983 um 9 Milliarden Schilling höher als im Voranschlag 1982 angesetzt, obwohl Sie wissen, daß die Steuereinnahmen im heurigen Jahr wesentlich zurückbleiben? Sie schätzen aber um 9 Milliarden Schilling höhere Einnahmen. Was steckt da wirklich dahinter? Wollten Sie die Österreicher täuschen oder — wie schon befürchtet wurde — wollen Sie sofort nach den Nationalratswahlen höhere Steuern einheben, um diese Ihre prognostizierte Budgetpost dann auch tatsächlich erreichen zu können? Diese Frage drängt sich auf, Herr Minister, und wir möchten darauf eine konkrete Antwort! (Beifall bei der ÖVP.)

In der Frage der Arbeitslosigkeit haben die letzten Prognosen ergeben, daß die seinerzeit mit 4,2 Prozent prognostizierten Arbeitslosenziffern wahrscheinlich neuerlich überschritten werden. Herr Minister, Sie haben das auch gestern in Ihrer Pressekonferenz bereits zugegeben. Sie haben doch auch gesehen, was da auf uns zukommt. Warum haben Sie wirklich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung nur eine 3,3prozentige Arbeitslosenquote vorgesehen?

Sie haben damit auch wiederum vorgetäuscht, einen Betrag in der Größenordnung von 3 bis 4 Milliarden Schilling aus dem Budget nicht zu brauchen. Heute haben Sie zugegeben, daß eine Arbeitslosenversicherungsbeitragserhöhung und eine Arbeitsmarktabgabe zu erwarten sein werden. Zuerst haben Sie stolz bei der Budgetrede verkündet: ein Budget ohne Mehrbelastungen. Heute hingegen sagen Sie dazu, daß wahrscheinlich sofort wieder eine zusätzliche Belastung ins Haus steht.

Das ist wirklich keine objektive und keine qualifizierte Budgeterstellung! Wir müssen wirklich mit Bedauern feststellen, daß Sie den Österreichern und dem Parlament bei der Budgetierung Dinge vorgemacht haben, die überhaupt nicht stimmen.

Noch ein Punkt — den habe ich ja auch schon angeschnitten, und der wurde heute auch schon behandelt; Sie haben sich furchtbar zur Wehr gesetzt —: Herr Finanzminister! Es ist eine Tatsache, daß Sie für 1983 vorgesehene Schuldentilgungen im Ausmaß von rund 5 Milliarden Schilling, die überall schon vorgesehen waren — auch in der Vorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen war diese Sache schon enthalten —, einfach ignoriert haben. Sie haben 5 Milliarden Schilling umgeschuldet. Man kann es nennen, wie

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

man will, Sie haben 5 Milliarden Schilling auf spätere Jahre verschoben und damit erreicht, daß das Budgetdefizit um diese 5 Milliarden Schilling geringer ausfällt.

Das ist praktisch eine Täuschung der Öffentlichkeit! Sie haben weder in Ihren öffentlichen Erklärungen noch im Arbeitsbeihilf noch sonst irgendwo auf diese Tatsache hingewiesen. Sie haben geglaubt, man merkt es sowieso nicht, da kommt sowieso niemand drauf, daß eine stillschweigende Umschuldung erfolgt ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn das so weitergeht, werden wir es im nächsten Jahr erleben — wenn Sie hoffentlich nicht mehr Finanzminister sind —, daß dann womöglich eine Umschuldung erfolgt in einem Ausmaß von 10, 20 oder 30 Milliarden Schilling. Alles nur auf die nächste Generation. Das ist eine Vorgangsweise, die wir ablehnen müssen! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Es wurde heute schon sehr viel darüber gesprochen, daß man das vorhandene Steuergeld wirtschaftlicher, rationaler und produktiver einsetzen müßte, als es tatsächlich geschieht. Das ist eine Forderung, die wir in unseren Vorschlägen und Konzepten immer wieder vorgebracht haben.

Herr Finanzminister! Sie hätten sich bemühen müssen bei dieser angespannten Lage der Staatsfinanzen, daß man das Konferenzzentrum, wie es seinerzeit auch in Aussicht gestellt wurde, eben nicht weiterbaut, daß man diesen Bau nicht errichtet und daß man die Geldmittel, die dafür benötigt werden, für zweckmäßigere, wirtschaftlichere und investitionsfördernde Maßnahmen einsetzt! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Warum haben Sie sich in der Regierung nicht entsprechend durchgesetzt? Sie als Finanzminister müssen ja — Sie sind ja dazu verpflichtet! — auf die kritische Situation der Staatsfinanzen im Rahmen der Regierung hinweisen und müssen auch einem Bundeskanzler sagen: Das geht nicht, das können wir momentan nicht machen, da muß man das Geld für andere, zweckmäßigere Dinge einsetzen. — Wenn Sie das nicht können, dann hätten Sie zurücktreten müssen! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie sagen immer wieder, Sie müssen sich der Parteidisziplin unterwerfen, wie es zum Beispiel auch in der Urlaubsfrage der Fall gewesen ist. Wenn Sie eine Linie haben und wenn Sie sagen: Das ist unvertretbar für die

Finanzlage des Bundes in den kommenden Jahren!, dann müssen Sie, wenn Sie sich nicht durchsetzen können, sagen: Dann stelle ich meinen Posten zur Verfügung! *(Erneute Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber Sie tun das nicht! Es gibt überhaupt keine politische Konsequenz und keine politische Verantwortung, Sie machen alles einfach mit und tun überall mit, auch wenn Sie wissen, daß das für Österreich schlecht ist und daß wir das nicht aushalten.

Das geht doch unmöglich! Ich weiß nicht, was das jetzt überhaupt ist, daß es überhaupt keine Verantwortung mehr gibt in dieser Frage.

Sie tun nichts, Sie tun überhaupt nichts dagegen, daß man jedes Jahr so viele Schulbücher wegwirft. Gar nichts machen Sie! Sie verteidigen die Ansichten des Vizekanzlers Sinowatz und anderer, denen das Geld offensichtlich keine Rolle spielt. Sie als Finanzminister müßten sagen: Der Rechnungshof hat das beanstandet, und ich beanstandete das; es muß einmal Ordnung geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Finanzminister, setzen sich ja auch nicht ein in der Frage der Bundesbahnen. Der Rechnungshof beanstandet das. Dann wird eine kleine Korrektur vorgenommen, daß die Prozentsätze der Lohnsteigerung falsch ausgerechnet worden sind. Aber effektiv steht im Rechnungshofbericht drinnen, daß durch verschiedene Dinge 6 bis 7 Milliarden Schilling nicht auszugeben wären, wenn man keine Sonderregelungen und keine Privilegien in diesem Bereich hätte.

Wir stehen auf dem Standpunkt: Ein Finanzminister müßte, auch wenn es der Gewerkschaft und dem zuständigen Herrn Minister nicht paßt, entsprechend vorsorgen und müßte sagen: So geht es nicht mehr! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Sie wissen ganz genau: Unser Grundsatz ist eben der, daß man mit dem geringsten Aufwand an Geldmitteln — das ist ein allgemeiner Grundsatz der Wirtschaft — den größtmöglichen Nutzen oder Ertrag erwirtschaften soll. Nach diesen Grundsätzen wirtschaften wir und führen wir unsere Betriebe. Ich muß schließlich auch als Geschäftsführer einen Betrieb führen mit einem Gesamtumsatz in der Größenordnung von 7 Milliarden Schilling. Es ist nicht eine

14380

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

solche Selbstverständlichkeit, daß das alles so einfach floriert.

Wir kommen nicht zu Ihnen, Herr Finanzminister, und sagen: Wir möchten gern einen Zuschuß, weil wir irgendwelche Sonderregelungen getroffen haben, die uns in die Verlustzone treiben. Wir müssen gescheit wirtschaften, und wir kriegen nichts von Ihnen. Andere Betriebe kommen und sagen: Es geht sich nicht aus, wir brauchen einen Staatszuschuß. *(Bundesminister Dr. Salcher: Was ist mit den Subventionen?)*

Wir kriegen keine Subventionen, Herr Minister. Das sollten Sie schon längst wissen. Wir müssen gescheit wirtschaften, damit wir durchkommen. Wir können nicht das Geld beim Fenster hinauswerfen, sondern wir müssen das Geld dort einsetzen, wo es wirtschaftlich wieder Nutzen bringt. Es ist auch für Sie eine Verpflichtung, daß Sie das Geld der Steuerzahler — also unser Geld — wirtschaftlich und sinnvoll einsetzen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben gestern den Vorschlag gemacht, Herr Minister, das Konjunkturausgleichsbudget in der Größenordnung von 6,2 Milliarden Schilling einzusetzen. Unter anderem — das hat mich sehr interessiert — wurde vorgeschlagen, daß man bis zu 11 000 Präsenzdiener auf Zeit einberuft und damit versucht, die Arbeitslosigkeit zu steuern. *(Abg. Dr. Wiesinger: Was sagt der Cap dazu?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgaben für diese Präsenzdiener auf Zeit sind Konsumausgaben, sind also keine Investitionen und sind keine investitionsfördernden Maßnahmen. Ich möchte darauf nicht näher eingehen. Aber in einer Zeit, in der ich jeden Schilling brauche, um ihn arbeitsplatzsichernd und investitionsfördernd einzusetzen, kann ich nicht Konsumausgaben finanzieren. Es müßten wieder Kredite aufgenommen werden für Konsumausgaben. Das ist ja ein Wahnsinn! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Von unserer Seite wurden Konzepte — ob es sich jetzt um den Mock-Plan handelt oder um das „Modell Österreich“ — und genügend Vorschläge erarbeitet. Wir haben ganz präzise unsere Vorstellungen vorgelegt. Wenn der Herr Dr. Schmidt sagt, wir hätten keine Vorschläge und keine Alternativen, dann stimmt das einfach nicht. Das ist eine bewußte Verdrehung der Tatsachen! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben in diesen Programmen gefordert: Jede unnötige Verschwendung muß eingestellt werden, Investitionen auf breiter Basis müssen durch steuerliche und kreditpolitische Maßnahmen angekurbelt werden, der Anteil am Bundeshaushalt für strukturverbessernde und investitionsfördernde Maßnahmen muß erhöht werden.

Das waren unsere Forderungen, und zu denen stehen wir. Wir sind auch bereit, in allen Gremien mitzuwirken, damit wir gemeinsam solche Maßnahmen setzen. Aber es muß auf der anderen Seite, dort, wo es möglich ist, gespart werden, um das Geld umzuschichten für solche Maßnahmen, die uns allen gemeinsam nützen. Herr Kollege Taus hat schon genau präzisiert, wie wir uns das vorstellen. Und, Herr Kollege Dr. Schmidt, Sie müssen zugeben, daß wir bei sinnvollen Maßnahmen immer mittun. Das Gegenteil können Sie nicht behaupten. Auch die Bundesländer, die von der ÖVP regierten Bundesländer, speziell Oberösterreich, haben sich immer wieder zu investitionsfördernden Maßnahmen bekannt. Das können Sie nicht bestreiten. Daher würde ich Sie bitten, daß Sie in Hinkunft nicht mehr solche Behauptungen, die nicht stimmen, aufstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß schön langsam zum Schluß kommen, muß aber doch, da eine Periode zu Ende geht, einige Punkte feststellen.

Vor fast 13 Jahren hat in Österreich die Sozialistische Partei die Regierung übernommen, zuerst als Minderheitsregierung und dann als Regierung mit einer absoluten Mehrheit. Dazu möchte ich noch sagen: Es hat vor 1970 kein konkretes Programm und keine konkreten Alternativen der Sozialistischen Partei unter der ÖVP-Alleinregierung gegeben. Aber es gibt jetzt unter einer SPÖ-Alleinregierung konkrete Vorschläge von unserer Seite. Das heißt, Sie haben immer gesagt: Die Regierung soll allein regieren, sie muß allein wissen, was sie zu tun hat, sie soll das allein verantworten. Das war Ihre Stellungnahme. Sie haben nur geschimpft, aber sonst überhaupt nichts gesagt, während wir konkrete Vorschläge erstatten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Sie waren damals ja noch nicht im Hause, Sie sind damals noch in Tirol Landeshauptmannstellvertreter gewesen, wir waren damals, schon von 1966 an, da — Kollege Sandmeier und ich sind ja gemeinsam ins Haus gekommen, auch Kollege Haas war

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

dabei —, wir können die Dinge doch ziemlich verfolgen. Was Kollege Sandmeier ausgeführt hat, war richtig und treffend. Es hat so richtig die ganze Entwicklung in diesen 16 Jahren geschildert. Und sicherlich ist zuzugeben, daß die Regierung sich nach ihren Vorstellungen bemüht, das Bestmögliche zu erreichen. Daß die Opposition von sich aus bemüht ist, im Interesse ihrer Wähler das Bestmögliche zu erreichen, und daß wir gemeinsam die Vollbeschäftigung und die Arbeitsplatzsicherung in Österreich wollen, ist, glaube ich, auch klar.

Was uns unterscheidet, sind die unterschiedlichen Wege, die dazu führen, und diese unterschiedlichen Wege sind es eben, die uns heute leider zu einer sehr harten Kritik zwingen, weil man einfach nicht bereit war, solche Vorschläge und Vorgangsweisen zu akzeptieren, die an und für sich notwendig sind, damit die Wirtschaft floriert. Wenn ich immer wieder die Leistung bestrafe und sie nicht unterstütze, wenn ich die Unternehmen belaste, wenn ich das Eigentum durch Einheitswerterhöhungen belaste, wenn ich immer wieder ankündige, mehr Urlaub, mehr sonstige Dinge, dann ist einfach nicht zu erwarten, daß der einzelne sein gutes Geld riskiert für eine Investition, bei der er nicht weiß, ob sie ihm nicht in ein paar Jahren weggesteuert wird. Das tut er nicht, und daher müssen wir eine vernünftige Politik machen.

Jetzt, nach 12 Jahren, kommen Sie darauf, daß Sie unsere Vorschläge doch in den verschiedenen Bereichen akzeptieren hätten sollen, beziehungsweise haben Sie sie in den letzten zwei Jahren auch — wie Sie gesagt haben — akzeptiert. Das bestätige ich Ihnen sogar. Aber es ist halt leider Gottes schon sehr, sehr spät, daß dieser Wechsel und der Wandel in der ganzen Wirtschaftspolitik zum Tragen kommt. Jedenfalls sind wir heute so weit, daß das Wirtschaftswachstum auf 0,5 Prozent herabgesunken ist, daß die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter wahrscheinlich über die 200 000er-Grenze hinausgehen wird, vielleicht können wir durch 10 000 Diener auf Zeit die Arbeitslosigkeit künstlich unter 200 000 halten, was ja wahrscheinlich der echte Effekt ist, sonst wird ja nicht so viel Geld für einen solchen Zweck eingesetzt.

Die Zahl der Firmenzusammenbrüche war noch nie so groß, die verstaatlichte Industrie und die verstaatlichten Banken haben große Schwierigkeiten und brauchen ständig immer wieder Geldzuschüsse. Das Eigenkapital in den privaten, gewerblichen und verstaatlichten Betrieben war noch nie so gering, die Ver-

schuldung der Betriebe hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht, die Staatsquote ist auf über 50 Prozent gestiegen, der Bürokratismus und der Staatseinfluß haben unerfreulich zugenommen, das Defizit des Bundeshaushaltes 1983 wird mit 75 Milliarden prognostiziert, wahrscheinlich wird es in der Größenordnung von 90 Milliarden Schilling sein. Wir brauchen für den Schuldendienst und für den Zinsendienst bereits 30 Prozent der Nettosteuererinnahmen. Die Neuverschuldung des Bundes wird im nächsten Jahr nicht 48 Milliarden betragen, sondern wahrscheinlich in die Größenordnung von 55 bis 60 Milliarden Schilling kommen.

Das sind also Dinge, die einfach eine Realität sind, und es ist so, daß jetzt für die Sicherung der Arbeitsplätze, für investitionsfördernde Maßnahmen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Das ist auch eine Tatsache, die uns schwer zu schaffen macht, ganz abgesehen von den Problemen, die die Finanzierung der Sozialversicherung in den kommenden Jahren bringen wird, und davon — was wir besonders bedauern —, daß der ländliche Raum kraß benachteiligt wird und daher diese Regionen stark zurückgeblieben sind.

Wir können also zusammenfassend sagen, daß diese Regierung, die so gut angefangen hat und auf einem so guten Erbe der ÖVP aufbauen konnte, weitgehend abgewirtschaftet hat und daß man, wenn ein Betrieb in Konkurs geht, die Mannschaft auswechseln muß. Und wenn eine Regierung nichts erreicht hat, sondern abgewirtschaftet hat, dann gehört diese Regierungsmannschaft ausgewechselt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was Österreich braucht, ist eine neue, leistungsfähige, verlässliche und redliche Regierung. Die zerstrittene SPÖ-Mannschaft unter Dr. Kreisky ist dazu nicht imstande, es ist daher höchste Zeit, mit einer neuen Staatsführung unter Dr. Mock eine neue Periode einzuleiten. *(Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* ^{14.38}

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky. Ich erteile ihm das Wort.

^{14.38}

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Zittmayr ist ein Vertreter der Landwirtschaft. Als wir gestern das Kapitel Landwirtschaft behandelten, fragten sich viele Freunde so wie ich: Was wäre eigentlich, wenn wir — die Regierungs-

Dr. Veselsky

partei — nicht aufstehen würden? Dann würde der Landwirtschaft das entgehen, was diese Regierung gebracht hat: Milliarden Schilling. Ich kann Ihnen sagen, Kollege Zittmayr, ich hätte eigentlich geglaubt, daß Sie zumindest auch dieser Tatsache heute etwas Rechnung tragen. Sie haben auch nicht der Tatsache Rechnung getragen, daß es historisch ganz anders war, als Sie es sagten. Sie sagten, als die ÖVP einer sozialistischen Opposition gegenüberstand, hätte diese Opposition keine Alternativen vorgelegt. Nun, ich erinnere Sie an die 1400 Experten — ich war einer davon... *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sicher! Warum lachen Sie denn so? *(Abg. Graf: Weil Sie der letzte dieser Experten sind! Sie sind der letzte der 1400!)* Ich bin stolz darauf, daß ich einer dieser Experten war. Wir haben damals ein Wirtschaftsprogramm beschlossen, das Sie immerhin weggebracht hat von der Bühne! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwitter: Wo sind die anderen 1399?)*

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen, Herr Kollege Zittmayr. Sie sagten etwas betreffend den Konjunkturausgleichs-Voranschlag: 6,2 Milliarden Schilling. Sie meinten, das würden Konsumausgaben sein, die da getätigt werden würden. Ich muß Sie jetzt bitten... *(Abg. Dr. Zittmayr: Ein Großteil!)* Sie sagen, ein Großteil, also ein Großteil von 6,2 Milliarden Schilling. *(Abg. Dr. Zittmayr: Unter anderem!)* Das müßte heißen, zumindest mehr als die Hälfte. Ich nehme die Übersicht 18 der Beilagen zum Budget und lese dort, daß im Konjunkturausgleichs-Voranschlag für Investitionen 5,3 Milliarden Schilling von 6,2 Milliarden Schilling vorgesehen sind. 5,3 Milliarden Schilling also für Investitionen und nicht für den Konsum!

Der größte Teil des Konjunkturausgleichshaushalts betrifft Investitionen, und diese werden zum richtigen Zeitpunkt getätigt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Aber das sind zusätzliche Schulden, das wissen Sie!)* Herr Kollege! Das sind zusätzliche Investitionen, und dadurch unterscheidet sich die österreichische Politik wieder positiv von der des Auslandes.

Kollege Bauer sagte: 90 Milliarden Schilling Defizit drohen für 1983, und das ist das Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik in diesem Lande. Kollege Taus sagte in einer sehr beachtenswerten Stellungnahme, die Vollbeschäftigung habe ihren Preis. Das muß man auch dem Kollegen Bauer in Erinnerung rufen: daß Keynes'sche Vollbeschäftigungspolitik das Defizit nicht als ein Unglück ansieht,

sondern als notwendige Konsequenz des Kampfes für Vollbeschäftigung.

Nun sagte Herr Kollege Taus etwas anderes. Er sagte, wir befänden uns in einer Krise. Ich möchte nichts beschönigen, sondern sagen: Ja, wir befinden uns in einer Krise. Die Welt befindet sich in einer Krise, wir leben in einer Weltwirtschaftskrise, deren Dramatik noch gar nicht voll abgeschätzt wird, von der wir noch gar nicht wissen, wie tief es noch hinuntergeht, von der wir noch gar nicht wissen, wie lange es dauert und welche verheerenden Konsequenzen im Gefolge sein könnten.

Erinnern wir uns doch: Am Ende der großen Weltwirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre standen Faschismus und Krieg. Eigentlich beendete erst der Zweite Weltkrieg diese furchtbarste aller Weltwirtschaftskrisen.

Heute, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einer Weltwirtschaftskrise schon mit ähnlichen Arbeitslosenzahlen wie damals, nur mit einem positiven Unterschied: Wir haben auch mehr Beschäftigte. Aber der Fall könnte viel tiefer werden, man hat viel mehr zu verlieren. Wir zählen gegenwärtig in der Welt über 30 Millionen Arbeitslose!

Meine Damen und Herren! Wem Zahlen nichts bedeuten, dem mögen vielleicht Berichte aus dem Ausland etwas sagen: daß man an der Ruhr demonstriert, weil dort Tausende von Stahlarbeitern vor Weihnachten ihren Arbeitsplatz verlieren werden, daß man in Detroit darangehen muß, Menschen auszuspeisen, weil sie überhaupt nichts mehr haben, von dem sie leben können. Meine Damen und Herren! Das bedeutet Not für Menschen; die unverschuldet — unverschuldet! — in diese Situation geraten, nicht weil sie faul sind, nicht weil sie untüchtig sind.

Ich darf Ihnen sagen: In meiner Familie hat dieses Schicksal auch einmal zugeschlagen. Mein Vater war sieben Jahre arbeitslos. Ich weiß, was das alles heißt, und ich weiß, wie wichtig es ist, für die Erhaltung der Beschäftigung zu kämpfen, wie wir es tun.

Diese Tatsachen kommen gegenwärtig in einer weltweiten Arbeitslosenrate von 8,6 Prozent zum Ausdruck. Ja wir stehen vor einer Revision der Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung für Österreich, wir werden auch eine höhere Arbeitslosenrate bekommen — leider, leider! Ich bedauere jeden, den dieses harte Los trifft, aber es werden bei wei-

Dr. Veselsky

tem weniger sein, nicht einmal die Hälfte, und wir halten uns damit noch gut.

Es gibt etwas, was es damals nicht gegeben hat, es gibt Inflation. Weltweit heute 7,5 Prozent im Schnitt, es ist weniger geworden. Auch hier haben wir es besser in Österreich. Wir werden im nächsten Jahr unseren Stabilitätsrekord fortsetzen.

Ich möchte das Bild nur noch etwas abrunden und sagen: Überall in der westlichen Welt, in den Industriestaaten haben die Budgets Defizite zu verzeichnen, Netto-Budgetdefizite in der Größenordnung von 6 Prozent des BIP.

Meine Damen und Herren! Wir haben dank der erfolgreichen Bemühungen unseres Finanzministers Salcher eine Reduktion des Netto-Budgetdefizits in den letzten zwei Jahren erreicht, und jetzt, mit dem Einsatz des Konjunkturausgleichs-Budgets, werden wir nicht einmal den Schnitt der westlichen Industriestaaten erreichen, weil wir eben — das möchte ich jetzt Kollegen Bauer sagen — nicht eine schlechte, sondern eine gute Wirtschaftspolitik betrieben haben.

Wir haben eine Weltwirtschaftskrise in den westlichen Industriestaaten, die den Gedanken aufkommen läßt, daß wir es eigentlich wieder mit einer Epidemie der Überproduktion zu tun haben. Aber im Osten ist es um nichts besser, das möchte ich auch mit allem Nachdruck sagen. Denn dort herrscht Mangel, Warenmangel, dort gibt es Versorgungsschwierigkeiten: aus nichts wird nichts. In Polen sind die Unruhen in erster Linie aus der Tatsache der Nahrungsmittelknappheit entstanden. Und im Süden, meine Damen und Herren, hungern Menschen, nicht weniger als 450 Millionen Menschen hungern, man spricht von Zehntausenden Hungertoten pro Tag.

Das Bild, das sich in der gegenwärtigen Situation bietet, ist traurig. Diese Weltwirtschaftskrise trifft uns hart, weil wir als Wirtschaftspolitiker eigentlich schon dachten, Konjunkturen seien nicht mehr unser Schicksal, sondern unser Wille. Aber diesen Willen hat man jetzt im Ausland zuwenig.

Ich möchte sagen, daß das Gefährlichste eine falsche Wirtschaftspolitik ist. Aber nicht die, wie sie hier betrieben wird, sondern die, wie sie im Ausland unter einer Margaret Thatcher und unter Reagan bis zuletzt betrieben wird. Ich möchte aber anerkennend feststellen, daß sich dort sehr viel zum Besseren wendet und daß wir guten Grund zur

Annahme haben, daß eine vernünftige Wende in den USA im Bereiche der Wirtschaft im nächsten Jahr eintreten kann.

Eine Weltwirtschaftskrise erfordert weltweite Abhilfen. Das müssen wir als ein ganz besonders außenhandelsabhängiges Land sagen. Je kleiner ein Land ist, umso mehr spürt es diese Abhängigkeit

Wenn wir diese weltweiten Abhilfen ganz kurz anschneiden, welche wir für erforderlich halten, so möchte ich sagen: An erster Stelle neue Ordnungselemente, vielleicht sogar im Sinne einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Wir bauten eine solche nach dem Zweiten Weltkrieg auf. (*Abg. Dr. Feurstein: Nicht wir!*)

Nein, ich war damals nicht dabei, Sie haben recht, aber die ÖVP war auch nicht dabei. Es waren vor allem die USA dabei, und es waren fortschrittliche Politiker aus der gesamten westlichen Welt dabei. Wir waren zu jung, Herr Kollege.

Wir bauten, sage ich, eine Weltwirtschaftsordnung auf, die gehalten hat. Jetzt brauchen wir eine neue, aber nicht mit weniger internationaler Zusammenarbeit, sondern mit mehr. Das Rohstoffabkommen, das wir zuletzt im Parlament beschlossen haben — bezeichnenderweise ohne Debatte, weil das im Inland niemand interessiert —, wäre ein Element einer solchen neuen Weltwirtschaftsordnung.

Wir müßten den Mut haben, dormierende Nachfrage in effektive im Sinne Keynescher Rezepte umzuwandeln, aber international konzertiert. Und wir sollen nicht auf die Innovationen warten, die vielleicht ein dritter Weltkrieg mit sich bringt, sondern wir sollten massive Forschungs- und Innovationsförderung betreiben in den Bereichen Kampf dem Hunger in der Dritten Welt, Kampf der Umweltvernichtung in den Industriestaaten.

All das bedeutet nicht Rückkehr zur Ellbogengesellschaft, sondern Zuflucht zu mehr Planung. Und Krieg ist sicherlich die schlechteste aller Konsequenzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich Österreich zuwende, so möchte ich sagen, daß wir es eigentlich viel schwerer haben als andere. Denn die Probleme sind umso größer, je kleiner ein Staat ist. Sie sind umso größer, je weniger konkurrenzfähig man ist. Und Österreich ist weder ein großer Staat noch ein übertrieben konkurrenzfähiger Staat. Wir lie-

Dr. Veselsky

gen, wo wir liegen: Wir haben keinen Zugang zu den Weltmeeren, wir sind nicht ausgestattet mit Ressourcen.

Umso mehr wiegt eigentlich der bisherige Erfolg und das Modell Österreich, das sieben Elemente aufweist: das Element der gemischten Wirtschaft, das Nebeneinander von Planung und Wettbewerb, die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, die Tatsache, daß wir Einkommens- und Preispolitik haben, den kooperativen Bundesstaat, den Austrokeynesianismus und die Strukturpolitik.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Andeutung hier machen, daß nicht nur ich, sondern viele internationale Beobachter glauben, daß in diesen österreichischen Eigenarten sogar Ansatzpunkte in Richtung dessen liegen, wohin sich eine neue Weltwirtschaftsordnung entwickeln müßte.

Wir haben auch eine Erfolgsgeschichte des Aus-der-Reihe-Tanzens aufzuweisen. Wir erzielten soziale Erfolge, bevor wir wirtschaftlich erfolgreich waren. Wir betrieben seit 1974 Vollbeschäftigungspolitik im Alleingang. Aber, meine Damen und Herren, wir stehen vor gefährlichen Sogwirkungen des Auslandes

Erstens: Hochzinspolitik. Zum Glück besinnt man sich in den USA nun eines Besseren. Man schwört dem Monetarismus ab. Hoffentlich nicht zu spät, aber man schwört ihm ab. Wir kamen in den Sog.

Deflationspolitik als zweite Gefahr, daß wir in den Sog der Deflationspolitik des Auslandes geraten. Meine Damen und Herren! Nicht ohne Grund wurde das Wort von der Gefahr des Sich-zu-Tode-Sparens geprägt. Sosehr sparen eine individuelle Tugend ist, sosehr kann sie zu einem nationalen Laster werden. Denn wenn alle gleichzeitig sagen, sie sparen doppelt so viel wie bisher, dann haben wir viel weniger Nachfrage, dann haben wir mehr Arbeitslosigkeit, und das ist die große Gefahr des Sich-zu-Tode-Sparens.

Ich möchte auch auf die große Gefahr hinweisen, daß die Sogwirkung von den konkurrenzfähigsten Volkswirtschaften ausgehen kann in Richtung einer sozialen Demontage. Das ist eine große Gefahr, der man entgegenzutreten muß.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es in Zeiten wie diesen notwendig ist, daß wir für eine internationale Zusammenarbeit wer-

ben zur Absicherung auch unserer eigenen Erfolge, die wir erreicht haben.

Ich glaube, daß wir eine Nachfragepolitik und -stützung der mittleren Linie fortsetzen müssen, und auf dieser Linie liegt dieses Budget.

Ich glaube, daß wir uns verstärkt um Strukturverbesserungen zu bemühen haben — in Zeiten wie diesen schwieriger denn je, aber notwendig.

Und ich glaube, daß wir am Stabilitätskurs festhalten müssen, was auch ein Bekenntnis zur Hartwährungspolitik einschließt.

Meine Damen und Herren! Für die Zukunft stellen sich große Probleme: Wir haben einerseits die Notwendigkeit, daß der Staat auch weiterhin zusätzlich Aufgaben übernimmt, wir haben aber andererseits eine Akzeptanzkrise. Wir haben die Notwendigkeit vor uns — und als Wirtschaftspolitiker möchte ich das offen einmal hier deponieren —, weniger der Ablaufpolitik zu vertrauen und viel mehr wieder Ordnungspolitik zu betreiben im internationalen Rahmen. Und wir haben die Problematik vor uns, daß Unwirtschaftlichkeiten bestehen in den verschiedensten Institutionen und daß mit diesen eigentlich die Zukunft schwieriger wird.

Ich glaube, daß in Zukunft gesellschaftliche Innovation notwendiger sein wird denn je und vordringlicher sogar noch als technische Innovation. Obwohl wir jeden einzelnen aufrufen, initiativ zu sein, ist es so, daß wir auch mehr Planung brauchen werden, obwohl Planung schwieriger sein wird denn je.

Zu behaupten, auf all diese Dinge auf einmal eine Antwort geben zu können, wäre ein Zuviel. Aber wir haben mit diesem Budget 1983 auf Grund der Annahmen, die zugrunde liegen, ehrlich budgetiert, und ich glaube, man muß den Vorwurf zurückweisen, daß es ein falsches Budget ist. Es haben uns die Ereignisse überrollt, es ist so, daß der krisenhafte Einbruch überraschend und stark war. (Abg. Dr. Jörg Haider: In den letzten drei Wochen sind Sie unter die Räder gekommen!)

Herr Kollege Haider! Ich habe ein bißchen wenig Zeit, ich möchte mich kurz halten. Aber ich bin gerne bereit, es Ihnen zu erklären.

Wenn ein Budget wie dieses, das ehrlich aufgebaut ist, von den Annahmen her in Frage gestellt wird, weil die wirtschaftliche Situation schlechter geworden ist (Abg. Dr.

Dr. Veselsky

Jörg Haider: Der Salcher hat einen Schmäh gemacht: Er hat 3 Prozent Arbeitslose gesagt, wo das Wifo bereits 4,2 Prozent festgestellt hat!), dann passiert folgendes, aber das können Sie noch nicht wissen, weil Sie sich noch nicht so lange mit den Dingen beschäftigen: Dann wirken die eingebauten Stabilisatoren. Und dann beginnt eine stabilisierende Wirkung allein dieser Budgetpolitik.

Aber wir haben nicht nur das getan: Wir haben noch zwei Sonderbeschäftigungsprogramme verabschiedet. Man hat uns daran hindern wollen, sie zu verwirklichen. Wir werden sie im Winter dringend brauchen, denn wir kämpfen um diese Vollbeschäftigung, wir kämpfen darum. Und nur diesem Kampf ist der Erfolg zu danken! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben diese zwei Sonderbeschäftigungsprogramme auch gegen den Widerstand der Opposition hier im Haus verwirklicht

Wir sind jetzt an dem Punkt, wo der Finanzminister sagt: Wir geben das Konjunkturausgleichsbudget in guter Zeit auch schon frei. Das sind 6,2 Milliarden Schilling zusätzlich. Ein Impuls zur Belebung der Wirtschaft, noch vor dem Winter angekündigt und in Verwirklichung genommen, ist wichtig, um diese Winterarbeitslosigkeit auch eindämmen zu helfen. Und ich wiederhole das, was ich eingangs sagte: Davon sind 5,3 Milliarden Schilling Eigeninvestitionen des Bundes.

Damit ergibt sich entgegen den Ausführungen des freiheitlichen Sprechers Bauer, entgegen den Ausführungen des ÖVP-Sprechers Zittmayr nicht eine Stagnation der Investitionstätigkeit 1983 gegenüber 1982, sondern eine gewaltige Ausweitung.

Ich bitte Sie, die Beilagen zum Budget zur Hand zu nehmen, und Sie werden dort finden: Im Jahre 1982 investive Ausgaben des Bundes von 33,8 Milliarden Schilling direkt. Diese steigen auf 46,1 Milliarden Schilling im Jahre 1983, also um 36,4 Prozent, meine Damen und Herren. Das ist unsere Antwort auf die Krise! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: Warum schreien Sie denn so?)*

Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, daß ich jetzt vielleicht etwas lauter gesprochen habe. Ich sage Ihnen, warum: Weil zuerst von Ihrer Seite die Unwahrheit gesagt wurde ebenso wie von seiten der Freiheitlichen Partei. Wir haben nicht eine Stagnation der investiven Ausgaben, sondern eine gewaltige Ausweitung, und zwar gerade durch diese

letzte Entscheidung. *(Abg. Kraft: Sie sind ja direkt zum Fürchten, wie Sie schreien!)*

Das, wovon wir uns fürchten, meine Damen und Herren, ist die Not der Menschen, die arbeitslos werden könnten. *(Abg. Kraft: Mit uns können Sie ja ruhig reden, müssen Sie ja nicht schreien!)*

Ich habe mit Ihnen sehr ruhig gesprochen, und ich möchte daher auch ruhig, zum Abschluß kommend, sagen *(Abg. Kraft: Ruhig, ja!)*:

Wenn Krise besteht — und darüber gibt es keinen Zweifel —, dann ist es eine Weltwirtschaftskrise. Wenn wirtschaftspolitische Fehler gemacht wurden, dann vor allem im Ausland. Und wenn in einem Land noch die Dinge besser sind als anderswo, dann in Österreich. Und zu der Politik, die dazu geführt hat, bekennt sich die Sozialistische Partei! *(Beifall bei der SPÖ.)* ^{14.59}

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

^{14.59}

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Wertschätzung der ruhigen Ausführungen des Kollegen Veselsky, der sich bemüht hat, die Kurve zu kratzen und trotzdem den Finanzminister nicht zu desavouieren, ist es doch, glaube ich, die Aufgabe einer kritischen Opposition, dieses Spiel mit Zahlen nicht angehen zu lassen. Denn gerade diese Budgetdebatte erfordert nach dem, was der Finanzminister heute gesagt hat, auch kritische Anmerkungen unsererseits.

Man hat in den wenigen Wochen der Budgetberatungen Glanz und Elend von Salchers Finanzpolitik miterleben können. In seiner Budgetrede war ein Finanzminister präsent, der vor Selbstvertrauen und Optimismus geradezu gestrotzt hat. Heute haben wir es mit einem Finanzminister zu tun gehabt, der in seiner Antwort unsichere und resignative Züge aufgewiesen hat, ganz einfach deshalb, weil auch er weiß, daß er das, was er uns als Erfolgsbudget für 1983 verkaufen wollte, nicht länger aufrechterhalten kann, sondern in ein gigantisches Budgetchaos hineingeschlittert ist, das es notwendig macht, schon während der Budgetberatungen bereits das Konjunkturausgleichsbudget in Angriff zu nehmen und in Wirksamkeit zu setzen. Das ist doch die totale Bankrotterklärung dieser Budget-

Dr. Jörg Haider

und Wirtschaftspolitik, wie sie uns hier vorgelegt worden ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn, meine Damen und Herren, wenn der Herr Finanzminister mit gutem Gewissen behaupten wollte, es gäbe keine Umschichtung in dem Budget, dann ist das einfach die Unwahrheit, die hier behauptet wird. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn man den jüngsten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes liest: Es sind nicht nur 5 Milliarden Schilling — wie der Kollege Zittmayr gemeint hat — umgeschichtet worden, sondern es sind jetzt weitere 2,5 Milliarden Schilling umgeschichtet worden, was im Klartext nichts anderes heißt, als daß eine Stundung der Schuldenrückzahlungen stattgefunden hat, womit jener Finanzminister, der als Umweltschutzminister von der Verantwortung für die zukünftigen Generationen gesprochen hat, als oberster Säckelwart der Republik nichts dabei findet, Belastungen auf künftige Generationen abzuschieben, die er zu verantworten hat, aber die er nicht zu bezahlen bereit ist, weil ihm das Geld ausgeht. *(Abg. Brandstätter: Nicht zu bezahlen in der Lage ist, muß man sagen!)* — Oder nicht in der Lage ist.

Wenn er daher hier hergegangen ist und heute gesagt hat, wir werden die Arbeitsplätze mit Zähnen und Klauen verteidigen, dann war das eine eher zahnlose Kampfansage, die er getroffen hat, denn auf Grund seiner falschen Einschätzungen im Budget, die er ja bereits heute zurücknehmen mußte, sind wir nämlich damit konfrontiert, daß sich diese Regierung mit ihrer Budgetpolitik in immer tiefere Widersprüche verwickelt und damit auch zur Gefährdung, zum Beschäftigungsrisiko werden wird.

Der Herr Sozialminister hat ja in der heutigen Ausgabe der „Tiroler Tageszeitung“ ganz unverblümt sein Versprechen und das Versprechen des Finanzministers zurückgenommen, daß es in diesem Jahr 1983 zu keiner Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und zu keiner Einführung der Arbeitsmarktförderungsabgabe für Selbständige und Freiberufler kommen wird. Er nimmt das heute bereits zurück. Der Sozialminister sagt klipp und klar, daß der Finanzminister von unwahren und falschen Zahlenangaben in seinem Budget ausgegangen ist. Dieser Irrtum kostet die Österreicher mindestens 3 Milliarden Schilling und maximal 4,6 Milliarden Schilling, wie wir errechnen haben lassen.

Es kommt dazu, daß man hier eine Arbeits-

marktförderungsabgabe für Freiberufler und Selbständige einführen wird, womit man eine Berufsgruppe dafür bestraft, daß sie sich selbst die Arbeitsplätze finanziert. Meine Damen und Herren, das ist das Eingeständnis eines totalen Budgetchaos, und ich kann nur dem Herrn Finanzminister mit seinen eigenen Worten erwidern: Die Worte, die man ausspricht, soll man sich gut überlegen. Er hat sich offenbar nichts überlegt, denn das, was er uns als Budget vorgelegt hat, ist in weiten und entscheidenden Passagen falsch, irreführend und führt auch dazu, daß wir die Beschäftigungssituation in Österreich nicht in den Griff bekommen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, daß wir mit dieser Budgetpolitik einen Finanzminister befaßt haben, der von der Wirtschaft so wenig versteht, der von der Budgetpolitik so wenig versteht oder so unseriös budgetiert hat, daß man, würde er im Wirtschaftsleben stehen, nicht einmal einen Gebrauchtwagen von ihm kaufen würde.

Meine Damen und Herren! Bei 74 Milliarden Schilling Budgetdefizit nur 6 Milliarden Schilling Steigerung für Investitionen zu haben, bedeutet, eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit durch eine Budgetpolitik in Angriff nehmen. Durch diese Budgetpolitik treibt man die Arbeitslosigkeit in die Höhe, wie beim Kranken das Fieber ansteigt.

Es ist einfach kein Argument für uns, zu behaupten: Wir sind erfolgreich, weil die Leistungsbilanz ausgeglichen ist. Meine Damen und Herren! Man muß ja auch die Ursachen untersuchen. Warum ist diese Leistungsbilanz ausgeglichen? Nicht, weil wir so große Erfolge auf den Exportmärkten haben, sondern weil es zu einem ganz massiven Rückgang der Importe gekommen ist, weil die Leute weniger ausgeben können, weil ein Einkommenseinbruch bereits stattgefunden hat und weil dieser Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung auch der Ausdruck des Mißtrauens in diese Wirtschafts- und Budgetpolitik ist.

Das müssen Sie bitte schön auch aus der Sicht unserer Fraktion korrigierend zur Kenntnis nehmen, weil wir es einfach nicht angehen lassen, daß der Herr Finanzminister in seiner Antwort sich hier aufführt wie der Oberlehrer des Parlaments und sagt: All das, was die Opposition vorbringt, ist Produkt eines unkritischen Pessimismus.

Vorsichtig geantwortet würde ich sagen: Wenn wir die Position eines unkritischen Pes-

Dr. Jörg Haider

simismus einnehmen, dann ist zumindest seine Position die eines dilettantischen Optimismus, den er an den Tag gelegt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Unsere Aufgabe muß es doch sein, die Wirtschaft wieder zum Mitspielen zu bringen und nicht ständig die Augen vor der Realität zu verschließen.

Damit, meine Damen und Herren, wende ich mich einem Zweig der Wirtschaft zu, der sich zurzeit mehr oder weniger auf einer Gratwanderung befindet. Es ist dies die Situation der Fremdenverkehrswirtschaft.

Wir wissen, daß der Gästeboom, wie wir ihn in den siebziger Jahren erlebt haben, vorbei ist. Wir wissen, daß durch die wirtschaftlichen Probleme in der Welt und vor allem im europäischen Raum auch das Gästeaufkommen zurückgehen wird und wir uns auf geänderte Verhältnisse einzustellen haben.

Wir müssen aber auch aus der Sicht unserer Fraktion hier festhalten — und wollen das gerne tun —, daß in den letzten Jahren gerade unter der Amtsführung von Handelsminister Staribacher große Initiativen unternommen worden sind, um im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft auch jene Spitzenposition im Wettbewerb mit anderen Tourismusländern einzuhalten, die Österreich traditionell beobachtet hat. Er war also nicht nur ein Wanderer, um das wanderbare Österreich zu propagandieren, sondern ich möchte sagen, er hat im wahrsten Sinne des Wortes seinen Schweiß für eine vernünftige Tourismuspolitik in Österreich investiert. Das sei auch aus der Sicht meiner Fraktion unumwunden anerkannt, weil wir nicht anstehen, auch positive Leistungen der Regierung zu würdigen.

Nur glauben wir, daß auch der Herr Handelsminister Staribacher sich darüber im klaren sein muß, daß die Fremdenverkehrswirtschaft durch die geänderte Situation, durch die veränderten Gästeentwicklungen in eine sehr schwierige Situation gelangt; schwierig deshalb, weil sich gerade die Fremdenverkehrswirtschaft wie kein anderer Wirtschaftszweig trotz schwierigster Wettbewerbsbedingungen in den letzten Jahren der Qualitätsverbesserung aufgeschlossen gezeigt hat, wie es beispielhaft für andere Staaten sein soll.

Die Fremdenverkehrswirtschaft hat enorme Anstrengungen unternommen, nicht nur das Förderungsangebot, das durch öffentliche Kredite eröffnet wurde, in Anspruch zu

nehmen, sondern auch darüber hinaus durch Eigeninitiative, durch Aufbringung von Eigenkapital, eine Qualitätsverbesserung in Österreich zu beobachten, um den qualitativ guten Gast anzusprechen, den wir brauchen, weil er auch in Krisenzeiten ein Gast ist, der sich den Urlaub noch leisten kann.

Beispielsweise waren 1977 im Hotelbereich nur 32,4 Prozent Qualitätszimmer vorhanden, also jene Qualität, die das Mindesterfordernis Dusche, WC beobachtet. 1982 ist diese Quote auf 52 Prozent gestiegen. Das ist eine enorme Leistung.

Dasselbe spielt sich im Bereich der Kategorienverbesserung ab, auch der Privatzimmervermieter, wo sich die Aktion Qualitätsverbesserung von Komfortzimmern sehr positiv ausgewirkt hat, aber auch zu einer nicht unbeträchtlichen Belastung der Betriebe geführt hat.

Hier möchte ich aus gegebenem Anlaß auch einmal ganz offen zu dem ständig unterschwellig auch gerade von einigen Mitgliedern der Regierungsfraktion propagierten Angriff gegenüber der Fremdenverkehrswirtschaft Stellung nehmen.

Immer wieder, wenn Ferienzeiten vor der Tür stehen, kommen irgendwelche Abgeordnete der Regierungspartei daher und behaupten, die Fremdenverkehrswirtschaft treibe die Preise in die Höhe, weil sie weiß: Jetzt gehen die Familien mit den Kindern auf Urlaub, jetzt beginnen die Semesterferien, jetzt beginnen die Sommerferien. Jetzt nützen sie diese verstärkte Nachfrage aus, um überhöhte Preise von den Menschen, die auf Urlaub gehen, und damit vor allem von den Familien zu verlangen.

Ich möchte hier klar feststellen, daß all diese Behauptungen eine ungeheuerliche Diffamierung eines der erfolgreichsten Wirtschaftszweige Österreichs sind und daß es einfach nicht angeht, weil es irgendwo minimale Überschreitungen gibt, eine erfolgreiche und in der Preispolitik sehr disziplinierte Fremdenverkehrswirtschaft pauschal zu diffamieren.

Ich habe das etwa für das Bundesland Kärnten untersucht, das ja für die Entwicklung des Tourismus eine nicht unerhebliche Bedeutung hat. Man hat im Herbst dieses Jahres 1 637 Betriebe durch die Preisbehörde geprüft. Bei diesen 1 637 Betrieben gab es 173 Beanstandungen. Davon sind 137 wegen Geringfügigkeit auszuschneiden gewesen. 25

Dr. Jörg Haider

Betriebe sind straffällig geworden. Also knapp ein Prozent aller Betriebe hat nicht jene Preisdisziplin, die bei allen dauernd in Zweifel gezogen wird.

Ich möchte also klipp und klar feststellen, meine Damen und Herren: Haben auch Sie von der Regierungspartei den Mut, unserer erfolgreichen Fremdenverkehrswirtschaft, den vielen Unternehmern im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, der Familienbetriebe zu bescheinigen, daß sie bisher trotz härtester Wettbewerbsbedingungen erfolgreich im Tourismusgeschäft tätig gewesen sind und auch eine Preisdisziplin beobachten ließen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit kommen wir zu jenem Problem, das ich schon angesprochen habe. Ich glaube, das erste Problem, das der Handelsminister in den nächsten Monaten zu meistern haben wird, ist die Tatsache, die wir in der vergangenen Winter- wie auch in der Sommersaison erkennen mußten, nämlich daß wir zwar nach wie vor erfolgreich abschneiden konnten, was den Gästezustrom betroffen hat, und zwar mit geringfügigen Unterschieden in den einzelnen Regionen, daß aber der Gast, der wieder zu uns gekommen ist, nicht mehr so kaufkräftig war wie in den vergangenen Jahren. Es ist ein enormer Einbruch bei den Nebenleistungen erfolgt, was auch zu einer Verschlechterung der Ertragssituation der Betriebe geführt hat.

Es zeigt sich die Tendenz, daß auch der gute Gast in verstärktem Ausmaß nicht mehr Leistungen im gastronomischen Betrieb in Anspruch nimmt, sondern in die Märkte und Kaufgeschäfte ausweicht, um dort billiger einzukaufen. Unser Ziel muß daher sein, vor allem im Hinblick auf die Frage der Getränkebesteuerung eine neue Lösung zu finden.

Meine Damen und Herren! Das herrschende Getränkesteuersystem ist grob wettbewerbsverzerrend und benachteiligt jene Betriebe, die sich bemühen, den Anschluß an die internationale Entwicklung zu halten, die keine Rückschläge im Tourismusgeschäft in Kauf nehmen wollen. Daher darf ich die Bitte an Sie richten, Frau Staatssekretär, nicht nur in der Steuerreformkommission Modelle ausarbeiten zu lassen, die eine Verbesserung in bezug auf die Getränkebesteuerung bringen, sondern auch einmal etwas zu tun. Ich weiß, das ist ein sehr kompliziertes Problem. Daher will ich Ihnen auch gar nicht unterstellen, daß der Wille nicht vorhanden ist, hier vorwärtszukommen. Aber das drückt die Betriebe heute wirklich, weil sich der Markt zwischen

den normalen Kaufgeschäften und den gastronomischen Leistungen, die angeboten werden, geteilt hat.

Damit Hand in Hand geht die Frage einer fortschreitenden Kapitalschwäche der Betriebe, die auf Grund ihrer Bereitschaft, Qualitätsverbesserungen vorzunehmen, Erneuerungsbedarf zu tätigen, nun Schwierigkeiten haben, die aufgelaufenen Verpflichtungen entsprechend zu bedienen. Ich mache, glaube ich, keine Enthüllung, wenn ich Ihnen hier sage, daß überall feststellbar ist, daß auch gutgeführte Familienbetriebe, gutgeführte gastronomische Spitzenbetriebe im Tourismusbereich im vergangenen Jahr nicht mehr oder fast nicht mehr in der Lage waren, die Verpflichtungen, die sie aus ihrer Investitionstätigkeit übernommen haben durch Kreditaufnahmen, aus ihrem Betrieb zu erwirtschaften.

Meine Damen und Herren! Das ist eine ernste Entwicklung, weil ich glaube, daß wir es an und für sich mit einem sehr erfolgreichen und dynamischen Wirtschaftszweig zu tun haben, der jetzt auf der Kippe steht: Entweder schafft er es, mit dieser Qualitätsverbesserung über die Runden zu kommen, oder er bricht massiv ein, wenn er durch seine wirtschaftliche Aktivität die Verpflichtungen aus der Vergangenheit nicht mehr bedienen kann. Ich denke, daß es notwendig ist, und zwar auch im Hinblick auf die Finanzierungsformen im Fremdenverkehr, im Hinblick auf qualitätsverbessernde Investitionen, neue Maßnahmen zu setzen und vor allem in der Frage der Laufzeit und der Konditionen eine Veränderung vorzunehmen.

Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß wir einen gewissen Nachholbedarf gegenüber der heimischen Wirtschaft haben. Wenn man den Zeitungen entnimmt, daß die Bundesregierung etwa dem Nachbarland Ungarn einen Kredit von 6 Milliarden Schilling zinsengünstig einräumt, um dort Tourismusinvestitionen bis hin zu Luxushotels tätigen zu können, wir aber im Inland, in Österreich, 1 Milliarde Schilling für qualitätsverbessernde Maßnahmen in den Leitbetrieben zur Verfügung haben, dann können Sie, meine Damen und Herren, nicht überzeugen, daß Sie gleiche Maßstäbe anwenden, geschweige denn unsere heimischen Betriebe bevorzugt behandeln. Wir verlangen, daß man jetzt die bestehenden heimischen Betriebe in dieser Weise fördert, damit sie ihre Verpflichtungen aus der Vergangenheit, aber auch die notwendigen Qualitätsverbesserungen für die Zukunft wahrnehmen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dr. Jörg Haider

Wir meinen also: Schützen Sie die Familienbetriebe, schützen Sie die erfolgreichen touristischen Betriebe, die wir in Österreich haben und die bisher wesentlich dazu beitrugen, daß in den Kassen des Finanzministers jenes Geld klingelt, das er auf der anderen Seite braucht, um seine vielfältigen Verpflichtungen erfüllen zu können!

In diesem Zusammenhang ein ernstes Wort an all jene, die im Bereich der Sozialversicherung tätig sind. Der fortschreitende Versuch, eine Trinkgeldabgabentrachtung bei Krankenversicherungsbeiträgen einzuführen, ist ein glatter Unsinn. Das ist ein Unsinn gerade zu einem Zeitpunkt, wo im Tourismusbereich Mitarbeiter gesucht und gefunden werden müssen, die bereit sind, eine enorme Leistung und damit auch einen positiven Service gegenüber dem Kunden, gegenüber dem Gast zu erbringen. Jetzt geht man her und versucht, auch diese Trinkgelder in einer ungeahnten Art und Weise zu besteuern, was dazu führt, daß die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter im gastronomischen Bereich bzw. im gesamten Fremdenverkehrsbereich sehr stark reduziert wird, ganz zu schweigen davon, daß es auch immer komplizierter wird für die Betriebe, die Abrechnungen vorzunehmen. Wenn man sich vor einem Jahr einen Computer gekauft hat, um in einem Hotel die Lohnverrechnung durchzuführen, dann kann man ihn schon wieder wegschmeißen, weil diese Trinkgeldbesteuerung einfach nicht mehr automatisierbar ist.

Ich darf Sie daher auch in dieser Hinsicht ersuchen, darüber nachzudenken, welchen Schaden Sie langfristig anrichten, wenn Sie jetzt, nur weil Sie nicht in der Lage sind, in Ihren Sozialversicherungskassen Ordnung zu halten, Trinkgeldbesteuerungen vornehmen, die sich negativ auf die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter auswirken; jener Mitarbeiter, die wir brauchen, um den Gast in Österreich zufriedenstellen zu können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum dritten — das darf ich auch an die Adresse des zuständigen Handelsministers oder an die Frau Staatssekretärin richten — glaube ich, daß es notwendig ist, in der Frage der Ausbildung des Personals Verbesserungen vorzunehmen. Wir haben bei der letzten Novelle zum Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz einen ersten Schritt in Richtung Anrechnung von Freigegegenständen bei der Lehrlingsausbildung gemacht. Das System funktioniert aber noch nicht, und wir haben in wachsendem Ausmaß das Problem, daß viele Bundesländer in gesonderten Aktionen,

wie etwa Kärnten, den englischen Markt stark bewerben. Jetzt bekommt man im verstärkten Ausmaß englische und amerikanische Gäste nach Österreich, aber man hat kein Personal, das die Gäste, die der heimischen Sprache nicht kundig sind, bedienen kann. Auch das ist eine Frage, die gelöst werden muß, wenn man erfolgreich Fremdenverkehrspolitik für die Zukunft machen will.

Damit zusammenhängend — das darf ich abschließend sagen — ist die Frage der Orientierung der Fremdenverkehrswerbung. Auch die Fremdenverkehrswerbung hat bisher viel zu stark auf Streumaßnahmen und zuwenig auf selektive Marktnischen Wert gelegt. Es wäre gerade im Hinblick auf die Bedeckung und auf das Erfordernis, die Vor- und Nachsaison besser zu bedienen, notwendig, die Möglichkeiten mit gezielten Aktionen auszunützen, und zwar nicht mit Plakaten von irgendwelchen Künstlern, sondern mit selektiven Aktionen in den jeweiligen Regionen, die man für einen Urlaub in Österreich gewinnen will.

Daß es hier sehr schöne Erfolge von jenen Fremdenverkehrsämtern gibt, die länderspezifisch den deutschen Raum, den holländischen Raum, den englischen Raum und den amerikanischen Raum in den letzten Jahren beworben haben, ist eine Tatsache. Nur muß das auch von seiten des zuständigen Ministers entsprechend unterstützt werden, um die Aktionen zu koordinieren.

Das wären die Wünsche aus der Sicht meiner Fraktion in aller Kürze an die Adresse des Handelsministers und der Frau Staatssekretär gerichtet, wobei wir wirklich nicht unzufrieden sind mit ihren Initiativen.

Erlahmen Sie bitte aber nicht, weil gerade die Fremdenverkehrswirtschaft ein derart enormer Faktor und Devisenbringer für uns ist, daß wir nicht darauf verzichten können, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik wieder zu beginnen, ohne auf die Erfordernisse des Fremdenverkehrs Rücksicht zu nehmen.

Ich glaube, es wäre noch genug Arbeit zu tätigen, um jenen wichtigen Zweig des Fremdenverkehrs in Österreich auch weiterhin international an der Spitze zu halten. *(Beifall bei der FPÖ.)* 15.21

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Landgraf.

15.21

Abgeordneter **Landgraf** (ÖVP): Sehr geehr-

Landgraf

ter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich als Sektionsobmann der Sektion Fremdenverkehr der Handelskammer Oberösterreich finanziell in der Lage wäre, so würde ich den Herrn Kollegen Haider sehr gerne als Manager engagieren. Ich danke ihm sehr herzlich für seine objektiven Bemerkungen, die er hier gemacht hat und die alle zutreffen.

Einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Sallinger: Er hat heute hier gemeint, wir sollten in dieser schwierigen Wirtschaftssituation mit Mut und gesundem Optimismus eine aktive Wirtschaftspolitik anpeilen, weil dies der Gesamtstruktur der österreichischen Wirtschaft entspricht.

Unsere Wirtschaft besteht vorwiegend aus Klein- und Mittelbetrieben, die zusammen über zwei Drittel aller Arbeitskräfte beschäftigen. Ich glaube daher, man müßte die Arbeitsplätze so sichern, daß in erster Linie eine Wirtschaftspolitik gemacht wird, die diesen Strukturen gerecht wird.

Die Regierung allerdings und auch Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, sehen leider alles zu sehr aus der Perspektive der Großbetriebe. Und Ihre Bekenntnisse, sich für Klein- und Mittelbetriebe einzusetzen, sind bedauerlicherweise nur Lippenbekenntnisse geblieben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf erinnern an die Haltung des Herrn Bundeskanzlers und auch Ihrer Fraktion bei der Debatte über den 3,5-Milliarden-Zuschuß an die verstaatlichte Industrie. Wir von der ÖVP haben Ihnen hier unser Ja gegeben. Sie allerdings waren nicht bereit, auch den Klein- und Mittelbetrieben die notwendige Unterstützung zu gewähren. Ich muß als Linzer Abgeordneter im Hinblick auf die VOEST hier feststellen: Sie haben — voran der Herr Bundeskanzler als zuständiger Ressortchef — bis heute kein Sanierungsprogramm für die verstaatlichten Betriebe vorgelegt.

Die divergierenden Aussagen der Regierungsmitglieder dazu, aber auch zur Arbeitszeitverkürzung und zur Urlaubsverlängerung, mit oder ohne Lohnausgleich, zeigen uns doch deutlich, daß Sie die Dinge nicht mehr im Griff haben. Ich bezeichne das als eine passive Wirtschaftspolitik, denn Ihre Politik zielt nicht darauf ab, die Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, sondern die Arbeitslosigkeit auf alle Österreicher zu verteilen.

Ich frage Sie: Was soll denn eine Arbeits-

zeitverkürzung etwa in der Gastronomie und Hotellerie? Was soll denn in dieser Branche geschehen, die doch vorwiegend in Familienbetrieben strukturiert ist? Und was soll denn das in einer Zeit, in der der Gast mit Recht von den Gastwirten und den Beherbergungsbetrieben noch mehr Service und noch mehr Leistung verlangt? Ich frage Sie: Was wäre das wohl für ein Sturm der Entrüstung, vor allem was hätte das für Auswirkungen, wenn in der Fremdenverkehrsbranche so vorgegangen würde, wie der Herr Minister Dallinger so leichthin darstellt, daß es möglich wäre?

Ich stelle hier gerade an den Herrn Minister Dallinger die Frage — es tut mir leid, daß er nicht da ist, aber ich darf diese Frage auch an Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Sozialistischen Partei, richten —: Wie beurteilen Sie die Arbeitszeit der Gastwirte, vor allem aber der Gastwirtinnen in deren Familienbetrieben, wenn man daran erinnert, daß die durchschnittliche Arbeitszeit von Gastwirtinnen und Gastwirten in unseren Betrieben 12 bis 14 Stunden pro Tag beträgt? Wenn man weiterhin bedenkt, daß 80 Prozent der Fremdenverkehrsbetriebe Familien- und Kleinbetriebe sind, so wird die Leistung dieser Betriebe für den Fremdenverkehr und damit für Österreich richtig erkennbar. Man muß das auch hier klar und deutlich feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin selbst ein Gastwirt und möchte daher, meine Damen und Herren, nicht verabsäumen, meinen Kolleginnen und Kollegen in den Fremdenverkehrsbetrieben von dieser Stelle aus für ihre Leistung für Österreich sehr herzlich zu danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Herr Minister Dallinger redet hartnäckig weiter von der Arbeitszeitverkürzung, als gäbe es in Österreich nur Industriebetriebe. Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, stimmen dem offensichtlich zu. Sie lehnten ja auch unseren Antrag auf Volksabstimmung über die Urlaubsverlängerung ab, und zwar in der gleichen bedenkenlosen Weise, wie Sie auch das Ergebnis der Volksbefragung einfach ignorierten.

Ich möchte noch kurz auf einige gesetzliche Bestimmungen zu sprechen kommen, die es den Betrieben in der Dienstleistungsbranche, vor allem im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft, immer schwerer machen, nicht in Konflikt mit diesen Gesetzen zu kommen.

Ich nenne hier beispielgebend das Kinder-

Landgraf

und Jugendbeschäftigungsgesetz, das der Fremdenverkehrsbranche unter Strafandrohungen Regelungen aufzwingt, die wider die Natur dieser Branche sind. Ich habe, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits hiezu unsere Meinung anlässlich der Debatte über die Novellierung des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes abgegeben.

Ich möchte an einem Beispiel aufzeigen, wie wirklichkeitsfremd diese Bestimmungen sind: Wenn heute etwa Vater und Sohn gemeinsam zum Gastwirt kommen und ihn bitten, ob der Lehrling statt pro Woche zwei freie Tage alle zwei Wochen vier freie Tage konsumieren kann, damit er zur Familie fahren und mit ihr ein paar Tage zusammen verbringen kann, dann läßt dies das Gesetz nicht zu, obwohl alle Beteiligten damit einverstanden wären.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang stelle ich hier ausdrücklich und klar noch einmal fest: Kein Mitarbeiter, kein Jugendlicher, kein Lehrling soll in unseren Betrieben schlechtergestellt sein als in anderen Branchen. Aber wir glauben, das Gesetz sollte hier flexiblere Möglichkeiten bieten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Staatssekretär Lacina hat hier im Parlament am 30. November 1982 erklärt, für die Regierung seien alle Arbeitsplätze gleich. Das höre ich sehr gerne. Allerdings sollte man auch danach handeln.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: Die ÖVP hat der Verstaatlichten die Hilfe von 3,5 Milliarden Schilling nicht verweigert. Ich muß dazu als Linzer, als oberösterreichischer Abgeordneter sagen: Ich habe dem gerne zugestimmt, weil ich die Situation in der verstaatlichten Industrie, insbesondere in der VOEST, kenne und mir auch die Zusammenhänge dadurch sehr gut bekannt sind.

Wenn die Menschen keine Arbeit mehr haben, wenn sie nicht mehr genügend Arbeit haben, wenn sie nicht mehr genügend verdienen, dann wirkt sich das auf die Gesamtwirtschaft aus. So auch im Raume Linz, so auch im Raume Oberösterreich. Aber die Gleichbehandlung der Arbeitsplätze und ihre Gleichbehandlung hält eben einer kritischen Prüfung nicht stand.

Im Fremdenverkehr sind 127 000 Unselbständige beschäftigt. Ich möchte es nicht verabsäumen, auch diesen unseren Mitarbeitern von dieser Stelle aus für ihre Leistung im

Fremdenverkehr herzlich zu danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zählt man zu unseren Mitarbeitern aber auch die Unternehmer und ihre Angehörigen, dann erhöht sich diese Zahl auf über 300 000 Beschäftigte im Fremdenverkehr.

Und wir haben in unseren Fremdenverkehrsbetrieben mit Stichtag 31. Dezember 1981 16 081 Lehrlinge beschäftigt gehabt.

Meine Damen und Herren! Der Fremdenverkehr erbringt 12 300 Millionen Schilling an Steuern und erhält dafür eine Bundesförderung von 451 Millionen Schilling. Ich habe mir erlaubt, das einmal graphisch darstellen zu lassen *(zeigt)*, weil ich glaube, daß das anschaulich und deutlich beweist, welche Leistungen hier erbracht werden.

Auf der anderen Seite darf ich Ihnen sagen, wie sich zum Beispiel das Land Oberösterreich verhält. Im Landtag wurde das Budget für 1983 beschlossen, und hier sind 6 Milliarden Schilling für die Wirtschaft vorgesehen und dazu noch ein Sonderprogramm von 220 Millionen Schilling.

Sie mögen, bitte, aus meinen vorhergehenden Ausführungen ersehen, daß es in der Fremdenverkehrswirtschaft ein Vielfaches an Arbeitsplätzen, gemessen an der verstaatlichten Industrie, gibt, aber nicht ein Sechstel an Förderungsmitteln. Und das ist meiner Meinung nach keine Gleichbehandlung. 9 100 Millionen Schilling an Devisenerträgen erbringt der Fremdenverkehr. Das sind nach Abzug der Tourismusaussgaben der Österreicher im Ausland 59,7 Prozent zur Abdeckung des Außenhandelspassivums.

Ich glaube, daß diese Zahlen deutlich untermauern, welche Leistung hier für die Gemeinschaft und für unseren Staat erbracht wird.

Wir sind als Fremdenverkehrsunternehmer durch Gesetze gezwungen, in sehr vielen Fällen unbezahlte Zwangsarbeit für den Staat zu verrichten: Krankenkassenbeiträge, Beiträge für die Pensions- und Unfallversicherung und viele andere Gebühren, Abgaben und Steuern müssen eingehoben, verrechnet und abgeführt werden, ohne für diese Arbeit auch nur irgendwie entschädigt zu werden. Alle Anregungen und Anträge unsererseits auf Vereinfachung der Verrechnungsmodalität wurden nicht beachtet, im Gegenteil, sie wurden abgelehnt. Und es kamen neuerliche Belastungen dazu.

14392

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Landgraf

Die steuerliche Überbelastung und die damit immer geringer werdende Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zum Ausland habe ich hier im vorigen Jahr anschaulich aufgezeigt. Trotz Steuerreformkommission und einstimmiger Beschlüsse auf dem Österreichischen Fremdenverkehrstag — Frau Staatssekretär Albrecht, Sie werden sich erinnern — ist es bisher zu keiner Lösung gekommen.

Nach wie vor — jetzt darf ich auf einige Details eingehen, es tut mir leid, daß der Herr Minister nicht persönlich da ist (*Staatssekretär Anneliese Albrecht: Er kommt gleich!*) — wird der wirtschaftlichen Landesverteidigung und im Zusammenhang damit auch der Nahversorgung und dem Zivilschutz viel zuwenig Bedeutung auch in finanzieller Hinsicht beigemessen. Es geht nicht an — ich bitte die Frau Staatssekretär, das weiterzugeben —, daß uns der Herr Minister erklärt, es seien andere Minister oder Ministerien zuständig. Wir haben in Österreich eine umfassende Landesverteidigung, und damit ist auch Herr Minister Staribacher verpflichtet, endlich auf diesem Sektor Maßnahmen zu ergreifen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für den österreichischen Fremdenverkehr, besonders aber für uns in Oberösterreich — so aber auch für Niederösterreich und für Wien —, ist die Kombination mit dem Personenschiffsverkehr auf der Donau ein wesentlicher Bestandteil infrastruktureller Maßnahmen.

Bei der DDSG mangelt es derzeit an Ausflugschiffen, und dadurch reißen immer mehr ausländische Schifffahrtsgesellschaften das Geschäft auf der österreichischen Donau an sich. Wenn Herr Minister Salcher feststellt, er habe für die Anschaffung von Schiffen kein Geld, muß ich dazu folgendes sagen: Oberösterreich, Niederösterreich und auch das Bundesland Wien hatten sich bereit erklärt, Beiträge zur Anschaffung von Ausflugschiffen beizustellen. Der Herr Minister Salcher stellt allerdings fest, er habe dafür kein Geld.

Ich glaube, das ist wiederum ein Beispiel dafür, daß Steuergelder unzweckmäßig eingesetzt werden. Ich denke dabei selbstverständlich an das Konferenzzentrum. Dieses Konferenzzentrum ist unzweckmäßig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ein Teil der dafür verwendeten Steuergelder hätte zum Beispiel für die Anschaffung von Schiffen verwendet werden können.

Probleme gibt es auch im Zusammenhang

mit dem zu erteilenden Luftfahrtsrecht, und hier kommt es, Frau Staatssekretär, zu Schwierigkeiten bei Charterflügen. Gerade jetzt, wo es auch im Fremdenverkehr zu Stagnationen kommt, muß doch jede Bemühung, Gäste in unser Land zu bringen, Vorrang haben.

Ich möchte Sie also auffordern, Vorkommnisse, wie sie sich zuletzt bei einer italienischen Chartergesellschaft ereignet haben, in Zukunft hintanzuhalten.

Es wurde heute schon gesagt — man könnte ein Lied zumindest eingangs ein bißchen umformulieren: Alle Jahre wieder kommt der Dr. Schranz, kommt der Dr. Schranz mit seiner Anfrage wegen familienfreundlicher Angebote in den Ferienwochen. Ich vermerke dankbar, daß Herr Minister Staribacher in seiner Beantwortung eine objektive Stellungnahme abgegeben hat.

Herr Minister Staribacher hat dabei auch, wie manches Mal vorher, auf die Preisdiziplin der Fremdenverkehrsbetriebe hingewiesen. Wenn allerdings diese Betriebe, meine sehr geehrten Damen und Herren, Preisdiziplin gehalten haben, wie es auch vom Minister bestätigt wurde, dann frage ich mich, wie es dann andererseits mit der Preisdiziplin beim Herrn Minister Dr. Salcher oder auch beim Herrn Landwirtschaftsminister aussieht.

Ich denke dabei — ich sage das jetzt ganz bewußt — an die preistreiberischen Maßnahmen, die von beiden Ministerien gesetzt wurden oder noch gesetzt werden sollen. Es handelt sich um die Pachtzinserhöhung für Seeufergrund. Meine Damen und Herren! Von 4 S pro Quadratmeter auf 80 S hinaufzugehen, das scheint mir eine Preistreiberei zu sein! Erst auf unsere wiederholten Interventionen und besonders auf meine Interventionen ging man dann auf 16 S pro Quadratmeter zurück.

Was kommt aber jetzt? — Jetzt kommt eine wesentlich kräftigere Preiserhöhung. Nehmen wir den Attersee als Beispiel her. Dort gab es bis jetzt für Bojen keine Abgaben. Jetzt soll nicht erhöht, sondern neu festgesetzt werden auf 4 000 S!

Meine Damen und Herren! Es gab Gespräche darüber. Ich möchte im Detail nicht darauf eingehen. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Gradenegger.*) Ich werde das in einer Anfrage an den Herrn Minister noch machen.

Frau Staatssekretär, ich bitte, das dem

Landgraf

Herrn Minister zu sagen: Mir scheinen ein SPÖ-Bezirksstellensekretär oder ein Betriebsrat von Lenzing nicht die zuständigen und kompetenten Gesprächspartner zu sein, wenn man die Anrainer-Bürgermeister und die Fremdenverkehrsobmänner zu solchen Gesprächen nicht einlädt.

Ich werde das aber in einer schriftlichen Anfrage vorbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gäbe natürlich noch viel aufzuzeigen. Ich möchte auch nicht behaupten, daß keinerlei positive Arbeit im Bereich des Ministeriums geleistet worden wäre. Gerade im Bereich Ihres Ministeriums, Frau Staatssekretär, haben Sie Beamte, die sich mit viel Fachwissen, Einfühlungsvermögen und Energie für den Fremdenverkehr einsetzen. Ich möchte an dieser Stelle stellvertretend für alle Herrn Sektionschef Dr. Jagoda und ganz besonders Herrn Ministerialrat Dr. Würzl für ihren Einsatz sehr herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir anerkennen gerne auch die Arbeit des Herrn Ministers und seinen guten Willen, aber für die Regierungspartei und so auch für den Herrn Minister gibt es eben Maulkörbe und einen Generalbevollmächtigten. Die Folge davon ist, daß wir dem Herrn Minister den Vorwurf machen müssen, daß er sich bei allem guten Willen nicht durchsetzen kann, und da bleiben eben die erwünschten Erfolge aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lade Sie, Herr Minister, ein, mit uns gemeinsam vernünftige Lösungen zugunsten einer aktiven Wirtschaftspolitik zu suchen und den verhängnisvollen Weg des blinden Vertrauens in den alles regelnden Staat als passive Strategie zu verlassen. Sie werden dann in uns Partner haben, um unsere Wirtschaft wieder gesund zu machen. Mit Ihrer bisherigen falschen Wirtschaftspolitik allerdings werden Sie im wahrsten Sinne des Wortes eine Arbeit-nehmer-Partei, und aus diesem Grund lehnen wir das Budget auch ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.41

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Egg.

15.41

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Landgraf hat hier zu Beginn seiner Ausführungen festgestellt, daß die Bekenntnisse der Sozialisten zur Mittel- und Kleinbetriebspolitik nur Lip-

penbekenntnisse gewesen seien und keine positiven Wirkungen erzielt hätten.

Ich darf daran erinnern, daß seit dem Jahre 1970 immerhin etwas mehr als 50 Milliarden Schilling der mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden und in diesem Zusammenhang sicher auch schon vor 1970, aber auch nachher eine Reihe von Instrumentarien geschaffen wurden, eine große Palette von Förderungsmaßnahmen fixiert wurde, die es immerhin ermöglicht haben, daß diese fast 90 Prozent der österreichischen Wirtschaft maßgeblich dazu beitrugen, daß die Wachstumsverlangsamung, die die ganze Weltwirtschaft erfaßt hat, bei uns nicht in jenem Maße eingetreten ist, wie das in anderen Konkurrenzländern der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das, verehrte Damen und Herren, beweist doch, daß die sozialistische Regierung im Rahmen dieser internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, im Rahmen der Bewältigung dieser nachhaltig vorhandenen Strukturprobleme und zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit alle Möglichkeiten ausschöpft, um der österreichischen Wirtschaft das Überleben im Rahmen dieser Weltwirtschaftskrise sicherzustellen.

Ich darf in diesem Zusammenhang und unter Hinweis auf das Budgetkapitel Handel doch daran erinnern, daß die Wirtschaftsförderung in unserem Lande in den letzten Jahren einen immer zentraleren Begriff dargestellt hat und darüber hinaus auch entsprechend finanziert worden ist.

Wir verfügen in Österreich im internationalen Vergleich über überdurchschnittlich ausgebauten indirekte steuerliche Investitionsförderungen. Und neben diesen generell wirkenden Maßnahmen wurden zusätzlich für verschiedene Wirtschaftsbereiche spezifisch und direkt wirkende Investitions- und Exportförderungsmaßnahmen ergriffen.

Es war auch möglich, im Jahre 1982 die Instrumentarien der steuerlichen Förderungstätigkeit wesentlich zu verbessern.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen und erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß die Einführung der gewinnunabhängigen Investitionsprämie für Betriebsneugründungen sehr beachtlich in Anspruch genommen wird, daß mit dem 1. Beschäftigungsprogramm und dann ergänzend mit dem 2. Beschäftigungsprogramm immerhin dafür gesorgt wurde, daß Investitionsprämien mit

14394

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Egg

8 Prozent fixiert werden hinsichtlich der entsprechenden Prämien und bis Ende 1985 verlängert wurden.

Die vorzeitige Abschreibung beträgt ab 1982 40 Prozent für bewegliche Güter, und die Möglichkeit, steuerfreie Spenden für Forschungszwecke zur Verfügung zu stellen, wurde im Jahre 1982 entsprechend ausgeweitet.

Im Budget selber, was Handel, Industrie und Gewerbe anbetrifft, haben die Förderungskredite einen Anteil von immerhin 74,7 Prozent erreicht, und es wurde im Vergleich zu 1982 dieser Betrag, der zur Verfügung gestellt wurde, um 143 Millionen Schilling höher veranschlagt.

Durch die Novellierung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes hat die bisherige Förderung für kleine und mittlere Unternehmen eine weitere, nicht unbeachtliche Verbesserung erfahren.

Und immerhin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte man sich auch daran erinnern, daß im Handelsbudget der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1970 das Kreditvolumen, das damals gefördert wurde, 1,4 Milliarden Schilling betragen hat, während das Kreditvolumen 1981 schon das Siebenfache, nämlich mehr als 10 Milliarden Schilling, betragen hat. Auch hier wird deutlich, daß auf diesem Gebiet sehr weitgehend auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Notwendigkeiten eingegangen wurde. Immerhin sind damit die Kredite fast um das Siebenfache angestiegen.

Aber auch im Wirtschaftsjahr 1981 und 1982 sind die Investitionen im Ausmaß von rund 8 Milliarden Schilling gefördert worden, was immerhin etwa 3 300 Arbeitsplätze sichert.

Wenn im Budgetjahr 1982 für die direkte Förderung der Wirtschaft 1 588 Millionen zur Verfügung gestanden sind, so sind es im Jahre 1983 aller Voraussicht nach 1 734 Millionen Schilling. Dazu kommt, sehr verehrte Damen und Herren, daß für das Jahr 1983 im Rahmen der Arbeitsmarktförderung, und das ist letztlich auch dem erweiterten Bereich zuzuzählen, immerhin 1 800 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Erinnern wir uns: Im Jahre 1970 waren es lediglich 160 Millionen Schilling.

Aber auch zum Fremdenverkehr ist doch einiges Grundsätzliches im Hinblick auf die besondere Situation und Stellung Österreichs in diesem Zusammenhang zu sagen.

Zweifelloos hat er nicht nur ausschlaggebende Bedeutung für die Entwicklung der Leistungsbilanz. Fremdenverkehr ist selbstverständlich auch für die Arbeitsplatzsicherung eine der tragenden Säulen. Daher hat die sozialistische Regierung schon rechtzeitig, nämlich 1980, dafür vorgesorgt, daß mit einem eigenen Förderungsprogramm, wofür ein Budgetvolumen von 8,2 Milliarden Schilling vorgesehen ist, die notwendigen Voraussetzungen für eine entsprechende aktive Politik im Fremdenverkehrsbereich geschaffen werden können.

Die Tatsache, daß der Einbruch im Fremdenverkehrsbereich sich erst jetzt da oder dort deutlich macht, ist sicherlich dieser vorausschauenden Politik der sozialistischen Regierung im Fremdenverkehrsbereich zuzuschreiben.

Eine Reihe von Aktionen für die Fremdenverkehrsunternehmen wurden in den letzten Jahren durchgeführt. Für überregionale Fremdenverkehrsvorhaben sind im Budget 1983 immerhin 50 Millionen als Kreditkostenzuschüsse vorgesehen. Insgesamt sind für die Förderung im Fremdenverkehr im Budget 400 Millionen eingeplant.

Daß der Fremdenverkehrswerbungsansatz gleich bleibt, ist zwar bedauerlich, aber unter anderem vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß die Länder nicht bereit waren, hier entsprechende zusätzliche Erhöhungen mit dem Bund gemeinsam durchzuführen. Immerhin aber ist auch das Werbebudget von 1970 auf 1982 um mehr als 100 Millionen Schilling angehoben worden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir alle wissen, daß die internationale Wirtschaftsrezession und die steigende Zahl der Arbeitslosen in jenen Ländern, aus denen unsere Gäste nach Österreich kommen, natürlich die Tätigkeit unserer Fremdenverkehrsunternehmen immer schwerer macht. Uns ist absolut klar, daß dieser internationale Einbruch hinsichtlich der Vollbeschäftigung sich einfach nicht ohne negative Folgen in Österreich bemerkbar machen kann.

Trotzdem, sehr verehrte Damen und Herren, war es auch im Jahre 1982, zumindest noch in den Bundesländern Tirol und Burgenland, möglich, eine entsprechende Steigerung der Nächtigungszahlen herbeizuführen. Sicher sind die finanziellen Leistungen nicht mehr jene, die wir gerne im Fremdenverkehrsbereich erwarten würden. Es ist auch noch die Wintersaison 1982 eine durchaus

Egg

positive, die Sommersaison allerdings hat einen entsprechenden Einbruch gebracht, der uns auch weiterhin dazu veranlaßt und verpflichtet, die Leistungsfähigkeit des Fremdenverkehrs auszubauen, und das gemeinsam, nicht nur der Bund allein, sondern mit den Ländern und mit den Gemeinden, um in Zukunft auch die entsprechende Basis für weitere Erfolge im Fremdenverkehr und für die Erhaltung eines Trägers unseres Ausgleichs der Leistungsbilanz sicherzustellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in der Wirtschaft sind die Konsumenten meistens die Schwächeren, und der Konsumentenschutz, den wir seit längerer Zeit im Rahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie haben, ist sicher nicht nur notwendig, sondern auch eine der wichtigen Aufgaben im Interesse der österreichischen Konsumenten.

Ich darf ganz kurz daran erinnern, welche Leistungen in diesem Zusammenhang Frau Staatssekretär Albrecht mit ihrem Büro und in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister zu erbringen in der Lage war.

Die Deklaration von Preis, Qualität und Lebensdauer von Produkten haben das Einkaufen überschaubarer gemacht. Die Standardisierung von Packungsgrößen, die Erweiterung der Preisauszeichnungspflicht, die Angabe von Füllgewicht, die Festlegung des Ablaufdatums, die Kennzeichnung der Textilien und die Pflegeanleitungen waren Marksteine in der Überschaubarkeit der riesigen Quantitäten an Waren, die, vom Inland und vom Ausland erzeugt, unserer österreichischen Bevölkerung angeboten wurden.

Wenn die Möbelkennzeichnung und Energiesparhilfen durch Angabeverpflichtung des Verbrauchs bei elektrischen Geräten nun auch schon in der Bevölkerung Platz greifen, wenn der Rücktritt vom Kauf innerhalb von sieben Tagen gesetzlich geregelt ist und wenn die Reisebürobeschwerdekommissionen sehr weitgehend in der Lage sind, schon allein durch ihre Existenz vorbeugend zu wirken, so zeigt sich hier eine sehr zähe, erfolgreiche und segensreiche Arbeit für alle Österreicherinnen und Österreicher als Konsumenten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Gesetzentwurf betreffend die gefährlichen Produkte, der nun im Unterausschuß — so hoffen wir — noch vor den Nationalratswahlen einvernehmlich einem Beschluß zugeführt werden kann, sieht unter anderem

einen Produktsicherheitsbeirat vor, und wir hoffen, daß dieses Gesetz als Markstein im Rahmen des Konsumentenschutzes auch tatsächlich schon im kommenden Jahr in Kraft treten kann.

Aber auch Anregungen zur Verbesserung der Vollziehung des Lebensmittelgesetzes sind in Ausarbeitung, und die Einführung der Produkthaftung wird vorbereitet, um Entschädigungen sicherzustellen. Ich darf daher heute diesen Anlaß meines Diskussionsbeitrages zu diesem Budget dazu nützen, um der Frau Staatssekretär Albrecht für ihre Arbeit im Rahmen des Staatssekretariats recht herzlich im Namen der sozialistischen Fraktion, vielleicht auch namens des ganzen Hauses zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie hat sich in ihrer stillen Art mit entsprechenden Leistungen bei ihrer Tätigkeit ausgezeichnet und wird uns sicherlich in ihrer zukünftigen Arbeit auch weiterhin wertvolle Schützenhilfe in diesem Bereich — in der Konsumentenpolitik — zu leisten vermögen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Ausgleich der österreichischen Leistungsbilanz darf ich bitte auch einige wenige Überlegungen anstellen. Zum ersten ist es vielleicht einmal notwendig, darauf hinzuweisen, daß seit dem Jahr 1950 immerhin 507 Milliarden Schilling zur Förderung des Exports insgesamt in Österreich zur Verfügung gestellt werden. Nahezu die Hälfte aller österreichischen Ausfuhren im Rahmen der Exportförderung wurde damit erfaßt. Hier zeigt sich also, wie vorausschauend, insgesamt gesehen, auf diesem Gebiet aktive Tätigkeiten tatsächlich realisiert wurden. Letztlich ist das auch mit einer der Ursachen dafür, daß die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Produkte trotz der harten Konkurrenz des Auslandes besser als vor fünf Jahren ist und daß sich die Außenhandelsbilanz, aber auch die Leistungsbilanz entsprechend verbessert hat, wenn man die Vergleiche zu den vorhergehenden Jahren mit anführt.

Dasselbe gilt insbesondere auch für die Bilanz im Agrar-Außenhandel, denn hier ist es nun soweit, daß die Importe zu mehr als 50 Prozent durch Exporte gedeckt sind. Und das, sehr verehrte Damen und Herren, sind beachtliche Leistungen, da sich viele Länder in ihrem eigenen Bereich immer stärker durch Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren ausländischer Waren schützen und auf diese Art und Weise unsere Exportoffensive natürlich mit entsprechenden zusätzlichen Schwierigkeiten versehen.

14396

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Egg

Ein langfristiger Vergleich hinsichtlich des Exportvolumens ist aber vielleicht doch noch notwendig, denn die Güter- und Dienstleistungen haben in Österreich nicht nur absolut, sondern auch real entsprechend zugenommen. Wenn man nämlich die Periode von 1960 bis 1967 als 100 annimmt und dann mit der Periode von 1967 bis 1973 beziehungsweise mit der von 1973 bis 1981 vergleicht, so stellen wir im Verhältnis zur EWG, als 100 genommen, eine Steigerung für die österreichische Entwicklung im Exportvolumen von 100 auf 123 Punkte fest, während in der Bundesrepublik eine Senkung von 100 auf 98 Punkte und in der EWG selbst eine Senkung von 100 auf 91 Punkte festzustellen ist.

Auch das ist ein Leistungsbeweis der österreichischen Wirtschaft, der deutlich macht, daß die Gemeinsamkeit der Zielsetzung auch in schwierigen Zeiten durchaus berechtigte Hoffnung auf die Bewältigung der zukünftigen Probleme gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese meine persönliche Überzeugung darf ich vielleicht durch einen Hinweis aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ergänzen, in der ganz kurz darüber berichtet wurde, daß die Deutsche Bank für das Jahr 1983 eine Belebung — wenn auch nur eine bescheidene — der Wirtschaft erwartet; und sie begründet das zum einen mit dem Rückgang der Zinsen, mit dem Rückgang der Inflation beziehungsweise der Stagnation der Inflationspositionen und mit einer Besserung der Leistungsbilanz.

Alle drei Positionen treffen auch für Österreich zu, meine Damen und Herren. Dazu kommt noch, daß bei uns vergleichsweise eine wesentlich geringere Zahl von Arbeitslosen gezählt wird und daß bei uns darüber hinaus noch ein überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaft im Jahr 1982 festzustellen ist.

Es sind also alle Voraussetzungen vorhanden, um gemeinsam mit den Aktivitäten der sozialistischen Bundesregierung die Probleme des Jahres 1983 zu bewältigen.

Beim Vergleich des Gesamtaufwandes des Kapitels Handel im Budget seit 1970 ist auch noch festzuhalten, daß die Finanzen dieses Kapitels seit dem Jahr 1970 immerhin um 316 Prozent angestiegen sind. Es liegt damit im Spitzenfeld der Steigerung aller Budgetkapitel seit dem Jahre 1970 und beweist auch, welche Bedeutung dem Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie von der sozialistischen Regierung in den letzten Jahren insbesondere zugemessen wurde.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1983 orientiert sich im wesentlichen an zwei Zielsetzungen: Einmal soll die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitslosigkeit weitgehend vermieden werden. Zum zweiten soll das Defizit auf dem Niveau des Jahres 1982 gehalten werden.

Wir sind überzeugt, daß die Aktivitäten der sozialistischen Bundesregierung dieser Zielvorstellung weitgehend nahekommen, wenn alle jene Voraussetzungen, die ich jetzt angeführt habe, im Jahr 1983 auch nur einigermaßen erhalten werden können, was letztlich für die österreichische Bevölkerung und für unser gesamtes Land von Vorteil und weiterhin eine gute Basis für die zukünftige Auseinandersetzung im Rahmen der Konkurrenz mit dem Ausland sein wird. Daher stimmen wir diesem Budget gerne zu. *(Beifall bei der SPÖ.)* 15.58

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kern.

15.58

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat gemeint, daß mit diesem Budget — so hoffte er zumindest — die Arbeitslosigkeit doch entsprechend bekämpft werden könne und daß außerdem das Defizit nicht übermäßig über das, was präliminiert wurde, hinausgehe.

Ich habe mir den heutigen „Kurier“ angesehen, hier heißt es, daß das Bruttodefizit im nächsten Jahr etwa 90 Milliarden betragen und daß die Arbeitslosenzahl bei 190 000 liegen werde. Hoffentlich stimmt das nicht, was hier steht. Es hat heute in den Frühhinrichten geheißen, daß Herr Minister Dallinger gestern bei einer Veranstaltung in Tirol gemeint hatte, daß die Arbeitslosenzahl, wie sie der Finanzminister im Budget angenommen hat, seiner Meinung nach nicht stimmen werde, daß mit einer höheren Ziffer, und zwar mit einem Prozentsatz von etwa 4,3 bis 4,5, zu rechnen sein werde.

Das heißt, kurze Zeit nachdem der Herr Finanzminister hier im Hause in seiner Budgetrede seine Vorstellungen entwickelt hat und auch die Annahme für das Budgetdefizit betreffend Arbeitslosenentwicklung bekanntgegeben hat, korrigiert ihn der Sozialminister bereits mit einer wesentlich höheren Ziffer, was bekanntlich zusätzlich an Arbeitslosen-geld allein 1,5 Milliarden Schilling kosten wird.

Kern

Das Budget ist die in Zahlen gegossene Regierungspolitik. So hat es auch der „beste Finanzminister aller Zeiten“, der Vorgänger des jetzigen, einmal anlässlich seiner Kritik als Oppositionsredner formuliert.

Dieses Budget 1983 ist fürwahr die Folge und das Ergebnis von 13 Jahren Budget-, Finanz- und Wirtschaftspolitik dieser Regierung. Der Herr Finanzminister hat sich wirklich sehr, sehr bemüht, die größten Blößen und Nöte dieses Budgets zuzudecken.

Trotzdem ist das Dilemma des Budgets 1983 so deutlich zu sehen, daß man wirklich sagen muß: Sie sind nach 13 Jahren SPÖ-Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik mit Ihrem Latein am Ende angelangt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist höchste Zeit zu einem Kurswechsel, zu einer neuen Art Politik, die die Dinge wieder in Ordnung bringt. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurden vom Herrn Finanzminister die Einnahmen höher geschätzt — das ist bereits gesagt worden —, es wurden die Ausgaben niedriger geschätzt, und trotzdem haben wir im Budget ein Horrordefizit — nach den Worten des Herrn Ministers Salcher — im nächsten Jahr von etwa 74 000 Millionen zu erwarten; und wie wir hören, wird auch das nicht mehr stimmen, es wird wesentlich höher liegen. Davon — meine Damen und Herren, darauf werde ich dann noch zu sprechen kommen — sind allein 56 000 Millionen Schilling Zinsen und Schuldentilgung. Das heißt, der größte Teil der Geldaufnahmen ist notwendig, um Schulden, die in guten Zeiten gemacht worden sind, zu bezahlen. Dieses Geld würden wir heute brauchen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das ist das Problem! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Neuverschuldung soll, wie gesagt, 48 Milliarden, wahrscheinlich aber 60 Milliarden Schilling betragen, der Schuldenberg Ende dieses Jahres 440 Milliarden Schilling, das ist das 6,2fache gegenüber 1970. Die Schulden sind von 1971 bis 1981 um 549 Prozent gestiegen, das Brutto-Inlandsprodukt stieg im selben Zeitraum um 152 Prozent. Das heißt, daß die Schulden um das 3,6fache stärker gestiegen sind, als das Brutto-Inlandsprodukt in dieser Zeit gestiegen ist.

Ende 1969 betrug der Stand an Finanzschulden 43 400 Millionen Schilling. Das war das Budgetjahr, das die ÖVP-Regierung noch voll exekutiert hat, für das sie verantwortlich gezeichnet hat. 1982 — wie gesagt, in einem Jahr — steigt die Finanzschuld, die Neuver-

schuldung um 47, um 55 oder um 60 Milliarden Schilling.

Anders gesagt, meine Damen und Herren: Die ÖVP-Minister haben dazu 24 Jahre gebraucht, und in diesen 24 Jahren mußte der Wiederaufbau unseres zerstörten Landes finanziert werden, und es mußten auch die Besatzungskosten bezahlt werden. In 24 Jahren ÖVP-Finanzministerzeit 43 000 Millionen Schilling Schulden, ein SPÖ-Minister schafft das spielend in nicht einmal einem Jahr. Das ist der Unterschied zwischen SPÖ- und ÖVP-Finanzpolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

„Die Regierung verschuldet Österreich in einem unvorstellbaren Ausmaß, in einer Rekordzeit“, hielt Herr Dr. Kreisky als Oppositionsredner dem Finanzminister Koren voll Entrüstung im Jahr 1969 hier in diesem Haus an diesem Pult vor.

Meine Damen und Herren! Heute heißt es: Wir kriegen ja noch mehr Geld, wir können weitere Schulden machen. Was heißt schon Schulden machen? — Das wird heute als selbstverständlich hingenommen.

Vor Jahren hörte man auch noch ab und zu etwas von einer Budgetsanierung. Von einer Budgetsanierungskommission wurde geredet, es hat dann auch geheißen, der Herr Bundeskanzler wird dieser Budgetsanierungskommission selbst vorsitzen, um die Dinge weiter voranzutreiben. Es ist still geworden um diese Budgetsanierungskommission.

Wir haben auch noch in Erinnerung, wie bei einer Regierungsklausur — es war auf der Schallaburg — der Herr Bundeskanzler gemeint hat: Und nun müssen wir sparen. Wir müssen sparen, wir müssen bei jedem Hunderter, bei jedem Tausender genau überlegen, bevor wir ihn ausgeben. — Die Folge war, daß man kurze Zeit darauf neuerlich größere Schulden und Verpflichtungen eingegangen ist.

Ich habe noch in Erinnerung, und der ehemalige Herr Staatssekretär Veselsky hat heute auch daran erinnert, daß es im Jahre 1968 einen Plan gegeben hat; es ist damals der SPÖ-Wirtschaftsplan erstellt worden. Ich habe noch in Erinnerung, meine Damen und Herren, daß in diesem Wirtschaftsplan der SPÖ unter anderem auch gefordert worden ist, daß endlich ein Budgetkonzept vorgelegt werden muß, daß man nach einem Budgetkonzept die Budgets zu erstellen hat. Es heißt hier wörtlich in diesem Wirtschaftsprogramm der SPÖ: „Das Budgetkonzept hat alle jene

14398

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Kern

Maßnahmen vorzusehen, die für das Wirtschaftswachstum strategische Bedeutung haben.“

„Wachstumsförderung erfordert jedenfalls eine längerfristige Orientierung der Budgetpolitik und damit die Abkehr“ — die Abkehr! — „von planlosen Ad-hoc-Entscheidungen“ —, wie es beispielsweise der Bau des Konferenzentrums ist. Bitte, das steht nicht drinnen, das ist inzwischen passiert.

Statt nach einem längerfristigen Budgetkonzept vorzugehen, ist die Regierung derzeit auf der Suche nach billigeren Schulden. Und statt Wachstumsförderung, die höchst notwendig wäre, und Geld für die Arbeitsplatzsicherung gibt es nun die Dabatte um die Verteilung der Arbeit.

Die Verfasser des SPÖ-Wirtschaftsprogramms von 1968, diese 1 400 Experten, von denen der Herr Staatssekretär Veselsky als einziger im Parlament übriggeblieben ist — er wurde dann ja als Staatssekretär enthoben, weil er einmal sehr deutlich die Wahrheit gesagt hat; er hat nämlich vor Jahren schon gesagt, in dem Budget ist nichts mehr drinnen, da kann man nichts mehr herausholen —, die Verfasser dieses SPÖ-Wirtschaftsprogrammes von 1968 werden sicherlich nicht daran gedacht haben, daß ihre Vorschläge von der Regierung, die dann die Möglichkeit gehabt hätte, das zu vollziehen, so unernst genommen werden.

Es ist von diesem Programm nichts realisiert worden: Weder ein langfristiges Budgetkonzept, noch wurde der Steuerdruck, der immer wieder beklagt worden ist, vermindert, noch hat es eine Strukturpolitik in diesen letzten Jahren gegeben, und auch die Ad-hoc-Entscheidungen, wie bereits gesagt, sind in der letzten Zeit zunehmend zahlreicher geworden. Von Planung kann man weit und breit jedenfalls nichts mehr merken und nichts sehen.

Aber bitte, Sie haben auf alle Fälle, zumindest noch damals bis 1970, Ihre Blicke in die Zukunft gerichtet. Heute richten Sie Ihre Blicke entweder hoffnungsvoll in die Vergangenheit oder in die Nachbarschaft und sagen immer wieder: Leutln, Leutln, schauts, draußen ist es noch wesentlich ärger als bei uns!

Meine Damen und Herren! Das ist auch ein Fazit Ihrer dreizehnjährigen Politik, wobei ich gar nicht in Abrede stellen möchte, daß die Entwicklungen im Ausland selbstverständlich auch auf Österreich durchschlagen.

Das haben wir nie in Abrede gestellt. Das haben Sie gemacht. Sie haben nämlich bis 1970 die Regierung für alles und jedes verantwortlich gemacht, was sich hier im Inland getan hat.

Wir müssen Ihnen vorwerfen und müssen das mit aller Deutlichkeit sagen, daß Sie in der guten Zeit, in der wirtschaftlich guten Zeit, diesen Schuldenberg gemacht haben, der jetzt zurückzuzahlen ist, obwohl wir gerade in der jetzigen Zeit diese Geldmittel für andere Dinge viel notwendiger brauchen würden.

Sie haben das Pulver verschossen, meine Damen und Herren, bevor die Abwehrschlacht gegen den Konjunktureenbruch richtig notwendig geworden ist. Nunmehr haben Sie kein Geld und müssen neuerlich Schulden machen. Sie haben trotz enormer Steuermehreinnahmen in dieser Zeit diese Schulden gemacht.

Sie haben — das muß ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen — seinerzeit immer wieder gefordert: mehr Strukturpolitik, und Sie haben uns, den Bauern und der Landwirtschaft, immer wieder vorgeworfen, daß der Strukturwandel in der Landwirtschaft viel zu langsam vor sich gehen würde.

Meine Damen und Herren! Ich muß heute feststellen, daß Sie praktisch in den letzten dreizehn Jahren diesbezüglich die Zeit verschlafen haben, denn nunmehr zeigt es sich, daß die Strukturpolitik und der Strukturwandel in verschiedenen Bereichen von Ihnen überhaupt nicht gemacht worden sind, sodaß wir deswegen jetzt die Probleme haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun einige Beispiele, wie Sie in dieser guten Zeit das Geld verwendet, man muß sagen, verschwendet haben. 1970 war es, da gab es den ersten Subventionsbericht.

Ich möchte von vornherein gleich sagen: Es gibt Subventionen, die selbstverständlich berechtigt sind, die man unterstreichen kann, die der Wirtschaft dienlich sind, es gibt aber eine ganze Reihe von Subventionen, worüber man sehr ernst debattieren müßte, ob diese echt erforderlich und notwendig sind.

Der Herr Minister Salcher hat in der letzten Ausschusssitzung auch diesbezüglich eine Aussage gemacht. Er hat gemeint, man wird nun bei den Subventionen einsparen. Er hat von etwa 15 Prozent gesprochen, die also ab nun eingespart werden sollen. — Jetzt, meine Damen und Herren, nach Jahren, nachdem

Kern

die Ausgaben für die Subventionen von Jahr zu Jahr enorm gestiegen sind!

Auf Grund dieser Ankündigung, die in der Öffentlichkeit damals gemacht worden ist, wurde erwartet: Nun passiert etwas, es wird eingespart, da muß etwas geschehen. Der Subventionsdschungel wird durchleuchtet, hat die „Arbeiter-Zeitung“ damals geschrieben. Und der „Kurier“ hat geschrieben: Jetzt wird endlich etwas geschehen. Die Subventionsausgaben haben damals für das Jahr 1969 5 600 Millionen Schilling ausgemacht.

Kurze Zeit darauf, und zwar schon im nächsten Jahr, hat es eine Verfügung gegeben, daß der zuständige Minister, der Subventionen vergibt, sein Limit wesentlich erhöhen kann. Das heißt, er konnte ab dem Jahre 1972 100 000 S ohne genaue Deklaration wofür ohneweiters ausgeben. Das hat man also erhöht, großzügigerweise.

Und nun ist folgendes passiert — wir haben, wie gesagt, zunächst einmal gehört, daß es nun eine entsprechende Einsparung geben wird —: Nach fünf Jahren, bereits im Jahre 1975, sind diese Subventionen auf 12,4 Milliarden angestiegen. Sie sind also in fünf Jahren um 6,8 Milliarden Schilling erhöht worden. Das heißt, sie betragen pro Jahr im Schnitt um 1 360 Millionen Schilling mehr, meine Damen und Herren.

Erst ab 1975 hat sich dieser Ausgabenzuwachs etwas verlangsamt, und wir haben ab dieser Zeit einen Zuwachs von etwa 400 Millionen Schilling. Wir sind jetzt, im letzten Jahr, jedenfalls bei 14 400 Millionen Schilling angelangt. Vom Sparen war bis jetzt auf dem Gebiet nirgendwo etwas zu sehen, keine Spur vorhanden! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt, weil die Kassen leer sind, jetzt kommt man endlich zur Besinnung. Die Subventionsberichte sind jährlich vorgelegt worden. Es ist kein einziger jemals behandelt, durchleuchtet oder auf Einsparungen hin geprüft worden, in den ganzen Jahren nicht. Jetzt kommt man darauf, daß gespart werden muß.

Und ein zweites Beispiel. Wir haben im Jahre 1973 das Ministeriengesetz im Parlament beschlossen, und es hat eine Umverteilung der Agenden gegeben. Dem Landwirtschaftsminister Weihs wurden damals drei wichtige Kompetenzen weggenommen; ein Teil — das Veterinärwesen — ist in das Gesundheitsministerium, ein Teil zum Unterrichtsminister und ein Teil zum Handelsmini-

ster — nämlich die Preisagenden — hinübergewandert. Und trotz dieser Tatsache, daß der Arbeitsbereich des Landwirtschaftsministers entsprechend eingeengt worden ist, hat der Herr Minister Weihs einen Staatssekretär verordnet bekommen. Er wollte ihn gar nicht, er hat gar nicht danach verlangt. Aber der Herr Dr. Kreisky hat gesagt, er braucht einen Bergbauernstaatssekretär, um kundzutun, daß die Regierung ganz besonders viel für die Bergbauern tut.

Wenn man jetzt zurückblickt, meine Damen und Herren, muß man feststellen: Der jüngste Grüne Bericht hat ergeben, daß 30 Prozent der Bergbauern mit ihrem Einkommen unter dem Existenzminimum liegen. Das ist der wirtschaftliche „Erfolg“ der Staatssekretäre!

Übrigens gibt es jetzt keinen Bergbauernstaatssekretär mehr, sondern einen anderen Staatssekretär, auf den werde ich auch noch kurz zu sprechen kommen.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, ist vom jetzigen Staatssekretär Schober weder die ungerechtfertigte Einheitswerterhöhung in der Regierung verhindert worden, noch habe ich etwas gemerkt, daß er sich anderswo für die Anliegen der Bauern eingesetzt hätte.

Die Bauern sind also in der Regierung trotz des Staatssekretärs und des Ministers nicht besonders gut vertreten, wenn ich an die Holzimporte denke, über die wir gestern hier auch sehr lange und sehr ausführlich gesprochen haben.

Und das Interessante ist, daß der Herr Bundeskanzler dann im Jahre 1979 das, was wir schon immer gesagt haben, warum diese Staatssekretäre eingesetzt worden sind, auch sehr deutlich gesagt hat. Im „Mittagsjournal“ am 20. Oktober 1979 sagte der Herr Bundeskanzler unter anderem, daß am Beispiel der Einsetzung des Bauernstaatssekretärs die Notwendigkeit ersichtlich ist — weil ja dieser Staatssekretär das versteht, neben der Tatsache, daß er eine gute Jause und einen guten Most hat —, die Politik der Regierung an die Bauern zu verkaufen. — Das ist die wahre Ursache, meine Damen und Herren, warum dieser überflüssigste Staatssekretär eingesetzt worden ist! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun können Sie sicherlich sagen: Das sind nicht so gravierende Dinge. Aber das ist beispielhaft, das ist charakteristisch, wie diese Regierung in den letzten Jahren mit dem Steuerschilling umgesprungen ist, wie man die Steuergelder, meine Damen und Herren,

14400

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Kern

für Zwecke verwendet hat, die mit Wirtschaftsförderung, mit Arbeitsplatzsicherung — höchstens für einige, bitte sehr — überhaupt nichts zu tun haben.

Apropos Steuern. Eine der vielen Versprechen, die der Herr Bundeskanzler und die die Sozialisten bis zum Jahre 1970 gemacht haben, war bekanntlich das Versprechen: Der Steuerdruck muß vermindert werden. — Damit muß ich mich doch noch ganz kurz befassen.

Herr Dr. Kreisky hat damals als Oppositionsführer am 24. Oktober 1969 heftig kritisiert, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Lohnsteuerzahler also, einen besonders hohen Anteil an den Staatseinnahmen zu leisten haben. Die Frage ist berechtigt: Was hat sich nach dreizehn Jahren verändert, verbessert, verschlechtert? Darf ich Ihnen ganz kurz einige Zahlen zur Kenntnis bringen?

Die Lohnsteuer hat im Jahre 1969 11,3 Milliarden Schilling ausgemacht. (*Zwischenruf des Abg. Wille.*) Lassen Sie mich das ausreden, Herr Abgeordneter Wille; ich sage nur heute noch einmal, was der Herr Bundeskanzler versprochen hat. — Die Einkommen- und Vermögensteuer hat damals 30 568 Millionen Schilling betragen, das heißt, der Lohnsteueranteil war im Jahre 1969 37 Prozent.

Die Lohnsteuer, bitte sehr, ist im nächsten Jahr, 1983, mit 80 Milliarden Schilling präliminiert, die Einkommen- und Vermögensteuer mit 141 700 Millionen Schilling. Der Lohnsteueranteil an den Gesamtsteuern, Einkommen- und Vermögensteuer, ist von 37 Prozent auf 56,4 Prozent gestiegen.

Nun werden Sie sagen: Es sind viel mehr Leute beschäftigt. — Das stimmt. Ich mache einen Vergleich mit der Lohnsumme.

Die Lohnsumme ist von 150 Milliarden auf 486 Milliarden Schilling gestiegen, das ist etwa das 3,4fache — nominell, nicht real natürlich —, die Lohnsteuer ist gestiegen von 11,3 Milliarden auf 70 Milliarden Schilling, das ist das 6fache.

Herr Dr. Kreisky! Um wieviel zahlen die Arbeitnehmer oder die Lohnsteuerzahler weniger am Anteil der Gesamtsteuern als im Jahre 1969 bei der schlechten ÖVP-Regierung? Das ist meine Frage, die ich heute an den Herrn Dr. Kreisky richte.

Und eine zweite Sache war ja das mit der Umsatzsteuer, meine Damen und Herren —

auch das könnte ich Ihnen jetzt neuerlich vorhalten —, wo es eine ganze Reihe von neuen Erhöhungen gegeben hat und wo man erst vor einigen Tagen lediglich für die Diplomaten die Verteuerung der Energie durch die Erhöhung der Umsatzsteuer von 8 auf 13 Prozent, um 50 Prozent im Jahre 1981, die gerade die kleinen Leute so stark verspüren, einigermaßen verringert hat.

Abschließend, meine Damen und Herren, nur ein Beispiel, wie man mit dem Geld — das wir heute ja nicht haben — vernünftiger umgehen und etwas Besseres machen könnte, als Schulden zu zahlen. Da gibt es einen offenen Brief eines niederösterreichischen Landtagsabgeordneten an den Bundesbeauftragten für das Waldviertel betreffend Flurbereinigung, Kommassierung, in dem sich dieser Abgeordnete beklagt, daß die Bundesmittel von 49 Millionen im heurigen Jahr auf 19 Millionen 1983 gekürzt werden. Um 30 Millionen von einem Jahr aufs andere! (*Abg. Facheleutner: Das heißt zusperren!*)

Meine Damen und Herren! Dabei hat der Herr Landwirtschaftsminister gestern gemeint: Natürlich ist das Kommassieren notwendig. Er bestreitet nicht, daß es notwendig ist, nur hat er kein Geld. Das Geld sollen die Länder jetzt beibringen. Ich frage, von wo die Länder das hernehmen sollen! (*Abg. Dipl.-Ing. Haide n: Die Zuständigen!*)

Was die Zuständigen anlangt, darf ich Sie auf folgendes hinweisen. Im Wirtschaftsprogramm der SPÖ aus dem Jahre 1968 heißt es: „Kommassierungen und Aufstockungen“: „Genügend große Grundstücke in arrondierter Lage sind Voraussetzung für eine rationelle Mechanisierung der Feldarbeit. Deshalb sind die Zusammenlegung von Grundstücken und die Aufstockung in verstärktem Maße zu fördern.“

Das hat sich die SPÖ damals vorgenommen. Nur macht sie es jetzt nicht, weil sie kein Geld hat.

Und nun darf ich Ihnen folgendes vorhalten: 56 Millionen wären, aufgestockt um die Bauerngelder, eine Verdreifachung. Das würde heißen, daß wir etwa 280 bis 300 Millionen Schilling hätten, um im ländlichen Raum Arbeitskräfte zu beschäftigen. Sie können halt leider Gottes nur 19 Millionen zusammenbringen und daher viel weniger Leute beschäftigen.

Wenn man im Hinblick auf die Teuerung, auf die Verminderung der Kaufkraft gerade

Kern

auf diesem Gebiet bei der Kommissierung entsprechend aufgestockt hätte, dann wären es heute nicht 56 Millionen, die 1970 vom Abgeordneten Pfeifer als viel zu niedrig heftig kritisiert worden sind, sondern müßten es mindestens das Dreifache sein, also etwa 160 Millionen. Das wären 700 bis 800 Millionen Geldmittel im ländlichen Raum für notwendige Dinge, die gerade für die Landwirtschaft, aber auch für die Volkswirtschaft — weniger Dieselölverbrauch — von großer Bedeutung wären. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie wissen schon, daß es notwendig ist. Nur Geld haben Sie keines, das ist ja der Witz!

Meine Damen und Herren! Das Unrecht der Einheitswerterhöhung für die Bauern, das Unrecht beim agrarischen Mehrwertsteuersatz, die enormen Steuer- und Abgabenbelastungen sind genauso die Folge Ihrer Verschwendungspolitik wie die Unmöglichkeit, vom Budget her mehr für Arbeitsbeschaffung, für Arbeitsplatzsicherung zu tun.

Die österreichische Bevölkerung wäre jedenfalls bestens beraten, die Voraussetzungen für einen Kurswechsel im Lande zu ermöglichen, damit endlich wieder eine sparsame Verwendung der Steuergelder erfolgt, damit Schluß gemacht wird mit der Verschwendung von Steuergeldern, Schluß gemacht wird mit der Belastungspolitik, damit es eine echte positive Wirtschaftspolitik gibt. Denn nur gesunde Betriebe sichern die Arbeitsplätze und auch die Pensionen der Österreicher! *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.24

Präsident: Als nächster zu Wort kommt der Abgeordnete Steidl.

16.24

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es mag für Sie eine Zumutung sein, wenn ich um diese Stunde an diesem Tag zum Kapitel 53 der Beratungsgruppe XI, zum Finanzausgleich, spreche. Aber ich sage Ihnen zu, daß ich mich bemühen werde, das Trockene und Sperrige dieser Materie durch Kürze in der Darstellung zu kompensieren. Allerdings bitte ich um Nachsicht, daß dann plakative Formulierungen zwangsläufig präzisierende Definitionen ersetzen müssen.

Ich bitte auch um Nachsicht, daß es mir nicht möglich ist, dieses Problem sehr umfangreich zu behandeln. Aber mir geht es mehr darum, überhaupt, nachdem in diesem Hause so wenig darüber gesprochen wird, ein Problembewußtsein zu wecken. Ich werde dabei auch jene Probleme ausklammern, die

sich mit dem horizontalen Finanzausgleich befassen und auch die Ausgleichsbeziehungen Länder — Gemeinden betreffen, also auch nicht über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel sprechen.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Gedanken, die ich mich bemühe, Ihnen jetzt vorzutragen, bereits 1979 festgehalten. Nachdem ich dreimal meine Wortmeldung habe streichen lassen, muß ich sie nun doch hier vortragen.

Daß es die gleichen Gedanken sind, beweist, daß sich an der Problematik des Finanzausgleiches überhaupt nichts geändert hat, daß die Probleme nicht nur im Prinzip gleich sind, sondern daß sie sich sogar verschärft haben und daß dringend, da die Finanzausgleichsverhandlungen beginnen, eine Änderung vonnöten ist.

Der Herr Finanzminister hat vor kurzem erklärt, daß sich beim Finanzausgleich kaum etwas ändern wird. Ich sehe das von seinem Standpunkt ein: Er kämpfte ja angesichts des hohen Schuldenstandes praktisch mit dem Rücken zur Wand, es ist ihm fast kein Spielraum mehr gegeben, und er ist mehr oder weniger darauf angewiesen, den Finanzausgleich, so wie er derzeit gegeben ist, beizubehalten.

Allerdings, Herr Finanzminister, etwas hat sich seither wesentlich geändert: Die finanzielle Situation der Länder hat sich nicht zuletzt durch die vom Bund aufgezwungenen Mitfinanzierungsverpflichtungen dramatisch verschlechtert.

Wenn Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, heute von Ihrer Fraktion ein Budget beschließen lassen, das 400 Milliarden Ausgaben vorsieht, dann gebe ich Ihnen Brief und Siegel, daß Sie diese 400 Milliarden Schilling 1983 nicht einhalten können. Sie werden, Herr Finanzminister, sicherlich wesentlich mehr aufzuwenden haben. Ich gehöre nicht zu den Optimisten, die meinen, daß die Mehrausgaben 15 Milliarden Schilling betragen werden, ich fürchte eher, daß sie höher als 20 Milliarden sein werden.

Wenn ich nur auf die Ausgaben Bezug nehme und nicht das Budgetdefizit in der gleichen Weise erhöht sehe, dann deshalb, weil ich sicher bin, daß nach dem 24. April, sollten Sie, was nicht anzunehmen ist, wieder die Möglichkeit haben, die Finanzpolitik zu bestimmen, neue Belastungen auf die Österreicher zukommen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ob

Dr. Steidl

es sich nun, Herr Finanzminister, um neue Steuern, um den Wegfall von Begünstigungen oder um die Erhöhung der Sätze handelt: Sie sind da auch bisher immer sehr erfindungsreich gewesen.

Ich bin sicher, daß die höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes kommen wird, ich bin sicher, daß man wegen der Überstundenbesteuerung und wegen der Sonntags- und Nachtstundenbesteuerung sich einiges einfallen lassen wird, daß die Quellensteuer zur Diskussion gestellt werden wird, kurzum, daß auf die Österreicher eine Lawine von Belastungen zukommen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir vom Finanzausgleich sprechen, dann meinen wir, es gebe sozusagen einen einheitlichen Finanzausgleich. Es gibt aber tatsächlich drei Finanzausgleiche.

Es gibt erstens den paktierten Finanzausgleich, soweit man überhaupt von „paktiert“ sprechen kann, wenn ein Wehrloser mit einem Scherworbewaffneten Vereinbarungen schließt, die im Finanzausgleichsgesetz ihren Niederschlag finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt zweitens einen manipulierten oder grauen Finanzausgleich, der durch nicht abgesprochene Maßnahmen die — wenn gleich legale — Verteilung der Finanzausgleichsmasse verändert.

Es gibt drittens einen diktierten Finanzausgleich oder den Finanzausgleich der politischen Vergewaltigung, der Länder und Gemeinden zu Mitfinanzierungen aus politischen Gründen zwingt, zu denen sie nach der Rechtslage nicht verpflichtet sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde zu diesen Feststellungen Beweise anbieten. Was den paktierten Finanzausgleich betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß eine Schwäche dieses Finanzausgleichsgesetzes ohne Zweifel darin besteht, daß es als einfaches Gesetz mit einer 51prozentigen Mehrheit im Parlament beschlossen werden kann und nicht einmal das Einspruchsrecht des Bundesrates gegeben ist.

Die als Kompetenzkompetenz bezeichnete Vorzugsstellung des Bundes liefert Länder und Gemeinden bei den Finanzausgleichsverhandlungen dem Bund aus, der stets mit der Drohung, dann das Gesetz durch die Mehrheit im Nationalrat beschließen zu lassen, Konzessionen erhandelt und Zugeständnisse an Länder und Gemeinden verwehrt, die ihm bei

einer anderen Rechtslage nicht möglich wären.

Wenn man schon, meine Damen und Herren, das Finanzausgleichsgesetz nicht in den Rang eines Verfassungsgesetzes erheben will — und vieles spricht dafür, es nicht zu tun —, müßten wenigstens zur Wahrung der Länderrechte Einrichtungen geschaffen werden, die ein erhöhtes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der davon betroffenen Länder ermöglichen.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und seinem Finanzausgleichspartner Länder beschränkten sich ja nicht nur auf die Finanzausgleichsverhandlungen, sondern werden mehr oder weniger in einem permanenten Kleinkrieg mit dem Ziel geführt, den Ländern die Ausübung ihrer Kompetenzen wegen Mittelknappheit zu erschweren, um so andererseits die Notwendigkeit zu betonen, Kompetenzen an den Bund abzutreten, weil sie dieser vermeintlich effizienter wahrzunehmen vermag.

Diese Kontroversen, meine Damen und Herren, spielen sich auf mehreren Ebenen ab. Es gibt hier die Gesetzes- und Funktionsverletzungen, denn der Bund ist nach § 5 des Finanzausgleichsgesetzes verpflichtet, vor Inangriffnahme steuerpolitischer Maßnahmen, die für die Gebietskörperschaften mit einem Ausfall an Steuern verbunden sind, Verhandlungen zu führen. Diese Gesetzesbestimmung überläßt es nicht dem Finanzminister, ob er derartige Verhandlungen führen will oder nicht, sondern legt ihm die Pflicht dazu auf.

Die Zusendung von Gesetzentwürfen, Herr Finanzminister, zur Begutachtung durch die Länder ist dem Verhandlungsauftrag nicht gleichzusetzen.

Der Finanzminister mißachtet diese gesetzliche Vorschrift in fast allen Fällen. Solange aber eine solche Gesetzesverletzung nicht in der Sanktion steht, muß bei einem zentralistisch betrachtenden Politiker befürchtet werden, daß er diese Mißachtung des Gesetzes fortsetzt.

Etwas anderes: In der Funktion als Treuhänder der Finanzmasse obliegt es dem Finanzminister, die Mittelverteilung nach dem Gesetz und nicht nach eigenen Vorstellungen vorzunehmen. Daß dem bei weitem nicht so ist, mußten gerade wir im Land Salzburg mit Betrübnis und mit finanziellen Ausfällen zur Kenntnis nehmen. Es ist bedauer-

Dr. Steidl

lich, daß ein Treuhänder durch höchstrichterliche Urteile gezwungen werden muß, seiner Verpflichtung als Treuhänder nachzukommen. (Beifall bei der ÖVP.) Und, meine Damen und Herren, es spricht nicht gerade für den „besten Finanzminister“, wenn allein das Land Salzburg fünf Klagen einbringen mußte, um zu seinem Recht zu kommen.

Ich erwähne nur drei. Entgegen der Auffassung des Landes Salzburg hat der Finanzminister bei der Berechnung der Ertragsanteile für 1971 die Volkszahlen nach dem Volkszählungsergebnis 1961 zugrunde gelegt. Der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, daß das nicht Rechtens ist. Der Finanzminister mußte die Verteilung ändern. Der Verfassungsgerichtshof hat die Ansicht des Landes Salzburg bestätigt, daß neben einer gemeinschaftlichen Bundesabgabe keine gleichartige ausschließliche Bundesabgabe erhoben werden darf, und die Bundeskraftfahrzeugsteuer für ungesetzlich erklärt. Das Land Salzburg obsiegte ferner beim Verfassungsgerichtshof in der Frage der Nachzahlung von Ertragsanteilen von der Lohn- und Einkommensteuer, da die Bausparprämien nicht, wie geschehen, beim örtlichen Aufkommen abzuziehen, sondern nach dem Wohnsitz des Bausparers zu berücksichtigen waren.

Aber wir haben auch beim sogenannten grauen Finanzausgleich Beweise, wie der Finanzminister versucht, den paktierten Finanzausgleich zu unterlaufen. Es geht hier beispielsweise um die Neueinführung von Bundessteuern zu Lasten bestehender gemeinschaftlicher Abgaben. Ich erwähne zwei: das Gesetz über die Sonderabgabe von Kreditunternehmen und das Gesetz über die Sonderabgabe von Erdölprodukten, die beide ausschließlich als Bundessteuern konzipiert sind.

Oder: Der Bund, also der Finanzminister, erhöht Steuern mit hohem Bundesanteil und führt Gebührenerhöhungen durch, weil diese Gebühren ausschließlich dem Bund zufließen.

Ich erinnere an das Abgabenänderungsgesetz 1980, wo Umsatzsteuererhöhungen insbesondere bei der Energie und auch bei den sogenannten Luxusgütern in erster Linie dem Bund zufließen. Ich weise auf die exorbitanten Gebührenerhöhungen hin, die ausschließlich dem Bund zukommen.

Auf dieser Linie liegt es auch, wenn jetzt beispielsweise der Herr Sozialminister eine Arbeitsmarktabgabe ankündigt, die auch von Freiberuflern zu zahlen ist.

Meine Damen und Herren! Es ist unverständlich, warum von einem Berufsstand, der sich ausschließlich selbst um die Arbeitsplätze zu kümmern hat, der ausschließlich auf sich angewiesen ist, für seine Mitarbeiter die Arbeitsplätze zu halten und zu sichern, eine Arbeitsmarktabgabe gezahlt werden soll. (Beifall bei der ÖVP.) Hier liegt eine eklatante Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes vor, und Sie, Herr Sozial- und Herr Finanzminister, müssen befürchten, daß auch hier wieder der Verfassungsgerichtshof bestätigen wird, daß Sie nicht die Gesetze nach den Verfassungsbestimmungen handhaben.

Schließlich haben wir noch den diktierten Finanzausgleich. Vor Jahren, meine Damen und Herren, mag die Aussage von den „reichen“ Bundesländern noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben, heute ist sie ein Märchen. Wenn der Herr Bundeskanzler im „Kurier“ einmal erklärt hat, arm sei der Bund, was nicht unberechtigt ist, beeengt seien die Gemeinden, relativ reich seien nur die Länder, dann zeigt das eigentlich, daß der Bundeskanzler den letzten Stand der Entwicklung, also den derzeitigen Schuldenstand der Länder, zu wenig kennt.

In den Vorstellungen vieler Bundespolitiker ist aber diese Ansicht des Bundeskanzlers noch weit verbreitet, und im Finanzministerium scheint sie geradezu beheimatet zu sein.

Sollte es bei einigen Bundesländern noch zutreffen, daß sie weniger verschuldet sind als der Bund, dann nicht wegen der höheren Einnahmen, sondern wohl viel eher wegen der wesentlich sparsameren Gebarung. Jedenfalls wird die vermeintlich günstige finanzielle Lage der Bundesländer vom Bund immer mehr zum Anlaß genommen, die Bundesländer zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die überwiegend oder ausschließlich in die Kompetenz des Bundes fallen.

Auch hier der Kürze halber nur zwei Beispiele.

Nach § 2 Abs. 1 des Bundesbahngesetzes ist es Aufgabe der Österreichischen Bundesbahnen, die Sicherstellung einer modernen und leistungsfähigen Verkehrsbedienung entsprechend der Nachfrage bei höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu gewährleisten. Dazu gehört natürlich auch die Bewältigung des Nahverkehrs im nachfragebedingten Ausmaß.

Aber tatsächlich werden die für die Personennahverkehrsvorhaben der Österreichi-

14404

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Dr. Steidl

schen Bundesbahnen vorgesehenen Mittel in der Regel nur unter der Voraussetzung gewährt, daß das betreffende Land einen 20prozentigen Zuschuß leistet. Vom Kompetenztatbestand ist ein solches Ansinnen an die Bundesländer nicht gedeckt. Der Umstand, daß andere Bundesländer sich diesem Zwang gebeugt haben, bringt zwangsläufig jeden Landeshauptmann in ähnlichen Situationen in ein Dilemma. Es gibt sicherlich keinen Landeshauptmann, der die Verbesserung des Nahverkehrs für seine Bevölkerung nicht wünscht.

Der politische Druck von seiten der Bevölkerung ist einfach nicht auszuhalten und zwingt somit auch den verantwortungsvollsten und auf die Wahrung der Kompetenzen bedachten Landeshauptmann, entgegen seinen besseren rechtlichen Kenntnissen Zugeständnisse finanzieller Art zu machen. Dieser Gewissenskonflikt wird von seiten des Bundes bedauerlicherweise voll genützt. Es gibt ein zweites, sich immer öfter wiederholendes Beispiel. Geradezu eine Meisterschaft in der Mitfinanzierung durch die Länder hat der Herr Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Haiden entwickelt. Er nützt die nicht eindeutig geklärte Kompetenzlage aus, um ohne Rücksprache mit den betroffenen Bundesländern per Medien Förderungsaktionen zu verkünden, mit der Auflage, sie könnten nur dann durchgeführt werden, wenn das Land entsprechende Beiträge leistet.

Diese Beiträge, meine Damen und Herren, werden aber in einem Ausmaß bemessen, das die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes übersteigt. Bei Förderungen im Verhältnis 50 zu 50 bedeutet das überproportionale Belastungen der Länder, da derartige Ausgaben zur Größenordnung des Budgets der Länder in Beziehung gebracht werden müssen. Diese Vorgangsweise zeigt aber auch sehr deutlich, was man in einzelnen Ministerien vom Föderalismus hält. Daß es dabei auch aufgezwungene Mitfinanzierung der Länder bei Einzelvorhaben gibt, könnte an vielerlei Beispielen bewiesen werden.

Meine Damen und Herren! Darf ich zu jedem dieser drei Finanzausgleiche kurz und stichwortartig Vorschläge machen?

Zum paktierten Finanzausgleich: Notwendig wäre eine Einschränkung der Kompetenzkompetenz durch qualifizierte Mitentscheidung der Länder. Notwendig wäre, daß die Verhandlungspflicht des Finanzministers mit Sanktionen ausgestattet wird, weil sie nur dann wirkungsvoll exekutiert werden können,

und unbedingt notwendig ist es, daß die Gemeinden in das Finanzausgleichspaktum nicht nur als Betroffene, sondern auch als Verhandlungspartner miteinbezogen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für den manipulierten oder grauen Finanzausgleich wäre dringend die Schutzklausel erforderlich, die besagt: Wenn sich der Bund zu Lasten der anderen Gebietskörperschaften neue Einnahmen verschafft, dann hat er diesen anderen Gebietskörperschaften für den Ausfall einen entsprechenden Ersatz zu leisten.

Zum diktierten Finanzausgleich, den Finanzausgleich der politischen Vergewaltigung: Es darf, meine Damen und Herren — ich appelliere insbesondere an jene, die in Ländern tätig sind und Verantwortung für die Länder tragen —, keine Junktimierungen mehr ohne vorherige Zustimmung der betroffenen Länder oder Gemeinden geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der derzeit praktizierte Finanzausgleich, meine Damen und Herren, ist nicht mehr und nicht weniger als eine tatsächliche Berichtigung der von der Sozialistischen Partei nach außen hin dargestellten Föderalismuspolitik. Eine neue, eine föderalismusfreundliche Regierung, das heißt, eine ÖVP-Regierung unter Alois Mock ist daher dringend notwendig! *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.44

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Köck.

16.44

Abgeordneter Köck (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einige Vorredner von der großen Oppositionspartei, an der Spitze der Kollege Kern, haben wiederholt den Wunsch und die Forderung nach einem Kurswechsel in Österreich in den Raum gestellt. Ich kann Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Kern, wir können Ihnen bei Ihrem Wunsch oder Ihrer Forderung bei bestem Willen nicht folgen, weder in der Sozialpolitik noch in der Wirtschaftspolitik noch in anderen Bereichen und auch nicht, und das wollte ich einleitend sagen, im Bereich der Energiepolitik, mit der ich mich nun beschäftigen möchte.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Energiepolitik ist im wesentlichen dadurch bestimmt, daß Österreich wie viele andere Industrieländer auch im wesentlichen von Energieimporten abhängig ist. Das ist ein Faktum, meine Damen und Herren, dem wir in unserer gesamten Energiepolitik im Laufe

Köck

der Jahre seit der Energiekrise besonderes Augenmerk zugewendet haben.

So haben wir versucht, uns eben in bezug auf die Energiearten auf mehrere Beine zu stellen, aber auch in bezug auf die Länder, aus denen wir diese Energiearten nach Österreich importieren. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir versucht, mehr denn je die Energie rationell oder rationeller einzusetzen und Förderungsmaßnahmen für Energiesparmaßnahmen zu setzen. Erst in der vergangenen Woche haben wir im Hohen Haus das Fernwärmeförderungsgesetz beschlossen. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir mehr als bisher versucht und versuchen es auch in Zukunft, die Erschließung und den Ausbau der inländischen Wasserkrafts oder der inländischen Energiequellen, die noch nicht erschlossen sind, zu forcieren.

Im großen und ganzen muß man sagen, daß wir eine sehr gute Energiepolitik gemacht haben, daß auch, das muß man auch sagen, die Oppositionsparteien hier mehr denn je Gesprächsbereitschaft und Konsensbereitschaft gezeigt haben, wie es früher nie der Fall war. Das ist sogar darin zum Ausdruck gekommen, daß die Opposition erstmals meines Wissens nach im Handelsausschuß dem Energiebericht für das Jahr 1981 ihre Zustimmung gegeben hat.

Innerhalb der gesamten Energiepolitik, meine Damen und Herren, spielt natürlich die Situation der Elektrizitätswirtschaft eine große Rolle. Sie wissen vielleicht, daß die Elektrizitätswirtschaft auf Grund des zweiten Verstaatlichungsgesetzes die Aufgabenstellung hat, die Wirtschaft in Österreich mit ausreichender elektrischer Energie zu versorgen und daher auch genügend Kraftwerke zu errichten.

Die Erfüllung dieser Aufgabe war für die Energiewirtschaft oder für die Elektrizitätswirtschaft in diesen Jahren seit 1947 relativ problemlos. Allerdings hat sich in den letzten Jahren, meine Damen und Herren — und hier sage ich Ihnen auch nichts Neues —, einiges geändert, nämlich insofern, als sich immer mehr Menschen nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten freien westlichen Welt dem Umweltschutz verschreiben und immer mehr Menschen versuchen, unseren Lebensraum zu erhalten.

Das ist eine völlig neue Situation, und die Probleme werden natürlich immer größer und immer mehr. Die Einsprüche seitens dieser

Umweltschützer bei Errichtung und vor Errichtung von Kraftwerken sind ganz einfach gegeben, und sie bedeuten, meine Damen und Herren, nicht zuletzt bedeutende Verzögerungen, unter Umständen aber auch Mehrkosten bei der Errichtung von Kraftwerken, egal, welcher Art auch immer.

Meine Damen und Herren! Da liegt die große Problematik, die wir mehr als bisher berücksichtigen müssen, weil sich hier ganz einfach für die Elektrizitätswirtschaft Probleme auftun, die, wenn das so weitergeht, kaum zu bewältigen sind. Angefangen hat ja diese ganze Entwicklung in Österreich etwa im Jahre 1978 mit der Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie beziehungsweise die Inbetriebnahme von Zwentendorf, wo sich die Mehrheit des österreichischen Volkes dafür entschieden hat, daß Zwentendorf nicht in Betrieb geht, was bedeutet hat, meine Damen und Herren, daß die österreichische Elektrizitätswirtschaft damals insgesamt 9 Milliarden Schilling Verluste zu tragen hatte und heute für die Erhaltung des Kraftwerkes Zwentendorf bis zur restlosen Entscheidung, zur endgültigen Entscheidung immer noch jährlich etwa 100 Millionen Schilling aufbringen muß. Das sind natürlich Belastungen, meine Damen und Herren, die die Elektrizitätswirtschaft nur sehr schwer verkraften kann.

Diese Entwicklung setzt sich fort, wie wir wissen. Wir erleben ähnliche Dinge in Dürnrohr, es ist heute schon darüber geredet worden. Wir erleben ähnliche Dinge mit dem Donaukraftwerk in Hainburg an der Donau, und wir erleben ähnliche Dinge auch mit Osttirol. Ich möchte mich aber nicht allzu sehr verzetteln, weil ich jedenfalls auch die Zeit einhalten möchte.

Meine Damen und Herren! Diese Einsprüche, diese Entwicklung und diese Probleme der Elektrizitätswirtschaft bedeuten doch schließlich und endlich wesentliche Verteuerungen und unter Umständen auch Verzögerungen und beinhalten damit die Gefahr, daß sie ihrer Aufgabenstellung nach dem zweiten Verstaatlichungsgesetz eines Tages unter Umständen nicht mehr gerecht werden kann.

Es ist daher, glaube ich, höchste Zeit, daß sich die beiden Gruppen — auf der einen Seite die Ökologie und auf der anderen Seite die Ökonomie oder die Techniker — mehr als bisher zusammensetzen, mehr als bisher reden, um diese Probleme bestmöglich zu lösen und in optimaler Form zu lösen, um schließlich und endlich einmal doch in der

14406

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Köck

nächsten Zeit einen Ausgleich zwischen diesen beiden Gruppen herbeizuführen.

Das ist nicht nur im Interesse der österreichischen Elektrizitätswirtschaft gelegen, meine Damen und Herren, sondern darüber hinaus natürlich auch im Interesse der gesamten Wirtschaft Österreichs und der Menschen in diesem Lande.

Wir müssen aber auch, glaube ich, heute mehr denn je den Menschen vor Augen führen, daß mehr Umweltschutz natürlich auch mehr Kosten bedeutet, mehr Geld bedeutet, mehr Investitionen bedeutet und daß natürlich damit auch das erzeugte Produkt, nämlich der elektrische Strom aus den Kraftwerken, damit belastet wird und damit die Preise und die Tarife, wenn auch nicht in nächster Zeit, aber so doch eines Tages, wiederum dementsprechend angepaßt werden müssen.

Das ist bedeutungsvoll für den Haushalt, für die Menschen, für den einfachen Konsumenten, aber vielleicht noch bedeutungsvoller, meine Damen und Herren, für das Gewerbe und für die Industrie, vor allen Dingen für die stromintensive Industrie. Denn damit, meine Damen und Herren, wird natürlich in der Endkonsequenz auch eine Wettbewerbsverzerrung herbeigeführt, die Betriebe werden dann nicht mehr in dem Ausmaß gegenüber ausländischen Unternehmungen, wo der Strom billiger ist, wie etwa in Frankreich durch die Ausnützung der Kernenergie, konkurrenzfähig sein.

Damit, meine Damen und Herren, ergibt sich etwas, was wir in Österreich mit aller Kraft verhindern wollen: eine zusätzliche Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren! Insgesamt kann man, glaube ich, sagen, daß die österreichische Elektrizitätswirtschaft in all diesen Jahren Positives geleistet hat, daß sie bemüht war, die Investitionen so anzulegen, daß große Teile der österreichischen Wirtschaft und der Belegschaft in diesen Bereichen der Wirtschaft — ob das die Bauindustrie war oder ist, ob das die Elektro- oder die Maschinenindustrie ist —, daß viele, viele Menschen Arbeitsplätze gehabt haben und gesichert gehabt haben durch diese Tätigkeit der österreichischen Elektrizitätswirtschaft und daß das natürlich auch in Zukunft der Fall sein wird.

Allein an der Tatsache, meine Damen und Herren, daß im Jahr 1982 der Verbundkonzern allein 9,6 Milliarden Schilling investieren wird und von 1982 bis 1985 insgesamt 42 Mil-

liarden Schilling für die Errichtung von Kraftwerken jeder Art investieren wird, können Sie ermessen, was das für den österreichischen Arbeitsmarkt für eine große Bedeutung hat.

Wir alle mitsammen müssen trachten, daß die Probleme, die die österreichische Elektrizitätswirtschaft derzeit hat, eben bewältigt werden, um dieser Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, um heute doch auch einige Bemerkungen zu den Berichten über die österreichische Elektrizitätswirtschaft in den letzten Tagen und Wochen in den Medien zu bringen. Diese Medienberichte stützen sich vor allen Dingen auf Rechnungshofberichte, die bei den Donau-Kraftwerken, bei den Drau-Kraftwerken und bei den Ill-Kraftwerken durchgeführt wurden.

Ich möchte, meine Damen und Herren, einmal grundsätzlich sagen:

Zunächst einmal ein absolutes Ja zur Institution des Rechnungshofes. Ein ebenso absolutes Ja zur Kontrolle und Kritik durch den Rechnungshof. Und auch ein absolutes Ja zur Kontrolle und Kritik durch die Medien.

Aber, meine Damen und Herren, ein absolutes Nein zu einer unvollständigen, wenn nicht gar in dem einen oder anderen Bereich falschen Kritik oder falschen Darstellung. Das muß bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Im einzelnen muß man natürlich zugeben, daß in anderen Unternehmen, wo der Rechnungshof Einschau gehalten hat, immer wieder auch berechtigt Kritik erhoben wird, so auch in der Elektrizitätswirtschaft. Meine Damen und Herren! Es ist für mich völlig klar, daß alles unternommen werden muß, diesen oder jenen Übelstand oder diese oder jene Fehlleistung auszumerzen und auszuschießen, daß also alles getan werden muß, um entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Ich möchte nur zur Entschuldigung in etwa sagen, meine Damen und Herren, daß natürlich diese Rechnungshofeinschau in diesen drei Unternehmungen in der Zeit von etwa 1970 bis 1980 erfolgte, also in eine Zeit gefallen ist, wo es mehr oder weniger eine permanente Hochkonjunktur gegeben hat und wo nicht nur die Elektrizitätswirtschaft eine expansive Lohn-, Gehalts- und Sozialpolitik

Köck

betrieben hat, sondern auch alle übrigen Unternehmungen in der verstaatlichten Industrie, in der Privatindustrie und auch im Gewerbe.

Bis zu dem Zeitpunkt eben, meine Damen und Herren, wo dann die weltweite Krise sich auch in Österreich abgezeichnet hat und dann in diesen Betrieben mehr oder weniger Abstriche in der Lohnpolitik und in der Sozialpolitik gemacht werden mußten.

Meine Damen und Herren! Aber auch in der Elektrizitätswirtschaft, kann ich Ihnen sagen, gibt es seit diesem Zeitraum, also etwa seit 1980, auch eine stagnierende Lohn- und Sozialpolitik, das heißt, daß wir sozusagen als Monopolunternehmen uns darum kümmern, wie es in der übrigen Wirtschaft aussieht. Wir haben sehr wohl — und wir können das nachweisen — in diesem oder jenem Bereich Maßnahmen gesetzt, die jedenfalls stagnierende Wirkungen gehabt haben, wenn nicht sogar rezessive Wirkungen.

Ich möchte, meine Damen und Herren, abschließend doch etwas tun, was ich an und für sich ganz gern gehabt hätte, daß es auch in den Medien gestanden wäre, die sich so eingehend mit dieser Elektrizitätswirtschaft in den letzten Tagen und Wochen beschäftigt haben.

Auf Seite 331 des Rechnungshofberichtes aus dem Jahr 1980 steht unter anderem:

„Ungeachtet der kritischen Feststellungen und Anregungen, die der Rechnungshof nachstehend noch anzuführen hat, verbleibt eingangs noch ausdrücklich zu vermerken, daß die bedeutende Entwicklung der Donaukraftwerke seit der letzten Gebarungsüberprüfung in erster Linie durch den vollen Einsatz von Geschäftsführung und Belegschaft erreicht werden konnte. Der termingerechte, rasche Ausbau der neuen Kraftwerksanlagen, die Verkürzung der Bauzeiten, die im allgemeinen sparsame Ausgestaltung der Einzelanlagen sowie die rasche Nutzung und Anwendung neuer technischer Entwicklungen verdienen hervorgehoben zu werden... Die verhältnismäßig günstigen Stromkosten, die zahlreichen Automatisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in Betrieb und Verwaltung sowie die durch die Auftragsvergaben vorwiegend im Inland eingetretene Befruchtung wesentlicher Teile der österreichischen Wirtschaft waren bemerkenswert.“

Meine Damen und Herren! Das alles hätten wir auch gern in diesen Medien gelesen, in

den Medien, die sich so sehr in der letzten Zeit mit der E-Wirtschaft beschäftigt haben. Wir hätten das auch gerne gelesen.

Warum das nicht geschehen ist, wird mir ein Rätsel bleiben. Vielleicht liegt es daran, daß es zuwenig einträglich gewesen wäre, sich auch mit positiven Dingen in diesem Bericht zu beschäftigen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.57

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Westreicher.

16.58

Abgeordneter Westreicher (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Minister! Ich darf heute einmal meiner Freude Ausdruck geben, daß eigentlich Abgeordnete aller drei Fraktionen zum Fremdenverkehr positive Stellungnahmen abgegeben haben.

Österreich ist sicher als Industrieland bekannt, aber ich glaube, es ist genauso prädestiniert als Fremdenverkehrsland. Wir haben uns in den letzten Jahren auch einen entsprechenden Ruf geschaffen. Ich glaube, die Symbiose zwischen Industrie und Fremdenverkehr hat eine sehr stabilisierende Wirkung auf unsere gesamte Wirtschaft. Wenn ich mich nun auch noch als Betroffener zu dieser Sparte zu Wort melde, so soll es nicht aus Opposition sein, sondern nur aus Sorge um die weitere Entwicklung dieses Berufsstandes. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Der heurige Sommer hat sicher Nächtigungseinbußen und damit Umsatzeinbußen und betriebliche Verluste gebracht. Ich bin aber trotzdem optimistisch. Wir wollen versuchen, auch im Jahr 1983 den Fremdenverkehr so zu führen, daß er für uns volkswirtschaftlich entsprechend ertragreich ist.

Sorge habe ich natürlich viel mehr um die Entwicklung der Betriebe, weil nach wie vor die internationalen Wettbewerbsvoraussetzungen nicht gegeben sind. Es hat die Regierung versagt, weil sie nicht auf den Markt Rücksicht nimmt. Ich möchte — und werde es nicht lassen — immer wieder auf die ungleich hohe Besteuerung hinweisen, die wir als Dienstleistungsbranche insgesamt und insbesondere bei den Extras, bei den Getränken, haben.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Hochzinspolitik sehr erschwerend für uns war und

14408

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Westreicher

uns nicht die Möglichkeit gelassen hat, Eigenkapital zu bilden.

Ein nächster Faktor ist das Anhalten an die D-Mark und damit die Hartwährungspolitik, was im internationalen Wettbewerb um den Gast sicher schwierig ist.

Ein ganz entscheidender Fehler war, daß wir nicht versucht haben, auf den geänderten Strukturwandel des Konsumverhaltens der Gäste Rücksicht zu nehmen. Das hätten wir bereits 1974 erkennen müssen, als der erste Wachstumsknick in der Fremdenverkehrsbranche erfolgte.

Ich darf daran erinnern, daß die Wachstumsraten, insbesondere im Ausländerfremdenverkehr, in der Zeit von 1961 bis 1973 noch über 8 Prozent gelegen waren. Ab 1974, als der erste Ölschock und der erste Einbruch in die Wirtschaft gekommen sind, ist bis 1980 ein Rückgang des Zuwachses auf 2,2 Prozent zu verzeichnen. Die Devisenerlöse steigen zwar noch nominell, bringen aber real nur mehr sehr wenig. Wir haben ein nominelles Wachstum an Devisen von 7,6 Prozent, was real ungefähr 1,1 Prozent ausmachen wird.

Hier hat man auf Grund dessen, daß man das nicht beobachtet hat, noch etwas zweites feststellen müssen: daß sich die Einnahmen im Fremdenverkehr auch strukturell verschoben haben. War es bis 1978 den Beherbergungsbetrieben, den Verpflegungsbetrieben noch möglich, 53 Prozent der Devisenerlöse für sich zu requirieren, so ist seit 1982 festzustellen, daß die Ausgaben der Gäste sich verlagert haben, daß mehr in den Großmärkten und in den Großkaufhäusern eingekauft wird.

Ich muß bedauernd feststellen, daß die sozialistische Regierung angetreten ist, ein modernes Österreich zu bauen, aber hier Strukturen konserviert hat, auch nach zwölf Jahren Regierungszeit. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich möchte ganz besonders auf die Getränkebesteuerung hinweisen. Bei der Getränkebesteuerung muß nun schließlich und endlich jedem klar werden, daß hier ein Wandel in der Konsumgewohnheit vom Wirt weg hin zu den Großkaufhäusern erfolgt. Das kann aber nur Einbußen bei den Steuern bedeuten. Herr Finanzminister, auch Sie werden damit Einbußen erleiden, sei es nun bei der Mehrwertsteuer oder sei es im Aufkommen der Alkoholsteuer.

Ich glaube, es ist nun höchste Zeit, daß wir versuchen über den Finanzausgleich hier eine Lösung zu finden und unserer alten Forde-

rung nach einer Einkaufsbesteuerung Rechnung zu tragen, denn das würde sicher die Dienstleistung und auch nicht zuletzt das Image Österreichs wieder besserstellen und einen gerechteren Wettbewerb zur Folge haben.

Ebenso ist es mit der Lohnsummensteuer und den gesamten Sozialabgaben bei der Dienstleistung. Hier entwickelt sich ähnliches. Wir sind immer dafür eingetreten, daß wir Qualität vor Quantität setzen. Aber auf Grund dieser Erschwernisse sieht man immer mehr, daß eine Flucht aus der Dienstleistung erfolgt. Es werden nicht mehr Hotels gebaut, sondern es werden Ferienwohnungen gebaut, die meines Erachtens sicher nicht zur Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzvermehrung beitragen.

Wir haben keine Lösung für Saisonarbeiter gefunden. Verbal ist die Sozialistische Partei immer für die Mobilität der Arbeitnehmer eingetreten, aber de facto hat man sie zementiert, weil man nicht den branchenspezifischen Erfordernissen Rechnung getragen hat. Und hier meine Frage an den Sozialminister, was er in Saisonbetrieben mit einer 35-Stunden-Woche tun will, was er mit dem Wochenend-Ruhegesetz auf 36 Stunden machen will. Ich glaube, diese Lösungen sollte man doch den Kollektivvertragspartnern überlassen. Und ich kann Ihnen sagen, daß sicherlich alles getan wird, was vernünftig ist und was auch in der Realität möglich ist. Ich weiß, daß wir auf Gewerkschaftsseite relativ großes Verständnis für unsere Probleme finden, und ich möchte Ihnen auch sagen, daß wir in den letzten Jahren in der Lage waren, hier große Strukturen zu ändern und neue zu setzen, die bestimmt sehr zukunftsweisend für den Weiterbestand der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sind.

Wir haben die Möglichkeit geschaffen, ein neues Lohnsystem, das sogenannte Alternativlohnsystem, einzuführen. Wir haben mehr Sicherheit in der Trinkgeldpauschalierungsmöglichkeit gebracht. Wir haben, glaube ich, doch auch erreicht, daß eine gewisse Entdiskriminierung der Arbeitnehmer im Gastgewerbe erfolgt ist. Wir haben uns um den Brandschutz gekümmert und wir haben uns darum gekümmert, daß für den Konsumenten mehr Durchschaubarkeit besteht, indem wir die Kategorisierung vorangetrieben haben.

Herr Minister, eine ganz schwierige Situation wird uns aber noch übrigbleiben, und das ist die totale Vermarktung mancher Regionen oder vieler Regionen ausschließlich durch die

Westreicher

Tour-Operators. Wir sind wohl Partner, aber ich glaube, Partnerschaft beinhaltet immer nur, daß beide davon profitieren, und wir müssen hier einen Weg suchen, um eine bessere Vermarktung des Angebotes der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft durchzusetzen.

Ich bin der Meinung, daß wir versuchen müssen, neue Wege zu gehen. Neue Wege gehen heißt aber, daß wir sicher auch in der Zukunft am Qualitätstourismus festhalten müssen. Qualitätstourismus bedeutet für mich aber nicht nur Ausstattung, sondern beinhaltet auch den personellen Sektor. Wir müssen uns bemühen, die Schulung, die Ausbildung des Personals und der Mitarbeiter und damit natürlich auch deren Einkommen zu verbessern. Ich glaube, das bietet die beste Garantie für eine echte Relation von Leistung und Preis.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun versuchen will, in die Zukunft zu blicken: Es wird notwendig sein, Herr Minister, daß wir uns sehr viel mehr um den Markt kümmern, und ich würde Ihnen heute wirklich nahelegen, daß wir im Handelsministerium eine neue Aktion schaffen, die sich vielleicht als Marketing-Förderungsaktion dort installieren könnte.

Ich bin der Meinung, wenn unsere Betriebe in einem verstärkten Wettkampf überhaupt bestehen können sollen, müssen wir gemeinsam mit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, mit der Landesverkehrswerbung, mit den örtlichen Verkehrsverbänden versuchen, die Betriebe zu motivieren, auch von sich aus Werbung zu betreiben. Ich glaube, das ist eine Forderung, die dem Slogan des Käufermarktes Rechnung trägt. Wir haben einen echten Käufermarkt in der Zukunft zu erwarten, und daher bin ich der Meinung, daß man versuchen sollte, ähnlich wie bei der exportierenden Industrie, Betrieben eine Stützung für Ihre Aktivitäten im fremdsprachigen Ausland zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich könnte mir vorstellen, daß die Kosten hierfür nicht allzu groß sind. Mit 10 bis 15 Millionen Schilling wäre für das Jahr 1983 sicher das Auslangen zu finden. Diese Aktion brächte wirklich eine Verstärkung der Werbekraft der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, denn jede Eigenwerbung des Betriebes ist ja nicht isoliert zu betrachten. Immer wieder wird zuerst Österreich beworben werden müssen, dann das Land, dann die

Gemeinde, und erst dann wird der Betrieb selber zum Zug kommen.

Meine Damen und Herren! Jede Nächtigungseinbuße, die wir in Zukunft erleiden, ist gleichzeitig im gleichen Prozentsatz ein Umsatzrückgang und auch gleichzeitig eine Arbeitsplatzgefährdung und nicht zuletzt natürlich auch eine Gefährdung der Existenz der Betriebe.

Die Folge davon sind auch wieder weniger Investitionen, und, Herr Minister, Sie sehen ja, daß es bereits in der BÜRGES an Anträgen mangelt. Ich kann mich sehr gut erinnern, daß Sie, als Sie 1970 angetreten sind, immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es Ihnen nie so gehen solle wie Ihrem Vorgänger, dem Minister Mitterer, daß Sie zuwenig Geld haben. Heute ist es fast so, daß Sie zuviel Geld in der BÜRGES haben. Aber bitte, das ist für mich Ausdruck einer verfehlten Wirtschaftspolitik und bedeutet mir, daß die Betriebe in ihren Investitionen verunsichert sind. Andernfalls wäre es ja doch wirklich nicht so, daß die Pferde nicht mehr zur Tränke gehen. Aber nun haben wir langsam schon den Eindruck, daß wir nicht nur Pferde waren, sondern daß wir Esel während dieser Zeit geworden sind. Daher glaube ich, daß wir einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel unbedingt brauchen, denn eine gute Wirtschaftspolitik wird auch eine gute Sozialpolitik sein.

Herr Minister! Wenn Sie sagen, Sie haben genug Geld — ja. Sie haben versucht, neue Investitionsrichtlinien in der BÜRGES herauszubringen. Ich weiß, daß Experten daran gearbeitet haben, daß die Begutachtung durchgeführt ist, aber seitdem hört man überhaupt nichts mehr. Man weiß nicht, was wird passieren, wann wird diese neue Richtlinie kommen, um sich überhaupt zu orientieren, wenn ein Betrieb wieder investieren will.

Herr Minister! Es sind auch bei den übrigen Aktionen Wünsche da. Die Hausaktion in Ihrem Ministerium, die ja eine begrenzte Laufzeit von fünf Jahren hat, ist sicher nicht ein Anreiz, größere Investitionen zu machen. Hier wäre es notwendig, eine Verlängerung auf zehn Jahre mindestens durchzuführen.

Zum Schluß kommend, Herr Minister, doch noch eine Sorge um die Reisefreiheit. Immer wieder müssen wir feststellen, daß freie und westliche Länder dazu greifen oder drohen, daß man in der Reisefreiheit gewisse Beschränkungen auferlegt. Bis jetzt ist es eigentlich dabei geblieben mit Ausnahme der

14410

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Westreicher

Reiserestriktionen, die Jugoslawien gesetzt hat.

Die Frage stellt sich mir dort: Wir haben mit Jugoslawien ein Fremdenverkehrsabkommen geschlossen. Ich habe nie gehört, daß Jugoslawien sich mit Ihnen oder mit der Regierung konsultiert hat, ich habe aber auch nicht gehört, was Sie gemacht haben.

Es steht hier natürlich vielfach die Frage im Raum, welchen Wert solche Abkommen haben, wenn Partner einander von Maßnahmen, die sie auf dem touristischen Sektor vornehmen, nicht unterrichten. Ich bedaure das ganz besonders im Hinblick auf meine Kollegen in Kärnten und in der Steiermark, die heuer unerwartet und überrascht und ohne ihr Zutun natürlich in eine Situation hineinkommen, aus der sie sicher ohne Hilfe nicht mehr herauskommen werden.

Herr Minister, ich frage Sie: Was haben Sie in dieser Sache getan? Und ich bitte Sie wirklich, hier den Anfängen zu wehren und immer wieder für die Freiheit des Reisens einzutreten.

Die Österreichische Fremdenverkehrswerbung und deren Budget kommt natürlich auch irgendwie wie die Gesamtbudgets des Bundes und auch der Länder in Bedrängnis. Die Möglichkeiten sind damit natürlich eingeschränkt, und man wird versuchen müssen, mehr für die Werbung herauszuholen.

Der Herr Abgeordnete Stix hat, ich glaube, mit Recht, gefordert — der Bund hat innerhalb der letzten zehn Jahre wohl 100 Millionen Schilling dazu gebracht —, daß in einer solchen Situation, wie auch ich glaube, mehr Budgetmittel lockergemacht werden müssen. Ich sehe hier auch eine Möglichkeit, Rezessionen und Gästenächtigungsschwund hintanzuhalten.

Darüber hinaus braucht die ÖFWV natürlich nicht nur zur Werbung, sondern auch zur Instandhaltung ihrer Büros im Ausland, die ja fast alle über zehn Jahre alt sind, beträchtliche Mittel. Budgetiert sind hierfür nur 500 000 S, und ich glaube nicht, daß man damit das Auslangen findet.

Herr Minister! Wir sind gerne bereit, mit Ihnen Feste zu feiern, wie der Slogan der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung heißt, aber ich glaube, es wird dafür notwendig sein, daß wir viel näher zusammenrücken und unsere Aktionen gemeinsam mit der Bundeswirtschaftskammer, der Sektion Fremden-

verkehr des Handelsministeriums und allen am österreichischen Fremdenverkehr beteiligten Stellen koordinieren und gemeinsam nach außen hin unsere Politik vertreten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.13

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Staribacher. Ich erteile es ihm.

17.13

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Ich bin sehr froh, daß der Herr Präsident Sallinger gleich einleitend gesagt hat, er ist Optimist. Ich bin es auch, der Herr Vizepräsident der Handelskammer ist auch optimistisch, auch dann, wenn die Situation momentan sicherlich nicht so rosig ist, wie wir uns das wünschen.

Ich glaube, daß mit der Politik, die die Bundesregierung bis jetzt gemacht hat, insbesondere das Handelsministerium und das Ressort, das ich zu vertreten habe, ja alle drei Parteien ziemlich einverstanden sind. In Wirklichkeit hatten wir am Anfang große Angst, als es zur Zusammenlegung der Budgetdebatte über die Bereiche Finanzen und Handel gekommen ist. Im Handelsausschuß hat man gemeint, jetzt werde wahrscheinlich die Handelsdebatte untergehen, und die Kritik werde nicht mehr durchdringen können. In Wirklichkeit hat sich herausgestellt, sosehr ich alle Redner genau angehört habe: Es war eigentlich das Schimpfen immer beim Finanzminister, und das Handelsministerium hat am meisten Lob bekommen. Herzlichsten Dank dafür, ich habe das gar nicht so verdient, ich darf es daher an meine Beamten weitergeben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Was die Schwierigkeiten betrifft, die wir haben und die gerade Sie, Herr Abgeordneter Westreicher, angeschitten haben, wissen Sie ja, daß die leider nicht in unserem Ressort allein liegen, sondern teilweise auch bei den Ländern und den Gemeinden.

Ich darf auf ein Beispiel verweisen. Sie haben gemeint, die Österreichische Fremdenverkehrswerbung sollte mehr Geld bekommen. Ich weiß, der Abgeordnete Stix hat gemeint, wir sollen die 100 Millionen Schilling, die wir ja schon bekommen haben, erhöhen. Es ist ja so — als der Herr Abgeordnete Stix im Ausschuß gefragt hat, habe ich es ihm ja gesagt —: 1969 56 Millionen Schilling Budget der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, heute werden es immerhin 290 Millionen sein, und im vergangenen Jahr hätten

Bundesminister Dr. Staribacher

wir sogar 12 Prozent Aufstockung bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Bundeshandelskammer war dankenswerterweise — 20 Prozent hat die Bundeskammer dazuzuzahlen — auch bereit, nur die Länder haben sich leider nur zu 6 Prozent entschlossen.

Herr Abgeordneter Westreicher, Sie wissen es ja, auch der Herr Bassetti war nicht dafür, mehr als 6 Prozent zu geben, sodaß wir leider bei dieser Einschränkung bleiben mußten. Aber ich bin voller Hoffnung, wir werden die Länder vielleicht auch gemeinsam noch überzeugen: die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei ihre Ländervertreter und Referenten, und wir beim Bund haben diesmal keine Schwierigkeiten gehabt, weil der Herr Minister Salcher als Tiroler für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung soviel Verständnis gehabt hat, daß er gesagt hat: Jawohl, ihr kriegt die 12 Prozent! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist leider bei den Ländern nicht geglückt.

Was das Marketing betrifft, Herr Abgeordneter, ist es so, daß wir heute bei den Gemeinden, bei den Fremdenverkehrsverbänden das alles schon machen. Ich weiß, Sie wollen, daß wir es auch noch im Betrieb machen. Wir werden uns über dieses Problem unterhalten, und ich bin überzeugt davon, auch hier werden wir entsprechende Lösungen finden.

Sie urgieren die neuen Richtlinien für die Gewerbestruktur und für den Fremdenverkehr. Das machten Sie ja nur, damit ich die Gelegenheit habe, jetzt im Haus zu sagen, daß es gelungen ist, mit den Experten eine einstimmige Lösung zu erreichen. Gestern wurden im Beirat für Gewerbestruktur die Richtlinien beschlossen, die Fremdenverkehr-Sonderaktion und -Hausaktion ist fertig. Das wird also so zeitgerecht Montag der Presse vorgestellt, daß im nächsten Jahr die neuen Richtlinien, denen Sie auch zugestimmt haben, in Wirksamkeit treten, womit ein weiterer Forderungspunkt des Fremdenverkehrstages — Herr Abgeordneter, Sie sagen, es ist noch nicht alles erfüllt; kann auch noch nicht alles, Herr Abgeordneter Landgraf, gleich erfüllt werden — erfüllt wurde.

Das einzige, was noch offen war — und ich hätte eigentlich erwartet, daß die Opposition das urgiert, aber wahrscheinlich hat sie gewußt, das haben die im Handelsministerium mit den andern auch schon gemeinsam gelöst; wir haben es auch schon gelöst —, ist die Frage der Betriebsmittelkredite. Zumindest für die Kleinstgewerbebetriebe wird das gemeinsam mit der Landeskammer, mit den

Ländern gemacht. Wir werden diese Beträge um 100 Prozent aufstocken und damit allen Betriebsmittelkrediten, die dort kommen, die notwendige Unterstützung geben können. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich bin überzeugt davon, die Handelskammer wird mittun, und die Länder werden wir auch davon überzeugen können.

Bezüglich des Gewerbestrukturgesetzes wurde jetzt von uns mit dem Finanzministerium vereinbart, daß bei Fertigungsüberleitung die Förderung für Betriebsmittelkredite auf 100 Prozent erhöht wurde sowie die Förderung von Anschlußkrediten an Investitionen weiterhin 30 Prozent beträgt, womit auch dieser Punkt erfüllt ist.

Ich glaube daher, daß wir tatsächlich sagen können, daß wir vom Handelsministerium eine expansive, eine progressive Politik machen wollen, etwas, was der Herr Abgeordnete Taus ja besonders erwähnt hat, daß wir bestrebt sind, die notwendigen Mittel zu haben — und ich habe die Mittel, das ist gar keine Frage; ich gehe da weniger vom Budgetansatz als von der Tatsache aus, daß wir ja bisher die Mittel, die notwendig waren, dann immer über ein Budgetüberschreitungsgesetz bei der ERP-Ersatzaktion erhalten haben —, und daß wir daher über die Runden kommen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Frage betrifft, die der Herr Abgeordnete Stix bezüglich der Energiesituation angeschnitten hat, so teile ich Ihre Meinung hinsichtlich der Atomenergie nicht. Ich bin sicher, wir werden Sie noch überzeugen können, denn im Ausschuß hat sich ja klar und deutlich gezeigt, daß die Behauptung, daß das Atomkraftwerk nicht sicher ist, nicht zutrifft, sondern alle Experten haben bestätigt, daß es eine Frage der Endlagerung ist, an der wir ja arbeiten. Es wurde aber schon erklärt, daß darüber das Hohe Haus sicherlich erst in der nächsten Legislaturperiode zu entscheiden haben wird, daß dann eine Volksabstimmung darüber erfolgen wird und daß wir dann letzten Endes doch auch diese Energie gewinnen können.

Was die Frage des Wasserkraftwerksausbaus Malta betrifft, waren das technische Gebrechen, die überall vorkommen, die keine wie immer gearteten Schwierigkeiten gebracht haben, die meiner Meinung nach auch keinerlei Abänderungen unseres Sicherheitsdenkens und unserer Sicherheitsphilosophie bei den Kraftwerken erfordern, denn wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß

14412

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Bundesminister Dr. Staribacher

Sicherheit in jedem Kraftwerk an der Spitze steht und absolute Priorität hat.

Daher kann ich der Bevölkerung nur sagen, daß keinerlei Gefahr bei den österreichischen Speichern, bei den österreichischen Kraftwerken besteht, und ich kann daher auch nicht verstehen, daß manche Publikationen, wenn ein Rohrgebrechen ist, immer so schreiben, als ob dort das ganze Maltatal überschwemmt werden würde.

Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, in der Energiewirtschaft die notwendigen Mengen zur Verfügung zu stellen. Sie haben recht, es ist zu korrigieren: Wir haben nicht mehr 7 Prozent Zuwachs, wir haben nicht mehr 6 Prozent, 5 Prozent oder 4,5 Prozent, es wird jetzt mit 4,3 Prozent gerechnet. Eine Variante ist noch tiefer, aber noch immer gibt es, obwohl wir in einer Krisenerscheinung sind, Energiezuwächse bei Strom, während alle andere Energiearten bekanntlich Einsparungen in ganz großem Ausmaß, bis zu fast 5 Prozent, gebracht haben. Wir sind daher mit dieser Entwicklung sehr zufrieden.

Ich selbst kann nur sagen, daß wir das Bestreben haben, die Energiepolitik fortzusetzen, gemeinsam mit den Interessenvertretungen. Mit Zustimmung des Hohen Hauses, mit der einstimmigen Genehmigung des Energieberichtes ist ja bestätigt worden, daß die Energieförderung und die Energiepolitik bis jetzt von Erfolg gekrönt waren. Denn der größte Erfolg ist ja immer der, daß die Energie zur Verfügung steht. Wir brauchen nur rund um uns zu schauen, dann sehen wir, daß es dort manchmal sehr mangelt.

Was die Frage der Versorgung betrifft, darf ich hier gleich ankündigen, daß wir die Oberste Bergbehörde in jeder Beziehung stärken wollen. Die Oberste Bergbehörde, die wir einmal mit der Energiesektion zusammengelegt haben, was sich als nicht sehr zweckmäßig erwiesen hat — ich möchte das gleich bekennen —, wird als Oberste Bergbehörde gegründet werden.

Diese Oberste Bergbehörde hat jetzt schon in der Prospektion und in der Aufschließung entsprechende Maßnahmen gesetzt und wird sie weiterhin setzen, damit wir die inländischen Mineralien und Ressourcen weitestgehend ausnützen können, sodaß ich sagen kann: Wir werden das Jahr 1983 genauso gut abschließen wie das Jahr 1982, wofür ich in diesem Hohen Hause zu meiner größten Überraschung, Herr Abgeordneter Mock, auch Lob und Anerkennung gefunden habe.

(Abg. Dr. Mock: Persönlich sind Sie ja ein netter Mensch, Herr Minister, aber mit der Politik hapert es!)

Ich wehre mich nur dagegen, daß mir der Herr Abgeordnete Stix gleichzeitig auch noch mehr Kompetenzen geben wollte. Das wäre zuviel. Die Kompetenz, die ich habe, genügt mir völlig. Ich werde sie auch im Jahre 1983 entsprechend nützen im Interesse der österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)* 17.23

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

17.23

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich zu meinen Ausführungen gelange, ein paar Worte zu Ihnen, Herr Handelsminister. Ich glaube, ich kann mir ruhig Zeit lassen, bis Sie Ihren Bundeskanzler beschaffen. Es ist ein Service der Opposition.

Herr Handelsminister, Sie sagten bei Ihrer Wortmeldung, Sallinger sei optimistisch, Mühlbacher sei es und Sie auch. Ich muß Sie ein bißchen korrigieren. Herrn Mühlbacher kann ich nicht korrigieren, der hat optimistisch zu sein, das ist sein Problem.

Herr Sallinger hat nicht gesagt, er sei optimistisch, er sagte, die Wirtschaft brauche Optimismus, und er hat beklagt, daß er nicht vorhanden ist. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Das heißt, die Wirtschaft braucht etwas, was der Präsident Sallinger nicht zu bieten hat! Das ist traurig!)*

Das ist richtig. Aber ich möchte den zweiten Satz sagen, dann werden Sie sich vielleicht etwas weniger freuen. Ich kenne alle sozialistischen Wirtschaftspolitiker und alle Regierungsmitglieder. Der Herr Handelsminister ist der einzige, von dem ich glaube, daß er glaubt, Grund zu haben, Optimist zu sein.

Ich hoffe, Sie haben ein sonniges Gemüt, denn Ihre Regierung berechtigt zu diesem Optimismus überhaupt nicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich muß Ihnen das schon sagen, damit Ihre Freude nicht überbietet.

Und wenn Sie sagen, es wurde Ihnen Lob gezollt: Ja, aber vergessen Sie nicht: gezontes Lob, eingeschränkt und in erster Linie auf die Beamten Ihres Hauses, so wie es sich gehört, Herr Minister. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundeskanzler Dr. Kreisky betritt den Saal.)*

Graf

— *Abg. Dr. Fischer: Herr Kollege Graf! Wenn Sie nur auf den Herrn Bundeskanzler warten, haben Sie Ihre Aufgabe schon erfüllt!*

Ich erwarte ja wirklich, daß er kommt. Denn wenn er eine Pressekonferenz macht, hätte ich sowieso erwartet, daß er zumindest kommt, um sein nicht gutes Budget abstimmen zu helfen. (*Abg. Dr. Gradenegger: Nein, er kommt wegen Ihnen, Herr Abgeordneter! — Heiterkeit.*) Herr Gradenegger, bevor ich ernst werde: Er kommt nicht meinetwegen, aber sicher auch nicht Ihretwegen, davon bin ich überzeugt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer Budgetdebatte, mit deren Verlauf, so glaube ich sagen zu müssen, wohl niemand hier in diesem Plenum zufrieden sein kann und zufrieden sein darf. Denn noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik wurde dem Parlament zugemutet, einen Haushaltsentwurf zu diskutieren, von dem alle wissen, daß die Grundannahmen nicht stimmen. Und noch nie wurde ein Budget beschlossen, von dem alle Beteiligten wissen — auch Sie, die es beschließen werden —, daß es so, wie es hier liegt, nicht vollzogen werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bereits am Tag der Budgetrede von Dr. Taus und mir im Rahmen einer dringlichen Anfrage vorgebrachte Kritik an diesem Budgetentwurf 1983 wurde inzwischen von den Wirtschaftsforschern völlig bestätigt. Das, was wir am Tag der dringlichen Anfrage Ihnen, Herr Finanzminister, prophezeit haben, ist inzwischen völlig eingetreten, und unsere Meinung über die Höhe des Defizits wird heute schon übertroffen. Sogar unsere Prognosen werden jetzt durch die Tatsachen noch übertroffen.

Diese Feststellung, meine Damen und Herren, möchte ich insbesondere dem Herrn Staatssekretär Seidel ans Herz legen, der noch am 4. November die Entwicklung nicht klar erkennen konnte und sich damals in einem Vortrag im Finanzministerium zu folgenden Feststellungen veranlaßt gesehen hat. Ich zitiere Seidel, der sagte:

„Dr. Mock sagt, Experten hätten geschätzt, daß das wahre Defizit um 13 Milliarden Schilling höher sei als das veranschlagte.“ — Noch immer Seidel —: „Ich kenne das Gutachten nicht, aber ich wäre neugierig zu erfahren, was die Experten für den wahren Wert der Steuereinnahmen ansehen.“

Mittlerweile weiß es der Herr Professor Seidel, und ich darf ihn beruhigen. Wir von der Österreichischen Volkspartei haben uns ausschließlich auf Prognosen und Feststellungen von Mitgliedern des Wirtschaftsforschungsinstitutes berufen, also jener Mitglieder, denen Herr Seidel viele Jahre als Chef vorgestanden hat. Ich glaube, wir hatten authentische Quellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Der Vorwurf Nummer 1 an Ihr Budget: Die in dem Budgetentwurf angenommene Arbeitslosenrate von 3,3 Prozent hat überhaupt nichts mit realistischem Optimismus zu tun, sondern sie ist eine billige Schönfärberei, die man der Bevölkerung auch vor einem Wahlkampf nicht zumuten sollte.

Es ist heute schon Tatsache, daß wir eine Arbeitslosenrate von zirka 4,6 Prozent haben könnten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut am 22. Dezember die Prognose für 1983 noch einmal korrigieren wird, und die Arbeitslosenrate wird noch höher sein, wie ich schon sagte, als ursprünglich mit 4,2 Prozent angenommen.

Die Wachstumsrate hingegen, Herr Bundesminister, wird nach unten korrigiert werden müssen. Der Steuerausfall und die Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung pro Zehntelprozentpunkt betragen jetzt schon insgesamt 400 Millionen Schilling.

Das Resultat: Die Fehleinschätzung führt zu einer automatischen Erhöhung Ihres Defizits von 5 bis 6 Milliarden Schilling.

Nun ein zweiter Vorwurf. Eine Art Budgettrick wurde unter dem Deckmantel „Steueramnestie“ vorgenommen. Ihr diesbezügliches Gesetz — ob zu Recht oder zu Unrecht möchte ich dahingestellt sein lassen — wird vom Präsidenten der Wirtschaftstreuhandler mittlerweile als „Steuerfalle für alle“ bezeichnet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut stellt diesbezüglich fest, daß die mit dem Budgetentwurf 1983 angepeilte Erhöhung der Steuerbelastungsquote um 0,7 Prozent ausschließlich „auf die erwarteten Einnahmen aus der Steueramnestie“ zurückzuführen sind. Ein Ansteigen der Steuerbelastungsquote um 0,7 Prozent bedeutet, daß Sie sich aus der Steueramnestie zirka 8,5 Milliarden erwarten. Das heißt, Herr Bundesminister, Sie glauben, daß rund 27 Milliarden Schilling an Schwarzgeld auftauchen werden, damit Sie 8,5 Milliarden Schilling einnehmen können. Das heißt, wenn jeder Österreicher 100 000 S deklariert,

Graf

müßten 300 000 Steuerzahler von Ihrer Amnestie Gebrauch machen.

Einen solchen Andrang könnte die bestehende Bürokratie nicht nur nicht bewältigen, sondern ich möchte eines dazu sagen: Was unter dem Titel „Steueramnestie“ vorgenommen wurde, ist eine glatte Manipulation der Steuereinschätzung (*Zustimmung bei der ÖVP*), es ist ein Vertuschen geplanter Steuererhöhungen bis zum Wahltag.

Und eine zusätzliche Frage: Wenn Sie, Herr Minister, diese Milliarden annehmen, folgen Sie dann dem Beispiel Ihres Bundeskanzlers, der uns seinerzeit schon von Mallorca aus erklärt hat, wir seien ein Volk von Steuerhinterziehern und Schummeln? (*Abg. Dr. Kreisky: Nein, nein!*) Herr Bundeskanzler, darf ich das noch einmal zitieren. Ich weiß, daß Sie mir nicht zuhören müssen. (*Abg. Dr. Kreisky: Frei zitiert, sehr frei zitiert!*) Nein, Moment, ich muß mich jetzt wiederholen. Ich sagte — und wenn Sie jetzt zuhören, dann haben wir keinen Krach —: Oder halten Sie, Herr Finanzminister, so wie Ihr Regierungschef von Mallorca aus — und jetzt kommt meine Frage an den Herrn Finanzminister —, bei der Berechnung dieser 8,5 Milliarden das österreichische Volk für ein Volk von Steuerhinterziehern und Schummeln? — Bitte, das letzte Wort ist eine Frage an ihn und nicht eine Unterstellung an Sie, Herr Bundeskanzler.

Aber damit noch nicht genug! Auch abgesehen von der Steueramnestie halten ja die Steuerexperten des Wirtschaftsforschungsinstitutes die präliminierten Steuereinnahmen im kommenden Jahr nur dann für realistisch, wenn sich die Aufkommenselastizität im Vergleich zu 1982 verbessert.

Und auch dieses „zweite Steuerwunder“ wird ja sicher nicht passieren, weil die heutige Entwicklung einfach das Resultat jahrelanger sozialistischer Belastungspolitik ist, einer Politik, die Betriebe zu stark belastet hat, und einer Politik, die nicht nur todkranke, sondern durchaus lebensfähige und gesunde Klein- und Mittelbetriebe vor den Konkursrichter gebracht hat.

Sie, meine Damen und Herren von der Linken, haben einfach den Belastungsbogen überspannt, und jetzt bekommen wir dafür die Rechnung präsentiert.

Das ist nicht eine böse Unterstellung eines Oppositionspolitikers, sondern das Ergebnis einer Untersuchung von Wirtschaftsfor-

schungsexperten. Das WIFO hat die Abweichung zwischen Steuerschätzung und tatsächlicher Entwicklung 1982 untersucht und kommt zu folgendem Ergebnis — ich darf das zitieren aus dem Wirtschaftsforschungsbericht, Heft 11, 1982 —:

„Das Zurückbleiben der Steuereinnahmen im Jahre 1982 läßt sich nicht auf eine generelle Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zurückführen.“

Drei Faktoren dürften hier eine wichtige Rolle spielen:

1. „Die Insolvenzen wirken sich im Steueraufkommen rasch dämpfend aus.“
2. „Die schwierige finanzielle Situation der Unternehmen spiegelt sich in den Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern.“
3. „Der stagnierende Wohnbau hat den Einnahmewachstum an Mehrwertsteuer 1982 deutlich verringert.“

Das heißt ins Politische übersetzt: Sie haben die Grenzen der Belastbarkeit jahrelang ignoriert und nunmehr im Jahr 1982 endgültig überschritten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Mit dem Bundesvoranschlag 1983, den Sie in Kürze beschließen werden, hat sich die Regierung für die achtziger Jahre disqualifiziert. So einen Budgetentwurf darf man einfach einem Parlament nicht vorlegen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist nämlich das erste Mal, daß am Tage der Beschlußfassung, Stunden vor der Beschlußfassung, schon feststeht, öffentlich feststeht, daß die angepeilte Defizitsumme und sämtliche andere Zahlen nicht der Tatsache entsprechen. Das ist ein einsamer Rekord, der Ihnen hier gelungen ist! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist für mich persönlich unverständlich, daß die Bundesregierung beziehungsweise daß Sie, Herr Finanzminister, sich in der Form dazu hergeben konnten, just in diesem Augenblick, wo die Wirtschaftskrise voll auf Österreich übergreift, auf eine bewußte Gestaltung von Ausgaben und Einnahmen einfach zu verzichten.

Denn eines sollte inzwischen doch jedem wirtschaftspolitisch Interessierten klar sein: Keynesianische Initialzündungen via Deficit-spending helfen dann nicht mehr, wenn der Motor der Wirtschaft nicht mehr intakt ist,

Graf

wenn der Motor der Wirtschaft durch eine permanente Belastungspolitik schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde und das notwendige Service, sprich die notwendigen Reformen und Entlastungen, Jahr für Jahr aufgeschoben wurde.

Sie, Herr Finanzminister, haben nicht zur Beschäftigungssicherung bewußt Defizite in Kauf genommen, sondern sie sind einfach im Rahmen des Budgetvollzuges durch falsche Prioritäten gewachsen und entstanden. Sie haben bereits voriges Jahr diese Entwicklung lange dementiert und schließlich doch in Kauf genommen, und es wird heuer nicht anders sein.

Eine solche finanzpolitische Vorgangsweise, Herr Minister, ist nicht zielführend, denn sie verunsichert alle in der Wirtschaft Tätigen, die Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Sparer und die möglichen Investoren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein lange dementiertes und dann doch in Kauf genommenes Defizit kann keine Investitionsoffensive einleiten, weil die Unternehmen zu Recht befürchten, daß ihnen die Investitionserträge der Zukunft durch neue Belastungswellen wieder weggesteuert werden. Das Defizit bewirkt nichts, weil der Eindruck entsteht, der Minister für Finanzen habe die Kontrolle über die Budgetentwicklung verloren. Damit parallel steigt ja die Inflationsangst, und vor allem steigt die Angst der Bevölkerung, daß die Zinsen wieder steigen werden, weil der Staat immer mehr und mehr Geld benötigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der schwerste wirtschaftspolitische Fehler sozialistischer Politik bestand darin, daß schon in guten Zeiten noch nicht verdientes Geld ausgegeben wurde, daß Milliarden in Mammutprojekten statt in produktiven Investitionen angelegt wurden und daß Sie dann, als die ganze Politik in die finanzielle Sackgasse zu gleiten drohte, die Steuerschraube so angezogen haben, daß nunmehr die Substanz der österreichischen Betriebe ausgehöhlt ist. Seit nunmehr zwei Jahren, das heißt ungefähr seit der Amtsübernahme durch Salcher und Seidel, betreiben Sie eine Finanzpolitik, die alles verspricht, aber nichts zu halten in der Lage ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich denke in diesem Zusammenhang an die Nullbasis-Budgetierung, ich denke an das angekündigte neue Konzept für die Österreichischen Bundesbahnen, ich denke an die versprochene Durchforstung der Subventionen,

und ich denke an die 1981 angekündigten, aber niemals eingehaltenen Personaleinsparungen im Bereich des Bundes.

Meine Damen und Herren! Wer eine solche Politik betreibt, darf sich nicht wundern, wenn man sein Bemühen seitens der Bevölkerung nicht mehr ernst nimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Konsequenzen dieser Finanzpolitik sind zwangsläufig fatal. Sie werden im nächsten Jahr, wenn Sie keine Steuern erhöhen und keine Ausgaben kürzen, ein Defizit von 85 bis wahrscheinlich 90 Milliarden Schilling aufweisen und trotzdem keinen nennenswerten Beschäftigungsimpuls erzielen können *(Zustimmung bei der ÖVP)*, weil Sie einfach durch diese Entwicklung die Erwartungen der Bevölkerung negativ beeinflussen.

Ich bin mir schon bewußt, daß das eine harte Feststellung am Ende einer mehrmonatigen Budgetdebatte in der Öffentlichkeit ist, aber, Herr Bundesminister für Finanzen, diese Feststellung, die ich hier treffe, deckt sich weitgehend mit den Aussagen Ihres Staatssekretärs Seidel. Ich komme noch einmal darauf zurück. Er hat am 4. November dieses Jahres im Bundesministerium für Finanzen einen Vortrag gehalten und noch folgendes festgestellt — und ich zitiere Seidel sehr dankbar —:

„Ich habe den Eindruck, daß die normalen konjunkturpolitischen Möglichkeiten der Budgetpolitik ausgeschöpft sind. Eine weitere Ausweitung des Defizits würde konjunkturpolitisch wenig helfen, weil die Erwartungen negativ beeinflusst werden; aber die Kontrolle über das Budget sehr erschweren.“

Das sagte Seidel am 4. November. Heute steht fest, daß das alles passiert.

Ich zitiere noch einmal Seidel, der sagte: „Belgien und Dänemark, um nur zwei Länder zu nennen, sind Beispiele, denen Österreich nicht nachfolgen sollte.“

Dann sagte Seidel weiters: „Wenn man sich dennoch aus beschäftigungspolitischen Erwägungen für eine Ausweitung des veranschlagten Defizites entscheidet, sollte das nicht schleichend zugelassen, sondern im Rahmen eines umfassenden Konzeptes verkündet werden, in dem auch die Sozialpartner eingebunden werden.“ Wie wahr, Herr Staatssekretär Seidel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verhehle Ihnen nicht: Im Rahmen der Expertenverhandlungen zur verstaatlichten Industrie wäre es durchaus möglich gewesen,

Graf

angesichts der bereits absehbaren Verschlechterung der Beschäftigungssituation eine solche Ausweitung des veranschlagten Defizits im Rahmen eines umfassenden Konzeptes vorzunehmen.

Herr Bundeskanzler! Sie wollten ja nicht mit uns reden. Sie haben von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und sind damit mitschuldig, daß 1983 die Beschäftigungschancen unserer Bevölkerung sinken, obwohl die Staatsschulden ungehemmt ansteigen.

Damit, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, ist eine entscheidende Maxime Ihrer Politik, von der ich lange geglaubt habe, daß sie tatsächlich richtig ist — ich gebe Ihnen das zu —, zusammengebrochen, nämlich Ihre Feststellung, auch vom Herrn Bundeskanzler getroffen, daß verstärkte Schulden ein verstärktes Anwachsen von Arbeitslosen verhindern. Diese Theorie ist zusammengebrochen — leider! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schuld an dieser Entwicklung ist vor allem auch, glaube ich, eine gewisse Reformmüdigkeit dieser Regierung; einer Regierung, die die Probleme der achtziger Jahre mit den Methoden der siebziger Jahre lösen will. Das gibt es nicht, meine Damen und Herren!

Sie haben als Bundesregierung nur mehr strukturkonservierende Feuerwehractionen, aber keine zielführenden längerfristigen Konzepte und Maßnahmen erstellt.

Wir sehen uns heute konfrontiert mit einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in unserem Land. Das zeigt ganz deutlich, daß man leider Gottes Arbeitsplätze nicht staatlich verordnen kann und daß Wirtschaftswachstum leider kein öffentliches Gut ist, das die Bürokraten produzieren können; Bürokraten, die uns weismachen wollen, daß sie alle Zusammenhänge besser verstünden als die Marktwirtschaft und die in der Marktwirtschaft geforderten Unternehmer und Arbeitnehmer, und Leute, die sofort erklären, wie sie die letzte Krise zu bekämpfen imstande gewesen wären, aber dann nicht wissen, wie sie mit den derzeitigen Problemen am besten fertig werden.

Der Verlust der Vollbeschäftigung in unserem Land — das gebe ich Ihnen zu — erfüllt uns sicher mit gemeinsamer Sorge. Hier wird aber von der Regierung nicht mit Reformen, sondern zunehmend mit Ausreden in Richtung auf internationale Entwicklungen und

mit Parolen reagiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für uns von der Österreichischen Volkspartei ist das kein zielführender Weg. Wir wollen für dieses Land um einen neuen Innovations- und Investitions- und Wachstumszyklus kämpfen, auch wenn wir uns bewußt sind, daß dieser selbstverständlich niemals die Dynamik der frühen siebziger Jahre erreichen wird.

Wir halten es zu diesem Zweck für ganz entscheidend, daß in der Wirtschafts-, in der Steuer- und in der Budgetpolitik das verlorengegangene Vertrauen wiederhergestellt wird und die Wirtschaftspolitik generell auf einen langfristig kalkulierbaren Kurs einzuschwenken beginnt.

Wenn wir — ich weiß, Sie werden jetzt lachen, aber vielleicht vergeht es Ihnen — nach den Wahlen auf Wunsch des Bürgers möglicherweise an der finanzpolitischen Willensbildung wieder gestaltend mitwirken sollten, dann werden wir nicht die Rezepte der Reaganomics und die Rezepte von Frau Margaret Thatcher anwenden, wie Sie uns das immer unterschieben, sondern wir werden endlich jene Reformen durchführen, die für die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig sind *(Beifall bei der ÖVP)*; Reformen, die Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei, uns ununterbrochen angekündigt haben.

Wir werden uns bemühen, der gesellschaftspolitischen Herausforderung der achtziger Jahre gerecht zu werden und die überbordenden Staatsausgaben wieder Schritt für Schritt auf jenes Maß zurückzudrehen, das wir uns unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen auf Dauer leisten können.

Wir werden uns aber einfach auch bemühen, besser zu wirtschaften, weil wir der Ansicht sind, daß wir in den achtziger Jahren nicht eine vorgetäuschte Sicherheit der Sozialbürokratie, sondern eine neue Form der Sicherheit und etwas mehr Freiheit zur Erlangung dieser Sicherheit brauchen.

Wenn Sie mir gestatten, folgendes zu sagen — das gilt für welche Regierung immer —: Besser wirtschaften bedeutet für mich, endlich ein über zwei Legislaturperioden gehendes Budgetkonzept zu verwirklichen, das in der Lage ist, die Staatsdefizite in diesem Zeitraum zu halbieren.

Besser wirtschaften heißt: die verstärkte

Graf

Einführung des Leistungsdenkens auch im öffentlichen Dienst.

Wir glauben, besser wirtschaften heißt: keine weitere Aufblähung des Staatsapparates.

Ich würde jetzt gerne noch etwas sagen und komme damit zum Schluß.

Ich nehme Bezug, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auf Ihre Pressekonferenz von heute und darf daraus auszugsweise zitieren. Sie sagten: „Vom Kostenstandpunkt gesehen, sei die Urlaubsverlängerung kontraproduktiv.“ Gleichzeitig sagten Sie: „Voll wirksam werde die Urlaubsverlängerung erst 1985, bis dahin sei mit einem Wirtschaftsaufschwung zu rechnen.“

Ich darf zwei Fragen an Sie richten:

Wenn diese Maßnahme „kontraproduktiv“ ist, warum haben Sie sie dann eingeführt?

Es würde mich auch interessieren: Gibt es einen faktischen Grund, aus dem Sie, Herr Bundeskanzler, ableiten können, daß wir 1985 schon in einer Besserungsphase wären? Ich wäre glücklich und würde Ihnen applaudieren, wenn man das fundiert sagen könnte. Ich glaube, es wäre vernünftiger gewesen zuzuwarten, bis diese Tatsache eintritt, und dann erst die Verlängerung des Urlaubs zu beschließen, aber nicht jetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich glaube denn doch, wir sollten uns sehr genau überlegen, ob wir eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich in der jetzigen Situation wirklich anstreben und den Menschen in unserem Lande zumuten wollen. Sie wünschen das anscheinend auch nicht. Ich stelle das laut heutiger Pressekonferenz fest.

Meine Damen und Herren! In einer produktiven Wirtschaft, die mit Überkapazitäten kämpft, wird, so befürchte ich, eine weitere Reduktion der Konsumnachfrage bei bestehenden regionalen Barrieren keinen nennenswerten Beschäftigungseffekt bringen. Auf dem Dienstleistungssektor, wo eine Ausdehnung möglich ist, oder bei der öffentlichen Hand kommt es dann vermutlich wieder zu einer Leistungsverteuerung und zu der Einführung neuer Steuern, beziehungsweise es wird diesen zumindest Vorschub geleistet. Ich glaube nicht, daß das Resultat einer solchen Politik geeignet ist, Jugendlichen neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben.

Eines muß uns bewußt sein, meine Damen und Herren: Mit einer weiteren Reduktion der Besteuerungsbasis geraten die Grundpfeiler unseres sozialen Gebäudes ins Wanken. Am Ende eines solchen nicht ausreichend bedachten Schrittes stehen zweifellos eine weitere massive Ausdehnung einer sogenannten Untergrundwirtschaft, neue Ungerechtigkeiten und eine Verarmung wichtiger Gruppen unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren! Das aber ist eine Politik, die wir von der Volkspartei nicht wollen. Das ist eine Situation, die es unabhängig von allen parteipolitischen Überlegungen und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg für unser Land zu verhindern gilt.

Aber eines werden wir im Bereich der Budgetpolitik sehr wohl tun, und zwar auch nach dem heutigen Beschluß: Wir werden alle Bürger dieses Landes über die wahre Situation der Staatsfinanzen informieren, denn nur derjenige, der Probleme offenlegt, kann Reformen vornehmen, nur derjenige, der der Bevölkerung das Zumutbare zumutet, wird in der Lage sein, diese Wirtschaftskrise zu bewältigen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 17.49

Präsident *(der den Vorsitz übernommen hat):* Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Generalberichterstatter Abgeordneter Remplbauer wünscht ein Schlußwort. Bitte.

Generalberichterstatter Remplbauer *(Schlußwort):* Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einer Tradition folgend bringe ich am Schluß der Budgetberatungen als Generalberichterstatter eine kurze statistische Zusammenfassung. Meiner Aufgabe will ich in gebotener Kürze nachkommen, um mir die Sympathien meiner Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus auch für die Zukunft zu erhalten. *(Allgemeiner Beifall.)*

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Budget 1983 an acht Verhandlungstagen in rund 57 Stunden beraten. 253mal meldeten sich Abgeordnete zu Wort. Von diesen Wortmeldungen entfielen auf die SPÖ 87, auf die ÖVP 140 und auf die FPÖ 26. Seitens der Bundesminister und Staatssekretäre erfolgten zur Beantwortung gestellter Fragen 44 Wortmeldungen.

Im Zuge der Debatte im Plenum, die 71 ¼ Stunden in Anspruch nahm, gab es 157 Debat-

14418

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Remplbauer

tenbeiträge: 53 von der SPÖ, 72 von der ÖVP, 31 von der FPÖ und einen weiteren.

Regierungsmitglieder und Staatssekretäre gaben 19 Stellungnahmen ab.

Der Generalberichterstatler und die Spezialberichterstatler kamen 20mal zu Wort.

Am längsten wurde über die Gruppen Wissenschaft und Forschung, Unterricht und Kunst beraten, nämlich 10 ¼ Stunden mit 21 Wortmeldungen von Abgeordneten und zwei Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern.

Alles in allem — einschließlich der Einbegleitungsrede des Finanzministers, der ersten Lesung und der Ausschußtätigkeit — erstreckte sich die Behandlung des Bundesfinanzgesetzes 1983 über 17 Tage mit 128 ¼ Stunden und 410 Debattenbeiträgen von Abgeordneten. Davon entfielen auf die SPÖ 140, auf die ÖVP 212 und auf die FPÖ 57. Präsidenten, Regierungsmitglieder, Staatssekretäre und Volksanwälte ergriffen insgesamt 63mal das Wort.

Hohes Haus! Meiner Aufgabe entsprechend habe ich die Verhandlungen weitgehend von diesem Platz und aus diesem Blickwinkel verfolgt. Deshalb sei mir eine persönliche Bemerkung aus dieser Sicht zum Abschluß gestattet. Die ausführliche Diskussion war oft anstrengend und hart. Bedenkt man aber, daß es das letzte Budget dieser Gesetzgebungsperiode vor der Neuwahl ist, darf die erfreuliche Feststellung getroffen werden, daß die Beratungen in relativ sachlichem Klima geführt wurden.

Bei den Beratungsgruppen Justiz, Landesverteidigung, Unterricht und Wissenschaft, um nur einige zu nennen, kam deutlich zum Ausdruck, daß es um die Qualifikation derer, die Verantwortung in Regierung und Volksvertretung unserer Republik über weite Strecken ihres Lebens getragen haben und tragen, besser bestellt ist, als dies in der Öffentlichkeit manchmal dargestellt wird.

Der faire menschliche Stil, die gegenseitige Anerkennung von Leistung und Bemühen sowie das Bekenntnis, in der notwendigen sachlichen Auseinandersetzung nicht sosehr den politischen Gegner zu sehen, sondern den andersdenkenden Demokraten zu respektieren, lassen uns für die Zukunft hoffen und an die Demokratie glauben.

Von diesem Geist, meine Damen und Her-

ren, waren die Beratungen zum Budget 1983 über weite Strecken getragen.

Ich darf noch folgende Berichtigungen betreffend den Text des Bundesfinanzgesetzes beziehungsweise den Bundesvoranschlag 1983 vorbringen:

1. Im Artikel VIII a Absatz 2, dritte Zeile ist nach dem Ausdruck „§ 64 Abs.“ einzusetzen „11“.

2. Im Bundesvoranschlag 1983 sind im Kapitel 15 folgende Ansatzbezeichnungen zu verwenden:

1/15537 „Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG — § 64 (11)“

2/15534 „Überweisung vom Reservefonds nach dem AIVG — § 64 (12)“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident: Ich danke für den Abschlußbericht und für die Betrachtungen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe IX, Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlages 1983 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 63 in 1220 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI, Finanzen, des Bundesvoranschlages 1983 in 1220 der Beilagen in der Fassung des Spezialberichtes 1321 der Beilagen.

Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt dem zu Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleichsvoranschlages wie auch die Kapitel 59 und 74 bis einschließlich 76.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung

Präsident

über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in 1220 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 1321 der Beilagen unter Berücksichtigung der vom Generalberichterstatter zu Artikel VIII a vorgebrachten Berichtigung sowie die zum Bundesfinanzgesetz gehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Es sind dies

die Anlagen Ia bis Ic — Gesamtübersichten, unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Änderungen zu den Beratungsgruppen,

Anlage IIa — Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Anlage III — Stellenplan und

der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie

der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen,

in 1220 und Zu 1220 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1983 samt Anlagen beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der vom Generalberichterstatter zu Kapitel 15 vorgebrachten Richtigstellungen auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über jene Entschließungsanträge, über welche nicht schon im Sinne des § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung in der zweiten Lesung abgestimmt wurde.

Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Steger und Genossen betreffend Abschaffung der Lohnsummensteuer (133. Sitzung, S. 13443) abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bergmann und Genossen betreffend die Verwendung österreichischer Produkte beim Bau des Konferenzpalastes. (133. Sitzung, S. 13507.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen schließlich zur Abstimmung über die dem Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII angeschlossene Entschließung betreffend Fortführung der bisherigen Bemühungen um eine volle Integration der Agrarin die allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik. (138. Sitzung, S. 14176.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Entschließung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen. (E 102.)

Damit ist das Budget für das Jahr 1983 verabschiedet.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 2320/J bis 2325/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 19. Jänner 1983, um 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Erledigung der heutigen Tagesordnung hat der Nationalrat seine Arbeiten im Jahre 1982 abgeschlossen. Traditionsgemäß möchte ich in dieser Ansprache zunächst einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit des Hohen Hauses in dem sich zu Ende neigenden Kalenderjahr geben.

Wir haben heuer 40 Plenarsitzungen abgehalten, was etwas mehr als üblich ist und zum Teil auch darauf zurückgeführt werden muß,

14420

Nationalrat XV. GP — 140. Sitzung — 17. Dezember 1982

Präsident

daß die Gesetzgebungsperiode ihrem Ende entgegengeht. In diesen 40 Sitzungen wurden 137 Gesetze verabschiedet; davon 104 einhellig und nur 33 mit Stimmenmehrheit. Dazu kommen noch 34 Staatsverträge, von denen lediglich einer nicht einstimmig genehmigt wurde.

Sicherlich sind nicht alle Beschlüsse des Nationalrates, die in den angeführten Zahlen enthalten sind, von gleicher Bedeutung; aber gerade deshalb soll betont werden, daß es auch im nunmehr zu Ende gehenden Jahr gelungen ist, wichtige Entscheidungen zu treffen.

Ohne in Details zu gehen, möchte ich nur als Beispiel hervorheben, daß eine große Anzahl der zur Abwehr weltweiter Krisenerscheinungen gefaßten Beschlüsse beweist, wie sehr die Volksvertretung ein wichtiger Ort der politischen Konsensbildung ist. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei aber auch darauf hingewiesen, daß es gelungen ist, durch eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen einvernehmlich eine Verbesserung der Situation alter und hilfebedürftiger Menschen zu ermöglichen.

Unter den Gesetzen, die unser Justizwesen betreffen, verdienen sicher das 2. Antikorrupsionsgesetz und die Änderung des Urheberrechtsgesetzes ebenso eine Erwähnung wie die Tatsache, daß vom Ausschuß auch eine wichtige Zivilverfahrens-Novelle bereits fertiggestellt wurde.

Leider ist es heuer erstmalig so, daß über 20 von den Ausschüssen erledigte Vorlagen einer Beratung und Verabschiedung harren, sodaß das Plenum mit einem gewissen Rückstand in das kommende Jahr eintreten wird. Dazu kommt, daß mehr als 40 Unterausschüsse noch mit der Behandlung wichtiger Materien beschäftigt sind.

Mehr denn je zeigt sich damit auch wieder, daß der Hauptteil der parlamentarischen Arbeit in den Ausschüssen und Unterausschüssen geleistet wird: die Zahl der Ausschusssitzungen betrug im heurigen Jahr über 140 und die der Unterausschusssitzungen über 180.

Sie werden, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, verstehen, daß mir als Präsidenten daran liegen muß, daß wir im kommenden Jahr nicht nur den bereits eingetretenen Rückstand möglichst rasch aufarbeiten, sondern auch noch eine große Anzahl der bisher unerledigten Vorlagen beschließen

können. Trägt mir doch unsere Geschäftsordnung ausdrücklich auf, darüber zu wachen, „daß ... die dem Nationalrat obliegenden Aufgaben erfüllt und die Verhandlungen mit Vermeidung jedes unnötigen Aufschubes durchgeführt werden“ — wie dies in der Geschäftsordnung wörtlich heißt.

Unter diesen Gesetzentwürfen befinden sich ja viele, die wichtige Lebens- oder Verwaltungsbereiche von Grund auf neu regeln sollen. Als Beispiele möchte ich nur das Personenstandsgesetz erwähnen, für das ein Ausschußbericht bereits vorliegt, aber auch das neue Haushaltsrecht, in dessen Vorberatung ein Unterausschuß schon sehr viele Stunden und Mühe investiert hat.

Für die Berichterstattung betreffend das Sonderabfallbeseitigungsgesetz, das noch von einem Unterausschuß vorberaten wird, ist dem Nationalrat eine Frist gesetzt; ebenfalls in Unterausschüssen liegen aber auch noch zum Beispiel das Arzneimittelgesetz, das Staatsanwaltschaftsgesetz, das Elektrotechnikgesetz, um nur einige zu erwähnen. Bei allen diesen Entwürfen handelt es sich nicht um bloße Novellierungen, sondern um Vorlagen, die Rechtsbereiche in zeitgemäßer Form zusammenfassend regeln, was für die Rechtssicherheit in unserem Staate zweifellos von großer Wichtigkeit ist.

Dasselbe oder ähnliches gilt für das Produktsicherheitsgesetz, das Bundesgesetz über die Sozialgerichtsbarkeit, das Immissionschutzgesetz und auch das Bundesgesetz über die Sachwalterschaft für behinderte Personen.

Man könnte vielleicht sagen, daß es für das Parlament nützlich gewesen wäre, manche dieser Vorlagen schon früher im Nationalrat einzubringen; aber man darf andererseits nicht außer acht lassen, daß es den mit der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen befaßten Stellen sicher leichter gefallen wäre, durch bloße Novellierungen die Rechtslage jeweils den Zeiterfordernissen anzupassen, als völlig neue, umfassende, systematische und daher auch übersichtlichere Normen auszuarbeiten.

Ich hoffe also zuversichtlich, daß bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode eine intensive Arbeit geleistet werden kann, die noch zur Beschlußfassung wichtiger gesetzgeberischer Vorhaben führen wird.

Nicht vergessen möchte ich freilich auch die Kontrolltätigkeit des Hohen Hauses. Zu Beginn des nächsten Jahres werden wir uns

Präsident

ja mit dem Bericht des sogenannten WBO-Untersuchungsausschusses zu befassen haben. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die heuer eingebrachten schriftlichen Anfragen sich bis Jahresende der Zahl 700 nähern werden und daß weiters in 31 Fragestunden 237 mündliche Anfragen gestellt worden sind. Das zeigt Aktivitäten, die — so wie die vielen Ausschuß- und Unterausschußsitzungen — zuwenig Beachtung finden, weil diese Tätigkeiten in der Öffentlichkeit zuwenig bekannt sind.

Gestatten Sie mir, sehr verehrte Damen und Herren, abschließend aber auch noch einen Blick in das Jahr 1983 zu werfen.

Da es ein Wahljahr ist, wird es besonders wichtig sein, das Gemeinsame höherzustellen als das Trennende und auf das Ansehen des Parlaments auch in den letzten Monaten dieser Gesetzgebungsperiode Bedacht zu nehmen. Ich hoffe, daß es durch eine breite Gesprächsbereitschaft der politischen Kräfte des Landes weiter gelingen wird, die Auswirkungen der größten weltwirtschaftlichen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg für die Bevölkerung Österreichs wenigstens geringer spürbar zu machen, als dies in vergleichbaren Industriestaaten der Fall ist. Damit dies gelingt, wird es der Anspannung aller Kräfte bedürfen!

In diesem Sinne möchte ich den Mitgliedern der Präsidialkonferenz für den Geist der Zusammenarbeit danken, der im vergangenen Jahr eine so umfangreiche parlamentarische Arbeit ermöglicht hat. In unser aller Namen, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordneten, darf ich wohl auch den Bediensteten der Parlamentsdirektion für die während des abgelaufenen Jahres und ganz besonders in den letzten anstrengenden Wochen geleistete Arbeit herzlichen Dank sagen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Unser aller Dank gilt aber auch den Beamten des Bundeskanzleramtes, des Rechnungshofes und der Bundesministerien, die einen

wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Arbeit der Ausschüsse und Unterausschüsse geleistet haben. Desgleichen möchte ich den Sachverständigen und Auskunftspersonen danken, die im vergangenen Jahr ihr Wissen und ihren Sachverstand in die parlamentarischen Beratungen eingebracht haben.

Schließlich will ich nicht versäumen, denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Medien zu danken, die durch ihre Tätigkeit beigetragen haben, eine eingehende und objektive Information der österreichischen Bevölkerung über das Parlament zu ermöglichen.

Rückblickend auf dieses so arbeitsreiche Jahr wünsche ich Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel alles erdenklich Gute. Ich hoffe, daß wir uns nach der Weihnachtspause mit neuen Kräften zu gemeinsamem Wirken im letzten Abschnitt dieser Gesetzgebungsperiode zusammenfinden werden.

Ich entbiete allen Mitbürgern im In- und Ausland namens der Volksvertretung unsere Festtagswünsche und möchte besonders jenen Landsleuten danken, die im Dienste der Vereinten Nationen oder als Entwicklungshelfer einen wichtigen österreichischen Beitrag zur friedlichen Gestaltung der Welt leisten.

Möge das Jahr 1983 ein Jahr werden, das von Frieden, Sicherheit und Aufwärtsentwicklung in aller Welt — und damit auch in Österreich — gekennzeichnet sein wird.

Mit diesem Wunsch schließe ich die heutige Sitzung. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist geschlossen.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Dr. Fischer, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 10 Minuten